



27. November 1929

MAX KLESSE - KONTINENTALEUROPÄISCHE SCHULDNERFRONT GEGEN AMERIKA

YOUNGPLAN und Volksbegehren: das sind die beiden Pole der Achse, um die sich zurzeit die deutsche Politik dreht. Und es ist so, daß gerade diejenigen, die im Youngplan die Versklavung Deutschlands sehen, ihre Hoffnung auf den Urheber und den Nutznießer eben dieses Youngplans setzen: nämlich auf die Vereinigten Staaten von Amerika. Im Lager der Rechten, in dem man blind gegen Frankreich loszieht, das doch nur die Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung verlangt und auch von dieser bereits große Abstriche gemacht hat, hofft man auf amerikanische Hilfe in naher Zukunft. Man weiß nicht oder will nicht wissen, daß gerade Amerika es ist, das uns zwingt auf 2 Generationen hinaus uns die Lasten aufzuerlegen, die man als Versklavung bezeichnet. Es ist daher angebracht jetzt, zwischen Volksbegehren und Volksentscheid, dieses merkwürdig verkehrte Weltbild wieder umzudrehen, so daß es dann möglich wird das Richtige zu erkennen. Zu diesem Zweck ist es notwendig auf die Entstehung des Youngplans selber zurückzugreifen.

Von vornherein hätte ein politisches Augenmaß verbieten müssen anzunehmen, daß die Zusammenkunft der offiziell unabhängigen Sachverständigen in Paris und sodann der Regierungen im Haag eine rein sachliche, den Lebensnotwendigkeiten Europas und der Leistungsfähigkeit Deutschlands Rechnung tragende Lösung des Reparations- und europäischen Verschuldungsproblems bringen konnte; ist und bleibt doch das Haupthindernis für eine vernünftige Regelung die Verschuldung der Alliierten an die Vereinigten Staaten von Amerika als den Hauptkriegsgewinner (neben England), an den mehr als $\frac{2}{3}$ unserer Leistungen weitergelenkt werden. Diese Einsicht, daß bei den Vereinigten Staaten der Schlüssel für eine Erleichterung unserer Lasten liegt, verdichtete sich zum erstenmal in den Nachkriegsdokumenten im Sondermemorandum des Sachverständigenberichts zu dem bedeutungsvollen Zugeständnis an Deutschland, daß man unsere Verpflichtungen herabsetzen werde, wenn unsere Gläubiger einen Schuldennachlaß von Amerika erhielten. Damit trat eine entscheidende Wendung ein, die gerade von uns Deutschen klar erkannt werden muß, weil wir damit auf einen Weg hingewiesen werden, der am Ende allein Aussicht auf Erleichterungen und endgültige Befreiung verspricht.

Bisher bewegte sich die deutsche Reparationspolitik in der Richtung und Hoffnung mit Hilfe der Angelsachsen uns auf Kosten unserer europäischen Reparationsgläubiger zu entlasten. Abgesehen von der moralischen Verpflichtung zum Wiederaufbau des kriegsverwüsteten europäischen Bodens, hätte uns ein klarer Blick auf die Machtverteilung im neuen Europa belehren können, daß es eine Illusion, ja Tollheit war im Vertrauen auf unsere angelsächsischen Weltmarktgegner die übrigen europäischen Staaten zwingen zu wollen ihren Anteil zugunsten der Realisierung der angelsächsischen Kriegsgewinne zu beschneiden. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien hätten als die wohlhabendsten Mächte allein auf einen Bruchteil ihres Reichtums zugunsten des übervölkerten und verarmten Kontinents verzichten können. Auch Großbritannien. Bedeutet es doch für seine früheren Verbündeten als Gläubiger fast ebenso viel wie die Vereinigten Staaten von Amerika, während es selbst diesen kaum die Hälfte seiner Guthaben schuldet, wogegen Frankreichs Schulden seine Forderungen in hohem Maß überschreiten. Nach dem Stand von Ende 1924 belief sich die interalliierte Kriegverschuldung auf rund 109 Milliarden Goldmark, und zwar bei den Hauptmächten in folgender Verteilung:

Staat	Guthaben (in Milliarden Goldmark)	Schulden
Vereinigte Staaten von Amerika	50	—
England	45	19
Frankreich	12	18
Italien	$\frac{1}{3}$	20

Diese Zahlen erklären neben dem stark ausgeprägten Gefühl für Gerechtigkeit, daß in erster Linie Frankreich mit Nachdruck und Zähigkeit bis zum letzten Augenblick gegen die unmoralische Eintreibungspolitik der amerikanischen Kriegswuchergewinne protestierte und der drohenden Schuldknechtschaft Europas mit Besorgnis entgegensieht. Es gehört schon die ganze Verblendung der bei uns herrschenden angelsächsischen Psychose dazu zu hoffen, daß uns zuliebe Amerika gewähren wird, was es den früheren Verbündeten versagt hat. Erwarten doch die Amerikaner auf Grund der bisher abgeschlossenen Abkommen in den nächsten 60 Jahren rund 22 Milliarden Dollars, wovon nicht weniger als 21,3 Milliarden aus reparationsberechtigten Ländern stammen, das heißt, wie die Dinge nun einmal liegen, von uns bezahlt werden müssen. Charakteristisch für diese Schuldenfundierungsabkommen ist es, daß die Schuldsomme selbst kaum herabgesetzt wurde, und die Amerikaner sich nur dazu verstanden haben Zinsnachlässe zu gewähren, die sie sich auf dem Umweg über die hochverzinslichen Handelsdarlehen und Anleihen reichlich heimzahlen lassen. Solange Amerika ein in sich bekämpfende Gliedstaaten zersplittertes und daher machtloses Europa zu seinen Füßen sieht, in dem jeder einzelne Staat auf die amerikanische Kapitaleinfuhr angewiesen ist, so lange wird es nicht auf seine Scheine verzichten, die ein wirksames Machtmittel darstellen, um auch in Europa den maßgebenden Einfluß auszuüben und sich so als Herr der ganzen Welt zu fühlen. Wann hätte je eine herrschende Macht sich freiwillig ihrer Machtmittel entäußert?

Ebensowenig Eindruck wie der erbitterte Appell Frankreichs an die Großmut und das Gewissen des amerikanischen Volks, das selbst in der Stunde seines eigenen Befreiungskampfs Frankreichs Kräfte in Anspruch genommen hatte, und zwar ohne jede "Rückzahlung", machen die Argumente der europäischen

Wirtschaftstheoretiker, daß Schuldzahlungen einer Volkswirtschaft an andere ein Hindernis für die Entwicklung der Weltwirtschaft bedeuten und daher aus Gründen der "reinen Weltwirtschaftsvernunft" eingestellt werden müßten, oder daß die Rückzahlung der Schulden und Zinsen eine gewaltige Ausdehnung des Welthandels und vor allem der Einfuhr von europäischen Waren nach Amerika zur Voraussetzung habe, dem aber seine Hochschutzzollpolitik das schwerste Hindernis bereite. Unsere liberalen Wirtschafts-ideologen folgern daher aus dem der Entschuldung der Welt entgegengerichteten Zustand der passiven europäischen Handels- und Zahlungsbilanzen, daß nur völlige Annullierung der Kriegsgewinne oder aber Abbau der amerikanischen Schutzzölle aus der Sackgasse herausführen könne, an deren Ende sie den Zusammenbruch des Weltkreditsystems und damit des Welthandels, ja das Chaos sehen. Da in der besten aller Welten noch immer der Stärkere dem Schwächeren seine Gesetze vorschreibt, werden die Vereinigten Staaten von Amerika dem europäischen Kontinent sowohl die Einkassierung der Kriegsschulden als auch ihre Schutzzollpolitik diktieren können, wenn dieser Kontinent wie bisher uneinig, das heißt ohnmächtig bleibt. Der "stämmige Individualismus des Amerikaners" läßt sich eben durch keinerlei Deklamationen über Freihandel und Zahlungsbilanzen in seinem Geschäft stören, er ruht vielmehr in dem naiv optimistischen Glauben, daß die Einkassierung der Kriegsgewinne keineswegs an der Hochschutzzollpolitik scheitern könne und dürfe. Die Amerikaner werden lieber auch in Zukunft die europäischen Schuldzahlungen wie bisher finanzieren, bis die besten Böden und Unternehmungen in ihren Händen sind, als daß sie auf ihre Machtmittel in Form der Kriegsschuldscheine und des durch Zölle geschützten Binnenmarkts verzichten.

Bei Prüfung der allgemeinen amerikanischen Wirtschafts-ideologie muß man sich in der Tat davon überzeugen, daß in den nächsten 2 Generationen, das heißt während der deutsch-europäischen Schuldzahlungen, die Amerikaner ihre Schutzzollpolitik nicht ändern werden. Jeder Amerikaner (auch die Arbeiter, mit Ausnahme etwa im Textilgewerbe) ist völlig von dem Erlebnis der steigenden Reallöhne bei steigenden Schutzzöllen und steigender Produktion erfüllt. Jeder Amerikaner fühlt sich heute schon in erster Linie als Produzent, indem er davon ausgeht, daß er bei Erhöhung der nationalen Produktion auch als Konsument nur gewinnen kann. Eine Ausnahme machen teilweise die Tabak- und Baumwollbauern des Südens. Aber wie lange noch, und auch sie werden unter dem Preisdruck der tropischen, mit billigen farbigen Kräften gewonnenen Produkte in die große Schutzzollfront einschwenken, wie schon vor ihnen die Farmer des Westens. Sind doch sogar die früheren Hochburgen des Freihandels in den Südstaaten teils durch ihre Industrialisierung teils durch die Konkurrenz der nahen tropischen Gebiete Mittel- und Südamerikas so energisch für Zollforderungen eingetreten, daß die früher dem Freihandel zuneigende Demokratische Partei sich zu einem ansehnlichen Schutzzollprogramm entschlossen hat. Mit der Entwicklung vom Agrar- zum Industriestaat änderte sich auch hier, wie überall, die Stellung der Landwirtschaft, die ihre Produkte in steigendem Maß und zu steigenden Preisen im Inland absetzen kann. Daher fordert sie heute weniger Beseitigung der Industriezölle für ihre Produktionsmittel als vielmehr Einführung von Agrarzöllen für ihre Produkte. Es gehört demnach keine Sehergabe dazu, um zu behaupten, daß das amerikanische Volk, mit Ausnahme von einigen Export-, Händler- und Bankierkreisen, von Jahr zu Jahr immer mehr seine Schutz-

zollpolitik ausbauen wird. Ist doch die Zollnovelle für 1929, die die Sätze für viele Artikel wiederum um 20 bis 30 % heraufsetzt, im Repräsentantenhaus bereits mit 264 gegen 147 Stimmen angenommen worden; im Senat wird sich nicht allzu viel daran ändern. Die Tatsache, daß sich bei steigenden Zöllen die nationale Produktion nach dem Krieg wieder um $\frac{1}{3}$ vermehrte, die Bevölkerung jedoch nur um $\frac{1}{10}$, die Preise dabei fielen, und die Ausfuhr stieg, widerlegt für jeden Amerikaner die europäischen Freihandelstheorien. Steht doch die amerikanische Wirtschaft nach den Worten des New Yorker Bankiers Paul Mazur vor der »seltsamen Aufgabe die zu füttern, die nicht hungrig sind, und jene zu kleiden, die schon in warmen Kleidern stecken«.

Hand in Hand mit der Steigerung des Außenhandels geht ein gewaltiger Kapitalexport vor sich. Deutschland arbeitete anderthalb Menschenalter, um 30 Milliarden Auslandsguthaben im Weltkrieg verlieren zu können. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben in 10 Jahren nicht nur 16 Milliarden Goldmarkschulden abgestoßen sondern gleichzeitig Europa bewuchert und weitere 30 Milliarden in der übrigen Welt gewinnbringend angelegt. Für Ende 1927 schätzt das Handelsamt die Kapitalsanlagen der Vereinigten Staaten im Ausland (ohne Kriegsschulden) folgendermaßen: für Europa auf 3,2 bis 3,7 Milliarden Dollars, für Lateinamerika auf 4,3 bis 5,2, für Canada und Neufundland auf 3 bis 3,5, für die übrige Welt auf 0,9 bis 1,1, alle zusammen auf 11,4 bis 13,5 Milliarden Dollars. Dafür ging rund 1 Milliarde Dollars an Zinsen ein, und zwar aus Europa 371 Millionen Dollars, aus Lateinamerika 222, aus Canada und Neufundland 237, aus der übrigen Welt 170, also zusammen 1000 Millionen Dollars. Europa mußte also rund 10 % Zinsen zahlen, Lateinamerika nur $4\frac{1}{2}$ %. Auf diesem gewaltigen Kapitalexport und der Steigerung des Außenhandels basiert das Argument unserer Wirtschaftstheoretiker, daß Amerika mehr und mehr von der Weltwirtschaft abhängig würde; um selbst seinen Absatz steigern zu können, müßte es daher erst die eigenen Zollmauern abbauen. Aber hier mißt man mit den Maßstäben des zum Export gezwungenen Europas, während Amerika nur seinen Überfluß exportiert.

Bei einer Gesamterhöhung des Weltaußenhandelsanteils von 10,4 auf 14,7 % von 1913 bis 1926 haben sich Richtung und Schwerpunkt des Außenhandels der Vereinigten Staaten erheblich verschoben. Mit der weiteren Industrialisierung wurden die Ausfuhr von Fertigfabrikaten und die Einfuhr von Rohstoffen immer bedeutender. Nahm vor dem Krieg Europa noch 62,3 % der Ausfuhr auf, während es 49,5 % der Einfuhr bestritt, so fiel Europas Anteil im Jahr 1928 bei der Ausfuhr auf 46,3 %, bei der Einfuhr sogar auf 30,5 %, während Asien jetzt bereits 28,6 % der Einfuhr liefert und 12,8 % der Ausfuhr aufnimmt. Die Ausfuhr nach Südamerika stieg von 5,6 auf 9,4 %, die Einfuhr von Südamerika von 12,2 auf 13,9 %. Mittelamerika und Canada haben ihren alten hohen Anteil am amerikanischen Außenhandel behauptet. Bemerkenswert ist, daß nur der Handel mit Europa und den großen angelsächsischen Dominien in Amerika und im Stillen Ozean aktiv ist. Er betrug im Jahr 1925 mit Europa 1364 Millionen Dollars, mit Nordamerika 158, mit Australien und Neuseeland 117 Millionen Dollars; die Einfuhrüberschüsse aus Asien betragen 834, aus Südamerika 116, aus Afrika 3 Millionen Dollars. Auf diesen Märkten und in Dienstleistungen für amerikanische Touristen findet Europa nach amerikanischem Urteil die Mittel zur Bezahlung seiner passiven Handelsbilanz, seiner Schulden und Zinsen. Eine Ironie für Deutsch-

land, dessen passive Zahlungsbilanz in Höhe von 3,7 Milliarden Goldmark im Jahr 1928 allein im "reinen Warenhandel" 1,858 Milliarden Goldmark und im Reiseverkehr 70 Millionen beträgt. Die Ausbeutung der Erz- und Ölvorkommen bis zu den ABC-Staaten hinunter, die Erschließung der tropischen und subtropischen Landwirtschaft und damit die Brechung nichtamerikanischer Rohstoffmonopole bedeuten keineswegs steigende weltwirtschaftliche Abhängigkeit für die Vereinigten Staaten von Amerika sondern eine gewaltige Erweiterung ihres Rohstoff- und Nahrungsspielraums auf den ganzen Kontinent. Es ist hier eine Autarkie von ungeheuren Ausmaßen, man könnte sagen: vom Nordpol bis zum Südpol, im Ausbau begriffen, der Europa mit Freihandelsmaximen nicht gewachsen ist, der gegenüber es vielmehr nur lebensfähig bleibt, wenn es, in sich zusammengeschlossen und gegen außen durch Zölle geschützt, gemeinsam den afrikanischen Kontinent erschließt.

Als seinerzeit Europa im sogenannten Internationalen Freihandelsmanifest gegen die amerikanischen Zölle protestierte, hallte es aus Mellons Mund zurück: Folgt dem amerikanischen Beispiel der wirtschaftspolitischen Einheit! Ob das nun ernst oder mitleidig überlegen gemeint war: es wird jedenfalls höchste Zeit, sonst besteht unsere nächste Generation bereits aus Arbeitern und Angestellten des amerikanischen Kapitals in Europa. Wie sollte sie dann ein freies sozialistisches Europa aufbauen können? Ein gespaltenes, machtloses und daher zum Einlösen der amerikanischen Schuldscheine gezwungenes Europa muß im Lauf von 2 Generationen den Amerikanern seine besten Unternehmungen in die Hände spielen. Aus dieser Gefahr gibt es nur einen Ausweg: Einigung Europas zum Ausbau einer rationellen gesamteuropäischen Wirtschaft aus eigenen Kräften, Entwicklung eines den amerikanischen und britischen Weltteilreichen ebenbürtigen Machtzentrums im Vereinigten Europäischen Kontinent, und auf dieser Basis neue Verhandlungen über die Kriegsgewinne Amerikas mit dem Ziel ihrer Streichung. Wenn Europa gemeinsam diese Zahlungen als unberechtigt kennzeichnet, werden die Amerikaner sich zu einem gentlemen-agreement bereit finden, da die Schuldscheine dann ihren Reiz als Machtmittel für sie verloren haben, und sie bei schlechtem Willen auch ihre ehrlicher begründeten, das heißt zu 10 % verzinlichen Forderungen in Europa gefährden könnten.

LUDWIG QUESSEL · DIE NATIONALSOZIALISTISCHE WELLE, UND WOHER SIE KOMMT



ALLE Betrachtungen über das Ergebnis der Kommunalwahlen in Preußen, Sachsen und Hessen stimmen darin überein, daß ihr eigentliches zur Einsicht und Umkehr mahnendes Kennzeichen der starke Aufstieg der Nationalsozialisten ist. Selbst der Sozialdemokratische Pressedienst, der den Kampf gegen die Nationalsozialisten mit besonderer Leidenschaft führte, mußte am Morgen nach den Wahlen in seinem Funkspruch bestürzt verkünden, daß »die Nationalsozialisten fast überall gewonnen« hätten. In der Tat, weit mehr als der Stimmenzuwachs der Kommunistischen Partei in Berlin muß der Mandatsgewinn der Nationalsozialisten, der nicht nur örtlich sondern ganz allgemein, sowohl in Preußen wie auch in Sachsen und Hessen, mit fast gesetzmäßiger Regelmäßigkeit überall in die Erscheinung trat, als Stimmungsausdruck der Wahlen vom 17. November 1929 gewertet werden.

Was besagt diese Stimmung? Sie weist darauf hin, daß der Glaube an einen ruhigen Aufstieg des deutschen Volkes breiten Massen verloren gegangen, und an seine Stelle die Sehnsucht nach der Gewalt als Retterin aus sozialer Not getreten ist. Die Nationalsozialisten lassen keinen Zweifel daran, daß für sie der gewaltsame Umsturz der bestehenden Staatsform in Deutschland sittliches Postulat ist. Wer diesen Charakter der Nationalsozialisten im Auge behält und dabei nicht vergißt, daß der Deutsche seiner ganzen Natur nach im Grunde durchaus antirevolutionär, vielfach sogar ordnungsfanatich ist, jedenfalls aber, wie Goethe sagt, mehr geneigt ist sich mit Ungerechtigkeit als mit Unordnung abzufinden, wird nicht umhin können den starken Auftrieb der Nationalsozialisten als das Zeichen einer sehr ernsten sozialen Krankheit zu werten, die an den Lebensenergieen des deutschen Volkes zehrt. Erinnern wir uns daran, welch ungeheures Geschehen notwendig war, um den ersten nationalsozialistischen Erfolg vom 4. Mai 1924 herbeizuführen. Was diesem 4. Mai, der 32 Nationalsozialisten in den Reichstag führte, vorausging, hat Viscount d'Abernon, der damals britischer Botschafter in Berlin war, klar, bestimmt und für die damaligen Regierer mit schonungsloser Wahrhaftigkeit in seinen Memoiren zum Ausdruck gebracht. Er faßte am 20. August 1923 seine Meinung über Deutschland und seine Regierer in folgenden lapidaren Sätzen zusammen:

»Es wird jeden Tag klarer, daß Deutschland von einem Chaos verschlungen werden wird, wenn es von außen keine Hilfe bekommt. Die Mehrheit der Deutschen, selbst diejenigen in verantwortlichen geschäftlichen Stellungen, sehen nicht den finanziellen Abgrund, auf den sie zustürzen. Diejenigen, die ihn sehen (falls es solche überhaupt gibt), nutzen die von den anderen begangenen Fehler aus, statt zu versuchen den Schiffskurs zu ändern, und denken nur daran ihr Privatvermögen aus einer Katastrophe zu retten, die sie für unvermeidlich halten; und ob ihnen selbst das gelingt, ist noch höchst zweifelhaft. Es ist wohl kaum eine Übertreibung, wenn man sagt, daß die für die Finanzpolitik des Landes Verantwortlichen Selbstmord begehen, um sich vor Reparationszahlungen zu drücken. Es scheint fast unmöglich auf eine Erholung des Landes zu hoffen, in dem solche Dinge vorkommen können. Man hofft sicherlich vergeblich, solange nicht die Macht den Händen der Wahnsinnigen, die heute die Finanzpolitik leiten, entrissen wird und entweder in die Hände von ausländischen Sachverständigen oder einer internationalen Kommission mit nüchternen und vernünftigen Ideen gelegt werden kann.«

Aus diesem Chaos, das Viscount d'Abernon beschreibt, stieg der erste große Erfolg der Nationalsozialisten empor. Wie dieser kluge Engländer, der von der Wilhelmstraße alles, aber auch alles erfuhr, mehr selbst als er wünschte, die Regierenden Deutschlands einschätzte, geht aus jener Wendung hervor, in der er die Männer, die damals die deutsche Finanzpolitik leiteten, schonungslos als »Wahnsinnige« bezeichnet. Gewiß, als am 4. Mai 1924 der 2. Reichstag der Republik gewählt wurde, gehörte die Wahnsinnstat des Ruhrkriegs bereits der Vergangenheit an. An die Stelle der Inflation, die jede Besteuerung faktisch aufgehoben hatte, war nun aber wieder sofort ein neues Übel getreten: jener würgende Steuerdruck, der die Nation in dumpfe Verzweiflung stieß, während sich glanzvoll wie im Zaubermärchen überschüssige Goldmilliarden in den Händen einer Finanzbureaukratie anhäuften, die den Anstoß zu jener Ausgabensteigerung in Reich, Ländern und Gemeinden gaben, deren Auswirkung wir erst heute voll zu spüren bekommen.

Von jenen überschüssigen Goldmilliarden ist heute keine Spur mehr vorhanden. Die Inflation der Beamtengehälter in Reich, Ländern und Gemeinden hat sie verschlungen. Lehrreich dafür, wie die Dinge heute liegen, ist

der preußische Haushalt für 1930, den das Kabinett Braun am 18. November dem Preußischen Staatsrat zugeleitet hat. Wie nicht anders zu erwarten war, weisen die Ausgaben abermals eine Steigerung auf. Um 87 Millionen hat man sie gegenüber dem Vorjahr in die Höhe getrieben. Allerdings, äußerlich gesehen, ist alles in Ordnung. Einnahmen und Ausgaben sind gleich groß. Aber selbst die unbedingt republikanisch gesinnte Presse macht ihre Leser darauf aufmerksam, daß es sich hier um eine »Scheinbalanzierung« handle. In Wirklichkeit setzt man die Ausgabeninflation fort. 88 Millionen Mark sollen im kommenden Finanzjahr mehr verausgabt werden. Natürlich ohne Deckung. Verschleiert wird diese Absicht durch eine Höherschätzung der Reichsüberweisungssteuern, die nicht zum erstenmal als Rettungsanker für die Defizitwirtschaft der Länder und Gemeinden dient. Selbst der Vossischen Zeitung, der man ganz gewiß nicht unbillige Finanzkritik gegenüber Linksregierungen zum Vorwurf machen kann, ist es nicht recht wohl bei dieser Scheinbeseitigung von Haushaltsdefiziten. Das Blatt bezeichnet diese Deckung des preußischen Defizits für 1930 als »fiktiv«:

»Diese Höherschätzung der Reichseinnahmen ist natürlich fiktiv, Preußen hat hier bewußt die Rechnung ohne den Wirt, das heißt ohne den Reichstag und Reichsfinanzminister, gemacht. Die Gestaltung der Reichsüberweisungen hängt ja von der zukünftigen Finanzreform und der Neureglung des Finanzausgleichs ab; ob die preußische Erwartung hierbei um 88 Millionen besser abzuschneiden als im laufenden Haushaltsjahr erfüllt werden wird, ist mindestens sehr zweifelhaft. Die Einsetzung dieses fiktiven Haushaltspostens bedeutet nur das deutliche und von Preußen auch nicht verhehlte Eingeständnis: Der preußische Haushalt ist ohne Reichshilfe nicht zu balanzieren.«

Also auch der große Bruder Preußen erwartet wie die kleinen finanziell lebensunfähigen Brüder schlicht und bescheiden Hilfe vom Reich. Selbsthilfe hält sein Finanzminister Hermann Höpker-Aschoff für unmöglich. Er erklärt entschuldigend, daß sich die Besoldungsneureglung »schwerer ausgewirkt« hätte als angenommen worden sei, und fügt hinzu, die Feststellung sei »gerechtfertigt, daß die Besoldungserhöhung die finanziellen Kräfte Preußens überschritten« habe. Aber diese Erkenntnis bleibt unfruchtbar, denn Höpker-Aschoff beeilt sich zu bemerken, daß trotzdem eine Herabsetzung der Gehälter »nicht den Gegenstand von Erwägungen bilden« könne. Also, die Beseitigung der Gehaltsinflation darf in Preußen nicht erwogen werden. Dafür aber erwägt man dort andere Dinge:

»Angesichts der Tatsache, daß Reichs- und Länderhaushalte mit Fehlbeträgen arbeiten, sei es zweifelhaft, wieweit Freiheit bei der Verwendung der Reparationsersparnisse tatsächlich bestehe. Die zur Verfügung stehenden Ersparnisse würden jedenfalls nicht ausreichen, um eine fühlbare Senkung der Steuern durchzuführen. Die Erschließung neuer Einnahmequellen sei daher unabweisbar. Für Experimente im öffentlichen Finanzwesen seien die Zeitverhältnisse nicht geeignet.«

Diese, nach dem Zeitungsbericht wiedergegebenen Ausführungen des preußischen Finanzministers erhellen blitzartig die finanzpolitische Situation. Die Länder erheben Anspruch auf die Reparationsersparnisse, die uns der Youngplan bringen soll, und zwar zur Fortsetzung ihrer Gehaltsinflation. Das Reich aber soll sein Defizit durch »Erschließung neuer Einnahmequellen« decken. Die Gesamtsteuermasse soll also um 700 Millionen Mark jährlich erhöht werden. Das ist Preußens finanzpolitisches Ziel, das uns am Morgen nach den Wahlen verkündet wurde.

Die Geisteslage, aus der das Bestreben erwächst alle Mittel, die den zermalmenden Steuerdruck, der gewaltige Armeen von Arbeitslosen erzeugt, vermindern könnten, zur Aufrechterhaltung der Besoldungsneureglung zu

verwenden und darüber hinaus die Gesamtsteuermasse noch zu vermehren, ist durchaus ähnlich dem Geisteszustand, in dem sich die deutsche Regierung im August 1923 befand. Man steht hier an dem stürmisch quellenden Wasser, das kraftvoll die nationalsozialistischen Mühlen treibt. Der Verlauf des sozialen Geschehens zeigt, wie sehr selbst die deutschen Schwarzseher sich immer noch trügerischem Optimismus hingeeben haben. Auf die Börsenderoute folgt jetzt Bankzusammenbruch nach Bankzusammenbruch. Die Städte schränken die Finanzierung des Wohnungsbaus um 20 % und mehr ein. Die Baustoffindustriellen legen ihre Betriebe still oder vermindern radikal ihre Produktion. Dazu kommt, daß die durch die Gehaltsinflation geleerten öffentlichen Kassen nirgendwo produktive Notstandsarbeit in erheblichem Umfang zulassen. Still und geräuschlos wächst so eine Riesenarmee unglücklicher, von ihren Arbeitsplätzen vertriebener Menschen heran, bei denen die Hoffnung, daß eine Umkehr, ein Umschwung zum Bessern ohne Gewalt eintreten könnte, mehr und mehr erlischt. Darin liegt die Gefahr der Zeit, die durch keine schönfärberischen Zeitungsartikel, aber auch durch keine Polizeigewalt aus der Welt geschafft werden kann.

Die Kräfte, die an der Aufrechterhaltung der Personal- und Gehaltsinflation und dem die produktiven Kräfte der Nation lahmlegenden Steuerdruck zäh festhalten möchten, sind die selben, die auch dem parlamentarischen System seine beste Kraft nehmen. Wie sollen diejenigen, die arbeitslos sind, oder vor der Gefahr stehen der Arbeitslosigkeit zu verfallen, Vertrauen zu einem Regierungssystem haben, das sich als parlamentarisch bezeichnet, das aber 5 Monate im Jahr den Reichstag gar nicht benötigt? Die wichtigsten Rechte des Parlaments sind seine Kontrollrechte, die wirksam aber nur in voller Öffentlichkeit, im Plenum, zur Geltung gebracht werden können, weil bei ihrer Ausübung der Opposition eine wichtige und für das Volkswohl ganz unentbehrliche Aufgabe zufällt. Ein Parlament, das in dem langen Zeitraum vom 24. Juni bis zum 27. November sich mit 3 bis 4 Plenarsitzungen begnügt, schaltet sich gegenüber der Bureaucratie selbst aus. Sollte ein 5monatiger Sommerschlaf parlamentarische Praxis werden, so wird man gut tun von den Kontrollrechten, die das parlamentarische System der Opposition einräumt, nur noch in sehr gedämpftem Ton zu sprechen. Man soll sich dann aber auch nicht wundern, daß das Vertrauen zum parlamentarischen System, das bei sauberer und gewissenhafter Handhabung immer noch die beste Regierungsform darstellt, mehr und mehr in die Brüche geht. Man täusche sich nicht darüber, daß der Glaube breiter Volkskreise an die Integrität der obern Bureaucratie nicht mehr besteht. Weit mehr als im Kaiserreich bedarf diese heute in der Republik der parlamentarischen Kontrolle.



INZWISCHEN ist eingetreten, woran die Gewerkschaftsführer im Sommer noch nicht recht glauben wollten: Die Arbeitslosigkeit ist rapid gestiegen. Schon Ende Oktober stand sie um 51 % höher als im Vorjahr. Die Statistiker der Gewerkschaften verkünden selbst, daß in der Konjunkturgruppe die Arbeitslosigkeit um über 50 % über der der entsprechenden Vorjahrszeit liegt. Es muß betont werden, daß diese Arbeitsmarktkrise nicht durch verminderte Ausfuhr hervorgerufen worden ist. Die deutsche Handelsbilanz ist durchaus aktiv. Die Arbeitsmarktkrise ist der Ausdruck einer schweren Erschütterung des innern Markts, dessen Umfang das vielfache des äußern beträgt. Der auswärtige Handel ist gewiß insoweit von größter Wichtigkeit, als er uns die

Devisen zum Ankauf von Rohstoffen, Genußmitteln und Nährstoffen beschafft, die in Deutschland gar nicht oder nicht in genügender Menge erzeugt werden können. Für das Schicksal des deutschen Volkes entscheidend bleibt aber die Gestaltung des innern Markts. Hier ergibt sich nun folgendes Bild: Das Baugewerbe wird wegen Kapitalmangels im kommenden Jahr durch Verminderung der Wohnungs-, öffentlichen und industriellen Bauten voraussichtlich nur $\frac{1}{2}$ seiner produktiven Kräfte verwenden können; die Verwandlung von Ackerland in Grünland wird, wenn auch langsam, weitere Fortschritte machen; das Handels- und Bankgewerbe wird in wachsendem Maß durch Fusionen und teilweise durch Stilllegungen Arbeitskräfte abstoßen. Mit dieser Krise auf dem innern Markt kann sehr gut ein schwungvoller Außenhandel Hand in Hand gehen. Dieser kann sogar in gewissem Maß der Ausdruck jener innern Krise sein, weil viele Industrien, wenn der innere Markt zusammenschrumpft, ihr Heil in gesteigerter Ausfuhr unter den Produktionskosten suchen. Soweit sich die Ursachen dieser unheilvollen Entwicklung, die in Deutschland alles in Frage stellt, auf Grund der bekanntgegebenen Tatsachen überhaupt feststellen lassen, liegen die Dinge so, daß überall da, wo sich in Deutschland durch individuelle oder kollektive Sparsamkeit Kapital bildet, dieses von der Öffentlichen Hand an sich gezogen wird, um die Personal- und Gehaltsinflation aufrechterhalten zu können. Überall sitzen heute gewaltige Bürokratien hinter leeren Kassen und erschöpfen naturgemäß ihre Kräfte im Leerlauf. Zu ihrer Besoldungsfinanzierung wollen die Gemeinden jetzt die in den Sparkassen zusammenfließenden individuellen Ersparnisse an sich ziehen. Die kollektiven Ersparnisse, die sich in den Kassen der öffentlichen Versicherungsanstalten aufsammeln, werden, soweit man sie nicht zur Rentenzahlung benötigt, stark von den Ländern und vom Reich in Anspruch genommen. So wird überall, wo man hinblickt, das sich bildende Kapital schnell wieder in Beamtenbesoldung verwandelt. Wirkliche Kapitalbildung, die die produktiven Kräfte der Nation erhält und vermehrt, wird dadurch verhindert. Aus den Beamtenzeitungen erfährt man, daß es sich bei der Personal- und Gehaltsaufblähung der Beamtenschaft um wohlervorbene Rechte handelt, die der Reichstag nur mit Zweidrittelmehrheit beseitigen könnte, die also faktisch auf legalem Weg nicht zu beseitigen sind. Kein Wunder, daß die Arbeiter und Angestellten der Privatindustrie, soweit sie durch die Rückwirkung dieser "wohlerworbenen Rechte" der Beamten arbeitslos und pauperisiert werden, vielfach an der Fähigkeit des parlamentarischen Systems sie vor dem Untergang zu schützen verzweifeln und sich aus diesem Grund der Nationalsozialistischen Partei zuwenden, die die ganze Verwaltung und Gesetzgebung des Parlamentarismus radikal verneint und ihnen verspricht die Schäden, unter denen sie leiden, durch diktatorische Maßnahmen, unabhängig von erworbenen Rechten und parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen, zu beseitigen. Alle, die mit ganzem Herzen am parlamentarischen System hängen, sollten jetzt über diese Dinge nachdenken und sich ernstlich die Frage vorlegen, ob es richtig ist die Dinge tatenlos ihren unheilvollen Lauf nehmen zu lassen. Wer sich ständig die von keiner Seite bestrittene Tatsache vor Augen hält, daß heute weit mehr als die Hälfte des deutschen Nationaleinkommens in öffentliche Kassen fließt, und daß diese trotzdem zumeist Defizite aufweisen, zu deren Deckung, abgesehen von der ungeheuerlich anwachsenden Steuer-masse, auch noch das sich sehr spärlich bildende Kapital der Sparkassen

und öffentlichen Versicherungsanstalten herangezogen werden muß, wird nicht glauben, daß noch sehr viel Zeit zu einem beschaulichen Überlegen vorhanden ist. Kein Wunder, daß auf der Vollsitzung der Kölner Industrie- und Handelskammer vom 18. November eine Erregung über die Beschaulichkeit des Reichskabinetts Müller herrschte, die hohe Wellen schlug. In der Resolution wird gesagt, daß die Entwicklung der Dinge nicht so weitergehen könne, daß die Regierung nicht untätig bleiben dürfe. Der aufgeblähte Beamtenapparat Deutschlands verschlinge Summen, die schon lange nicht mehr zu tragen seien. Eine genügende Kapitalansammlung sei im Deutschen Reich vollkommen unmöglich geworden. Bedeutende Änderungen, namentlich in der gesamten innern Politik, seien notwendig. Die hier geäußerten Ansichten decken sich, wenn man vom Sozialdemokratischen Pressedienst absieht, auch mit den Anschauungen der Presse der Großen Koalition. Das Berliner Tageblatt macht sie sich nicht nur zu eigen sondern verschärft sie noch durch folgende Ausführungen:

»Die Kölner Industrie- und Handelskammer hat sich mit ihrer Entschliebung, die die Lässigkeit der deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik rücksichtslos betont, ein großes Verdienst erworben, und es ist zu hoffen, daß sich den Stimmen der bedeutenden Kölner Wirtschaftsführer noch zahlreiche andere anschließen werden. Wenn die Kölner Entschliebung sagt: »Wir rufen alle Gleichgesinnten, an der deutschen Wirtschaft Beteiligten, zur wirksamen Mitarbeit auf, unbekümmert um jede Parteipolitik und unbekümmert um Prestigefragen, die bei der Not unseres Volkes keine Rolle spielen dürfen, um diese Not zu beseitigen«, so können wir diesen Aufruf nur freudig unterstützen. Es bedarf keiner Schwarzmalerei, um die Not der deutschen Wirtschaft plastisch darzustellen, und es ist kein Defaitismus sondern nichts anderes als der natürliche Wille zur Abhilfe, wenn man trotz der deprimierten Stimmung, die heute in weiten Kreisen der deutschen Wirtschaft herrscht, auf die Lässigkeit und die verantwortungslose Parteigebundenheit unserer Finanzpolitik hinweist. Gerade diejenige Partei, deren Repräsentant heute für die deutsche Finanzpolitik verantwortlich ist, versucht die Ohnmacht Doktor Hilferdings immer wieder damit zu verteidigen, daß sie den Eindruck zu erwecken versucht, die Finanznot sei gar nicht so schlimm, wie man sich das in Unternehmerkreisen vorstellt. Sie versucht damit nicht nur die Verzögerung des Planes zur Finanzreform sondern im voraus auch seine offensichtliche Unzulänglichkeit zu entschuldigen, und sie erweist mit dieser Politik nicht nur sich selbst sondern auch dem Lande einen schlechten Dienst. Sogar sie sollte allmählich einsehen, daß radikalere Maßnahmen als die im Finanzministerium geplanten und ein schnelleres Tempo als es dort angeschlagen wird dringend notwendig sind. Denn bei den Entschliebungen, die die deutsche Finanzpolitik jetzt zu treffen hat, handelt es sich im wahrsten Sinne des Wortes um die Frage der deutschen Existenz. Doktor Silverberg, der als hervorragender Praktiker keiner Halluzination verdächtig ist, hat klar erkannt und ausgedrückt, daß die Schwierigkeiten des deutschen Exports durch die bevorstehende Welle amerikanischer Fertigwarenausfuhr noch weiter vergrößert werden werden, und daß aus diesem Grunde die Anspannung nicht nur aller privatwirtschaftlichen sondern auch aller finanz- und wirtschaftspolitischen Kräfte durch die Vorgänge in Amerika noch dringender notwendig geworden ist als sie es bisher schon war.«

Man mag immerhin sagen, daß die Ausführungen des Berliner Tageblatts von Parteipolitik nicht unbeeinflusst sind, überhört dürfen diese Mahnungen auch von der Sozialdemokratie nicht werden.

Noch keines der Hilfsmittel, mit denen Rudolf Hilferding die deutsche Finanznot einzuschränken hoffte, ist wirksam geworden. Ob die Errichtung eines privatkapitalistischen Zündholzmonopols gegen Gewährung einer Anleihe von einem internationalen Trust eine Mehrheit in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion finden wird, muß abgewartet werden. Mit dem sozialdemokratischen Programm ist diese Maßnahme nicht vereinbar. Nur als Notstandsaktion angesichts einer in anderer Weise nicht zu behebenden

Finanznot könnte sie allenfalls hingenommen werden. Im übrigen wird man nach der deutschen und amerikanischen Börsenderoute erst einmal abwarten müssen, ob der Schwedentrust auch wirklich die Kapitalmasse, die er Hilferding versprochen hat, zusammenbringen kann. Andererseits steht es schon jetzt fest, daß Deutschlands Reichsfinanzminister auf ein Entgegenkommen seines englischen Parteifreunds Philip Snowden nicht mehr rechnen kann. England gibt von der Kautio n im Betrag von 400 Millionen Mark, die es zur Sicherung seiner Forderungsrechte aus dem Versailler Vertrag vom Reichskabinett Cuno-Becker zu Beginn des Ruhrkriegs erhalten hat, keinen Pfennig heraus. Es glaubt offenbar nicht an eine rechtzeitige finanzielle Umkehr Deutschlands und rechnet deshalb mit baldigen Schwierigkeiten bei der Erfüllung des Youngplans, für welchen Fall es eben Sicherheiten in der Hand behalten will. Was diese Ruhrkriegskautio n betrifft, deren Herausgabe Snowden verweigert, so wußte der Ullsteinnachrichtendienst darüber am 14. November aus London folgendes zu melden:

»Wie wir hierzu erfahren, hat sich die englische Regierung nicht ohne weiteres mit der Klausel des Youngplanes über Beendigung der Liquidationen einverstanden erklärt sondern sich weitgehende Reservate vorbehalten, die noch zwischen deutschem und englischen Vertretern diskutiert werden. Deutscherseits sind inzwischen Schritte beim englischen Schatzamt wegen eines zu Beginn der Ruhrbesetzung als Kautio n in London hinterlegten Betrages von 20 Millionen Pfund unternommen worden. In dessen dürfte auf die Herausgabe der Summe oder auch nur auf eine Gutschrift auf Reparationskonto kaum zu rechnen sein. Das gleiche gilt für einige Beträge, die vom Schiedsgericht freigegeben, aber vom Schatzamt ebenfalls als "Deckung" einbehalten wurden. Beide Posten dürften 30 Millionen Pfund übersteigen.«

Von England hat also Hilferding Hilfe nicht zu erwarten. Man kann wohl annehmen, daß Snowden die deutsche Defizitwirtschaft ähnlich beurteilt wie Parker Gilbert und deshalb keine Sicherheit aus seiner Hand geben will. Inzwischen hat die bürgerliche Presse Deutschlands einen Brief Snowdens über die Freigabe des deutschen Eigentums veröffentlicht, aus der Zeit, als er noch nicht Schatzkanzler war. Er lautet:

»Sehr geehrter Herr, ich bin im Besitze Ihres Briefes über die Beschlagnahme des Eigentums Deutscher in den alliierten Ländern auf Grund des Friedensvertrags. Mir ist die Sache durchaus nicht unbekannt. Ich habe zur Zeit des Friedensvertrags und seitdem viele Male öffentlich gegen diese skandalöse Verletzung allen Völkerrechts und aller Gerechtigkeit protestiert. Dieses Vorgehen ist, wie Sie mit Recht sagen, ohne Vorbild in der Geschichte. Ich glaube, daß durch die Behörde für feindliches Eigentum einiges geschieht, um die Not zu mildern, und ich hoffe, daß man im Lauf der Zeit diese Bedingungen des Friedensvertrags vollkommen aufgeben wird. Die deutsche Regierung, die ja jetzt im Völkerbundsrat ist, wird vielleicht in dieser Frage mitarbeiten können. Ihr sehr ergebener Philip Snowden.«

Zu diesem Brief Snowdens ist festzustellen, daß das britische Labourkabinett die einzige Regierung unter Deutschlands Kriegsgläubigern ist, die auf die weitere Durchführung von Liquidationen, also die Durchführung wirtschaftlicher Kriegsmaßnahmen gegen feindliches (deutsches) Eigentum, noch nicht verzichtet hat. England sucht durch forcierte Liquidation von deutschem Eigentum sich möglichst große finanzielle Sicherungen zu schaffen.

Man sieht, welch ein bedeutender Faktor der auswärtigen Politik die deutsche Defizitwirtschaft geworden ist. Darauf hat auch kürzlich der Reichsminister Adam Stegerwald in einer Zentrumsversammlung in Bottrop hingewiesen:

»Vor 2 Jahren, als ich über Art und Ausmaß der Beamtenbesoldung Bedenken äußerte, bin ich von den Beamtenblättern aufs stärkste angegriffen worden. Was hat sich in der Zwischenzeit herausgestellt? Dadurch, daß wir in den letzten Jahren auf der einen Seite mehrfach Steuersenkungen durchführten, insbesondere im Jahr 1926,

und auf der andern Seite neben den steigenden Ausgaben für den Dawesplan Ausgabeerhöhungen über Ausgabeerhöhungen beschlossen, sind wir mit 1,6 Milliarden Reichsmark Kassendefizit und so schwach nach Paris und dem Haag gegangen, daß wir der Gegenseite bei den Verhandlungen gar keinen ausreichenden und wirkungsvollen Widerstand entgegenzusetzen vermochten. Wenn im letzten Frühjahr die Pariser Verhandlungen nicht "auf Spitz und Knopf" gestanden hätten, und damit unser letzter Widerstand restlos zusammengebrochen wäre, hätten am 1. April und am 1. Mai im Hinblick auf die Finanzlage die Beamten nur einen Teil ihres Gehalts ausbezahlt bekommen. Und wenn Deutschland jetzt den Youngplan ablehnen sollte, ist keine Regierung, mag sie rechts oder links zusammengesetzt sein, imstande zu verhindern, daß die Beamten sich mit einer wesentlichen Kürzung ihrer Gehälter abfinden müßten. Mit bloßen Steuererhöhungen können wir uns nicht mehr helfen. Darüber hat sich auch kürzlich der sozialdemokratische Abgeordnete Quessel im einzelnen ausgelassen. Ist das etwa Politik, daß man eine Beamtenbesoldungsreform durchführt und nach kurzer Zeit nur durch einen Zufall daran vorbeikommt wieder Gehaltskürzungen vornehmen zu müssen?«

Die Ausführungen Stegerwalds sind geeignet denen, die den Ernst unserer Finanzlage auch nach der außenpolitischen Seite hin noch nicht begriffen haben, die Augen zu öffnen. Innen- wie außenpolitisch wird unsere Lage ernst. Die nationalsozialistische Welle, die, mächtig ansteigend, am 17. November Preußen, Sachsen und Hessen überflutete, ist keine Zufallserscheinung. Sie ist ein Warnungszeichen, das ernste Beachtung verdient.

JULIUS KALISKI · WIE SICHERT DEUTSCHLAND SICH SEINE WIRTSCHAFTLICHE SELBSTBESTIMMUNG?

MAG gegen Betriebe der öffentlichen Hand was immer einzuwenden sein, unseren Großbanken und unserer Industrie kann man das Recht der Kritik nicht zugestehen, weil ihnen die moralische Aktivlegitimation dazu fehlt. So unerfreulich die Erscheinungen unzulänglicher Führung und Aufsicht einzelner kommunaler Betriebe sind, gemessen an Zahl und Umfang gleicher Geschehnisse in privaten Betrieben, die mit fremden Kapitalien arbeiten, erweist sich die Liste von Entgleisungen geschäftlichen Charakters unter kommunaler Führung als recht bescheiden. Niemals soll und darf das als Entschuldigung gelten, nicht einmal als Abschwächung eines Vorwurfs; denn die Sünde an öffentlichen Betrieben muß rückhaltloser beurteilt und geahndet werden als gleiche Vergehen und Versehen in privaten Geschäften. Peinlich aber berührt der Brustton der Entrüstung in den Anklagereden jener Kreise, die in unerschütterlicher Stumm- und Taubheit Unfähigkeit und Unredlichkeit in großen Unternehmungen duldeten und selbst im Fall des offenen Zusammenbruchs sich jeder Kritik enthalten. Dabei gibt es eine sehr lange Reihe von Unternehmungen sogenannten privaten Charakters, die sich durch die Art ihrer Stellung durchaus als öffentlichrechtliche Gesellschaften erweisen, denen fast unkontrolliert große Teile der nationalen Spargelder zufließen, und die sich als Privathetriebe nur dadurch deklarieren, daß ihre Geschäftsleitungen jede wirkliche Verantwortung ablehnen. Die Geschäftsmoral dieser Unternehmungen mit solchem Doppelgesicht verbindet den Ruf nach Staatsubventionen mit dem Protest gegen die Einmischung des Staats in die Wirtschaft. Nur die gleiche Geschäftsmoral macht es verständlich, daß Riesetriebe von einem Tag zum andern die Öffentlichkeit mit Unterbilanzen von Dutzenden von Millionen überraschen. Der gute Ton in der Industrie-

und Handelswelt gebietet Schweigen, und niemals ist von Industrie- und Handelskapitänen selbst bei schlimmster Unterlassung aller Pflichten als Verwaltungs- und Aufsichtsratsmitglieder verkrachter Unternehmungen die Pflicht zum Schadenersatz ausgeübt worden. Doch das alles ist nur die eine Seite der Sache, die jedes Recht auf Fällung eines moralischen Urteils ausschließt. Die andere ist die Übung im eigenen Unternehmen. Die Großtaten der Banken in der Zeit der Inflation bieten für die führenden Direktoren wahrlich Anlaß genug zu bescheidenem Schweigen. Daß sich die Banken der Pflicht jeder Aufwertung entziehen konnten, ist weiter wirklich nicht dazu angetan der in Bankpalästen herrschenden Ahnungs- und Hemmungslosigkeit in wirtschaftlichen Dingen, die von zahllosen Einzelexistenzen und der Gesamtwirtschaft teuer bezahlt wird, Bewunderung zu zollen.

Wo sind die vielen Industrieunternehmungen, deren Leiter erhobenen Hauptes berichten könnten, wie sie aus eigener Kraft die Jahre nach dem Krieg überstanden? Und wie sehen die Ergebnisse der wirtschaftlichen Einsicht der Großbanken und der Großindustrie aus? Eine Antwort auf diese Fragen sollen einige Sätze geben, die hier am 21. Januar gesagt wurden:

»Ungeheure Güter an Arbeit und Kapital sind verschleudert und vergeudet worden, und dieses Tun wird sich fortsetzen, wenn nicht wirkliche Führung, von der Idee be-seelt, nach der Idee schaffen wird. Dem Mißbrauch der Volkskraft und der nationalen Leistung durch ahnungslose, wenn auch geschäftlich erfolgreiche Elemente muß ein Ende gemacht werden. Durch die hohen Kosten der Verwaltung in vielen Aktiengesellschaften (die selbst meist keinerlei Risiko trägt) wird die Wirtschaft schwer belastet. Solches System wird mehr und mehr parasitär.«¹

Jedes Wort, das damals geschrieben und Jahr um Jahr auch schon an der gleichen Stelle veröffentlicht wurde, muß heute wiederholt und unterstrichen werden. Damit soll die Leistung der einzelnen Personen in Banken und Industrien nicht geschmälert werden. Nur die Gesamtleistung steht zur Diskussion. Ist dieses Urteil nicht ungerecht, wenn man ihm den Riesenumfang unserer Banken, die gewaltige Ausdehnung unserer zahlreichen Industriezweige entgegenhält? Nein. Ein Zuckerindustrieller des alten Rußlands pflegte die Berichte der Direktoren seiner Fabriken über die Erhöhung des Zuckergehalts der Rüben, die von den Herren voller Befriedigung gegeben wurden, mit den Worten zu beantworten: »Dummköpfe, den höhern Zuckergehalt hat Gott gegeben. Was habt Ihr gemacht?« Mit dem wohlverstandenen Sinn dieser Bemerkung kann den Industrie- und Bankherren gedient werden, die den Ruhm ihrer Nachkriegsleistungen singen oder singen lassen. Unsere Großbanken und unsere großindustriellen Betriebe sind ausgerüstet worden mit den Mitteln der Nation, die der Weltkrieg übrig ließ. Wie sind denn alle diese Erweiterungen, zunächst baulicher und technischer Natur, zustande gekommen? Entsprachen sie wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Zweckmäßigkeiten? In zahlreichen Fällen wäre das Gegenteil produktive Tat gewesen. Schmälern der Industriebasis unter gleichzeitiger Steigerung ihrer Produktivität war die Forderung, die es zu erfüllen galt. Es bedurfte keiner stolzen Industriekapitäne dazu, um Bauaufträge zu geben; das konnte man aus Ruhrkriegsgeldern und Bankkrediten ohne Anstrengung bewirken. Dazu standen die wirtschaftlichen Prophezeiungen unserer Industriekapitäne stets im schärfsten Gegensatz zu ihren Taten, und merkwürdig bleibt, daß sie sich dieser Widersprüche offenbar niemals bewußt wurden.

¹) Siehe Kaliski Das Bild der deutschen Wirtschaft, in den Sozialistischen Monatsheften 1929 I Seite 22 und folgende.

Was die Großstadtwelt sonst an Beweisen weit vorausschauender Wirtschaftspolitik bietet, kann schnell nochmals aufgezählt werden. Ungeheure Warenhäuser, die immer neu hervorschießen, als wenn es gälte die ungestüme Kauflust neu entdeckter oder entstehender Völker schnellstens zu befriedigen, Restaurations- und Kinobauten, die mit gleichem Luxus kaum in einem andern Land der Welt zu finden sind, Vergnügungslokale vornehmster Ausstattung, die vermuten lassen, daß bei Scharen unserer Zeitgenossen beträchtliche Wohlhabenheit zu Haus ist. Zur Errichtung aller dieser Dinge gehört Geld, viel Geld, das notwendig wirtschaftlichen Arbeiten entzogen wird. So äußert sich die Kredit- und Sparpolitik außerhalb der öffentlichen Betriebe.

Die Sperre, die der Reichsbankpräsident gegen die Aufnahme von Auslandsanleihen durch die Gemeinden verhängte, war eine Maßnahme, die wirtschaftlich durchaus zu Recht erfolgte. Hätte er mit der Macht der Reichsbank unsere gesamte Kreditwirtschaft in gleicher Weise zu beeinflussen versucht, Dank und Ruhm wären ihm sicher. Auch die Zuführung von Auslandskapital an die private Wirtschaft hätte stärker gezügelt werden sollen; dann wäre manche krankhafte Entwicklung früher unterbunden worden. Es geht auch nicht an den Verwendungszweck von Großkrediten in der Privatwirtschaft den Kreditnehmern freiestens zu überlassen. Darf man vielleicht daran erinnern, wie durch gedankenlose Übergründungen bisher glänzende Industriezweige erschüttert wurden? Als bestes Beispiel aus der Vorkriegszeit ist das der Kaliindustrie bekannt, die bei der Beherrschung eines vollen, durch die deutschen Bodenschätze gebildeten Monopols in ungestörter Zusammenarbeit von Banken und Kaliindustriellen immer schwereren Krisen ausgesetzt wurde, bis zum Eingriff des Staats.

Durch den Zustrom großer ausländischer Kapitalien sind Probleme entstanden, die jetzt endlich auch in den Kreisen der Industrie und der Banken zur Diskussion gestellt sind. Als die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft von ihrem auf 200 Millionen Mark erhöhten Aktienkapital 15 %, also 30 Millionen, der International General Electric Company überließ (ihr Gesamtbesitz an Aktien ist erheblich größer), griff Carl Friedrich von Siemens diese Aktienüberlassung in einer Rede scharf an, die wenige Tage die Presse beschäftigte, aber wie vieles andere schnell in Vergessenheit geriet. Er führte am 12. Oktober auf einem Fest für die alten Angestellten der Siemenswerke aus:

»Manche Führer der einst so stolzen Elektrotechnik haben, so scheint es mir, zu früh das Steuer aus der Hand gegeben und den fremden Lotsen an Bord gerufen, weil sie nicht glaubten den Sturm selbst meistern zu können. Sie haben sich dem heute leider so weit verbreiteten Fatalismus unterworfen. Sie haben dadurch denen nicht die Arbeit erleichtert, die hoffen aus eigener Kraft, nur mit eigener Mannschaft den richtigen Kurs wieder einzuschlagen und im Wettkampf mit fremden Nationen ihr deutsches Schiff in der führenden Linie zu halten. Der fremde Lotse, und wenn er auch nur als Berater neben dem deutschen Steuermann steht, wird nicht und kann nicht mit dem Herzen, mit dem Gefühl der Interessenverbundenheit zwischen Führung und Mannschaft seinen Rat erteilen. Wie erst, wenn der Lotse nicht nur Lotse ist sondern als Unternehmer eigene Schiffe unter der Flagge seines Landes in Konkurrenz zu deutscher Arbeit fahren läßt? Er wird seine deutschen Kapitäne als Handlanger benutzen für den Willen des Auslandes. Das, was ihm erstrebenswert erscheint, oder das, was sich seinem Diktat entgegensetzt oder ihn in der Ausübung seiner Pläne stört, soll durch deutsche Mithilfe niedergezwungen werden. Ein Vorteil der Stunde hat schon manchen Verderb auf die Dauer gebracht. Wie sich nun einmal die Verhältnisse bei uns in Deutschland in wirtschaftlicher Beziehung entwickelt haben, sind wir leider nicht mehr in der Lage allein aus eigener deutscher Kraft die für die Entwicklung einer sich ausbreitenden Industrie notwendigen Mittel

zur Verfügung zu stellen; wir müssen die Hilfe des zum großen Teil durch deutsche Arbeit geschaffenen Goldes heranziehen, über welches das Ausland die Verfügung hat. Wir wissen auch, daß dieses ausländische Gold auf den Augenblick wartet, wo es die Herrschaft an sich reißen kann über große Unternehmungen, die bisher uns Arbeit gegeben haben. Auch wir müssen uns rüsten für diese neuen Kämpfe. Ich habe das Vertrauen, daß es uns gelingen kann unter voller Wahrung unseres deutschen Charakters unseren alten Weg des Fortschrittes weiter zu begehen, wenn wir dabei die verständnisvolle Unterstützung all der Stellen finden, denen die Geschichte Aufgabe und Verantwortung auferlegt hat für die Aufrechterhaltung einer deutschen Wirtschaft zu sorgen.«²

Aus welchem Grund Siemens die Frage der Auslandsbeteiligungen an deutschen Unternehmungen aufgeworfen hat, interessiert nicht. Auch daß die Leitung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft überzeugt ist den deutschen Wirtschaftsinteressen durch die Verbindung mit der International General Electric Company gut zu dienen, wird niemand bezweifeln. Aber das ändert an der Kernfrage selbst nichts. Die Möglichkeit einer Beeinflussung der Geschäftspolitik der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, zumindestens in späteren Tagen, durch den amerikanischen Partner zugunsten seiner amerikanischen Interessen kann unmöglich bestritten werden. Daß die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft dabei auf gleiche Vorgänge in vielen anderen Industrien hinweisen kann, hebt den eben formulierten Einwand nicht auf.

Vor kurzem hat die General Motors Company die Opelwerke fast gänzlich erworben³; eine Interessennahme, die wohl den eindeutigen Schluß unbestreitbar macht, daß die Opelunternehmungen in Zukunft vollkommen nach amerikanischen Interessen geleitet werden sollen. Was hier offenbar wurde, dürfte in vielen anderen Unternehmungen verdeckt oder versteckt ebenso zur Tat gereift sein oder reifen. Auch wer nicht durch jeden "Überfremdungs"ruf in Schrecken versetzt wird, darf die Beherrschung wichtiger Industriezweige eines Landes durch das Kapital eines andern mit andersgearteten Wirtschaftsinteressen nicht als belanglos hinnehmen. Die Durchsetzung wichtiger Industriegebiete mit amerikanischem Kapital ist eine schwere Belastung der Produktivkräfte Deutschlands und darüber hinaus auch Europas. Sie kann es bald in noch höherem Maß werden; es fehlt nicht an Ansätzen dazu.

In anderer Gestalt erlangten diese Fragen auch durch die Verhandlungen über Zündholzmonopol und Reichsanleihe aktuelle Bedeutung. Das Reich erhält von der Dachgesellschaft des schwedischen Zündholztrusts, der Aktiengesellschaft Kreuger & Toll, eine 6prozentige Anleihe von 125 Millionen Dollars, überträgt der schon vor mehreren Jahren unter seiner Beteiligung und Kontrolle gegründeten Deutschen Zündholzverkaufsaktiengesellschaft das alleinige Recht zum Verkauf sowie zum Import und Export von Zündhölzern. Sämtliche deutsche Zündholzfabriken, auch die bisherigen Außen-seiter, treten der neuen Monopolgesellschaft bei. Die Einzelheiten des Abkommens und die dagegen erhobenen Bedenken gemeinwirtschaftlicher Interessen mögen im Augenblick außer Betracht bleiben. Für den Sonderfall ist es nur wesentlich zu wissen, daß die von dem Schwedentrust heute schon beherrschten deutschen Zündholzfabriken in der erheblichen Mehrheit gegen die deutschen Fabriken sind; das Kräfteverhältnis beträgt 65 : 35. Als Poincaré vor wenigen Monaten ein ähnliches Abkommen mit dem Schwedentrust für Frankreich schloß, wußte man in den selben Gruppen des Reichstags, die

² Siehe *Vossische Zeitung* vom 13. Oktober 1929: C. F. von Siemens gegen Überfremdung.

³ Siehe die *Rundschau Wirtschaft*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 722.

dem Schwedenvertrag zustimmen, viel Schlimmes über den Schritt Frankreichs zu sagen. Ohne Grund. Es ist auch grundlos, wenn jetzt die Anleihe beim Schwedentrust als unvereinbar mit dem Prestige eines Großstaats bezeichnet wird. Warum soll es denn dem Prestige zuträglicher sein viel schwereren Zinsforderungen der Großbanken erzwungene Konzessionen zu machen, um Anleihen abzuschließen? Sehr berechtigt in anderer Beziehung aber ist die Frage, wie der Durchbruch von Auslandskapital, hier also der Schwedentrust, zu beurteilen und zu behandeln ist, wenn dieses ausländische Kapital die Mehrheit in einer Industrie besitzt. Für die Volkswirtschaft ist die Beherrschung der Zündholzpreise durch das Reich nicht alles. Die Existenz der Zündholzfabriken selbst ist mit Produktionsinteressen verbunden, die durch das schwedische Kapital beeinflußt oder beherrscht werden. Wie kann nun die deutsche Nation das Selbstbestimmungsrecht seiner Produktion sichern, unabhängig von der Höhe des zu uns kommenden Auslandskapitals?

Um die oberste Entscheidung über die Produktion in die Hand der Nation selbst zu legen, gibt es Wege, die auch aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen längst hätten beschritten werden müssen. Jede wahre Produktionspolitik hat zur Voraussetzung, daß die Betriebe jedes einzelnen Produktionszweigs zu Produktionsgemeinschaften verbunden werden. Die Produktionsgemeinschaften und ihre Vertretungen hätten weitgehende Verfügungsrechte im Interesse der Gesamtproduktion ihrer Branche und der Produktivkraft des Landes zu erhalten. Als Ersatz dieser seit 1919 geforderten Produktionsgemeinschaften wurden die Betriebsräte geschaffen, die ihren Sitz in den einzelnen Unternehmungen erhielten und daher für die Zusammenfassung der Wirtschaftskräfte zum Zweck eines neuen Aufbaus der Produktion einflußlos bleiben mußten. Für die Forderung der Produktionsgemeinschaften als Fundament der Neugestaltung unserer Wirtschaft war nicht die Frage der Auslandsbeteiligung maßgebend. Aber sie würden sich auch darin bewähren die Gefahren der vorhandenen und noch möglichen Überfremdung der deutschen Arbeit auszuschalten, und das kann nur als Bestätigung dessen gelten, daß sie die Sendung haben Notwendiges zu erfüllen. Zur Führung der Produktionsgemeinschaften sind alle an der Produktion Beteiligten berufen, also nicht nur die Vertreter der Betriebsleitungen, sondern auch die Arbeiter und die Angestellten. Paritätische Besetzung der Vertretungen von Produktionsgemeinschaften verleiht automatisch durch die Anwesenheit von Arbeitern und Angestellten der Nationalwirtschaft ein Übergewicht, auch wenn die Mehrheiten der beteiligten Betriebe von ausländischem Kapital beherrscht würden. Der schöpferische Wille von Wirtschaftsführern würde durch die Produktionsgemeinschaften nicht eingeschränkt, viel eher gefördert werden. Die Initiativefähigkeit wirklich führender Männer kann nicht an der Höhe des Einkommens gemessen werden, das sich heute die Verwaltungen überreichlich zumessen. Die Einkommen der Verwaltungsmitglieder vieler Gesellschaften können durch Leistungen überhaupt nicht aufgewogen werden, weil es so gewaltige Leistungen gar nicht gibt. Daran kann der Kult, der mit vermeintlichen Wirtschaftsführern getrieben wird, nichts ändern. Die Legende von den Herkuleskräften der Industriekapitäne und Bankherren verblaßt überaus schnell, wenn man ihren oft sagenhaften Verdiensten um die Erschaffung von Großunternehmen die schlichte Tatsache gegenüberstellt, daß der ungeheure Kreis von Unternehmungen, die von den deutschen Konsumvereinen und ihrer Großeinkaufsgesellschaft errichtet wurden und ge-

leitet werden, wohl nicht kleiner ist als das Reich der größten Industriekapitäne. Dabei sind die Unternehmungen der Konsumvereine von einfachen Arbeitern und Angestellten aufgebaut und auf die heutige Höhe gebracht worden. Und diese "kleinen Leute" stellen die Kapitäne der Arbeiterunternehmungen, deren Leistungen mit denen der meisten Industrie- und Bankherren wohl einen Vergleich aushalten.

Ohne Produktionsgemeinschaften als Träger der Arbeit wird das Chaos der deutschen Wirtschaft nicht gebannt werden, keine Verantwortung stabilisiert werden. Es soll heute nicht untersucht werden, wie es kam, daß in den ersten Jahren nach dem Novemberzusammenbruch diese Bildung von Produktionsgemeinschaften verhindert werden konnte. Daß sie damals nicht geschaffen wurden, ist angesichts der Zustände unserer Wirtschaft doch sicherlich kein Beweis für ihre Entbehrlichkeit. Durch die Gesetzgebung ist den Produktionsgemeinschaften die Vollmacht zur Führung ihrer Produktion und der dazu gehörigen Betriebe zu sichern. Erst auf dem Boden der von ihnen getragenen Wirtschaft kann eine ernsthafte Rationalisierung erzielt werden. Unverantwortliches Spekulantentum, das heute leichter noch als früher die Geschicke unserer Produktion für kurze oder längere Zeit an sich reißen kann, darf nicht länger über das Leben der Nation bestimmen. Es ist auch gar nicht so, daß die Mitglieder der Leitung einer Produktionsgemeinschaft nun alle gottbegnadete Wirtschaftskenner und Geschäftsführer sein müssen. Es kommt nur darauf an, daß unter ihnen Menschen guten Willens und des Verlangens nach sachlicher Arbeit sein werden. Hier ist der Boden, auf dem die wirklich großen Wirtschaftsführer werden zeigen können, was sie vermögen; ihnen wird das Maß der Führung zufallen, das sie verdienen. Produktionsgemeinschaften dieser Art, die die Produktion ihrer Gewerbe umfassen, sind die gegebenen Wahlkörper für den Reichswirtschaftsrat, der dann zu einer wirklichen Kammer der Arbeit würde und so die Stellung erhielte, die ihm als der Vertretung der nationalen Schaffenskräfte zukommt.

Und noch eins ist gewiß: Diese Zusammenarbeit aller an der Produktion Beteiligten wird der Landwirtschaft das geben und bringen, was ihr Spekulationswirtschaft in Industrie und Handel zum Schaden der Volksgemeinschaft bisher entzogen hat.

ERWIN HASSELMANN · ZÜNDHOLZMONOPOL UND KONSUMGENOSSENSCHAFTEN

ZWISCHEN dem Reich und dem schwedischen Zündholztrust wurde am 26. Oktober ein Zündholzmonopolvertrag abgeschlossen, der in der Öffentlichkeit lebhaftere Auseinandersetzungen auslöste. Die Diskussion, die längere Zeit wegen ungenügender Information im Dunkel tappte, wurde durch eine reichlich spät kommende Darlegung des Reichsfinanzministeriums einigermaßen geklärt. Diese Klärung tat dringend not, schon um den mannigfaltigen Gerüchten ein Ende zu bereiten, vor allem aber um überhaupt die Bildung einer öffentlichen Meinung in dieser Frage vor der parlamentarischen Entscheidung zu ermöglichen, die wahrscheinlich nicht vor Beginn des nächsten Jahrs zu erwarten ist; denn das Zündholzmonopolgesetz wird im Reichstag voraussichtlich erst zusammen mit anderen Reichsfinanzreformgesetzen behandelt werden.

Die Gründe, die das Reichsfinanzministerium bewogen dem Plan eines Zündholzmonopols näherzutreten, waren vorwiegend, ja ausschließlich finanzpolitischer Natur. Die dauernd steigende kurzfristige Verschuldung des Reichs, die Unmöglichkeit diese Verschuldung, die schon die stattliche Summe von 1 Milliarde Mark überschritten hat, durch Auflegung langfristiger Anleihen abzudecken, kurz die katastrophale Finanzlage des Reichs erforderte dringend finanzpolitische Notmaßnahmen. Das Reich befand sich also in einer Zwangslage. Auf der andern Seite befand sich auch die deutsche Zündholzindustrie in einer Notlage. Die russische Konkurrenz hatte den Umsatz der deutschen Fabriken, die sich zu $\frac{2}{3}$ in Händen des schwedischen Zündholztrusts befinden, beträchtlich herabgedrückt, so daß die Produktionskapazität dieser Fabriken nicht voll ausgenutzt werden konnte. Die Folge war ein stetiges Sinken der Rentabilität, das nur durch eine möglichst restlose Ausschaltung der russischen Konkurrenz aufgehalten werden konnte. Es waren also auf der einen Seite finanzpolitische, auf der andern privatwirtschaftliche Interessen, die sich in der Idee des Zündholzmonopols trafen. Da sowohl das Reich als auch Ivar Kreuger viel zu verlieren hatten, kam ein Vertrag zustande, in dem die Vorteile für beide Kontrahenten gut ausgewogen sind.

Nun werden aber nicht nur die beiden Vertragspartner durch das Zündholzmonopol betroffen. Das Problem dieses Monopols geht vielmehr die ganze deutsche Volkswirtschaft an. Die wirtschaftspolitischen Bedenken gegen einen solchen Monopolvertrag, wie er zwischen dem Reich und Ivar Kreuger abgeschlossen worden ist, liegen auf der Hand. An dieser Stelle soll nur auf die Bedeutung des Zündholzmonopols für die in den Konsumgenossenschaften organisierten Verbraucher hingewiesen werden.

Die wirtschaftliche Zentrale der Konsumgenossenschaften, die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, war bisher als Zündholzfabrikantin völlig unabhängig in ihrer Preis- und Produktionspolitik. Ihr war schon im Zündholzgesetz vom 28. Mai 1927 eine Ausnahmestellung unter den deutschen Zündholzfabriken eingeräumt worden, die ihrer besondern Eigenart als gemeinwirtschaftliches Unternehmen entsprach. Diese Ausnahmestellung soll der Großeinkaufsgesellschaft bis zu einem gewissen Grad erhalten bleiben. In 2 sehr wesentlichen Punkten soll jedoch die Selbständigkeit der konsumgenossenschaftlichen Zündholzproduktion eingeschränkt, wenn nicht aufgehoben werden. Die Großeinkaufsgesellschaft wird in Zukunft in der Preisbildung und in der Bestimmung des Umfangs ihrer Zündholzproduktion nicht mehr frei sein. Es versteht sich von selbst: Wäre die Zentrale der organisierten Verbraucher in diesen beiden Punkten völlig autonom, so könnte sie das ganze Zündholzmonopol ernstlich bedrohen. Ihre Konkurrenz könnte dann mit der Zeit an Stelle der russischen die Rentabilität der privatkapitalistischen Zündholzproduktion in Frage stellen: ein Ergebnis, das, vom gemeinwirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, nicht unerfreulich wäre. Um so weniger erfreulich wäre eine solche Entwicklung für den schwedischen Zündholztrust. Daß dieser sich gegen eine solche Eventualität gewappnet hat, nimmt deshalb nicht wunder. Die Antastung der Selbständigkeit der konsumgenossenschaftlichen Zündholzproduktion ist also in erster Linie auf privatwirtschaftliche Interessen zurückzuführen: Ein Stück lebendiger Gemeinwirtschaft wird dem Privatkapitalismus geopfert; das ist in kurzer Formulierung eine der Auswirkungen des Zündholzmonopols.

Im Zündholzmonopolvertrag ist eine Erhöhung der Kleinverkaufspreise für Zündhölzer von 25 auf 30 Pfennig für das Paket, also um 20 %, vorgesehen. Diese Erhöhung müssen auch die Konsumgenossenschaften mitmachen. Der Preis für Zündhölzer wird also nicht mehr allein von den Produktionskosten bestimmt, er liegt, von außen her festgesetzt, grundsätzlich über den Produktionskosten, da er eine Verbrauchsabgabe enthält. Diese Verbrauchsabgabe zeigt sich einmal in der festen, nach dem Umsatz bemessenen Abgabe der Monopolgesellschaft an das Reich, zum andern in der ohne Kapitaleinschuß gewährten Gewinnbeteiligung. Auch die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, die ihre Zündholzproduktion nicht durch die Monopolgesellschaft auf den Markt bringt, soll dem Vernehmen nach mit einer Abgabe belastet werden. Wichtiger aber als die Preisfrage ist die Frage der Produktionskontingentierung für die Großeinkaufsgesellschaft. Die Großeinkaufsgesellschaft deckt durch ihre Fabriken in Riesa-Gröba und Lauenburg heute rund 10 % des gesamten deutschen Zündholzbedarfs¹. Würde man dieses Verhältnis oder selbst ein um einige Prozente günstigeres zur Grundlage der Quotenzuteilung an die Großeinkaufsgesellschaft machen, so wäre der Entwicklung der Gemeinwirtschaft auf dem Gebiet der Zündholzproduktion ein Riegel vorgeschoben. Die restlose Durchführung des Selbsthilfewillens der Verbraucher: ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten in die eigenen Hände zu nehmen, wie sie das Wesen der Konsumgenossenschaftsbewegung fordert, wäre unmöglich gemacht. Es könnte so weit kommen, daß die Konsumgenossenschaften Fabrikate ihrer eigenen "Konkurrenz" abzunehmen gezwungen wären, wenn die Erweiterung der genossenschaftlichen Zündholzproduktion mit der Entwicklung der Gesamtbewegung nicht Schritt halten könnte. Die Quotisierung der Produktion auf Grund der gegenwärtigen Produktionsanteile widerspräche somit der Idee der planvollen genossenschaftlichen Bedarfsdeckungswirtschaft, dem wesentlichsten Programmpunkt der Konsumgenossenschaftsbewegung.

Die in den Konsumgenossenschaften organisierte Gemeinwirtschaft protestiert. Sie verlangt, »daß die Interessen der organisierten Verbraucher nicht dem Geldbedürfnisse des Reiches geopfert werden«². Sie muß weiterhin von der Reichsregierung, besonders den Mitgliedern der Reichsregierung, die sich zur Gemeinwirtschaft bekennen, und vom Reichstag verlangen dafür Sorge zu tragen, daß ihre Entwicklungschancen nicht eingeengt werden. Eine gemeinnützige Institution wie die Genossenschaft darf man in keiner Beziehung zugunsten internationaler privatkapitalistischer Interessen schmälern.

HELMUT TORMIN · KAPITALBILDUNG

KAPITALBILDUNG ist die Forderung des Tages. So schallt es aus jeder Kundgebung zur wirtschaftlichen Lage aus dem bürgerlichen Lager, von der Schwerindustrie bis zu den Demokraten: siehe ihren letzten Parteitag. Das Echo von sozialistischer, insbesondere von Gewerkschaftsseite, lautet dann regelmäßig: Nicht Kapitalbildung tut uns not, sondern Absatzsteigerung, Stärkung der Kaufkraft der Massen, Ausweitung des Konsums.

1) Die Zündholzfabrikation der Großeinkaufsgesellschaft betrug 1928 18410 Normalkisten, das sind 9,74 % des deutschen Verbrauchs; sie erzielte einen Erlös von 3587000 Mark.

2) Siehe *Konsumgenossenschaftliche Rundschau* vom 2. November 1929: Zündholzmonopol.

Wer von beiden hat recht? Unbestritten ist, daß die deutsche Wirtschaft sich seit Kriegsende in einer Dauerkrise befindet, die durch die Inflation nur verschleiert worden ist, und die sich von Jahr zu Jahr immer deutlicher in einer Massenarbeitslosigkeit ausprägt, der mit Begriffen wie Konjunktur und Saison nicht mehr beizukommen ist. Die Reichsregierung und der Sachverständigenausschuß für die Reform der Arbeitslosenversicherung rechneten für die nächsten Jahre mit einer Durchschnittsarbeitslosigkeit von 1,1 Millionen, darunter 200 000 Saisonarbeitslosen. Die Gewerkschaften halten diese Schätzung für zu pessimistisch. Mag man auch 100- oder 200 000 abstreichen, und dazu noch die Saisonarbeitslosen, so bleibt doch eine Zahl, die weit über die Opfer schlechter Konjunkturen der Vorkriegszeit hinausgeht, einen Volksnotstand bildet, doppelt sinnlos in einer Zeit, in der zum Wiederaufbau unserer weltwirtschaftlichen Stellung jedes Hirn und jede Hand notwendig wären.

Ein Notstand dieser Art kann theoretisch 2 entgegengesetzte Ursachen haben. Er kann daher rühren, daß Geld und Waren nicht an die Massen des Volks herangelangen, weil die Preise zu hoch, die Löhne zu niedrig sind, und sich infolgedessen Geld und Waren beim Kapitalisten ansammeln und stauen. Eine solche Situation, die für die Industriestaaten der Vorkriegszeit typisch war und noch heute reiche Länder wie Amerika ständig bedroht, drückt sich in einem Überangebot an Kapital und Waren aus, das einer Herabsetzung des Zinses und der Preise nur ausweichen kann, wenn es als Kapital- und Warenausfuhr den Weltmarkt überschwemmt. Daß das nicht Deutschlands Lage ist, lehrt ein Blick auf unsern Zinsfuß, der in Verbindung mit der Passivität unserer Handelsbilanz der letzten Jahre (die durch keine unsichtbare Zahlungsbilanz korrigiert wurde) von katastrophaler Kapital- und Warenarmut zeugt. Die knappen Läger, die Überschuldung der Einzelwirtschaften an allen Ecken und Enden bestätigen es. Wie könnte es auch anders sein bei einem Land, das die Lasten des verlorenen 4jährigen Weltkriegs für die ganze Welt aufbringen soll und zu einem erheblichen Teil bereits mit tiefen Eingriffen in seine wirtschaftliche Substanz aufgebracht hat? Nein, unsere Arbeitslosigkeit, unsere wirtschaftliche Krise ist nicht die eines reichen Landes mit schlecht geordneter Güterverteilung, sondern die Krise eines armen und verschuldeten Landes. An diesem Gesamtbild ändert es nichts, daß es auch bei uns Reichtum gibt. Gegenüber unserer Verarmung und Verschuldung fällt er nicht entscheidend ins Gewicht. Wer arm ist, kann nur durch Sparen und Arbeiten wieder zu Wohlstand gelangen, nicht aber durch gesteigerten Güterverbrauch. Diese Binsenwahrheit muß man leider gegenüber manchen Volkswirtschaftslehrern in unseren eigenen Reihen heute ausdrücklich betonen. Versuchen wir unsere Wirtschaftskrise durch Förderung des allgemeinen Verbrauchs zu heilen, indem wir diesen künstlich steigern, so können wir zwar im Augenblick die Wirtschaft beleben, können Arbeitslose in Brot bringen und so eine Scheinblüte erzeugen. Sie führt im Enderfolg aber nur zu größerem Elend, zu größerer Armut, zu größerer Arbeitslosigkeit. Denn diese Belebung geht auf Kosten einer neuen Verschuldung der Wirtschaft durch Aufnahme neuer Betriebskredite, durch Investitionen, die auf die Dauer überflüssig werden, durch Zins- und Preiserhöhungen, die den künstlich gesteigerten Absatz in Kürze wieder drosseln müssen. Umgekehrt muß eine Kapitalbildung, die nur durch Sparen erfolgen kann, das heißt durch Einschränkung des Verbrauchs, im Augenblick in gewissen Wirtschaftszweigen den Absatz vermindern und damit im Inland oder Ausland zu Produktionseinschränkungen und

einer vorübergehenden Vergrößerung der Arbeitslosigkeit führen. Sie entlastet aber bei wirtschaftlich richtiger Anlage den Kapitalmarkt und senkt den Zinsfuß, verbilligt so die Produktion, steigert sie und vermindert damit die Einfuhr oder erhöht die Ausfuhr. Das aber bedeutet den einzigen Weg zu einer allmählichen Vermehrung des allgemeinen Wohlstands. Diese Vermehrung des Kapitals muß keine Vermehrung des Privatkapitals sein. Diese ganze Betrachtung ist überhaupt unabhängig von der Wirtschaftsform, sie gilt für eine sozialistische Wirtschaft so gut wie für die kapitalistische. Auch die sozialistische Gesellschaft muß ja "Kapital bilden", das heißt genügende Rücklagen zur Fortführung und Erweiterung der Produktion machen. Auch in ihr gibt es einen Widerstreit zwischen den Menschen der Gegenwart, die möglichst viel verbrauchen, und den Menschen der Zukunft, die sparen und die Produktion verbessern und erhöhen wollen. Das ist auch heute die große Frage. Der Sozialist hat alle Veranlassung die Lage zu sehen, wie sie ist, und sich auf die Seite der Arbeit für die Zukunft zu stellen.

Der wirtschaftliche Liberalismus macht sich bei dieser Sachlage das geringste Kopfzerbrechen. Nach seiner Theorie muß sich die Krise automatisch lösen: Das Kapital strömt, angelockt von dem hohen Zinsfuß, in derartige kapitalarme Länder ein, und auch die innere Sparkraft hebt sich so lange, bis der Ausgleich geschaffen ist. Wir wissen heute, daß diese Theorie irrig ist, weil sie den abstrakten, von historischen und nationalen Bindungen freien, vollendet klugen und vollendet eigennütigen Menschen voraussetzt, den es bekanntlich nicht gibt. Wir wissen, daß die Wirklichkeit tausend Hemmungen für einen solchen automatischen Ausgleich der wirtschaftlichen Krise erstehen läßt, daß die Mehrzahl der Menschen durchaus nicht klug ist, und daß Kapitalmacht gleichzeitig politische, menschliche Macht und Übermacht bedeutet, die persönliche, soziale, nationale Widerstände auslöst, die sich zum Beispiel einem restlosen internationalen Kapitalausgleich entgegenstellen. Aber welches ist die sozialistische Lösung der Krise? Sollen wir in die Forderung der Kapitalisten einstimmen, daß durch Lohndruck, Abbau der sozialen Leistungen, Steuererleichterung usw. ihre Kapitalbildung gefördert wird? Das hieße Verleugnung, mindestens Suspendierung unserer sozialen Ziele auf längere Zeit. Denn jede solche Kapitalbildung in den Händen der Unternehmerklasse bedeutet nicht nur wirtschaftliche Stärkung sondern Machtsteigerung des Kapitalismus überhaupt und damit Erschwerung des sozialistischen Aufbaus, es sei denn, daß man in einer Stärkung des Kapitalismus die Beschleunigung seines Zusammenbruchs sieht.

Die sozialistische Lösung ist die gemeinwirtschaftliche Kapitalbildung. Gerade weil die wirtschaftliche Gesetzmäßigkeit, um die es sich hier handelt, unabhängig von der Wirtschaftsform ist, ist eine Gesundung durch eine gemeinwirtschaftliche Kapitalbildung genau so gut möglich wie durch eine privatkapitalistische; immer natürlich unter der Voraussetzung, daß man das so gebildete Kapital in volkswirtschaftlich richtiger Weise verwendet.

Die Wege der gemeinwirtschaftlichen Kapitalbildung sind mannigfaltig. Eine Übergangsform bilden die Spareinlagen bei gemeinwirtschaftlichen Geldinstituten. Hier arbeitet zwar eine gemeinwirtschaftliche Stelle mit dem Kapital, aber noch zugunsten des privaten Sparers. Das ist um so weniger bedenklich, je mehr es sich um ausgesprochen antikapitalistische Sparerschichten handelt, wie bei den Arbeiterbanken, Konsumvereinen usw. Diese

bieten die Gewähr, daß die Spargelder nicht der Privatwirtschaft sondern der Gemeinwirtschaft zugute kommen. Bei den Konsumvereinen besteht allerdings die Möglichkeit, daß das so angesammelte Kapital mehr Verteilungs- als eigentlich produktiven Zwecken dienstbar gemacht wird. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus sollten die gemeinwirtschaftlichen Organisationen unter den Kapitalsanlagen den produktiven nach Möglichkeit den Vorzug geben. Die Führung eines Musterguts durch einen Konsumverein ist volkswirtschaftlich viel wertvoller als die Investition eines gleichen Kapitals in einem Warenhaus. Ferner ist vom Standpunkt der Gemeinwirtschaft die Selbstfinanzierung solcher Genossenschaften durch Niedrighaltung der Rückvergütungen wertvoller als die Finanzierung durch Spargelder. Wertvolle Kapitalsanlagen sind weiter, neben denen der Öffentlichen Hand, vor allem die der sozialen Versicherungsträger. Ob wohl alle Sozialisten im Parlament den kapitalistischen Pferdefuß bei der harmlosen Anleihe des Reichs bei den Landesversicherungsanstalten erkannt haben, mit der im letzten Frühjahr der Reichshaushalt saniert worden ist? Diese Sanierung ging auf Kosten eines wertvollen Zweigs gemeinwirtschaftlicher Kapitalbildung: der Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, die von den Landesversicherungsanstalten entsprechend eingeschränkt werden mußte.

Wie läßt sich die gemeinwirtschaftliche Kapitalbildung steigern? Denn daß die Kapitalbildung gesteigert werden muß, ist, wie wir sahen, eine Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk. Es ist der Gedanke des Sparzwangs in die Debatte geworfen worden. Undiskutierbar ist von vornherein die von Gustav Hartz geforderte Ablösung unserer Sozialversicherung durch einen solchen Sparzwang. Sie wäre, von allen technischen Unzulänglichkeiten der Hartzschen Vorschläge abgesehen, gerade vom Standpunkt des Sozialismus ein gewaltiger Rückschritt, wie sie denn auch ausdrücklich als Kampfmaßnahme gegen den Sozialismus gedacht ist. Sie soll kleine Kapitalisten schaffen, den wirtschaftlichen Individualismus erhalten und stärken. Dieser Gesichtspunkt macht für den Sozialisten auch einen Sparzwang, der etwa neben die Sozialversicherung träte, unannehmbar.

Der gegebene Weg zur gemeinwirtschaftlichen Kapitalbildung ist die Besteuerung. Er hat, abgesehen davon, daß er nicht kleine Kapitalisten entstehen läßt, gegenüber einem Sparzwang für Arbeitnehmer den weitem Vorzug, daß er keinen neuen bürokratischen Apparat braucht, und daß er zur Kapitalbildung nicht nur die Arbeitnehmer sondern alle Volksgenossen heranzieht. Selbstverständlich kann eine Besteuerung nur durch die Öffentliche Hand (Reich, Länder, Gemeinden) erfolgen. Aber welche Steuern kommen für diesen Zweck in Frage? Vom sozialistischen Standpunkt erscheint es da zunächst sehr verlockend die Mittel zur Bildung von gemeinwirtschaftlichem Kapital dem Privatkapital zu entziehen. Aber das wäre kein Akt der Kapitalbildung sondern nur der Kapitalumschichtung, der Sozialisierung. Und er ist in der Periode der Koalitionspolitik undurchführbar. Praktisch durchzusetzen und für neue Kapitalbildung geeignet sind nur Steuern, die nicht vom Kapital sondern vom Verbrauch oder wenigstens vom Einkommen erhoben werden. Also nicht Gewerbesteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, stark progressive Einkommensteuer, sondern nur Verbrauchssteuern, Lohnsteuer, allgemeine Einkommensteuer. Selbstverständlich muß eine solche Einkommen- und Lohnsteuer die nötige Rücksicht auf

den Familienstand nehmen, und die Verbrauchssteuern dürfen nicht den lebensnotwendigen Verbrauch belasten; andernfalls ginge die Bildung von Sachkapital auf Kosten des Kapitals an produktiver Menschenkraft. In Betracht kommt nur Luxusverbrauch, aber auch der Luxusverbrauch der Massen: Alkohol, Tabak usw. Glücklicherweise ist hier im Vergleich zu früher heute die Einsicht in das volkswirtschaftlich Notwendige in der Sozialdemokratie bereits stark gestiegen; war sie doch beim Steuerkampf des vergangenen Frühjahrs bereit eine Erhöhung der Biersteuer hinzunehmen: das Ergebnis einer langjährigen Erziehung von rein konsumtiver zu produktiver Wirtschaftsauffassung, an der auch die Sozialistischen Monatshefte seit Jahrzehnten gearbeitet haben. Der Arbeiter hat doch heute vielfach schon ein Gefühl dafür, daß Vermögenssteuer oder Verbrauchssteuer nicht bedeutet "Verzicht auf das Luxusauto des Fabrikanten oder auf das Glas Bier des Arbeiters?" sondern "Verkleinerung der Fabrik des Fabrikanten, also Arbeitslosigkeit oder Verzicht auf das Glas Bier?".

Aber ist der hier gezeigte Weg zur Behebung der Kapitalknappheit: Bildung von Kapital bei der Öffentlichen Hand durch Besteuerung des entbehrlichen Verbrauchs, heute nicht völlig utopisch? Besteht nicht gerade hiergegen eine geschlossene bürgerliche Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten? Nichts ist so stark öffentlichen Angriffen ausgesetzt wie die wirtschaftliche Betätigung der Öffentlichen Hand. Diese Angriffe arbeiten im wesentlichen mit 2 Argumenten. Einmal mit dem des Bureaukratismus. Öffentliche Verwaltung und wirtschaftliche Betätigung sollen unvereinbar mit einander sein. Der Bureaukrat könne nicht erfolgreich wirtschaften. Wirtschaftliche Betätigung erfordere die freie Initiative des nur auf sich gestellten Unternehmers, dem bei Tüchtigkeit Vermögensgewinn winke, bei Untüchtigkeit Vermögensverlust drohe. Darauf ist zu erwidern, daß dieser freie Unternehmer auch in der Privatwirtschaft mehr und mehr dem angestellten Direktor Platz macht, und daß schon heute eine Reihe von Formen gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen erprobt ist, bei der die wirtschaftlich verantwortlichen Personen von bürokratischen Fesseln der öffentlichen Verwaltung befreit sind. Der andere Einwurf gegen die öffentliche Wirtschaft ist der der Parteiwirtschaft. Dazu ist zu sagen, daß allerdings der Leiter eines gemeinwirtschaftlichen Unternehmens eine andere Geistesrichtung haben soll als der privatwirtschaftliche Unternehmer. Die Schwierigkeiten besteht heute im wesentlichen darin, daß es noch zu wenig Persönlichkeiten gibt, die gemeinwirtschaftliche Gesinnung mit sachlich wirtschaftlicher Schulung vereinen: ein Mangel, der aber mit der zunehmenden Hebung des sozialistischen Bildungsniveaus immer mehr verschwinden wird. Und wenn wir uns nun einmal das praktische Verhalten der bürgerlichen Kommunalpolitiker, Landbundführer usw. ansehen, so ergibt sich, daß sehr weite Schichten unter ihnen durch das Kampfgeschrei gegen die wirtschaftliche Betätigung der Öffentlichen Hand praktisch völlig unberührt bleiben. Man muß nur etwa die Rede des Oberbürgermeisters Karl Jarres auf der letzten Tagung des Städtetags lesen, um den Ausbau der wirtschaftlichen Betätigung der Öffentlichen Hand im Einvernehmen mit bürgerlichen Parteien durchaus nicht für so ganz und gar aussichtslos zu halten.

Noch einige Worte über die Art der Verwendung des bei der Öffentlichen Hand anzusammelnden Kapitals. Es versteht sich von selbst, daß für die Verwendung ausschließlich volkswirtschaftliche und nicht privatwirtschaft-

liche Gesichtspunkte maßgebend sein müssen. Das große Beispiel für eine volkswirtschaftlich gebotene Verwendung eines auf dem Steuerweg angesammelten Kapitals bildet die Förderung des Wohnungsbaus durch die Hauszinssteuer. Die reichsdeutsche Form dieser Steuer hat allerdings den Nachteil, daß sie ein lebensnotwendiges Gut, die Wohnung, trifft und verteuert. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß auch die durch die Hauszinssteuer verteuerte Wohnungsmiete heute noch unter dem Realwert der Vorkriegszeit steht, und daß eines Tages voraussichtlich doch ihre Angleichung an die Neubaumiete notwendig wird. Dann wird allerdings alles darauf ankommen, daß der Sozialismus auf dem Posten ist und für eine Erfassung der Mieterhöhung auf dem Steuerweg sorgt, sie nicht in die Taschen des Hausbesitzes fließen läßt. Eine Beschleunigung des Tempos des Wohnungsbaus durch Vermehrung der dafür zur Verfügung stehenden Steuermittel wäre schon heute dringend erwünscht, da wir den bestehenden Wohnungsfehlbetrag sonst vermutlich erst in 8 bis 10 Jahren abdecken werden. Außer im Wohnungsbau ist die öffentliche Kapitalsanlage überall da am Platz, wo ein volkswirtschaftlich notwendiger Bedarf wegen eines zu teuren oder zu knappen Angebots heute nicht genügend befriedigt werden kann. Das gilt insbesondere dort, wo wir heute noch weitgehend auf das Ausland angewiesen sind, wie bei den Lebensmitteln, aber unter anderm auch in der Schiffbauindustrie, wo heute deutsche Binnenschiffe durchweg im Ausland gebaut werden, während die deutschen Flußschiffwerften, die wegen des teuren Leihkapitals mit den ausländischen nicht konkurrieren können, stilliegen, und die Werftarbeiter aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung unterstützt werden müssen.

Es sind im wesentlichen 3 Formen der wirtschaftlichen Anlage öffentlichen Kapitals möglich: die Eigenwirtschaft, die Kreditgewährung und die Zinssubvention. Vom sozialistischen Standpunkt ist die Eigenwirtschaft (außerhalb der bürokratischen Verwaltung) das Wünschenswerteste. Sie schafft unmittelbar ein Stück gemeinwirtschaftlicher Produktionswirtschaft; so bei Stadtgütern, Staatsdomänen, kommunalen Betriebswerken usw. Diese Form ist aber zugleich, solange der Sozialismus nicht über die Mehrheit verfügt, am schwersten durchzusetzen; auch führt hier eine allzu stürmische Entwicklung, die meist eine ungeeignete Personalauswahl mit sich bringt, leicht zu Rückschlägen, die der gemeinwirtschaftlichen Sache sehr schaden können. Die Kreditgewährung, zum Beispiel an genossenschaftliche Selbsthilfeorganisationen von Bauern, Kleinunternehmern, Arbeitern, kann ebenfalls weitgehend gemeinwirtschaftlichen Charakter gewinnen, wenn dabei immer die Wahrung des gemeinwirtschaftlichen Einflusses im Auge behalten wird. Sie hat gegenüber der bloßen Zinssubvention den großen Vorzug, daß sie durch das Kapital, das sie auf den Markt bringt, zinssenkend wirkt, während Zinszuschüsse, die zugunsten eines subventionierten Betriebs an einen privaten Geldgeber gezahlt werden, umgekehrt die Tendenz haben das Zinsniveau hochzuhalten, indem sie einen Zins garantieren, der sonst vielleicht auf dem freien Markt nicht zu erzielen wäre. Werden Zinssubventionen an die Exportindustrie gegeben, was an sich als verlockendes Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erscheint, so pflegen sie außerdem die Wirkung auszulösen, daß sie in den Konkurrenzländern als Dumping aufgefaßt und durch entsprechende Gegenmaßnahmen paralyisiert werden. Leitender Gesichtspunkt bei der Verwendung gemeinwirtschaftlichen Kapitals sollte vor allem

die dauernde Steigerung unserer wirtschaftlichen Produktivität sein. Vor allem die Förderung unserer Landwirtschaft, ihre Rationalisierung, die Ödlandkultivierung, das Siedlungswerk überhaupt. Da das flache Land gleichzeitig die Quelle unserer Volkskraft ist, dient diese Kapitalverwendung nicht nur der Sach- sondern auch der Menschenökonomie. Die Aufgaben, die sich da auftun, sind hier häufig und ausführlich dargelegt worden.

Alles in allem ergibt sich, daß der Sozialist keine Veranlassung hat gegenüber der Forderung auf Kapitalbildung, wie es jetzt noch vielfach geschieht, den Kopf in den Sand zu stecken oder sich bloß abwartend oder gar defensiv zu verhalten. Vielmehr sollte er seinerseits die Forderung aufgreifen und mit der Parole "Öffentliche Kapitalbildung und deren Verwendung im volkswirtschaftlichen, nicht im privatwirtschaftlichen Sinn!" zum Angriff übergehen. Das ist auch ein Weg zur Verwirklichung des Sozialismus.

WALTHER MAAS · DIE POLNISCHE WIRTSCHAFT

WER die Allgemeine Landesausstellung in Posen gut betrachtet hat, muß dem französischen Handelsminister Bonafous beipflichten, der da sagte, er habe noch nie eine so hervorragende Ausstellung gesehen, eine so saubere, ästhetische, angenehme, klare und plastische Schau. Mit einer Einschränkung: Alles, was die polnische Regierung oder die Selbstverwaltungskörperschaften ausstellten, war planvoll, instruktiv, durchdacht, ideenreich in der Darstellung, mit einem Wort: organisiert. Was dagegen die Privatindustrie brachte, war schon bedeutend weniger planmäßig, die Messetendenzen überwogen hier die Ausstellungsprinzipien; vielfach wurden gewisse Dinge zu häufig gezeigt, so daß sie ermüdend wirkten, anderes, Wichtiges, stand im Hintergrund oder fehlte ganz, kurz, die Organisation war weniger gut. Dieses Verhältnis zwischen Regierungs- und Privatobjekten ist ein Zeichen merkantilistischer Zustände. Glänzend aber war wieder die Organisation des technischen Betriebs. Die Unterbringung und Heranbringung der Besucherscharen: 3,5 Millionen in 4 Monaten, ihre Führung und Leitung, die Beleuchtung und Säuberung der 600 000 Quadratmeter großen Fläche, alles klappte vom ersten Tag an. Die 112 Pavillons waren am Eröffnungstag fertig: ein bei Ausstellungen seltenes Ereignis. Alles machte den Eindruck großer Solidität, und die Angestellten zeigten eine Pflichttreue, für die man in gewissen Kreisen das Wort preußisch reserviert. In der Tat sind die Leiter und Initiatoren der Ausstellung ehemals preußische Staatsbürger, Posener Polen. Ohne die frühere Zugehörigkeit zum preußischen Staatsverband wären weder die dortigen Polen das, was sie sind, noch zeigte die Landschaft selbst den Unterschied gegen die anderen Teile Polens. Jeder einsichtige Pole gäbe das zu, wenn nicht auf Grund der unbestrittenen Tatsache, daß Preußen diese Gebiete kulturell gefördert hat, manche Deutsche einen Rechtsanspruch auf sie herleiten wollten, wogegen sich natürlich die Polen wehren, sich auf das Nationalitätenprinzip berufend. Posen und Westpreußen waren in Preußen, wozu sie seit 1772, 1793 und 1815 gehörten, "kulturelle Zuschußgebiete". Das heißt, die an Rhein und Ruhr aufgebrauchten Steuern gingen dahin, um dort Schulhäuser, Eisenbahnen, Chausseen und andere Zivilisationswerke entstehen zu lassen. Heute stehen Posen und Pommerellen in Polen obenan, die hier aufgebrauchten Steuern gehen in den Osten. So muß das Niveau sinken, oder es kann nur langsam steigen.

Die selbe Sache sehen wir in allen Nachfolgestaaten. Slowenien wird "ausgebeutet" zugunsten Serbiens und Mazedoniens, Siebenbürgen für Besarabien und die Dobrudscha. Polens Bestreben muß es nun sein die Teilgebietsunterschiede auszugleichen, das sehr starke Kulturgefälle nach Osten hin zumindest herabzumindern. Die Schwierigkeit ist um so größer, als das preußische Teilgebiet nur knapp $\frac{1}{8}$ der Fläche und $\frac{1}{10}$ der Bevölkerung Polens umfaßt. Gerade in Deutschland denkt man daran nie. Die ganze Posener Ausstellung brachte in jeder Statistik, auf jeder Karte das bestehende Kulturgefälle zum Ausdruck. Waren aber Karten oder Darstellungen der Verhältnisse 1914 und jetzt oder gar 1920 und jetzt ausgestellt, so bewiesen sie schon jetzt ein geringeres Gefälle: Die Ostgebiete gleichen sich dem Westen an. Gab es zum Beispiel vor dem Krieg nur im Westen Wasserleitungen und Kanalisation, so hat jetzt Lodz sie endlich auch, so legt man sie in den kleineren Orten an. Bahnen baut man, Chausseen; bisher etwa 1000 Bahnkilometer, 3767 Chausseekilometer. Und auf diesen Chausseen werden Autobuslinien eingerichtet, die auch, ehe die für das kapitalarme Land fast unerschwinglichen Eisenbahnen gebaut sind, selbst kleine Nester in der tiefsten Provinz aufschließen. Gab es 1926 8316 Kilometer regelmäßige Autobuslinien, so 1928 schon 20 280 Kilometer. Kam 1924 ein Automobil erst auf 3168 Einwohner, so 1929 auf 889. Geben wir Beispiele für die Fortschritte der Industrieproduktion, Zahlen, die ich nicht künstlich zusammengesucht habe.

Die durchschnittliche Monatsförderung in schlesischer Kohle betrug allerdings 1928 nur 2 537 000 Tonnen, also weniger als 1913 (2 661 000), dagegen wuchs die Produktion der schlesischen Gasanstalten in der selben Zeit von 918 000 Tonnen auf 1 668 000. In der Textilindustrie wurden nicht nur die Fabriken wiederaufgebaut, sondern die Anzahl der Spindeln wuchs um über 50 %, die der Webstühle um über 20 %. Groß sind die Fortschritte auf elektrotechnischem und chemischem Gebiet. So wuchs die Farbenproduktion von 1925 bis 1927 um 100 %, die Stickstoffproduktion um 400 % seit 1923, die Produktion der elektrotechnischen Fabriken seit 1925 um über 50 %; die Gummiindustrie, die vor dem Krieg in Polen nicht existierte, beschäftigt jetzt 7000 Arbeiter; 1925 produzierte man 625 000 Kilo Kunstfasern, 1928 2 510 000; die Eisenindustrie zählte 1924 33 300 Arbeiter, 1928 52 700 usw.

Betrachten wir den Außenhandel:

Jahr	Einfuhr (in Millionen Goldfrancs)	Ausfuhr	Saldo
1922	845	655	— 190
1923	1 116	1 195	+ 79
1924	1 478	1 603	+ 125
1925	1 603	1 272	— 331
1926	896	1 306	+ 410
1927	1 680	1 459	— 221
1928 I	1 025	698	— 327

Wir sehen, daß, außer in den Jahren 1923 und 1926, die Handelsbilanz Polens immer passiv war. 1923 herrschte die Inflation noch, und der Ausfuhrüberschuß bedeutete ähnlich wie damals in Deutschland einen Ausverkauf. 1926 war die Situation durch den englischen Kohlenstreik anormal; übrigens war das die Zeit, wo der Wert der Ausfuhr der geringste war; es hatte nämlich die Exporttonne 1924 einen Wert von 77,3 Goldfrancs, 1925 von 86,0, 1926 von 55,5, 1927 von 66,1, 1928 von 65,5. Um die Handelsbilanz aktiv zu machen,

drosselte man 1926 die Einfuhr etwa auf die Hälfte. Doch die alte Erfahrung, daß, wer nicht kauft, auch nicht verkaufen kann, zwang zur Aufhebung der starken Drosselung. Man fing an mit Einfuhrverboten nur gewisse Dinge zu belegen, und zwar vor allem Luxuswaren und Waren aus Deutschland. Für ganz Polen hatte man damit nicht allzuviel Erfolg, wohl aber in den Deutschland zunächst liegenden Teilen. Nach der deutschen Statistik sank die deutsche Ausfuhr nach Westpolen und Oberschlesien von 142,7 Millionen Goldmark im Jahr 1925 auf 71,6 Millionen im Jahr 1926, die Ausfuhr nach Deutschland von den genannten Landesteilen von 174,0 auf 137,6 Millionen Goldmark. Der Vorteil lag also auf seiten Polens. Viel wichtiger ist aber die Tatsache, daß es gelang den Import von Konsumtionsgütern zu verkleinern und den von Produktionsgütern zu vergrößern, wie das folgende zeigt:

Jahr	Einfuhr (in Millionen Zloty)	
	Produktionsgüter	Konsumtionsgüter
1924	370,4	912,5
1925	356,0	792,8
1926	242,9	271,4
1927	506,9	501,3

Erkauft wurde das freilich zum Teil mit einer Einbuße des Staatsschatzes an Zolleinkünften; diese betrug 1924 238,4, 1925 284,8, 1926 189,6 Millionen Zloty. Aber 1927 wurde auch das ausgeglichen, man nahm aus Zöllen 316,2 Millionen Zloty ein. Polen ist jetzt der Staat Europas, der die höchsten Zollsätze hat. Nach den Feststellungen des Völkerbunds betrug der Konventionsszoll ad valorem in Belgien 7 %, in Frankreich 9 %, in Deutschland 15 %, in Italien 16 %, in der Tschechoslowakei 17 %, in Ungarn 19 %, in Jugoslawien 20 %, in Spanien 23 %, in Polen 24 %. Anders ausgedrückt: 75 % der Berufstätigen Polens sind Landwirte. Jeder Landwirt von 20 Hektar Besitz wird zugunsten der polnischen Industriellen jährlich mit 150 Goldfrancs belastet.

Mit wem handelt nun Polen? Das ergibt sich aus der folgenden Aufstellung:

Land	Einfuhr Polens (in %)				Ausfuhr Polens (in %)			
	1924	1925	1926	1927	1924	1925	1926	1927
Deutschland	34,4	30,7	23,6	25,5	43,2	40,0	25,3	32,0
England	7,5	8,0	10,4	9,4	10,5	8,3	17,1	12,2
Österreich	11,7	9,6	6,8	6,6	10,1	12,5	10,3	11,1
Tschechoslowakei	5,7	5,5	5,0	5,8	7,9	11,3	8,8	10,1
Rumänien	1,4	1,4	0,9	2,4	6,2	4,7	3,2	3,3
Italien	5,0	4,2	4,7	2,9	0,5	0,7	2,0	2,1
Frankreich	4,9	5,9	7,4	7,5	4,2	1,8	3,6	1,7
Vereinigte Staaten von Amerika	12,4	13,8	17,4	12,9	0,6	0,7	0,7	0,8

Der Rückgang des Handels mit Deutschland von 1924 auf 1926 fällt in die Augen. Er ist eine Folge des Zollkriegs, der nach Beendigung der provisorischen Kontingentsverhältnisse in Oberschlesien zwischen Deutschland und Polen ausbrach. Im März 1925 begann man über einen Handelsvertrag zu verhandeln. An der Spitze der deutschen Delegation stand Theodor Lewald. Im Juni 1925 kam es zum Abbruch der Verhandlungen und zum Zollkrieg. Im September fing man wieder an zu verhandeln, im November brach man wieder ab, um erst im Juli 1926 wiederanzufangen, bis zum Abbruch im Oktober 1926. Wiederbeginn Januar 1927, Abbruch Februar, Wiederbeginn

November 1927. Die Leitung der deutschen Delegation übernahm Andreas Hermes. Im April 1928 kam es wieder zum Abbruch, im September zum Wiederbeginn, im Oktober zum Abbruch. Seit November 1928 verhandelt man darüber, ob man verhandeln wolle. Vor wenigen Wochen trat nun Hermes zurück, und der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Rauscher, wurde mit der Fortführung der Verhandlungen beauftragt. Hoffen wir, daß sie ihm gelingen. Wer ist gegen den Handelsvertrag? In beiden Ländern die große Schar derer, die von der Volksverhetzung leben, und denen die Befriedung Europas ein Hindernis auf ihrem Weg zum Chaos ist. Was war denn nun der Erfolg des Zollkriegs? Lassen wir die Zahlen sprechen (wobei der absolute Wert der Ein- und Ausfuhr in Millionen Goldfrancs berechnet ist):

Zeitraum	Einfuhr Polens			Ausfuhr Polens			
	insgesamt	von Deutschland absolut	in % der Gesamteinfuhr	insgesamt	nach Deutschland absolut	in % der Gesamtausfuhr	
Vor dem Zollkrieg	1924-1925	1898,1	662,9	34,9	1243,8	596,8	48,0
Während des Zollkriegs	1925-1926	1067,6	172,3	16,1	1249,4	342,6	27,4
" " "	1926-1927	1434,7	358,8	25,0	1434,2	401,0	28,0
" " "	1927-1928	1918,4	622,7	32,5	1453,5	606,1	41,7

Wir sehen also, daß bei der Einfuhr aus Deutschland das Niveau von vor dem Zollkrieg nahezu erreicht ist und bei der Ausfuhr dorthin sogar überschritten wurde. Sehen wir uns noch einige besonders wichtige Positionen der Einfuhr aus Deutschland an (Wert in Millionen Goldfrancs):

Zeitraum	Papier	Maschinen, Apparate	Elektrische Instrumente	
Vor dem Zollkrieg	1924-1925	14,1	62,3	21,0
Während des Zollkriegs	1925-1926	7,4	23,9	12,4
" " "	1926-1927	22,2	48,0	25,3
" " "	1927-1928	33,9	105,3	44,6

Bei der Ausfuhr nach Deutschland spielt Holz eine sehr große Rolle. Die Zahlen der Holzeinfuhr von Polen in Deutschland sind das Barometer der Bautätigkeit Deutschlands. Hier sind sie (Wert in Millionen Goldfrancs):

Produkt	1924		1925		1926		1927		1928
	I	II	I	II	I	II	I	II	I
<i>Rohholz</i>									
Zelluloseholz	69,3	146,2	190,8	468,1	350,0	573,1	465,7	761,7	435,7
Grubenholz	31,7	30,4	66,8	172,9	183,6	266,5	289,8	311,0	192,8
Blöcke und Klötze	41,5	45,9	195,8	150,9	277,8	220,2	777,3	486,7	488,0
<i>Halbfabrikate</i>									
Bohlen, Bretter	146,1	203,9	304,6	127,0	111,6	133,1	181,4	297,1	264,4
Telegraphenstangen	1,0	2,0	5,6	21,5	4,2	5,1	5,2	8,9	5,8
Bahnschwellen	33,9	43,7	94,7	117,6	137,2	65,2	66,5	93,3	52,9
Dauben	8,6	11,9	29,2	16,8	8,8	8,0	14,2	11,1	12,1
<i>Fabrikate</i>									
Möbel aller Art	0,9	1,1	1,2	0,8	0,8	0,6	0,6	0,7	0,8
Andere Holzprodukte	1,3	1,4	2,3	1,2	0,4	0,8	1,6	1,6	1,4

Übrigens, je größer die Einfuhr von Zelluloseholz ist, um so größer wird dann dafür auch die Ausfuhr von Papier.

Jetzt kommen wir auf den Hauptstreitpunkt: auf die landwirtschaftlichen Artikel. Polen ist nur bei guter Ernte ein Getreideexportland, und je weiter die Agrarreform fortschreitet, um so weniger ist das der Fall. Gerade in dieser Hinsicht herrschen in Deutschland äußerst falsche Vorstellungen. Polen hat dagegen die Möglichkeit einer starken Ausfuhr von Milchprodukten, Geflügel und Fleisch, besonders Schweinen. Hier ist trotz dem Zollkrieg die Einfuhr in Deutschland bedeutend gestiegen:

Produkt	1924		1925		1926		1927		1928
	I	II	I	II	I	II	I	II	I
Schweinefleisch	0,2	5,144	20,256	1,310	95	49	60	7	36
Butter	1	2	70	41,3	1,383	2,857	2,121	3,751	4,239
Eier	3,080	4,963	12,748	8,547	23,060	17,626	21,139	15,322	15,531

Und nun scheiden sich die Geister. Im gesamtdeutschen und noch mehr im gesamteuropäischen Plan liegt der baldige Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrags. Für die ostdeutsche Landwirtschaft ist er bedenklich. Und zwar nicht nur für die "Agrarier". Eine Zeitlang sah es so aus, als würde der Vertrag nur die Schwierigkeiten der Großgrundbesitzer erhöhen, und man begrüßte ihn als Waffe im Kampf gegen diese zur Schaffung eines Bauernstands im Osten. Die Umänderung der Agrarimportstruktur nach der Richtung stärkerer "Veredelung": kein Futter sondern Vieh, kein Getreide sondern Mehl, bedingt für den ostdeutschen Bauern eine Gefahr der Niederkonkurrierung durch den polnischen Bauern mit seinem noch überaus niedrigen kulturellen Existenzminimum. Also der Widerstand der deutschen Landwirtschaft gegen den Handelsvertrag ist wohl zu verstehen. Und man kann ihm nur begegnen oder ihn abschwächen, wenn man in Deutschland eine Politik ausgesprochener Agrarförderung treibt, der sich auch die städtisch orientierte Linke nicht widersetzen darf.

Der Abschluß des Vertrags liegt im Interesse der größern Wirtschaftseinheit Deutschland und des ganzen Kontinents. Gewiß, Polen hat seinen Industrieimport bei Fortfall Deutschlands anderswo decken können, in England und Amerika. Aber diesen Ländern gegenüber wird es stets eine passive Handelsbilanz haben. Für den europäischen Kontinent bedeutet das eine weitere Verschleuderung seines Vermögens an die Angelsachsen.

Hat nun der Zollkrieg Polen genützt? Er hat zwar ähnlich gewirkt wie die Kontinental Sperre auf die Entwicklung der deutschen und der französischen Industrie. Viele Industrien sind in Polen entstanden, an die man vorher nie zu denken gewagt hätte: Elektrotechnik, Chemikalien, Automobile und anderes. Doch sind die Artikel dieser neugezüchteten Industrie vorläufig teurer und schlechter als die ausländischen. Man wird mich in Polen wegen dieses Satzes angreifen. Und doch scheint er mir begründet. Warum denn versehen viele polnische Fabriken ihre Waren mit deutschen Inschriften? Vermutlich, damit man glaube, es seien deutsche Waren. Also hält das kaufende Publikum die ausländische Ware für besser. Hat es damit immer unrecht, lieber Kurjer Poznanski? Und es liegt doch im Interesse des polnischen Käufers, daß er billige und gute Auslandswaren bekommt. Noch etwas spricht dafür. Neueinzurichtende Industrien verlangen zunächst große Investierungskapitalien. In Polen ist aber die Kapitalnot noch größer als in Deutschland. Nach den Berechnungen des amerikanischen Finanzberaters in Polen Charles

Dewey kamen pro Kopf der Bevölkerung in Polen vor dem Krieg 443 Zloty Kredit, 1928 nur 162 Zloty. Man nehme also sein bißchen Geld für Dinge, wo es bald etwas abwirft, zum Beispiel zur Intensivierung der Landwirtschaft, die Polen dringend nötig hat; gerade wenn es den Großgrundbesitz ablöst, müssen die Bauern besser ausgebildet werden und Kredite bekommen.

Für die Bedeutung des Handelsvertrags für Deutschland noch einige Tatsachen. Obgleich es keinen Vertrag gibt, stand Polen in der Reihe der deutschen Kunden 1928 an 5. Stelle und im 1. Halbjahr 1929 an 7. Stelle beim deutschen Export. Deutschland hat Handelsverträge mit Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und betreibt daher dort starke Wirtschaftspropaganda. Trotzdem haben alle 3 Länder zusammen nicht eine so starke deutsche Einfuhr wie Polen. Und nun das vielleicht Interessanteste. Man weiß, wie in Deutschland auf eine Belebung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen hingearbeitet wird. Man hat Rußland große Kredite gegeben: 300 Millionen Mark auf 3 bis 4 Jahre. Für dieses Geld kauften die Russen sofort in bar Waren: aber gutenteils in den Vereinigten Staaten von Amerika. Und was führte Rußland von Deutschland 1928 und im 1. Halbjahr 1929 ein? Für 403 respektive 186 Millionen Mark. Gewiß ein Erfolg der Bemühungen. Polen aber importierte zur selben Zeit aus Deutschland für 499 respektive 226 Millionen Mark. Diese Zahlen wundern den nicht, der sich erinnert, daß vor dem Krieg von dem großen Export Deutschlands nach Rußland 70 bis 80 % im Königreich Polen blieben, dieses aber dafür Waren nach Rußland exportierte, während heute die Lodzer Industrie 2 Tage in der Woche arbeitet.

Polen und alle neuen Staaten betreiben merkantilistische Politik, müssen sie vielleicht betreiben. Nur der Staat und die Kommunen bauen in Kongreßpolen Häuser, kaum ein Bürger. Der Staatsminister Skladkowski sorgt für Sauberkeit der Städte und Dörfer, läßt Bäumchen anpflanzen, Unland mit Weiden besetzen, kurz, er sorgt dafür, daß der Zustand des Landes sich hebt, daß all die Erbschaften der Verwahrlosung verschwinden. Dabei könnte ein vernünftig geregelter Wirtschaftsverkehr mit Deutschland nur helfen. Ganz jedoch werden auch diese Wirtschaftsprobleme erst durch den Vereinigten Europäischen Kontinent gelöst werden. Der Kurjer Poznanski schrieb, Polen wäre auch für die Vereinigten Staaten Europas, aber — mit Ausschluß Deutschlands. Solche Käuze, nur natürlich "umgekehrt", gibt es ja auch in Deutschland. Hoffen wir, daß die Geschichte bald über sie hinweggehen wird, und wir wirklich in naher Zeit die europäische Einigung erreichen. Nein, hoffen wir nicht nur, arbeiten wir daran.

ELIAS HURWICZ · DIE FOLGEN DER AGRARREFORM IM BALTIKUM

BEI den baltischen Staaten Lettland, Estland und Litauen ist die Frage der Existenzfähigkeit noch enger mit der Entwicklung der Wirtschaft verknüpft als bei Polen. Hinter dem polnischen Staat stehen machtpolitische Faktoren, die den genannten Ostseestaaten mangeln; als Militärmächte können sich diese auch nicht im entferntesten mit Polen messen. Um so mehr sind sie bestrebt ihren Bestand auf wirtschaftlicher Grundlage zu festigen. Allein gerade auch unter dem wirtschaftlichen Gesichtspunkt ist die Existenzfähigkeit dieser Staaten angezweifelt worden; waren sie doch in Friedenszeiten Randglieder des riesigen rus-

sischen Wirtschaftsorganismus, und so hoch man auch die wirtschaftlichen Leistungen namentlich des Deutschtums und der Letten und Esten in den baltischen Ländern veranschlagen mag, Tatsache bleibt dennoch, daß das Russische Reich in der kräftigsten Weise die Entwicklung dieser Gebiete förderte: man denke nur an den Ausbau der baltischen Häfen und ihre Verbindung durch Eisenbahnen mit den russischen Kerngebieten, die also für diese Grenzmarken sowohl als Absatzmärkte wie als Hinterland dienten, oder an den Ausbau der Industrie unter den Fittichen der russischen Zollgesetzgebung usw. Alles das fiel durch die politische Neugestaltung Osteuropas fort. So war die Frage durchaus begründet: Werden denn diese Staaten, nunmehr selbständig, sich auch wirtschaftlich halten können? Diese Frage ist eine der wichtigsten für die Gegenwart und die nächste Zukunft Osteuropas überhaupt.

Sehen wir nun zu, wie, mit welchen Taten die neuen Ostseestaaten auf diese Frage selbst geantwortet haben, so rückt in den Vordergrund unserer Betrachtung die radikale Agrarreform, die die 3 Staaten, besonders aber Lettland und Estland, bei sich verwirklicht haben, mit dem Resultat, daß hier der private Großgrundbesitz fast vollständig liquidiert und an Zehntausende von Neusiedlern in Form kleiner Parzellen verteilt wurde. Vom Standpunkt der nationalen Selbständigkeit der neuen Staaten war diese Agrarreform für sie einfach eine Existenzfrage; sie konnten sich, angesichts der russischen Agrarumwälzung, einer solchen Reform auf keinen Fall entziehen. Indem die neuen Staaten die Agrarreform durchführten, verbreiterte jeder die nationale und soziale Grundlage, auf der er aufgebaut war.

Über die politische Notwendigkeit dieser Reform wird indessen heute weniger gestritten als über ihre wirtschaftliche Zweckmäßigkeit. Man führt gegen sie an, daß die Agrarproduktion der neuen Staaten zurückgegangen ist, daß diese in die Notwendigkeit versetzt wurden Lebensmittel aus dem Ausland einzuführen, sich also als unfähig erwiesen sich selbst zu ernähren, daß so die Handelsbilanz in ihnen passiv wurde. In der Tat: Alle diese Erscheinungen sind in den 3 baltischen Staaten zu beobachten, und das verleiht der Kritik der Agrarreform ein besonderes Gewicht. Das Problem dieser Reform greift also tief in das gesamte Wirtschaftsleben der neuen Staaten überhaupt ein.

AUF Grund des uns heute aus den 3 Ländern vorliegenden Materials scheint ein abschließendes Gesamturteil über die Agrarreform noch nicht möglich zu sein. Gewiß, der Inventarmangel der Neusiedler und seine nachteilige Wirkung auf den landwirtschaftlichen Kleinbetrieb lassen sich nicht bestreiten. Doch lassen sich aus Litauen und Lettland auch positive Resultate anführen.

In Litauen zum Beispiel wurde teilweise eine höhere Ernte pro Hektar festgestellt als in den letzten Friedensjahren¹:

Getreideart	Ernte (pro Hektar in Zentner)	
	Durchschnitt 1909 bis 1913	1923
Roggen	18,0	20,8
Weizen	20,9	19,8
Gerste	17,3	19,8
Flachs	9,3	11,6

Ebenso bei Hafer, Leinsaat, Erbsen und Kartoffeln. In Lettland sehen wir

¹) Siehe die vom *Litauischen Finanzministerium* herausgegebene Denkschrift Litauens wirtschaftlich-finanzielle Lage im Jahr 1924 /Kowno 1924/ Seite 9.

von 1920 bis 1925 einschließlich ein allgemeines Ansteigen der Anbaufläche, vielfach aber auch der Gesamternte bei Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Erbsen, Kartoffeln, Leinsaat und Flachsfasern². Im Jahr 1925 erreichte die Roggen-ernte fast 97% der Ernte der Vorkriegszeit; im gleichen Jahr lieferte der Flachs-
bau fast 98% der Ernte der Vorkriegszeit. In den 3 Jahren 1926, 1927 und 1928 sinkt aber die Ernte fast durchweg, ja zuletzt verminderte sich auch die Anbaufläche selbst, weil es 1927 und 1928 monatelang regnete, und ein großer Teil des Landes unter Wasser stand. Ungünstig steht es, wie man aus den im Juni 1928 im Völkermagazin veröffentlichten Zahlen ersehen kann, mit den Ernteerträgen auch in Estland. In den letzten Jahren ist ein Rückgang der Ernte auch in Litauen (zum Beispiel bei Leinsamen) eingetreten, und auch im laufenden Jahr 1929 hat Litauen schwere Erntesorgen; hier machen sich sowohl die Folgen klimatischer Mißgunst als auch primitiver Bebauungs-
methoden geltend. Gedenkt man indessen allein der schwer abschätzbaren Einwirkung eines so unsichern Faktors wie des Wetters auf die Landwirt-
schaft, so wird man wohl aus den Erntezahlen den Schluß ziehen, daß man nach einer so umwälzenden wirtschaftlichen Änderung, wie die Agrarreform sie darstellt, jedenfalls noch eine weitere Reihe von Jahren abwarten muß, ehe man zu einem sichern abschließenden Urteil über sie kommen kann.

Ein Resultat der Agrarreform, damit auch eine Ursache der Verringerung des Ackerbaus, läßt sich aber schon heute sicher feststellen. Und das ist eine teilweise vollzogene Änderung der Wirtschaftsform selbst. Da sich der Körner-
bau bei dem Kleinbetrieb nun einmal als wenig rentabel oder gar unrentabel erwiesen hat, vollzieht sich immer stärker ein Übergang zur Viehzucht, den auch die Regierungen Lettlands und Estlands im Interesse der Rentabilitäts-
erhöhung und der Exportsteigerung fördern. Die Wandlung, die hier von-
statten geht, kann zum Beispiel für Lettland dadurch illustriert werden, daß der Anteil des Ackerbaus an den Haupteinnahmequellen der Landwirtschaft schon in dem kurzen Zeitraum von 1923 bis 1926 von 34 auf 27 % herabsank, während der Anteil der Viehzucht in der gleichen Zeit von 47 auf 51 % an-
stieg. Die Ausfuhr von Butter, Fleisch und Eiern stieg fortwährend und wuchs von 3,4 Millionen Lat im Jahr 1922 auf 44,3 Millionen Lat im Jahr 1926. Innerhalb des lettländischen Gesamtexports bildet die Ausfuhr dieser Pro-
dukte der Viehhaltung neben Flachs und Holz überaus wichtige Posten; ihr Anteil betrug 1922 3,4%, 1926 23,5%. Ganz analog ist auch die Entwicklung in Estland. Der Viehbestand hat sich seit dem Jahr 1919 durchweg vermehrt³. Allein der Butterexport wuchs von rund 127 000 Tonnen im Jahr 1921 auf
rund 9 900 000 Tonnen im Jahr 1927. Der Hauptabnehmer sowohl der lett-
ländischen wie der estländischen Butter ist Deutschland, das von beiden Län-
dern etwa $\frac{2}{3}$ ihres gesamten Butterexports bezieht, wie Deutschland über-
haupt mit an 1. Stelle im Warenverkehr mit den Ostländern steht und der Hauptlieferant von Maschinen und Fertigwaren für sie ist.

Gewiß, die Kraft, die sich der Viehzucht zuwendet, wird dadurch eben dem Ackerbau entzogen, und durch die Notwendigkeit Getreide einzuführen wurde die Handelsbilanz Estlands und Lettlands stark benachteiligt. Allein gerade die intensiv betriebene Viehzucht, die auch den Export hebt, hat die jahre-

2) Siehe *Siew Lettlands Volks- und Staatswirtschaft 1927 /Riga 1927/* Seite 119.

3) Unverständlich ist daher die Behauptung *Krauses* in seiner Arbeit *Agrarreformen in Lettland und Estland /Berlin 1927/* Seite 54: »Die Gesamtzahl des Rindviehs nimmt in Estland von 1922 an ab.«

lange Passivität der Handelsbilanz in Estland schließlich überwunden. Von 1919 bis einschließlich 1924 hatte Estland eine passive Handelsbilanz, seit 1925 aber ist diese aktiv, eine Tatsache, die, wie die Exportzahlen Estlands klar beweisen, zum größten Teil, neben der Ausfuhr von Holz und Textilien, eben auf das riesige Ansteigen des Butterexports zurückgeführt werden muß. In Lettland freilich ist die Handelsbilanz passiv geblieben. Diese Erscheinung ist aber nicht allein der Agrarreform zuzuschreiben, sie zeigt nur, daß hier der Prozeß der Kompensation durch die Viehzucht noch nicht die genügende Stärke erreicht hat, um das Defizit der Handelsbilanz, das durch Einfuhr von Lebensmitteln bedingt ist, zu überwinden. Außerdem ist wohl zu berücksichtigen, daß Lettland sich im Prozeß der Wiederherstellung seiner Industrie befindet, die durch die Kriegsergebnisse außerordentlich gelitten hat, da während der russischen Mobilmachung ganze Fabrikeinrichtungen aus dem Land "evakuiert" wurden. Betrachten wir die einzelnen großen Rubriken der lettländischen Einfuhr, so sehen wir allerdings, daß die Einfuhr von Weizen und Roggen (zusammen 26 Millionen Lat zum Beispiel im Jahr 1926) rund $\frac{1}{10}$ der lettländischen Gesamteinfuhr bildet. Allein fast ebenso viel wie Weizen wird Zucker eingeführt, der doch auf baltischem Boden kaum erzeugt werden kann; seine Einfuhr dient vielleicht nicht immer reinen Nahrungszwecken, hat aber jedenfalls mit der Agrarreform nichts zu tun. Demgegenüber beansprucht der Import für Industrie- und Handelszwecke (Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigwaren) den Löwenanteil (etwa $\frac{2}{3}$) der Einfuhr.

Aus dem gleichen Bedürfnis die Industrie wiederaufzubauen ergibt sich übrigens auch eine andere auffallende Erscheinung, nämlich, daß die Beteiligung des ausländischen Kapitals an der lettländischen Industrie den Anteil des einheimischen übersteigt. Aber die lettländischen Nationalökonomien, die diese Tatsache offen zugeben, betonen andererseits, wohl mit Recht, daß das Auslandskapital seinen frühern spekulativen Charakter und vor allem den politischen Hintergedanken einer "Kolonisierung" des Baltikums aufgeben und sich dem Land erwünschten produktiven Zwecken einordnen mußte. Freilich ist der Wiederaufbau der Industrie in Lettland heute noch lange nicht abgeschlossen, wie aus der Anzahl der beschäftigten Arbeiter hervorgeht: vor dem Krieg über 90 000, im Jahr 1926 rund 50 000, jetzt zirka 60 000.

UNSERE Übersicht über die Agrarreform im Baltikum wurde damit eingeleitet, daß ihr Zusammenhang mit der gesamten Existenzfrage der neuen baltischen Staaten betont wurde. Wir wollen sie nun nicht abschließen, ohne, auf Grund der gewonnenen Ergebnisse, zu dieser Frage einige grundsätzliche Bemerkungen zu machen. Die Übersicht dürfte, bei aller ihrer Kürze, in dem Leser doch den zutreffenden Eindruck hervorgerufen haben, daß die neuen Staaten des Baltikums sich tapfer um ihre wirtschaftliche Festigung bemühen, dabei aber mit überaus großen Schwierigkeiten ringen müssen. Eine von ihnen wird uns durch die Ereignisse der Gegenwart noch besonders vor Augen geführt.

Wir haben gesehen, welche große Rolle im Baltikum die eine Folge der Agrarreform: der Übergang zur Viehzucht, sowohl volkswirtschaftlich wie handelspolitisch spielt, und welche große Bedeutung als Abnehmer der baltischen Butter Deutschland zukommt. Durch das natürliche Streben der deutschen Landwirte die einheimische Butter in Deutschland zollpolitisch schützen zu lassen wird aber jene eben errungene wirtschaftliche Position in den balti-

schen Ländern wieder ernstlich bedroht. Die Bemühungen einen Baltischen Block zustande zu bringen sind, vor allem wegen des polnisch-litauischen Gegensatzes wie wegen des kühlen Verhaltens mancher maßgebenden finnländischen Kreise, vorläufig gescheitert, und es fragt sich, ob er je zustande kommt. Aber auch die seit Jahren angestrebte engere estländisch-lettländische Wirtschaftsunion bleibt dauernd im embryonalen Zustand. Und da kommt doch, angesichts aller dieser Umstände, dem Politiker, der sich mit der politischen und wirtschaftlichen Zukunft Osteuropas beschäftigt, unwillkürlich der Gedanke der Wiederherstellung einer organisierten Beziehung der Ostseeländer zu der benachbarten großen politischen und wirtschaftlichen Einheit, wie sie das Russische Reich in der Zukunft wieder darstellen wird.

Es kann kaum bezweifelt werden, daß der gegenwärtige Zustand im Baltikum nicht nur zentripetalen nationalen Kräften sondern auch zentrifugalen, das heißt dem Streben vom bolschewistischen Rußland mit den erschreckend anti-produktiven Folgen seines Regimes abzurücken, entsprungen ist. Diese Abneigung gegen das bolschewistische Rußland ist im Baltikum auch heute noch stark. Manche Versuche einer wirtschaftlichen Annäherung an *dieses* Rußland haben im Baltikum vielfach Enttäuschung hervorgerufen. Das gilt vor allem von dem im Oktober 1927 von Zeelens abgeschlossenen lettländisch-russischen Handelsvertrag. Und ob die Früchte des kürzlich ratifizierten estländisch-russischen Handelsvertrags viel besser sein werden, kann man füglich bezweifeln. Zu einem künftigen demokratischen Rußland steht aber das Baltikum ganz anders als etwa Polen. Während viele maßgebende polnische Politiker intensiv die Fortdauer des gegenwärtigen Regimes in Rußland wünschen, weil es Rußland schwächt und somit der polnischen Selbständigkeit förderlich scheint, ist von einer derartigen politischen Auffassung im Baltikum nichts bekannt. Es ist vielmehr zu vermuten, daß hier das Wiedererstehen eines Russischen Reichs, das politisch wie wirtschaftlich auf einer Agrardemokratie ruht, freudig begrüßt werden würde. Gewiß, die errungene nationale Selbständigkeit wird man nicht wieder aufgeben. Aber diese würde nicht schwinden sondern, im Gegenteil, gefestigt und für alle Zukunft gesichert sein, wenn die baltischen Staaten als freie Republiken in dem föderativ gegliederten großen Ostreich der Zukunft mit Rußland zusammenarbeiteten, in wirtschaftlicher Integrierung bei nationaler Differenzierung gemeinsames Schicksal trügen. Großbritannien, bestrebt die Ostsee zu einem englischen Meer zu machen, will die baltischen Randstaaten, natürlich ohne ihre Selbständigkeit offiziell anzutasten, nach und nach unvermerkt in britisches Protektorat überführen, um sich so die maritimen Stützpunkte zu sichern, das kommende Russische Reich endgültig von der See abzudrängen. Darin liegt die eigentliche Gefahr für die Zukunft der baltischen Völker, die dann zwar ihre staatliche Eigensouveränität formell beibehalten würden, ihr aber keinen produktiv nationalen Inhalt mehr geben könnten.

Nicht untergeordnete Organe des Britischen Imperiums zu werden ist die historische Bestimmung der baltischen Staaten sondern frei funktionierende Glieder der von allen Völkern und Gebieten des ehemaligen, unzerstückelten Russischen Reichs (mit Ausnahme Polens, das nach dem Westen tendiert und tendieren muß) neu zu bildenden Wirtschaftseinheit, neben dem Vereinigten Europäischen Kontinent auf der einen, dem neuen Ostasien auf der andern Seite.



CHRISTIAN HERRMANN . ZUM EUROPAPROBLEM

SEIT jeher stehen die europäischen Kulturen in ständig wachsender Durchdringung und gegenseitiger Beeinflussung. Nicht nur die äußeren Weisen der Lebensordnung und Lebensführung, der sozialen und technischen Praxis werden wechselseitig ausgetauscht, sondern auch in den eigentlichen Bezirken des geistigen Lebens, in Wissenschaft und Kunst, Recht und Sitte, findet ein Austausch statt, der überall das kulturelle Bild, wie es früher bestand, verändert. Wir finden bei uns Lebensgewohnheiten, technische Errungenschaften, Formen des wirtschaftlichen Lebens, politische Einrichtungen und als Grundlage alles dessen Wertmaßstäbe, die von anderen Völkern übernommen und bei uns heimisch wurden. Ein sehr großer Teil aller der weltanschaulichen und kulturpolitischen Kämpfe, die heute bei allen europäischen Völkern ausgefochten werden, geht um die Abwehr derartiger von außen kommenden Einflüsse. Bei allen Völkern, die zum Bewußtsein ihrer nationalen Art gekommen sind, sehen wir mächtige Gruppen und Parteien am Werk, die für sich und ihr Volk jene Beeinflussung ablehnen, die es aber begrüßen und fördern, wenn sie andere Völker beeinflussen können. Abgesehen davon, daß diese kulturpolitische Haltung das geistige Leben unter Kategorien der Macht betrachtet und auch so verwerten will, übersieht sie die Zwangsläufigkeit und Unausweichlichkeit der Entwicklung, in der wir stehen. Unser kulturelles Schicksal ist, daß sich die einzelnen Volkskulturen in Europa immer mehr durchdringen, und daß wir, bei aller sich verfeinernden nationalen Differenzierung, dem Zustand einer, die Nationalkulturen als Glieder umfassenden und gebrauchenden europäischen Gesamtkultur zustreben.

Dieser Zustand ist nicht so neuartig. Er bestand schon einmal in Europa als Erbe des Römischen Reichs, getragen von der katholischen Kirche. Als Novalis seinen Aufsatz *Europa oder die Christenheit* schrieb, schwebte ihm jene, die europäische Menschheit zusammenfassende und ihr Leben gestaltende Kultureinheit vor, die im Mittelalter Wirklichkeit war. Von Sizilien bis Skandinavien, von Portugal bis Polen herrschte *eine* religiöse Idee. Überall entwickelte sich das Recht auf der Grundlage des römischen, in allen europäischen Hörsälen wurde *eine* Wissenschaft gelehrt, in der *einen* Sprache, die das Imperium der Nachwelt vererbt hatte. In der einheitlichen mittelalterlichen Kultur lebte das Römische Weltreich ideell fort. Diese Einheit zerbrach, weil die individuellen Kräfte überall zur Entfaltung drängten. Mit der Entwicklung der nationalen Sprachen und Literaturen, der regional verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse entwickelte sich überall ein Landesfürstentum, das seine Grundlage in den realen, landschaftlich gegebenen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen fand. Die universale Kaiseridee zerbricht nicht am Widerstand des Papsttums sondern an dem lebensvollern Gehalt des partikularistischen Ländertums, das ein Ausdruck des heraufkommenden individualistischen Zeitalters ist. Wenn wir dagegen heute auf allen Gebieten des materiellen und des geistigen Lebens eine Hinwendung zum Kollektivismus sehen, wenn das individuell Besondere um seine Behauptung ringt, und der Mensch immer mehr Glied einer allgemeinen Organisation wird, so muß die politische und auch kulturelle Perspektive dieser Entwicklung sich immer deutlicher als ein neuer Universalismus am Horizont der Geschichte abzeichnen.

Ein *neuer* Universalismus. Denn zum Unterschied von dem mittelalterlichen wird das Besondere der Völkerindividualitäten doch dauernd eine bestimmende Rolle spielen. Innerhalb aller gegenseitigen Kulturdurchdringungen und allem Hinüber- und Herüberwandern von Kulturerzeugnissen wird als Substanz die seelisch-geistige Eigenheit der Völker sich bewahren. Es kann keine Rede davon sein, daß in einer zukünftigen europäischen Gesamtkultur die Unterschiede zwischen den Völkern nivelliert sind. Die Völkerindividuen der Antike waren nirgendwo als vielleicht in Ansätzen in Griechenland zum Selbstbewußtsein ihres kulturellen Prinzips fortgeschritten. Ihre kulturelle Eigenart war, so ausgesprochen sie auch sein mochte, unbewußt; sie entfalteten sich aus einer tiefinnerlichen, fast möchte man sagen: pflanzenhaft organischen, Notwendigkeit heraus und erfüllten sich, indem sie ihr kulturelles Prinzip in der Mannigfaltigkeit der kulturellen Erscheinungen ausdrückten. In der ganzen antiken Kultur kommt es an keiner Stelle zu einem Bewußtsein von der Richtung und dem eigentlichen Sinn, der dem Geistesleben zugrunde lag. Wie ganz anders in der modernen Kultur. Jeder Schritt ihrer Entwicklung vollzieht sich im Licht prüfender Kritik. Die Einsicht in das Wesen unserer Kultur, in ihr eigentümliches Wollen ist derartig gewachsen, daß wir heute imstande sind jedes kulturelle Phänomen an dem nunmehr bewußt gewordenen Prinzip zu messen und von daher zu deuten. Weil die Eigenart der einzelnen europäischen Völkerkulturen nicht nur an sich besteht sondern auch gewußt wird, bildet jede der großen europäischen Kulturen ihre Eigenheiten nur immer reiner und immer deutlicher heraus.

Wenn irgendwo in der Geschichte, so sehen wir hier die Macht der Dialektik in ihrer Bedeutung für das Zustandekommen einer geistesgeschichtlichen Lage. Man wird unsere Zeit nur dann verstehen, wenn man sie als das unaufhaltsame Werden zu einer europäischen Gesamtkultur nimmt, und wenn man zugleich sieht, wie sich der besondere Geist der Einzelkultur immer reiner herausbildet. Wie die zukünftige Kultur den Universalismus des Mittelalters wieder beleben wird, so wird sie andererseits in besonderem Maß den nationalen Individualismus in kultureller Hinsicht pflegen. Der zukünftige Universalismus wird aber dem nationalen Individualismus den Charakter der Einseitigkeit, das heißt des nationalen Egoismus und der Selbstbeweihräucherung nehmen. Wir stehen hier vor einer kulturellen Aufgabe, vor einem kulturpolitischen Problem von ungeheurem Ausmaß, das nur durch die höchste Anspannung aller schöpferischen Kräfte gelöst werden kann. Alle kulturellen Kämpfe der Gegenwart und das geistige Chaos, in dem wir stehen, entstammen dieser doppelten Wegrichtung, die an die geistig Lebendigen unserer Zeit mit der Forderung tritt, wie es in Zeiten reichen geschichtlichen Lebens immer der Fall ist: logisch Widersprechendes in der Einheit einer geistigen Gestalt zu vereinigen. Wir sehen, wie die großen europäischen Kulturvölker ihr eigenes Wesen und Sein in ihrem Seelentum entsprechenden Formen des Lebens und Denkens ausgebildet haben. Wir dienen pädagogisch und politisch der vorhin angedeuteten Entwicklung der Kultur, wenn wir in folgendem auf diese nationalen Besonderheiten hinweisen, aber nicht dabei vergessen, daß sie Besonderheiten in einem übergreifenden Ganzen sind. Und daher muß man sich vor schnell aufgestellten Antithesen in acht nehmen, und namentlich dann, wenn sie der eigenen Nation schmeicheln; was in solchen nationalpsychologischen Untersuchungen so ziemlich stets der Fall ist.

Der Berliner Romanist Eduard Wechßler hat in einem bedeutenden Buch über deutsches und französisches Geistesleben den Gegensatz auf die Formel "Hier Geist, dort Esprit" zu bringen versucht¹. Über die phänomenologische Verschiedenheit dieser beiden Größen gibt Wechßler sehr feinsinnige Untersuchungen. Aber sie leiden daran, daß überall in seinem Buch unausgesprochen der Gedanke mitschwingt, daß "Geist" doch etwas viel Tieferes und Wertvolleres ist als "Esprit". Wenn man unter Esprit ein leichtes und amüsanter Spiel auf der Oberfläche versteht, ist damit das Wesen der französischen Geistigkeit so verkehrt getroffen wie nur möglich. Die großen Leistungen der französischen Philosophie sind alles andere als ein schönes und graziöses geistiges Spiel. In ihr gibt es ein Ringen um die Methode, das nicht so sehr Selbstzweck geworden ist wie in der deutschen Philosophie am Ende des 19. Jahrhunderts, das aber seit Descartes immer wieder die Denker beunruhigt und ein Ausdruck dessen ist, daß im französischen Geist das Verlangen nach immer tieferer Begründung lebt. Es gibt in der ganzen deutschen Geistesgeschichte nichts, das mehr an die Wurzeln alles Seins rührt als die Philosophie des nachkantischen Idealismus. Aber die französische Philosophie bohrt nicht weniger tief. Ihr Weg ist freilich ein anderer als der der deutschen. Man ist bei uns so leicht geneigt, entsprechend der deutschen Denkhaltung, die französische mit ihrem Streben nach *raison* und *clarté* als weniger tief, ja sogar als oberflächlich zu bezeichnen. Nichts irriger, ja nichts oberflächlicher als solche Auffassung. Ein durchsichtig klares Wasser, bei dem man scheinbar auf dem Grund alles erkennt, kann sehr tief sein und nur dem Oberflächenbeschauer rätsellos vorkommen. Und ebenso kann ein Wasser gerade deshalb undurchsichtig sein, weil es wegen seiner Flachheit durch den nahen Grund verunreinigt ist. Es ist wahr, daß in der französischen Philosophie von dem irrationalen Moment im allgemeinen nicht so großes Wesen gemacht wird. Aber es wäre verfehlt daraus zu schließen, daß das Vorhandensein dieses Irrationalen den französischen Denkern weniger aufgegangen ist. Es versteht sich ihnen im Gegenteil ganz von selbst und scheint ihnen wegen seiner Irrationalität nicht geeignet zum Gegenstand von Worterörterungen gemacht zu werden. In dem feinen Skeptizismus, der dem französischen Denken eigen, und der allem scheinbar noch so Feststehenden ein Fragezeichen anhängt, so die eigene Selbstsicherheit und Selbstgerechtigkeit erschütternd, steckt mehr allgegenwärtiges Bewußtsein von der Irrationalität der Dinge und mehr Ehrfurcht vor ihrem Geheimnis als in langatmigen Erörterungen über die Irrationalität, in denen beständig von Mystik die Rede ist, und die oft nur trockenen und meist nicht weitreichenden Intellektualismus bekunden. Man tut also gut daran diesen angeblichen Gegensatz zwischen französischem und deutschem Denken nicht *ad majorem gloriam* der eigenen Nation hervorzukehren sondern lieber Verständigung durch produktive Kooperation zu suchen. Will man diese, so ist es notwendig zu erkennen, daß das französische Philosophieren um die Erkenntnis eines Seinselements ringt, das, wenigstens für den naturhaften Menschen, viel schwerer zu erfassen ist als das in seinem unmittelbaren Erleben jeden Augenblick vorfindbare, weil sich stets selbst auswirkende Irrationale. Die klare Ratio nicht nur als Denkstil zu besitzen sondern auch in der Vielfältigkeit des Daseins zu finden, dazu bedarf es höchster geistiger Anspannung, aber ebenso auch tiefsten Schauens.

1) Siehe *Wechßler* *Esprit und Geist* /Berlin 1927/.

Die besondere Leistung der deutschen Philosophie ist es das Wesen des Geschichtlichen aus den antinomischen Spannungen des Geistes begriffen zu haben und im "historischen Verstehen" die Methode zu seiner Erkenntnis zu entwickeln. Die besondere Leistung der französischen Philosophie besteht darin Natur und Gesellschaft in ihrer Folgerichtigkeit entdeckt zu haben, womit erst eigentlich die Grundlagen zu einer Technik geschaffen worden sind. Die Mathematisierung der Natur, für uns heute so selbstverständlich, daß wir kaum noch an ihre erste Grundlegung denken, ist ein Werk vor allem des französischen Geistes. Ebenso prägt sich die Art des französischen Geistes in seiner andern großen Schöpfung, der Soziologie, und der sich darauf gründenden Politik aus. Wo die Lehre vom Gesellschaftsvertrag ausgebildet worden ist, und wo im Jahr 1713 der Abbé Castel de Saint-Pierre seinen Traktat Zum ewigen Frieden schrieb, wo Auguste Comte seine Soziologie begründete, sind die Individuen in logisch klarem Verhältnis sozial zusammengefaßt. Diese in Frankreich ausgebildete Tendenz bildet ein Gegenstück, aber auch eine notwendige Ergänzung zu der in Deutschland ausgebildeten Tendenz der Staats- und Gesellschaftsphilosophie, die, mit Recht den Blick auf den ständigen Prozeß des geschichtlichen Werdens gerichtet, zu einem übergroßen Respekt vor dem "geschichtlich Gewordenen" neigt und darüber leicht vergißt, daß es, nach einem Marxschen Wort, nicht darauf ankommt die Welt zu erklären sondern sie zu verändern. Aus der Verschiedenheit der Denkrichtungen und dessen, was der deutsche und der französische Geist als wesentliches Element an der Wirklichkeit erkennt, folgt das Mißverstehen der beiden Völker oder vielmehr ihrer Geistigen. Und dieses steht einer fruchtbaren Zusammenarbeit vielfach da im Weg, wo sie am nötigsten ist. Es gibt im ganzen Bereich des wirtschaftlichen Lebens keinen Interessengegensatz zwischen Deutschland und Frankreich. Frankreich braucht keine Expansion nach dem Osten, Deutschland nicht nach dem Westen. Es ist an der Zeit, daß beide Völker einsehen, daß sie, wie im Wirtschaftlichen so auch im Geistigen, berufen sind sich zu ergänzen² und so, wie Carl Severing kürzlich sagte, aus Erbfeinden Erbfreunde zu werden.

Der frühere französische Ministerpräsident Edouard Herriot sprach in diesem Jahr in einer bedeutenden und viel beachteten Rede, die dann auch deutsch im Druck erschien, von der Notwendigkeit politischer und wirtschaftlicher Annäherung Frankreichs und Deutschlands an einander³. Mit Leidenschaft setzte er sich dafür ein, und er begrüßte mit Freude die Schritte, die in den letzten 4 Jahren auf diesem Weg gemacht wurden. Mit Befriedigung vermerkt er die Gründung der Rohstahlgemeinschaft, des Kaliabkommens, des Anilinfarbenübereinkommens und des Aluminiumkartells. Und mit besonderer Genugtuung über die Verbreitung, die der Gedanke einer deutsch-französischen Verständigung gefunden hat, erwähnt Herriot, daß auch in deutschen rechtspolitisch orientierten Kreisen diese Ideen gepflegt werden. Im Jungdeutschen, dem Organ des Jungdeutschen Ordens, wird seit langem im Sinn der Verständigungspolitik gearbeitet; Vertreter der deutschen und der französischen Landwirtschaft erklären sich bereit mit einander zu verhandeln. In allen diesen Bemühungen und Verständigungen auf Teilgebieten

2) Siehe dazu auch *Herrmann* Geistige Strömungen im modernen Frankreich und Die politische und kulturelle Aufgabe des neusprachlichen Unterrichts, in den Sozialistischen Monatsheften 1925 Seite 344, 1929 I Seite 204 und folgende.

3) Siehe *Herriot* Für die französisch-deutsche Verständigung /Zürich 1929/.

sieht Herriot, wie sich eine elementare Lebensnotwendigkeit bei beiden Völkern mit immer größerer Wucht durchsetzt. Im tiefsten Grund sind Frankreich und Deutschland immer eine Einheit gewesen. Ihre Kämpfe sind die zweier Brüder, die nur darum gegen einander stehen, weil sie die Selbstständigkeit und Eigenart ihrer Persönlichkeit erringen müssen. Ist dies aber einmal erreicht, dann können sie sich zur Einheit, die immer in ihnen lebte, bekennen. Herriot weist mit Recht auf die tausendfältigen kulturellen Wechselbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich hin, wie durch Jahrhunderte hindurch jeder gab und vom andern nahm, und wie durch diese Wechselbeziehungen beide Kulturen nur das werden konnten, was sie sind. Und als ein Ausdruck besondern Verstehens können uns die Worte gelten, die Herriot über die Sage von Tristan und Isolde, dieses wunderbare Lied der zeitlosen Verbundenheit, gesprochen hat: »Ist die Tristanlegende nicht ein Deutschland und Frankreich gemeinsames Gut? Gottfried von Straßburg hat die von Thomas de Bretagne stammende Dichtung gekannt. Wer könnte die genaue Nationalität der reizenden Isolde bestimmen, die wir über die Wiese eilen sehen, mit einer Krone von Klee als Schmuck des aufgelösten Haares? Wie der Rosenstrauch und der Weinstock, die auf Befehl König Markes auf dem Grabe der beiden Liebenden gepflanzt worden sind, ihre Wurzeln im Schoß der Erde ineinanderschlingen, so vereinigen sich der bretonische Roman, das normannische Fabliau, die provenzalische Erzählung, das deutsche Gedicht, um die zauberhafte Legende zu schaffen.«

Die Gemeinschaft des deutschen und des französischen Volkes, die einmal ihren politischen Ausdruck im Reich Karls des Großen, Charlemagnes, gefunden hatte, lebt, von Krieg, Feindschaft, Einflüssen Dritter immer wieder zerrissen, betäubt, gleichwohl in der Wirklichkeit des geistigen Lebens bis heute fort. An unserer Generation, in beiden Völkern, ist es sie heute in irgendeiner Form auch wieder im politisch-sozialen und wirtschaftlichen Leben erstehen zu lassen. Diese Idee steht vor uns, als Aufgabe mit Forderungen an verantwortungsbewußte Arbeit, deren Lösung unsern ganzen Kontinent der schöpferischen Einheit näher bringt.

MAX KALTHOFF · MENSCH



CHREITE, schreite fort und fort.

Steig wie die Welle, die der Sturm nach oben trägt,

Und falle tief wie sie und glaub im Sturz an neues Steigen.

Sei ein Atom im Ozean Welt,

Sei Ding der Windsbraut, die dich hebt und senkt.

Sei Wesen: hart und stark im Steigen und im Sinken,

Und hilf dem Sturm, daß er Ereignis werde.

Laß pulsen in dir, kleines, winziges Atom,

Des Gottes Sehnsucht nach Erscheinung.

Sei Diener jenes Willens, der zur Frucht sich sehnt,

Sei Helfender im Dienste dieses Gottes,

Der aus dem Dunkel drängt zum eignen Licht.

Sei Mensch: ein unbekannter Teil im Ozean Welt.

PAUL THORWIRTH · ERFORSCHUNG UND GESTALTUNG AFRIKANISCHER KULTUREN



INE der Kriegsfolgen, die der Kriegsgewinner England, der als erste kriegführende Macht den Krieg in die Kolonien trug, am wenigsten erwartet hatte, war die Umwandlung des bis zum Beginn des Weltkriegs nahezu stabilen Gleichgewichts zwischen schwarzen und weißen Menschen in ein zuungunsten der weißen recht labiles. Schwarze Männer erlebten, was sie nie für möglich gehalten hatten: Weiße kämpften gegen Weiße, Schwarze durften Weiße angreifen, gefangen nehmen, töten und wurden ausgezeichnet, wenn sie es mit besonderem Eifer und Erfolg taten. Vorbei war es mit der Gottähnlichkeit des Tubabu oder des Mannes aus Uleya. Der Schwarze erkannte klar: Auch Weiße waren nur Menschen, mit allen Schwächen solcher, und auch zwischen Weiß und Weiß gab es erhebliche Unterschiede, wie zwischen dem Schensi und dem im Umgang mit Europäern, Arabern, Indern, Persern usw. wohlgebildeten Suaheli. Es kam hinzu, daß die neuen Herren dem Neger manches versprochen, was ihm bisher aus bestimmten Erwägungen heraus ganz bewußt vorenthalten geblieben war. Den stärksten Auftrieb jedoch erhielt diese durch den Gang der Ereignisse überstürzte Entwicklung durch die bis in die Gegenwart und voraussichtlich nahe Zukunft hinein machtvoll voranschreitende industrielle und landwirtschaftliche Erschließung Afrikas im Westen und Osten, im Süden und im Zentrum, kurz überall, wo Neger saßen. Farmen, Minen und Fabriken benötigten Arbeitskräfte, meist weit mehr als in ihrer unmittelbaren Umgebung zu finden waren. Was Wunder, wenn sie ihre Menschenfangarme immer tiefer in den Kontinent hineinstreckten, wenn die Aussicht europäisches Geld zu verdienen und von den Freuden und Lastern der Zivilisation zu kosten, der Ungewißheit der primitiven Lebenshaltung (man denke an Schlaf- und andere Krankheiten, Hungersnöte, Wassermangel usw.) und der strengen gesellschaftlichen Gebundenheit im heimischen Gemeinwesen zu entrinnen, die Steppe und den Urwald entvölkerte, die uralten Gesellschaftsbindungen zerbröckelte, immer neue Scharen von Naturkindern in den Industriezentren konzentrierte? Tausende von Negern sind so über Nacht zu Arbeitnehmern beim westeuropäischen Kapitalismus geworden, haben alle Brücken, nicht nur die materiellen sondern auch die geistigen, hinter sich abgebrochen. Ob es ihnen bekommen ist? Jeder wirkliche Freund des schwarzen Menschen und der schwarzen Rasse wird die Frage nur mit einem bedauernden Nein beantworten; denn hier wird eine ganze Rasse, zumindest schon jetzt ein erheblicher Bruchteil von ihr, mit hartem Ruck von dem Boden gelöst, den ihre Väter seit Jahrhunderten, wenn nicht Jahrtausenden, bestellt hatten, werden rein kollektivistisch orientierte Individuen aus ihren ebenso alten Gesellschaftsverbänden herausgebrochen, ohne dafür zunächst auch nur das geringste Äquivalent, am allerwenigsten etwa das einer Art zwischenstammlicher Klassensolidarität, zu erhalten. Ludwig Weichert gibt ein erschütterndes Bild von dem außerordentlich niedrigen wirtschaftlichen und moralischen Niveau dieser Primitiven, die, zusammengepfercht in den Compounds bei den Minenbetrieben, unversehens haufenweise dem Moloch Industrie in den Rachen gefallen sind¹. Gewiß, diejenigen, die schon länger den Konnex mit

1) Siehe Weichert *Kehre wieder, Afrika! Mayibuye i Afrika! Erlauchtes und Erschautes aus Südwest-, Süd- und Ostafrika* /Berlin 1928/.

dem Europäer hatten, haben sich zu gewerkschaftsähnlichen Gebilden zusammengeschlossen, und andererseits ist mancher Neger in Afrika heute schon zu hohem Wohlstand emporgestiegen. Aber diese Neger werden niemals Weiße, auch wenn sie innerlich längst keine Neger mehr sind. Sie bleiben Zwitterwesen, eher mit den Schwächen als mit den Vorzügen beider Rassen behaftet, niemals frei von dem dumpfen, quälenden Unterbewußtsein weder der einen noch der andern der beiden Menschheitsfamilien ganz anzugehören, werden daher auch nie wirkliche Mitglieder der großen Familie Menschheit.

Die Kolonialmacht, in deren afrikanischen Besitzungen diese Entwicklung am ersten zu Schwierigkeiten führte, und die deshalb als erste auf Abhilfe sann, war Großbritannien. Frankreich hat es bis heute mit bewundernswertem Geschick verstanden an den auch dort vorhandenen Konfliktstoffen vorbeizusteuern, fast ebenso Belgien; die spanischen, portugiesischen und italienischen Kolonien kennen bis heute keine Negerfrage. In England griff man nun auf die Hilfstruppe zurück, die trotz gelegentlichen Mißgriffen noch immer die weitaus bewährteste in der Erziehung der schwarzen Rasse gewesen war: die Außenmission. Man mag die religiösen oder kirchlichen Tendenzen der Heidenmission ablehnen, es muß aber gesagt werden, daß von allen Weißen, die da kamen den Neger zu "beglücken", die Missionare die einzigen gewesen sind, die ihm tatsächlich genützt haben. Nahezu allein diese lehrten ihn mit den Unbilden des eigenen alten wie des neuen durch die weiße Invasion bedingten Milieus fertig zu werden. Sie lehrten ihn zum Beispiel mit sanfter Hand das Zauberer- und Ordalunwesen verachten; sie lehrten ihn aber auch Schreiben, Lesen und Rechnen und viele handwerkliche Künste. Und so sehen wir bald nach dem Krieg in den führenden Köpfen der Mission wie der Eingeborenenpolitik der Kolonialmächte, namentlich zunächst Englands, die Erkenntnis heranreifen, daß hier in der Eingeborenen-erziehung ein panafrikanisches Problem vorliege, das zu seiner Lösung neuzeitlicher Methoden, insbesondere der internationalen Zusammenarbeit der an der Entwicklung der schwarzen Rasse interessierten Kultur-nationen, bedürfe. Nachdem die Reise der amerikanischen Phelps-Stokes-Kommission im einzelnen erfreuliche, aber im ganzen noch unbefriedigende Ergebnisse gezeitigt hatte, folgten die internationalen Konferenzen von High Leigh und Le Zoute, an denen auch hohe Kolonialbeamte der europäischen Kolonialstaaten und Missionare aller Konfessionen teilnahmen. In diesen Aussprachen wurden die Wege und Ziele herausgearbeitet, denen nunmehr die Erzieher der Afrikaner nachzustreben hätten.

Die Ziele: Der Neger soll aufhören ein schwarzer Europäer, grob gesprochen: ein Affe des Europäers, zu sein; er soll sich selbst wiederfinden und wiedererkennen, trotz der Zivilisationswelle, die über ihn dahinbraust; er soll zum eigenen Boden zurückgeführt werden und zur eigenen Gesellschaft, die er im Ringen der Generationen mit einer widrigen Natur sich selbst erschuf, die also wertvoll, am Milieu abgeschliffen und erprobt ist, mag sie sich auch den Stößen des Abendlands gegenüber zunächst noch so fragil erwiesen haben; er soll jedoch auch aufhören alle diejenigen Bräuche und Sitten der Väter weiterzuüben, die ihm offenbar nur schädlich gewesen sind: die Stammesfehden, die Vielsprachigkeit, den Fetischismus, den Kannibalismus und anderes. An ihrer Stelle sollen dem afrikanischen Kulturgut langsam, aber sicher europäische Kulturelemente eingefügt, und so soll in harmonischer

Synthese zwischen schwarzen und weißen Kulturwerten der neue afrikanische Mensch herausgebildet werden, der immer und erheblich überwiegend ein Afrikaner sein muß, jedoch nicht mit westeuropäisch-zivilisatorischer Glasur überzogen sondern durch die helfende Hand des ihm freundlichen Europäers von innen heraus sich gestaltend, seines Afrikanertums mit Stolz bewußt. Daß er dabei auch aufhören muß ein Lohnsklave und ein Ausbeutungsobjekt des europäischen Kapitalismus zu sein respektive zu werden, wurde von den Vätern von High Leigh und Le Zoute nicht ausgesprochen. Doch hat man später auch in dieser Richtung den Kampf gegen europäischen Ungeist und Gedankenlosigkeit geführt, wofür das erwähnte Weichertsche Buch und die freundliche Aufnahme, die das monumentale, die erwähnten Übelstände ebenfalls geißelnde Werk des amerikanischen Soziologen Raymond Leslie Buell über das Eingeborenproblem in Afrika² gerade in den Kreisen der Mission gefunden hat, lebendige Beweise sind.

Die Wege zu diesen Zielen: Das Kulturgut der Afrikaner, namentlich das immaterielle, soll von den forschend fähigsten Köpfen der Kulturstaaten in systematischer internationaler Zusammenarbeit immer klarer erkannt und dargestellt werden; vor allem aber soll die negerische Psyche, die Schöpferin dieser Werte, immer schärfer durchleuchtet, und ihre Eigenart immer deutlicher herausgestellt werden, und zwar nicht nur die Individual- sondern vor allem auch die Sozialpsyche, die, wie sich bereits ergeben hat, die Psyche des Primitiven ist. Mit anderen Worten: Die ethnographische und ethnologische, insbesondere die soziologische und völkerpsychologische Forschung soll nachdrücklich gefördert, ihre Ergebnisse sollen unmittelbar in den Dienst der Eingeborenerziehung gestellt werden; jeder mit der Erziehung von Afrikanern Betraute soll mit ihnen bekanntgemacht werden, um so daran mitarbeiten zu können die oben aufgezeigten neuen Ziele zu erreichen.

Diese Wege und Ziele sind nur Einzelauswirkungen dreier mächtiger Strömungen, die heute mehr oder weniger unser geisteswissenschaftliches Leben durchfluten. Es sind dies: 1. die Tendenz zur Psychologie und zum Psychologisieren (man denke an die Fortschritte der psychologischen Forschung, die sich manche geisteswissenschaftliche Disziplin, zum Beispiel die Kriminalistik, die Pädagogik, die Historie, zumutze gemacht hat), 2. das Vordringen der Soziologie, für die die erforderlichen Lehrstühle in Preußen durchgesetzt zu haben sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands rühmen darf, 3. die Forderung, daß auch die Geisteswissenschaften das Ihrige zur Lösung von Gegenwartsfragen zu tun hätten, statt sich in unfruchtbarer Selbstzweckarbeit zu ergehen. Diese 3 Tendenzen charakterisieren weithin sichtbar die Zeitenwende, an der wir stehen. Dieser Hinweis dürfte genügen, um erkennen zu lassen, wie sehr die Konferenzen von High Leigh und Le Zoute, namentlich aber die letztgenannte, auf der Höhe und im Geist unserer Zeit standen. Das Hauptmittel nun, das zum Begehen dieser Wege und zum Erreichen dieser Ziele geschaffen wurde, ist das Internationale Institut für Afrikanische Sprachen und Kulturen, das im Verfolg der Konferenzen 1925 in London begründet wurde. Über seinen Aufgabenkreis, seine Geschichte, seine grundsätzliche Einstellung, seine Arbeitsweise und Zwecke ist mit den obenstehenden Ausführungen bereits alles Wesentliche gesagt. Es ist nun über seine besonderen Bemühungen, seine Erfolge und seine Organisation zu berichten.

2) Siehe Buell *The Native Problem in Africa* (New York 1928/).

Der Erforschung der afrikanischen Idiome ist naturgemäß, wie der Name des Instituts hervorhebt, ein breiter und besonderer Raum gelassen; denn die Seele eines Menschen zu begreifen und zu erleben vermag nur, wer in seiner Sprache mit ihm zu reden versteht. Man hat also die linguistische Einzelforschung gefördert, ist aber hierbei nicht stehengeblieben. Aus der Erkenntnis heraus, daß sich längst nicht alle der zirka 600 uns bekannten Eingeborenenidiome werden erhalten lassen, und daß die Vielsprachigkeit dem Afrikaner auf die Dauer nicht von Nutzen sein könne, ist man an die Schaffung sogenannter Eingeborenenhauptsprachen herangegangen, das heißt amtlich bevorzugter, infolge ihrer leicht faßlichen Morphe über ihren eigentlichen Wirkungsbereich hinaus verstandener Eingeborenenverkehrs- und -handelssprachen. Da die sprachgeographischen Verhältnisse mit Sicherheit nur an Ort und Stelle studiert werden können, denn es gibt keine restlos genauen Völker- und Sprachenkarten, bereiste der deutsche Direktor des Instituts, der Berliner Universitätsprofessor Diedrich Westermann, der zurzeit die Weltautorität auf dem Gebiet der afrikanischen Sprachen ist und sich rühmen kann namentlich in das westafrikanische Sprachenchaos beachtlich Ordnung gebracht zu haben, in den Jahren 1927 bis 1929 auf Einladung der örtlichen Kolonialregierungen die Goldküste, Nigerien und den östlichen und südlichen Sudan zum eingehenden Studium der Sprachverhältnisse, gleichzeitig aber auch, um eben auf Grund seiner Erhebungen und Feststellungen den örtlichen Verwaltungsinstanzen im Einvernehmen mit den aus örtlichen Interessenten sich zusammensetzenden Konferenzen Vorschläge zur Verwirklichung der sprachlichen Standardisierungstendenzen zu unterbreiten. Man kam dabei für die Goldküste auf das Akan, einen Twidialekt, und das Dagomba, eine Mossisprache, für Nigerien auf das Efik (Benue-Cross-Gruppe), das Ibo und Joruba (Kwasprachen) im Süden, auf das nicht-negerische Haussa, das in Westafrika vielfach bereits als lingua franca dient, aber nur dort kernhaft bodenständig ist, und das Nupe (ebenfalls eine Kwasprache) im Norden der Kolonie. In Ostafrika wurden als Hauptsprachen das Dinka, das Bari, das Schilluk und Nuer (sogenannte nilotische Sprachen) ausgewählt; ferner will man die Verbreitung des bereits weit ausgedehnten Suaheli, vorzugsweise in Kenya, Uganda und Tanganyika, weiter fördern, und im südlichen Sudan endlich soll das ebenfalls nichtnegerische, aber nun einmal dominierende Sudanarabische, das man mit lateinischen Lettern schreiben will, die Sprache werden. Es wird nunmehr Sache der Kolonialverwaltungen sein die Vorschläge des Instituts zu verwirklichen, was naturgemäß angesichts des negerischen Konservatismus einerseits und der nicht immer glänzenden Verkehrsverhältnisse andererseits einiger Zeit bedarf. Die verwaltungstechnischen Vorarbeiten sind jedoch fast in allen genannten Gebieten in Angriff genommen; am günstigsten scheinen zurzeit die Verwirklichungsaussichten im nördlichen Nigerien. Überflüssig zu erwähnen, daß nicht radikal vorgegangen werden soll. Wo kleine Idiome von sich aus einen gewissen Lebenswillen zeigen, soll dem natürlich Rechnung getragen werden. Vom sozialistischen Standpunkt interessiert hierbei noch zweierlei. Einmal kann man feststellen, wie eine ursprünglich zum Teil konservativistische Tendenz: die Erhaltung des Eingeborenenkulturguts, aus der Erkenntnis, daß sie auch schädlich wirkt und ohnehin nicht vollkommen durchgeführt werden kann, in eine solche der Nivellierung, des Ausgleichs, der Vereinheitlichung des naturgegebenen Chaos umschlägt. Zum ändern muß man sich immer

dessen bewußt sein, daß Neger nicht gleich Neger ist, daß sich die einzelnen Untergruppen dieser großen Menschengruppe auf ihrem Weg zur geistigen Freiheit in ganz verschiedenen Stadien befinden, daß man zum Beispiel in Westafrika offensichtlich dem Ziel ständig näherkommt, während in Süd- und Ostafrika noch viel zu tun bleibt. Dies zeigte sich auch deutlich auf den oben erwähnten örtlichen Fachkonferenzen. Während in Westafrika eingeborene Würdenträger und eingeborene Beamte der Kolonialverwaltung eifrigst an der Lösung "ihrer" Sprachenfrage mitarbeiten konnten, gab es in Redjaf Neger auf den Konferenzen nur als Untersuchungsobjekte.

Diese eine Leistung des Instituts gibt schon ein Schulbeispiel dafür ab, wie bei gutem Willen auf beiden Seiten, bei den Forschern wie bei den Praktikern, fruchtbar mit einander gearbeitet werden kann. Sie zeigt, wie das Institut mehr und etwas anderes sein will und auch ist als eine der zirka 20 sich in irgendeiner Weise wissenschaftlich mit Afrika beschäftigenden gelehrten Organisationen: nämlich ein Bindeglied zwischen Theorie und Praxis.

Eine weitere beachtliche vom Institut getroffene Maßnahme, ebenfalls mit dem Ziel einem durch zufällige Entwicklung vielgestaltigen, buntscheckigen Zustand ein Ende zu machen und künftig ganze systematische Arbeit zu leisten, ist die Schaffung einer Einheitsorthographie für die praktische Schreibung der afrikanischen Sprachen. Für die schriftliche Fixierung der fast ausschließlich schriftlosen Neger Sprachen gab es bereits mehrere Lautzeichensysteme auf der Grundlage der lateinischen Schrift, die zum Teil den an sie zu stellenden wissenschaftlichen Anforderungen in hohem Maß genügten. Sie bedienten sich aber fast alle eines Darstellmittels, das in der Praxis reichlich unbeliebt war, nämlich der diakritischen Zeichen, Punkte und Striche über und unter den Lettern zur genauen Bestimmung der Qualität und Quantität jedes einzelnen Lauts. Das Institut mußte also ein Alphabet ohne diese schaffen, und dieses mußte gleichzeitig so elastisch sein, daß sich die Darstellungsmittel für die in den zahlreichen afrikanischen Idiomen bekannten und noch bekannt werdenden Laute mühelos von ihm ableiten ließen. Dieser äußerst komplizierten Aufgabe, zu deren Lösung viele Kenner einzelner afrikanischer Idiome herangezogen werden mußten, wurde das Institut verhältnismäßig einfach, fast genial gerecht. Und diese Leistung des Instituts hat praktisch bereits weitere Kreise gezogen als die Herausarbeitung der Hauptsprachen. Eine Menge von Unterrichtsmitteln (Lehrbücher aller Art, Wörterbücher, Grammatiken usw.) sind in diesem Alphabet gedruckt respektive neugedruckt worden. Viele mit der Unterweisung von Negern Betraute haben es dankbar aufgenommen und lehren ihre Schützlinge ihre Muttersprache in diesem Alphabet schreiben. Dabei ist diese eine Arbeit des Instituts nur die Vorbereitung zu einem weit bedeutendern Werk, nämlich der Schaffung einer einheitlichen, gleichmäßig gestalteten und den Eigenarten der negerischen Psyche angepaßten Unterrichtsliteratur³.

Es ließe sich noch viel Beachtenswertes aus den Einzelarbeiten des Instituts mitteilen, das den Willen zu umfassender, lückenloser Gestaltung erkennen läßt. Doch lassen wir es vorläufig mit diesen Angaben genug sein. Es sei nur noch auf die Gesamtbibliographie der afrikanischen Sprachen hingewiesen, an der der Dresdener Geographieprofessor Bernhard Struck, der beste

3) Die Lösung dieser Aufgabe ist in dem Memorandum *Textbooks for African Schools* /London 1928/ begonnen, aber natürlich noch nicht abgeschlossen.

Kenner der Literatur über Afrika, zurzeit arbeitet, und auf die Vierteljahrszeitschrift des Instituts mit dem lapidaren Titel Afrika. Die beiden Jahrgänge, die bisher vorliegen, enthalten eine Fülle von aufschlußreichen Arbeiten. So schrieb der Berliner Soziologe Richard Thurnwald über die Gesellschaftssysteme Afrikas, der Musikpsychologe Erich von Hornbostel über afrikanische Negermusik. Von weiteren wichtigen Arbeiten seien genannt: Hermann Baumann *Division of Work according to Sex in African Hoe Culture*, Henri Labouret *Le coton et l'indigène*, Harry Mumford *Education and the Social Adjustment of the Primitive Peoples of Africa to European Culture*, Georges Hardy *La librairie des écoles indigènes en Afrique*, Hermann Steudel *Epidemiologische Betrachtungen über die Wege der Schlafkrankheit und ihre Ausbreitung durch den Weltkrieg*, Eckard von Sydow *African Sculpture*, H. M. Dubois *Assimilation ou adaption?*, E. Torday *Principles of Bantu Marriage*, Carl Meinhof *Basis of Bantu Philology*, Bruno Gutmann *Aufgaben der Gemeinschaftsbildung in Afrika*, Max Martin Heydrich *Grundsätzliche Fragen völkerkundlicher Bibliographie*, W. C. Willoughby *Bantu Conception of the Soul*, Bronislaw Malinowski *Practical Anthropology*, endlich Ladreit de Lacharrière *Renaissance de l'olivier et la propriété foncière*. Außer dem Afrika und den Memoranden beabsichtigt das Institut noch 3 Veröffentlichungsreihen herauszubringen: 1. die Afrikanischen Dokumente; hier sollen Textsammlungen mit Übersetzung und Kommentar, noch immer beste Schlüssel zur Erkenntnis primitiver Eigenart, den Praktiker in diese einführen, 2. die Afrikanischen Studien, die der Diskussion einzelner Fragen aus dem Gebiet der Eingeborenenwirtschaft, der Rechtspflege usw. zu dienen haben, 3. die Angewandte Ethnologie, wie die Memoranden der praktischen Nutzbarmachung von Forschungsergebnissen bestimmt, sich jedoch von diesen rein quantitativ unterscheidend. Alles dies zeigt deutlich das Streben Zerstreutes zu sammeln und zu ordnen, einzelgängerische, in Spezialfragen besonders geschulte in- und ausländische Kräfte in der Wissenschaft vom und in der praktischen Arbeit am afrikanischen Menschen zu einen, zu fördern und sich zu kraftvollem systematischen Aufbau auswirken zu lassen, die Ordnung, das System an die Stelle des Chaos zu setzen. Dieses Streben, möchte man meinen, sollte auch die Beachtung, wenn nicht die Förderung der sozialistischen Intelligenz beanspruchen dürfen.

Es bleibt noch über die Organisation des Instituts zu berichten. Seine Mitglieder sind Einzelpersonen, ferner wissenschaftliche und politische Körperschaften usw. nahezu der gesamten Kulturwelt⁴. Aus der Gesamtheit der Mitglieder geht ein Verwaltungsrat und aus diesem ein Exekutivrat von nicht mehr als 15 und nicht weniger als 9 Personen hervor. Sein derzeitiger Präsident ist Lord Lugard, das englische Mitglied der Mandatskommission beim Völkerbund. Im Verwaltungsrat ist Deutschland mit 5, im Exekutivrat mit 4 Mitgliedern vertreten. Die fachliche Leitung ist 2 Fachdirektoren anvertraut, nämlich dem bereits erwähnten deutschen Forscher Diedrich Westermann und dem französischen Forscher Henri Labouret von der Pariser Ecole des Langues Orientales Vivantes, dem Schüler, Mitarbeiter und Nachfolger Maurice Delafosses, der bis zu seinem Tod im Jahr 1926 ebenfalls Direktor des Instituts war. Das allzu frühe Hinscheiden dieses ausgezeichneten Forschers und Eingeborenenpolitiklers war für das Institut ein schwerer

⁴) In Berlin gehören das Völkermuseum und der Bund für Koloniale Erneuerung dem Institut als Mitglieder an.

Schlag. Die unbeschränkte Autorität, die der ehrwürdige Delafosse in seinem Land genoß, hätte den Leitmotiven des Instituts auch in Frankreich längst zur Geltung verholfen, was angesichts der Tatsache, daß die Französische Republik die zweitgrößte Kolonial- und Kulturmacht in Afrika ist, für die Aufwärtsentwicklung der schwarzen Rasse im Sinn des Instituts von höchster Bedeutung ist. Nach Delafosses Tod geboten Pietät wie die Forderung der fachlichen Eignung Labouret an seine Stelle zu setzen, der freilich wegen seiner Jugend noch nicht die ganze Autorität seines verstorbenen Vorgängers genießt. Wenn Frankreich sich an dem Institut vorläufig noch nicht so beteiligt wie es gerade ihm zukäme, so vor allem deshalb, weil, wie am Eingang erwähnt, eingeborenenpolitische Probleme in Frankreich nicht brennen; man kommt dort mit den bisherigen, weit in die Vorkriegsära zurückreichenden Methoden noch aus. Man hält dies (nicht unrichtigerweise) für einen Beweis ihrer hohen Qualität und scheint zu fürchten, die Prinzipien der englischen und der französischen Eingeborenenpolitik, die kürzlich gerade ein Franzose, Dubois, auf eine glänzende Formel gebracht hat, seien zu wesensverschieden⁵, um überbrückbar zu sein. Die Erkenntnis, daß es sich hier um ein panafrikanisches Problem handelt, das nur auf dem Weg zwischenstaatlicher Zusammenarbeit sämtlicher am afrikanischen Kontinent beteiligter Nationen zu lösen ist, ist noch nicht Gemeingut aller Interessenten geworden. Doch sind die Zeichen der Zeit an den wirklichen Kennern der Verhältnisse im französischen Afrika nicht spurlos vorübergegangen. Daher vergrößert sich auch in Frankreich der Kreis derer um Labouret, Dubois usw. Freilich nur sehr langsam. Gleichwohl dürfte der Zeitpunkt nicht mehr allzu fern sein, zu dem die von dem Institut ausgehenden Parolen ihren Siegeszug auch durch das französische Afrika antreten werden. Die französische Literatur hat stets mit merkwürdig intuitiver Einfühlung die Psyche des orientalischen und afrikanischen Menschen erfaßt. In Frankreich, wo man unbeschwert von Rassevorurteilen unmittelbar den Menschen sieht, konnte daher auch eine eigene Negerliteratur entstehen⁶. Die französische Nation bringt Voraussetzungen mit, die eine besonders wertvolle Note in die Arbeit des Afrikainstituts bringen könnten. Und darum ist ihre Mitarbeit sehr zu wünschen. Unmöglich kann die hervorragende Kulturmacht Frankreich auf die Dauer einem Werk mit nur geringer Teilnahme gegenüberstehen, das an die Gedanken der Menschenwürde und Menschenrechte anknüpft, die einst von Frankreich ihren Ausgang genommen haben und noch immer dort lebendig sind; ganz abgesehen davon, daß es töricht wäre zuzusehen, wie die Arbeit französischer und deutscher Forscher und Praktiker in der eigentlichen Koloniarbeit lediglich den Briten zugute kommt.

Die Leitmotive des Instituts sind uns Deutschen nicht ganz neu; mancher deutsche Kolonialmann hat sich seinerzeit mit den damals vorhandenen schwachen Mitteln um die Erkenntnis der schwarzen Psyche bemüht, und die Reichskolonialverwaltung und der Reichstag haben es an Unterstützung derartiger Bestrebungen nicht fehlen lassen⁷. Ganz abgesehen hiervon aber:

5) Siehe darüber *Kranold* Französische und englische Kolonisation, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 914 und folgende.

6) Siehe dazu auch *Nußbaum* Negerromane, in den Sozialistischen Monatsheften 1922 II Seite 658 und folgende.

7) Siehe *Das Eingeborenenrecht*: Sitten und Gewohnheitsrechte der Eingeborenen der ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika und in der Südsee, herausgegeben von Schultz-Ewerth, Adam und Ankermann /Stuttgart 1909/.

Die Sozialdemokratie hat mit ihrer Methode, planmäßig und wohlüberlegt, einen Pfeiler des kapitalistischen Gesellschaftsbaus nach dem andern durch eigene zu ersetzen schon erhebliche Erfolge errungen. Sämtliche Pfeiler zugleich zu entfernen hätte ja auch die Zerstörung, nicht die Neugestaltung des Gebäudes bedeutet. Das weiß heute das jüngste Mitglied irgendeiner jüngsten sozialistischen Organisation. Wie aber denkt man über die kolonialisatorische Arbeit, die doch eine Menschheitsforderung ist? Will man noch immer glauben, daß in Afrika das Schwarz-Weiß-Problem damit gelöst sei, daß der Europäer sich plötzlich zurückzieht und den Neger sich selbst überläßt? Auch hier kann nur gleichzeitiger Ab- und Aufbau, wie ihn eben das Institut durchzuführen gedenkt, die gegebene Taktik sein. Diesem Prozeß mag man nach dem Urteil hochgebildeter Neger noch 100 bis 150 Jahre Zeit geben. Von dieser einfach grandiosen Aufgabe: eine ganze große Rasse systematisch zur eigenen Zivilisation zu erziehen, darf sich aber ein Kulturvolk von den Qualitäten des deutschen mit so vielen geschulten, gediegenen und hochwertigen Arbeitskräften keinesfalls unnötigerweise ausschließen.

GEORG WOLFF · KRITISCHE BEMERKUNGEN ZUM EUROPÄISCHEN BEVÖLKERUNGSPROBLEM



QUANTITÄT und Qualität der Bevölkerung stehen wieder im Vordergrund der theoretischen und praktischen bevölkerungspolitischen Debatte, nicht nur in Deutschland sondern im ganzen europäischen Kulturkreis, auch in den angelsächsischen Staaten jenseits des Ozeans. Die Bevölkerungslehre bildet von jeher einen Grundpfeiler der ökonomischen Wissenschaften, da Produktion und Konsumtion in engster Beziehung zur Zahl der werteschaftenden und -verbrauchenden Menschen stehen; sie leitet aber auch unmittelbar über zu den biologisch-ethnologischen Wissenschaften, da Werden und Vergehen einer Bevölkerung ein sozialbiologisches Problem von größter Bedeutung ist. Politiker und Volkswirte, Hygieniker und Vererbungsforscher müssen sich daher von neuem mit diesen Fragen auseinandersetzen, nachdem vor mehr als 100 Jahren Thomas Robert Malthus durch sein sogenanntes Bevölkerungsgesetz (wonach die Bevölkerung die Tendenz hat in geometrischer Progression zu wachsen, während die Mittel zu ihrem Unterhalt nur in arithmetischer Progression zunehmen) zuerst die Aufmerksamkeit auf das Bevölkerungsproblem und die Diskussion um den Nahrungsmittelspielraum gelenkt hatte. Die praktischen Folgerungen aus seiner Lehre gipfelten in der nach ihm benannten Bewegung der künstlichen Kindereinschränkung, dem Malthusianismus. Malthus selbst predigte zu diesem Zweck lediglich die Enthaltensamkeit; seine Nachfolger propagierten die Geburtenprävention.

Eigentlich waren Malthus' Befürchtungen für seine Zeit nicht aktuell, da die enorme Sterblichkeit damals ein schnelles Wachstum der Bevölkerung noch nicht zuließ, selbst bei ungehemmter Fruchtbarkeit. Als aber mit den großen Erfolgen der Hygiene auf dem Gebiet der Seuchenbekämpfung, der Städte-sanierung durch Kanalisation und andere technische Fortschritte die Sterblichkeit im Verlauf des 19. Jahrhunderts dauernd zurückging, machte sich der Überdruck der Bevölkerungsvermehrung allenthalben bemerkbar. Das Bevölkerungswachstum war in Europa bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts ziemlich langsam. Die Bevölkerung Europas wurde im Jahr 1350 auf 100

Millionen geschätzt, um das Jahr 1700 erst auf 110, um 1750 auf 140, um 1800 auf 187 Millionen; 1850 war sie schon auf 267, 1880 auf 334, 1900 auf 406, 1910 auf 443 und 1920 auf 449 Millionen gestiegen. In Preußen betrug die Bevölkerung im Jahr 1780 5,5, 1880 27,3, 1920 37,5 Millionen, in England 1780 9,6, 1880 35,0, 1920 46,9 Millionen. Im Gesamtgebiet des Deutschen Reichs stieg sie von 24,8 Millionen im Jahr 1816 auf 56,4 im Jahr 1900 und 64,6 im Jahr 1910, um dann infolge der Gebietsabtretungen durch den Krieg, der blutigen Verluste und des Geburtenausfalls auf 61,8 Millionen im Jahr 1920 zu sinken. In den Vereinigten Staaten von Amerika war die Bevölkerungszunahme infolge der gewaltigen Zuwanderung noch größer; die Bevölkerung betrug 1800 nur 5,3, 1840 schon 17,1, 1880 50,2, 1900 76,0 und 1920 105,7 Millionen. Die Erdbevölkerung stieg von 682 Millionen im Jahr 1810 auf 1811 Millionen im Jahr 1920 und 1937 Millionen im Jahr 1928.

Gegen diesen Überdruck der Bevölkerungsvermehrung machte sich in allen Ländern des westeuropäischen Kulturkreises um die Wende des 19. Jahrhunderts das Phänomen des gewollten oder massenpsychologisch bedingten Geburtenrückgangs bemerkbar, der nun heute Volkswirte, Politiker und Hygieniker, soweit sie sich mit der Gesellschaftsbiologie beschäftigen, nicht weniger beunruhigt als im vorigen Jahrhundert die Übervölkerung, die den Ausgangspunkt der Malthusschen Befürchtungen und der seiner Nachfolger bildete. Neuerdings fangen auch die Mediziner, die sich durch therapeutische Behandlung der Einzelfälle nicht mehr befriedigt fühlen, an sich diesem wichtigen Gebiet der Sozialbiologie zuzuwenden. In Deutschland hat sich unter den Hygienikern am intensivsten Alfred Grotjahn damit beschäftigt, der mehrere Schriften darüber veröffentlicht¹, unter den Nationalökonomen Julius Wolf². In jüngster Zeit widmete der Bevölkerungsstatistiker Friedrich Burgdörfer dem Problem des Geburtenrückgangs eine vielbeachtete Schrift, in der er die biologische Zukunft Deutschlands in den düstersten Farben malte³. Einen andern Standpunkt in der Bevölkerungsfrage im allgemeinen nimmt Edward A. Ross, Professor der Soziologie an der Universität Wisconsin, in einer von dem Marburger Nationalökonom Wilhelm Röpke ins Deutsche übertragenen Schrift ein⁴; er erblickt in der trotz dem Geburtenrückgang noch immer (infolge des Sinkens der Sterblichkeit) ersichtlichen Vermehrung der Erdbevölkerung eine Gefahr für alle irdische Kultur. Zwischen diesen einander konträr gegenüberstehenden Ansichten, die von ihren Verfechtern mit dem gleichen Zahlenmaterial belegt werden, ist es nicht immer leicht den richtigen Weg einer produktiven Bevölkerungspolitik zu finden. Kompliziert wird das Problem weiter dadurch, und es gewinnt damit freilich noch an aktueller Bedeutung, daß heute das Geburtenproblem im Zusammenhang mit den Fragen der Vererbungsbiologie und menschlichen Eugenik nicht mehr als Problem der reinen Quantität sondern mehr der Qualität der Bevölkerungslehre aufgefaßt wird. Darauf zielen die zahlreichen Bestrebungen jetzt in allen Ländern die Unfruchtbarmachung der durch Erbanlage "Unterwertigen" gesetzlich festzulegen.

1) Siehe *Grotjahn* Geburtenrückgang und Geburtenregelung /Berlin 1921/, Die Hygiene der menschlichen Fortpflanzung /Berlin 1926/.

2) Siehe *Wolf* Der Geburtenrückgang. Die Rationalisierung des Sexuallebens in unserer Zeit /Jena 1912/, Die neue Sexualmoral und das Geburtenproblem unserer Tage /Jena 1928/.

3) Siehe *Burgdörfer* Der Geburtenrückgang und seine Bekämpfung, die Lebensfrage des deutschen Volkes /Berlin 1929/.

4) Siehe *Ross* Raum für alle? /Stuttgart 1929/.

Es ist wohl keine Frage, daß die Völker instinktiv im Geburtenrückgang das Ventil gefunden haben der befürchteten Gefahr einer Übervölkerung zu entfliehen. Damit ist Malthus' ursprüngliche Befürchtung durch die Tatsachen widerlegt worden. Von praktischer Bedeutung ist heute nun diese Frage: Wird der gegenwärtige Geburtenrückgang, der in Reaktion auf die frühere schnelle Geburtenzunahme überall sichtbar ist, den Bestand der Volksmasse gefährden? Droht bereits die Gefahr der Untervölkerung, wie einige heute warnend behaupten? Und haben wir noch die Mittel dieser Tendenz entgegenzuwirken? Zur Beantwortung solcher Fragen mögen einige Zahlen aus der Statistik der Bevölkerungsbewegung dienen, die von allen Teilen der angewandten Statistik am feinsten ausgearbeitet ist und insbesondere in den Sterbetafeln den exakten Maßstab für die jeweilige Lebensaussicht der Generation auf Grund der Absterbeordnung uns an die Hand gibt.

Geburtlichkeit und Sterblichkeit sind die beiden Pole, um die sich naturgemäß Werden und Vergehen einer jeden Bevölkerung drehen. Beide sind in den letzten Jahrzehnten, insbesondere nach dem Krieg, erheblich gesunken. Noch aber ist die Sterblichkeit so niedrig, daß wir zum Beispiel im Gesamtgebiet des Deutschen Reichs einen erheblichen Geburtenüberschuß zu verzeichnen haben (Überschuß der Zahl der Geborenen über die der Gestorbenen im Deutschen Reich 1925 547 808 (auf je 1000 Einwohner 8,8), 1926 493 541 (7,9), 1927 402 949 (6,4)). Diese Zahlen zeigen freilich eine deutlich rückläufige Tendenz. Andererseits ist mit Recht gesagt worden, daß die niedrigen Sterbeziffern (in den 3 Jahren 11,9 ‰, 11,7 ‰, 12,0 ‰) eine besonders günstige Sterblichkeitslage vortäuschen. Sie sind in der Tat nur deshalb so niedrig, weil einmal infolge des Geburtenrückgangs die Säuglinge und Kleinkinder mit ihrer hohen Sterblichkeit relativ gering in der Gesamtbevölkerung vertreten sind, dann aber, weil die mittleren Altersklassen, die noch aus den geburtenreichen Jahrgängen der Vorkriegszeit stammen, mit ihrer an sich niedrigen Sterblichkeit heute in der Gesamtbevölkerung sehr reich vertreten sind. Rücken diese Altersklassen weiter auf und nähern sie sich damit dem Alter des "physiologischen Sterbens", so muß die Sterbeziffer der Gesamtbevölkerung automatisch infolge der auf die Bevölkerung eingeschriebenen »Hypothek des Todes« (Burgdörfer) ansteigen, auch ohne daß sich die Sterblichkeitsverhältnisse in den einzelnen Altersklassen irgendwie verschlechtert haben. Denn diese *rohe* Sterbeziffer hängt in hohem Maß von der jeweiligen Altersbesetzung ab, ist daher kein Ausdruck der jeweiligen Gesundheitslage eines Volks und bedarf einer Korrektur durch feinere Maßstäbe. Den besten Maßstab liefert die aus der Absterbeordnung der Sterbetafel gewonnene Lebenserwartung, deren reziproker Wert die reine oder ideelle Sterbeziffer einer stationär gedachten Bevölkerung darstellt, das heißt einer Bevölkerung, deren Größe bei ausgeschlossener Ein- und Auswanderung stets gleich bleibt, und deren Altersbesetzung daher lediglich durch die jeweils herrschende Absterbeordnung bedingt ist. In einer solchen stationären Bevölkerung, deren Sterblichkeit nicht durch fremde Einflüsse (Geburtenwechsel, Wanderungen) beeinflusst ist, muß also das Sterblichkeitsmaß (reine Sterbeziffer) gleichzeitig auch das Maß der erforderlichen Geburtlichkeit sein, wenn der Bevölkerungsbestand mindestens erhalten, das heißt stationär bleiben soll. Beträgt die Lebenserwartung bei der Geburt (mittlere Lebensdauer) zum Beispiel 50 Jahre, so berechnet sich daraus die reine (ideelle) Sterbeziffer zu $\frac{1}{50}$ oder 20 ‰.

Was ergeben nun die Sterbetafeln für das Deutsche Reich, deren jüngste, die erste nach dem Krieg, vor kurzem vom Statistischen Reichsamt veröffentlicht wurde⁵⁾? Auch nach dieser feinsten Berechnungsart, die leider, wegen des großen Arbeitsaufwands, immer nur in längeren Zwischenräumen ange stellt werden kann, sehen wir einen Rückgang der Sterblichkeit in allen Altersklassen gegenüber der letzten Sterbetafel vor dem Krieg⁶⁾. Dementsprechend betrug die Lebenserwartung im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1926 für das männliche Geschlecht 55,97 Jahre gegenüber 47,41 in den Jahren 1910 und 1911; für das weibliche Geschlecht, das mit seinen Lebensaussichten stets etwas besser abschneidet, sogar 58,82 Jahre gegenüber 50,68 vor dem Krieg. Die Lebenserwartung hat sich demgemäß in dieser kurzen Spanne um 8 Jahre bei beiden Geschlechtern erhöht, gegenüber dem Jahrzehnt 1871 bis 1880 sogar um mehr als 20 Jahre; denn die Lebenserwartung bei der Geburt betrug nach den damaligen Sterbetafeln nur je 35,58 und 38,45 Jahre. Das ist in der Tat ein großartiger Erfolg, wohl ebenso den fortschreitenden hygienischen Maßnahmen in der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, der akuten Seuchen, der Tuberkulose wie der durchschnittlichen Erhöhung der Volksbildung und des Volkswohlstands zu danken. Berechnen wir aus diesen Zahlen der Lebenserwartung als deren reziproken Wert nun die reinen Sterbeziffern, so erhalten wir auf Grund der Sterbetafeln für die Zeiträume von 1871 bis 1880, 1881 bis 1890, 1891 bis 1900 und 1901 bis 1910 die Werte 27,0 ‰, 25,8 ‰, 23,7 ‰ und 21,5 ‰; nach der letzten Sterbetafel vor dem Krieg, der von 1910-1911, betrug die mittlere Lebensdauer (für beide Geschlechter zusammen) knapp 50 Jahre, dementsprechend die reine Sterbeziffer 20,4 ‰, und nach der jüngsten Sterbetafel, der von 1924 bis 1926, mit ihrer wiederum um 8 Jahre erhöhten mittlern Lebensdauer berechnet sich die reine Sterbeziffer auf 17,4 ‰.

Wir sehen also auch nach dieser exaktesten Sterblichkeitsberechnung eine der Erhöhung der Lebenserwartung genau umgekehrt proportionale Erniedrigung der Sterblichkeit, die freilich lange nicht, aus den vorher angegebenen Gründen der unnatürlichen Altersbesetzung, dem durch die rohe Sterbeziffer vorgetauschten Ausmaß entspricht. Es ist immerhin möglich, daß die Lebenserwartung, damit auch die reine Sterblichkeitsziffer, infolge weitern Rückgangs der Säuglingssterblichkeit, der Tuberkulose und anderer "unnatürlicher Todesursachen", in den nächsten Jahrzehnten noch günstiger wird; sehen wir doch zum Beispiel in Dänemark schon jetzt (Sterbetafel 1921-1925) eine mittlere Lebensdauer bei der Geburt von 60,3 Jahren für das männliche, 61,9 für das weibliche Geschlecht, und in Neuseeland (Sterbetafel 1921-1922) sogar von 62,76 und 65,43 Jahren für die beiden Geschlechter. Es ist wahrscheinlich, daß auch im Deutschen Reich mit den weiteren Fortschritten der Hygiene und Gesundheitsfürsorge diese Zahlen erreichbar sein werden. Einer Lebenserwartung von 60 Jahren entspricht eine reine Sterbeziffer von 16,7 ‰, einer solchen von 65 Jahren eine Sterbeziffer von 15,4 ‰. Damit nähert sich die mit der exakten Methode der Sterbetafel berechnete Lebensdauer bereits für den Durchschnitt der Gesamtbevölkerung der biblischen Verheißung.

5) Siehe die Veröffentlichung des *Statistischen Reichsamts* Die Lebensdauer der Reichsbevölkerung nach der neuen deutschen Sterbetafel für die Jahre 1924 bis 1926, in *Wirtschaft und Statistik* 1928 Seite 450, und das Sonderheft zu *Wirtschaft und Statistik* 1929: Beiträge zum deutschen Bevölkerungsproblem.

6) Siehe hierzu *Linke* Die Notwendigkeit einer Berufsterbetafel für das deutsche Volk, in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte* Seite 924 und folgende.

Zurzeit übersteigen im Gesamtgebiet des Deutschen Reichs die Geburtenziffern (1924 bis 1927 20,5 ‰, 20,7 ‰, 19,5 ‰, 18,3 ‰) noch erheblich die rohen Sterbeziffern (12,2 ‰, 11,9 ‰, 11,7 ‰, 12,0 ‰) und bedingen damit den jetzigen Geburtenüberschuß; sie überstiegen aber auch in geringem Maß noch die reine (ideelle) Sterbeziffer, die im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1926 aus der Sterbetafel zu 17,4 ‰ gefunden wurde⁷. Also besteht noch keine Gefahr für den Bestand des deutschen Volks. Freilich darf nicht übersehen werden, daß in den Großstädten diese Geburtenziffer als Mindestgrenze der Bestanderhaltung längst nicht mehr erreicht wird (die deutschen Großstädte über 100 000 Einwohner hatten 1924 bis 1927 Geburtenziffern von je 14,1 ‰, 14,9 ‰, 14,1 ‰, 13,2 ‰), und daß in Berlin die Geburtenziffer seit 1922 sogar unter derjenigen der rohen Sterbeziffer liegt und damit tiefer als in allen anderen Weltstädten, tiefer als in Wien, Paris und London. Diese Tatsachen sind in letzter Zeit oft genug hervorgehoben worden und haben die Sorge der Bevölkerungspolitiker und der mit diesen allgemeinen volksbiologischen Fragen beschäftigten Sozialhygieniker hervorgerufen. Alfred Grotjahn hat als Hygieniker zuerst von den Gefahren des Geburtenrückgangs gesprochen und wiederholt Vorschläge gemacht durch wirtschaftliche Maßnahmen den Willen zum Kind zu beleben, insbesondere durch eine Elternschaftsversicherung im Rahmen der deutschen Sozialversicherung einen Ausgleich zugunsten der wirtschaftlich meistbelasteten kinderreichen Familien zu schaffen, ein Ziel, das der Reichsbund der Kinderreichen Deutschlands seit längerem verfolgt. Ähnliche Bestrebungen sind seit Jahren in Frankreich im Gang, jetzt auch in England (England hatte 1927 mit 16,7 ‰ nächst Schweden die niedrigste Geburtenziffer in Europa), neuerdings in Italien, da Mussolini aus dem jetzt auch dort sich zeigenden Geburtenrückgang trotz der noch immer beträchtlichen Höhe der Geburtenzahl (1927 27,6 ‰) eine Bedrohung der Zukunft Italiens befürchtet. Das Problem der Erhaltung der Bevölkerungsquantität ist also in allen Kulturländern aktuell; überall zeigt sich die gleiche Erscheinung. Es liegt also kein Anlaß vor das deutsche Schicksal in diesem Punkt als etwas ganz Besonderes anzusehen. Burgdörfer hat nicht recht, wenn er schreibt: »Das deutsche Volk ist in besonderer Gefahr. Ist es doch das Volk, das seit der Jahrhundertwende den schärfsten Geburtenrückgang aufzuweisen hat, und dessen Fortpflanzung heute bereits geringer ist als die aller europäischen Völker.« Es ist in England und Frankreich kaum anders, auch in der Schweiz, in Belgien und den skandinavischen Ländern nicht. Noch nicht bedroht von dieser angeblichen Gefahr sind einstweilen in Europa die slawischen Völker im Osten und Südosten; doch zeigen sich bei ihnen schon Anzeichen in dieser Richtung, die mit zunehmender Volkskultur deutlicher werden.

Die bevölkerungspolitische Lage der deutschen Bevölkerung stellt sich heute auf Grund einer mittlern Lebensdauer von rund 60 Jahren und der daraus abzuleitenden Bestanderhaltungsziffer von 17 Geburten auf jedes Tausend der Bevölkerung noch nicht so dar, wie jene Bevölkerungstheoretiker meinen, die das Heil eines Volks einfach in einer ständig und stark steigenden Bevölkerung sehen. Das Gegenstück zu dieser Auffassung ist die ebenfalls naive Ansicht, man könne einfach durch Herabsetzung der Volkszahl den

7) Burgdörfers Versuch aus der »bereinigten Geburtenziffer« bereits jetzt ein Defizit im Geburtenüberschuß des Reichsgebiets nachzuweisen eilt der Entwicklung voraus; zumal bei der Vorausberechnung der Bevölkerungsbewegung auf längere Zeiträume äußerste Vorsicht geboten ist.

Nahrungsmittelspielraum für den einzelnen vergrößern. Es darf im Volkswirtschaftsgeschehen nie vergessen werden, daß die Menschen für einander produzieren und durch ihre Zahl die Höhe ihrer gegenseitigen Bedürfnisse bedingen und regulieren. Es muß aber weiter bedacht werden, daß mit der Heraufsetzung der mittlern Lebensdauer, wie man sie früher kaum für möglich gehalten hätte (man lese daraufhin einmal die Vorkriegsliteratur der Bevölkerungstheoretiker durch, die die Absterbeordnung von 1910-1911 bereits als ungewöhnlich günstig bezeichnen) auch die Zahl der produktiven Lebensjahre erheblich gestiegen ist, bei den Männern im Deutschen Reich während des erwerbsfähigen Alters von 15 bis 65 Jahren seit 1871-1880 von durchschnittlich 38,5 Jahren auf 43,8 Jahre nach der Sterbetafel von 1924-1926⁸. Alle diese Änderungen dürfen bei der Beurteilung der heutigen bevölkerungspolitischen Lage nicht vergessen werden. Daher ist auch die Richtzahl, die angeben soll, wie viele Kinder durchschnittlich von einem Ehepaar erzeugt respektive aufgezogen werden müssen, um die bisherige Bevölkerungszahl zu erhalten, keine konstante Größe sondern ebenfalls von der jeweiligen Absterbeordnung abhängig. Die älteren und noch jetzt viel zitierten Berechnungen bedürfen heute einer Revision auf Grund der veränderten Absterbeordnung. Wenn zum Beispiel Ladislaus von Borkiewicz in seiner schon 1908 veröffentlichten Berechnung⁹, unter der damals gültigen Annahme, daß von je 1000 Geborenen 300 vor der Erreichung des zeugungs- respektive gebärfähigen Alters dem Tod verfallen, demnach $\frac{1000}{700} = 1,43$ Kinder pro Ehepartner oder 2,86 pro Ehepaar als Ersatz bis zur Geschlechtsreife gebracht werden müssen, und unter der weitem Annahme, daß 8 % der heiratsfähig gewordenen Männer und Frauen ledig, und weitere 10 % aller geschlossenen Ehen steril bleiben, zu einer Bestandserhaltungsziffer von 3,46 Kindern für jede fruchtbare Ehe kam, so bedarf diese Zahl allein unter der heute gültigen Absterbeordnung einer Korrektur. Nach der letzten deutschen Sterbetafel erreichen von je 1000 Lebendgeborenen mindestens 830 das zeugungs- respektive gebärfähige Alter, und auch diese Zahl ist eher noch zu ungünstig gewählt. Daher berechnet sich unter Beibehaltung der übrigen Prämissen die für die Bestandserhaltung der Bevölkerung pro Ehepaar erforderliche Kinderzahl jetzt auf 2,41; diese Zahl erhöht sich durch Berücksichtigung der Ledigen auf 2,62 und der sterilen Ehen auf 2,91. So viele Kinder müßte also jede fruchtbare Ehe heute ergeben, um lediglich den Bestand der Volkszahl zu verbürgen. Zu einem ganz ähnlichen Resultat kommt, ebenfalls auf Grund der jetzigen Absterbeordnung, Julius Wolf in seiner jüngsten Veröffentlichung, das heißt auf rund 3 Lebendgeburten pro Ehe. Freilich sind bei dieser Zahl die unehelichen Kinder nicht berücksichtigt, die nach den letzten Ausweisen reichlich 10 % aller Lebendgeborenen

8) Die Forderung Linkes, in dem in Note 6 erwähnten Artikel, Berufssterbetafeln für die deutsche erwerbstätige Bevölkerung zu berechnen ist durchaus zu begrüßen. Ihre Durchführung ist freilich nicht einfach, weil nur in wenigen Berufszweigen die erforderlichen Grundmassen der Erwerbstätigen unbeeinflusst von zufälligem Berufswechsel sind. Darum wird man sich für die außerordentlich wichtige Frage der Sterblichkeit nach dem Beruf anderer Methoden zu bedienen haben (Berechnung von Standardsterbezahlen nach Ogle und Westergaard), wie es in den englischen und holländischen Quellenwerken der Sterblichkeitsstatistik nach dem Beruf seit Jahrzehnten geschieht. Der Verfasser dieses Artikels hat oft genug in der früher von ihm bearbeiteten Rundschau Hygiene der Sozialistischen Monatshefte auf die Wichtigkeit derartiger Berechnungen in den amtlichen Quellenwerken zur Beurteilung der Gefährdung durch den Beruf, möglichst im Anschluß an die Volkszählungsergebnisse, hingewiesen und kann Linkes Forderung daher nur unterstützen.

9) Siehe von Borkiewicz Die Bevölkerungstheorie, in der Schmollerfestschrift Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert I /Leipzig 1908/.

ausmachen und daher auf die Volksvermehrung nicht ganz ohne Einfluß sind. Hiernach trifft die von Grotjahn seit langem für die Bestanderhaltung des Volks geforderte Zahl von 3 Kindern pro Familie auch heute noch annähernd das Richtige, aber mit der Einschränkung, daß diese Zahl unter der gegenwärtigen Absterbeordnung nicht mehr als Mindestzahl zu gelten hat. 3 Lebendgeburten pro fruchtbare Ehe gewährleisten den Bestand des Volks, enthalten sogar schon einen kleinen Überschuß, zumal die Unehelichen dabei noch nicht in Rechnung gesetzt sind. Eine Erweiterung der Grotjahnschen Fortpflanzungsregel dahin, daß an Stelle von 3 Lebendgeburten 3 Kinder über das 5. Lebensjahr hinaus verlangt werden, was früher mit der besonders hohen Kindersterblichkeit begründet wurde, ist heute nicht mehr begründet, erst recht nicht eine Erhöhung dieser Durchschnittszahl pro fruchtbare Ehe über 3 hinaus, wie einige Bevölkerungsfanatiker neuerdings nachzuweisen suchen. Schematismus ist bei einer solchen Durchschnittsberechnung überhaupt nicht am Platz. Man wird in einer Stadt wie Berlin, die sich trotz der sinkenden Geburtenzahl seit der Volkszählung von 1925, also nur durch Zuzug, um $\frac{1}{4}$, seit 1919 um $\frac{1}{2}$ Million Einwohner vermehrt hat, nicht die gleichen Forderungen stellen können wie auf dem Land und in den kleinen Städten, die der Kinderaufzucht ungleich bessere Bedingungen bieten.

Das Geburtenproblem ist aber kein reines Wirtschaftsproblem sondern eine geistige Angelegenheit der Volksmasse. Der Wille zum Kind ist nicht nur mit wirtschaftlichen Beihilfen anzufachen sondern setzt eine entsprechende geistige Verfassung voraus. Ein Volk, das zurzeit noch die Schaffensenergie zeigt wie gegenwärtig das deutsche, kann unmöglich deshalb einem biologischen und kulturellen Verfall entgegengehen, weil es sich nicht mehr im gleichen Tempo wie früher vermehrt. Diese Auffassung wäre kaum weniger mechanistisch als die ehemals von Malthus und seinen Anhängern propagierte entgegengesetzter Tendenz. Im allgemeinen findet das Volk instinktsicher diejenige Bevölkerungsentwicklung, die seiner geistigen und wirtschaftlichen Verfassung entspricht. So sehr rationale Überlegungen heute Kinderzeugung und Kinderaufzucht zu beherrschen suchen und damit auch den Geburtenrückgang der westeuropäischen Kulturvölker bedingt haben, so dürfen doch die irrationalen Momente oder wenigstens solche, die sich nicht vernunftgemäß einkalkulieren oder vorhersagen lassen, auch im Bevölkerungsproblem nicht vergessen werden. Sie sind freilich nicht in Zahlen zu fassen, spielen aber im Leben des einzelnen wie der Gemeinschaft eine bedeutende Rolle. Der Rationalismus allein vermag auch im Zeitalter der höchstgesteigerten Technik das Bevölkerungsproblem nicht ganz zu klären oder gar die Bevölkerungspraxis in andere Bahnen zu leiten. Das trifft namentlich für die mit großer Bestimmtheit vorgetragenen Schlußfolgerungen einiger Rassenhygieniker zu, die aus einer als sicher angenommenen Prämisse, nämlich der der ständigen Verschlechterung des biologischen Erbguts der abendländischen Völker infolge der schnellern Vermehrung der sozial tiefer stehenden Schichten, den Untergang des Abendlandes biologisch begründen. Zunächst setzen sie hierbei biologisches Erbgut gleich oder äquivalent sozialer Schichtung, was an sich schon zurückzuweisen ist. Aber wenn man das selbst tut, so darf man doch schließlich nicht übersehen, daß die Prämisse einer schnellern Vermehrungstendenz der sozialen Unterschichten heute vollkommen überholt ist. Wenn ein Bevölkerungsrückgang zu erwarten ist, so gerade deshalb, weil die Geburtenprävention heute nicht

mehr vorwiegend auf die höheren Gesellschaftsschichten beschränkt ist sondern in zunehmendem Maß die großstädtische Arbeiterbevölkerung und bereits auch die Kleinstadt- und Landbevölkerung erfaßt hat, anderswo (Frankreich) sogar von diesen ausgegangen ist. Will man logisch in diesem Irrweg rassentheoretischer Gedankenführung vorgehen, so darf man daher nicht mehr von einer Verschlechterung des biologischen Erbguts der Gesamtbevölkerung sprechen, vielmehr von einer relativen Verbesserung mit zunehmender Geburtenprävention der sozialen Unterschichten. Daß das Tempo der Geburtenprävention bei diesen jetzt viel rascher ist als bei den Oberschichten, bei denen ein gewisser Ruhepunkt bereits eingetreten ist, ergibt die neuere Statistik der Geburtlichkeit für viele deutsche und außerdeutsche Städte. Das zeigt zum Beispiel auch die fast völlige Nivellierung der Geburtenziffern in den 20 Verwaltungsbezirken Groß Berlins.

Ein prinzipiell anderes Problem entsteht, wenn man die Ergebnisse der Vererbungslehre heute im Sinn der Eugenik anzuwenden und darauf hinarbeiten trachtet, daß sogenannte minderwertige Erbanlagen von der weitern Fortpflanzung auf die nachfolgenden Generationen möglichst ausgeschlossen werden. Da die Frage der menschlichen Eugenik heute nicht nur die Ärzte angeht, aber als rein biologisches Problem das Interesse der Bevölkerungspolitiker stets viel weniger als die quantitative Seite der Bevölkerungslehre gefunden hat, wird ihre Beziehung zur sozialen Hygiene und Bevölkerungspolitik noch besonders begründet werden müssen.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Innenpolitik / Hans Simons

Bülow † Am 28. Oktober starb in Rom Bernhard Fürst von Bülow. Er wurde am 3. Mai 1849 in Kleinflottbeck in Holstein geboren; sein Vater war der spätere Minister und Staatssekretär Bernhard Ernst von Bülow. Im Jahr 1873 trat er in den Dienst des Auswärtigen Amts ein, wurde 1888 Gesandter in Bukarest, 1893 Botschafter in Rom. Im Jahr 1897 übernahm er die Leitung der deutschen auswärtigen Politik als Staatssekretär des Auswärtigen Amts. Im Oktober 1900 wurde er an Stelle Hohenlohes Reichskanzler. Nach dem Ankauf der Karolinen aus spanischem Besitz erhielt er 1899 den Titel Graf, während der Marokkokrise 1905 den Titel Fürst. Seine Bedeutung als Staatsmann wird meist nur unter außenpolitischem Gesichtspunkt gewertet. Im Rahmen des alten Regimes, dessen voller Vertreter er war, hat er aber auch unter innenpolitischen Gesichtspunkten staatsmännische Bedeutung gewonnen. Eine seiner ersten Taten als Reichskanzler war, daß er den noch aus der Ära des Sozialistengesetzes stammenden Steckbrief gegen Eduard Bernstein nicht

erneuern ließ und so Bernstein die Rückkehr nach Deutschland ermöglichte, wodurch der revisionistischen Bewegung innerhalb der Sozialdemokratischen Partei ein weiterer Auftrieb gegeben wurde. Bülows Neigung entsprach es nicht autoritativ vorzugehen, er liebte Debatte und Schlagfertigkeit; daher sein alljährliches Rededuell mit Bebel. Sein Versuch sich im sogenannten Bülowblock eine feste parlamentarische Mehrheit zu schaffen mag einen rein taktischen Ausgangspunkt gehabt haben; sicher hat er ihn bewußt fortgesetzt, um das System der Abhängigkeit in der konstitutionellen Monarchie allmählich zugunsten des Parlaments zu verschieben. Mehr von diesem Grundgedanken als von Augenblicksängsten um seine Stellung dürfte auch seine Haltung in der Novemberkrise von 1908, 10 Jahre vor dem Novemberzusammenbruch von 1918, bestimmt gewesen sein. Diese Ansätze der Entwicklung zum Parlamentarismus waren freilich spät und führten zusammen unmittelbar zu seinem Sturz, denn er verlor über der Erbschaftssteuer seine parlamentarische Mehrheit, und der Kaiser akzeptierte das neue System und ließ ihn äußerlich deshalb fallen, weil er ihm innerlich wegen seiner Haltung in der Krise nicht mehr vertraute. Sie

hätten bei stetiger Entwicklung sicherlich auf die Systemumbildung stärker eingewirkt, wenn sie vom Reichstag besser verstanden, und wenn sie namentlich von den linken Parteien des Parlaments stärker unterstützt worden wären.

Deutschland: Die Kämpfe um die Reform Koalitions- und der Arbeitslosenversicherung, die im September die Parteienkrisen innenpolitische Auseinandersetzung beherrschten (siehe die Rundschau Sozialpolitik, in diesem Band Seite 1035 und folgende), waren nur ein Vorspiel der Schwierigkeiten, die sich bei der Reichsfinanzreform ergeben werden. Sie sind mit einem Kompromiß beigelegt worden, der ausdrücklich als vorläufig bezeichnet worden ist. Dennoch muß kurz auf sie eingegangen werden, weil sie für das Problem der Großen Koalition kennzeichnend waren. Es ist ein Irrtum zu meinen, daß jedesmal eine neue Krise ausbreche, wenn die Koalitionsparteien ihre prinzipiellen Gegensätze austragen. Die Große Koalition ist ebenso wie jede andere Regierungsverbindung verschiedener weltanschaulich getrennter Parteien nur möglich, wenn vorausgesetzt wird, daß sich unter dem Vorbehalt wesentlicher Verschiedenheit für die einzelnen praktischen Fragen der Politik gemeinsame Lösungen finden lassen. Solche gemeinsamen Lösungen ergeben sich aber nur, wenn die beteiligten Gruppen die Grenzen ihres Entgegenkommens abstecken. Es schadet der koalitionspolitischen Arbeit, wenn über eine Krise geredet wird, sooft solche Grenzen erörtert werden müssen. Es darf einmal daran erinnert werden, daß nicht nur die Zusammenfassung, sondern auch der Zusammenstoß verschiedener politischer Kräfte auf der parlamentarischen Ebene ein Kennzeichen der Demokratie ist. Deshalb erscheint es durchaus willkürlich schwere Zusammenstöße als grundsätzlich gefährlich, ja sogar als Fehler des Systems zu betrachten. Namentlich für die Sozialdemokratie ist es wichtig solche selbstverständlichen Erscheinungen ihrer Regierungstätigkeit, die natürlich auch Erschwerungen sind, als das anzusehen, was sie sind: Etappen des Kampfs, durch den die Rechtsgleichheit und die Rechtsgarantie auch auf den Wirtschafts- und Arbeitsprozeß ausgedehnt werden sollen. Daß hierbei die Sozialdemokratie auch ihre Koalitionsgenossen häufig zu Gegnern hat, ist klar. Ebenso klar ist aber auch, daß sie bei grundsätzlichen Fragen dieser Entwicklung wegen nicht nachgeben kann.

Für die Deutsche Volkspartei bedeutete das Zugeständnis, das sie nunmehr bei der Reform der Arbeitslosenversicherung machen mußte, eine schwere Belastung. Sie hat sie nur auf sich genommen, weil sie sich unter dem Einfluß ihres Führers Stresemann nicht entschließen konnte die Koalition zu sprengen. Durch den Tod Stresemanns gleich darauf sind aber die Schwierigkeiten, die ihr im Anschluß an diese Entscheidung erwachsen, besonders deutlich geworden. Es ist durchaus verständlich, daß die Partei nunmehr den Mangel an innerer Geschlossenheit durch besondere Aktivität gegenüber den beiden Nachbarparteien auszugleichen sucht. Das dürfte der eigentliche taktische Ausgangspunkt für Pläne sein, die darauf hinausgehen eine neue große bürgerliche Partei zu bilden. Die Deutsche Volkspartei möchte zum Kern dieser Gruppierung werden. Es fehlt ihr aber durchaus die Geschlossenheit, die sie haben müßte, um nach rechts und nach links anziehungskräftig zu sein. Der Umwandlungsprozeß, der ja ständig im Gang ist und auf der bürgerlichen Seite deshalb bedeutungsvoll bleibt, weil sowohl die Anzahl der nichtorganisierten Parteianhänger wie die der Nichtwähler sehr groß ist, vollzieht sich ohne besondere Neugründung und wird auch weiter so vor sich gehen. Bei der Schwerfälligkeit in der politischen Taktik und dem Schwergewicht der Parteiapparate wird selbst das Volksbegehren für die Parteiengruppierung in Deutschland keine besondere Bedeutung haben.

Volksbegehren Unter der organisatorischen Führung Alfred Hugenbergs, des Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, hat ein Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren einen Gesetzentwurf zum Volksentscheid gestellt, dessen Wortlaut in dieser Rundschau nicht fehlen kann. Hier folgt er:

»§ 1: Die Reichsregierung hat den Auswärtigen Mächten unverzüglich in feierlicher Form Kenntnis davon zu geben, daß das erzwungene Kriegsschuldanerkenntnis des Versailler Vertrages der geschichtlichen Wahrheit widerspricht, auf falschen Voraussetzungen beruht und völkerrechtlich unverbindlich ist.

§ 2: Die Reichsregierung hat darauf hinzuwirken, daß das Kriegsschuldanerkenntnis des Artikels 231 sowie die Artikel 429 und 430 des Versailler Vertrages förmlich außer Kraft gesetzt werden. Sie hat ferner darauf hinzuwirken, daß die besetzten Gebiete nunmehr un-

verzüglich und bedingungslos sowie unter Ausschluß jeder Kontrolle über deutsches Gebiet geräumt werden, unabhängig von Annahme oder Ablehnung der Beschlüsse der Haager Konferenz.

§ 3: Auswärtigen Mächten gegenüber dürfen neue Lasten und Verpflichtungen nicht übernommen werden, die auf dem Kriegsschuldenerkenntnis beruhen. Hierunter fallen auch die Lasten und Verpflichtungen, die auf Grund der Vorschläge der Pariser Sachverständigen und nach den daraus hervorgehenden Vereinbarungen von Deutschland übernommen werden sollen.

§ 4: Reichskanzler und Reichsminister sowie Bevollmächtigte des Deutschen Reiches, die entgegen der Vorschrift des § 3 Verträge mit auswärtigen Mächten zeichnen, unterliegen den im § 92 Nummer 3 des Strafgesetzbuchs vorgesehenen Strafen.

§ 5: Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Nachdem sich für diesen Text eines sogenannten Gesetzes tatsächlich mehr als 4 Millionen Stimmberechtigter ausgesprochen haben, bleibt nur noch diese erstaunliche Tatsache festzustellen und zu analysieren. Die Analyse ergibt sich aus einer Betrachtung des vorläufigen amtlichen Ergebnisses, zusammengestellt für die einzelnen Stimmkreise. Da zeigt sich, daß die Stimmkreise über 10 (bis zu 33 %) die nordöstliche Hälfte Deutschlands bedecken. Eine Ausnahme machen nur die Großstädte Berlin und Hamburg, das katholische Oberschlesien und die beiden sächsischen Stimmkreise, in denen die Arbeiterbevölkerung am dichtesten wohnt. Von Westfalen über Hessen-Nassau und Hessen-Darmstadt bis Bayern reicht das Gebiet, in dem unter 10 (bis zu 1,25) % Beteiligung festgestellt sind. Hier treffen 2 alte Gegensätze zusammen: der konfessionelle zwischen Protestantismus und Katholizismus, der latent für die deutsche Politik immer noch wichtiger ist als man meinen möchte, und der soziale Gegensatz zwischen den großagrarischen Gebieten einerseits und den kleinbäuerlichen und Arbeiterbezirken andererseits. Diese Gegensätze vertieft zu haben, ohne daß sie ausgetragen worden wären, ist die einzige Leistung des Reichsausschusses. Möchte sie nicht von allzu nachhaltiger Nachwirkung sein.

Deutsche Wah- Am 23. Juni fanden in
len 1929 Mecklenburg-Schwerin die
Landtagswahlen statt, die
gegentüber dem bisherigen Stand folgen-
des Ergebnis hatten: Sozialdemokratische
Partei 20 (bisher 21) Sitze, Einheitsliste

des Nationalen Blocks 25 (24), Kommunistische Partei 3 (3), Demokratische Partei 1 (2), Mieterpartei 1 (2), Bauernpartei 1 (0). Die Regierung wurde unter dem Vorsitz des deutschnationalen Abgeordneten Eschenburg gebildet.

Am 27. Oktober fanden in *Baden* die Wahlen zum Landtag statt. Das Ergebnis ist folgendes, verglichen mit dem der letzten Landtagswahl:

Partei	Anzahl der Stimmen		Anzahl der Sitze	
	jetzt	früher	jetzt	früher
Zentrum	341 860	283 404	34	28
Sozialdemokratische Partei	187 290	160 533	18	16
Deutsche Volkspartei	74 318	72 882	7	7
Nationalsozialistische Arbeiterpartei	65 106	15 486	6	—
Demokratische Partei	63 325	66 842	6	6
Kommunistische Partei	55 169	47 304	5	4
Wirtschaftspartei	35 613	22 859	3	2
Evangelischer Volksdienst	35 328	—	3	—
Deutschnationale Volkspartei	34 081	93 737	3	9
Badische Bauernpartei	28 141	—	3	—
Volksrechtspartei	6 803	4 146	—	—
Christlichsoziale Reichspartei	5 105	—	—	—

Da die Wahlbeteiligung wesentlich stärker war, geht der Anteil der Sozialdemokratie an den Gesamtmandaten etwas zurück, obwohl sie 2 Sitze gewonnen hat. Den größten Zuwachs erreichte das Zentrum. Es mögen da neben der wahltaktisch geschickten Führung auch örtliche Einflüsse, insbesondere des Freiburger Katholikentags, mitgewirkt haben. Die stärkere Wahlbeteiligung geht unzweifelhaft auf die Veränderung des Wahlsystems zurück; es sind so kleine Stimmbezirke geschaffen worden, daß praktisch fast Einmännerwahlkreise zustande kamen. Das Volksbegehren, das in Baden nur 2,16 % Beteiligung gefunden hat, ist dennoch auf das Wahlergebnis nicht ohne Einfluß geblieben; dem schweren Verlust der Deutschnationalen entspricht ein fast genau so großer Gewinn der Nationalsozialisten. Am 10. November fand in *Lübeck* die Senatswahl statt. Sie hatte folgendes Ergebnis: Sozialdemokratische Partei 34 (bisher 35) Sitze, Hanseatischer Volksbund 29 (36), Kommunistische Partei 7 (5), Nationalsozialistische Arbeiterpartei 6 (0), Demokratische Partei 2 (2), Zentrum 1 (1). Das Ergebnis ist, da es sich auf eine kleine Stadt beschränkt, ohne besondere Bedeutung.

Kommunalwahlen

Am 17. November fanden in ganz Preußen, in Hessen und in Sachsen Kommunalwahlen statt. Ihr Ergebnis ist noch nicht vollständig zu übersehen. Vor allem fehlt noch die Zusammenstellung für die Provinziallandtage, die in ihrer Auswirkung auf die Provinzialausschüsse und die Wahl der preußischen Provinzvertreter zum Reichsrat besonders wichtig sind. Im übrigen bestätigt das Bild, soweit es einheitlich ist, die Entwicklung, die auch bei anderen Wahlen hat festgestellt werden können: Zunahme der radikalen Stimmen, besonders der nationalsozialistischen. Im übrigen sind die Ergebnisse vielfach örtlich bedingt. Auch die Auseinandersetzungen zwischen der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei, die an Schärfe wöglichst noch zugenommen haben, hatten örtlich ganz verschiedene Ergebnisse. In Berlin trug die Kommunistische Partei einen sehr eindrucksvollen Erfolg davon. Das Gesamtergebnis für die Reichshauptstadt ist folgendes: Sozialdemokratische Partei 64 (bisher 73) Sitze, Kommunistische Partei 56 (43), Deutschnationale Volkspartei 40 (47), Deutsche Volkspartei 16 (14), Demokratische Partei 14 (21), Nationalsozialistische Arbeiterpartei 14 (0), Wirtschaftspartei 10 (10), Zentrum 8 (8), Christlicher Volksdienst 3 (0), Evangelischer Gemeindebund 2 (0). Die Stimmzahlen, verglichen mit den letzten Stadtverordnetenwahlen von 1925 und mit den Reichstagswahlen von 1928 sind für die wichtigsten Parteien die folgenden: Sozialdemokratische Partei 651 735 (604 696; 816 196), Kommunistische Partei 565 595 (347 381; 611 317), Deutschnationale Volkspartei 404 756 (385 324; 440 132), Deutsche Volkspartei 154 200 (111 446; 159 866), Demokratische Partei 138 511 (171 954; 190 520), Nationalsozialistische Arbeiterpartei 132 031 (0; 39 052), Wirtschaftspartei 100 289 (72 263; 65 771), Zentrum 81 414 (63 265; 82 299).

Deutschland: Regierungsergänzung

Der Ergänzung des Reichskabinetts, die durch Stresemanns Tod erforderlich geworden war, ging ein sehr interessanter Streit innerhalb der Deutschen Volkspartei voraus. Der rechte Flügel der Partei versuchte einen Vertreter ins Reichswirtschaftsministerium zu bringen, um bei der bevorstehenden Wirtschafts-gesetzgebung seinen Einfluß zu heben. Wenn demgegenüber am 11. November in der Person des Professors an der Universität Köln Paul Moldenhauer ein gemäßigter Vertreter der Partei ins Ka-

binett gekommen ist, so ergibt sich daraus der ernste Wille des Reichskanzlers die Große Koalition zu erhalten und auf die Mitarbeit der Deutschen Volkspartei gerade bei der wirtschaftlichen und finanziellen Durchführung des Youngplans nicht zu verzichten. Hermann Müller hat damit die Linie eingehalten, die er schon bei der vorläufigen Ernennung des Ministers Julius Curtius zum Reichsaußenminister zeigte. Diese Ernennung ist nunmehr endgültig geworden. Damit sind Versuche die Ergänzung des Kabinetts zu einer allgemeinen Umbesetzung zu benutzen voraussichtlich für die Dauer, die diesem Kabinett überhaupt beschieden ist, endgültig gescheitert. Das Zentrum, das sich von Anfang an über eine ungenügende Vertretung im Kabinett beschwert hat, dürfte seine Sonderstellung nicht ungern beibehalten. Sie ermöglicht es ihm seine Rolle als Regierungspartei gelegentlich zu vergessen und durch Opposition und Kritik namentlich in der Wahlbewegung eine gewisse Unabhängigkeit zu bewahren, die sich auf seine Wahlerfolge bereits günstig ausgewirkt hat. Es ist zurzeit auch die einzige Partei der Koalition, die nicht unter der Abnutzung durch Verantwortung leidet.

Frankreich: Regierungswechsel

Die Regierungskrise, die im Juli besonders wegen der Form für die Ratifizierung des Schuldenabkommens mit den Vereinigten Staaten zwischen dem Kabinett und der Kammer im Gang war, aber auch durch andere Unstimmigkeiten innerhalb des Kabinetts besonders über die Art der Reparationskonferenz verschärft wurde, fand ihre äußere Lösung durch den Rücktritt des Kabinetts Poincaré. Die Kammer ratifizierte am 21. Juli das Schuldenabkommen mit nur 8 Stimmen Mehrheit. Poincaré war bei dieser Sitzung wegen Krankheit abwesend, und der knappe Sieg der Regierung war ein unmittelbarer Erfolg Briands. Es lag bei dem Übergewicht der außenpolitischen Probleme nahe Briand mit der Kabinettsbildung zu betrauen, da Poincaré durch seine Krankheit tatsächlich verhindert war die Regierungsbildung wieder zu übernehmen. Briand versuchte zunächst die Mehrheit des Kabinetts zu verstärken und sich die Unterstützung der radikalsozialen Partei zu sichern. Da er deren Bedingungen jedoch nicht annehmen wollte, behielt er schließlich das bisherige Kabinett Poincarés bei und erhielt dafür mit 324 gegen 136 Stimmen, bei etwa 150 Enthaltungen, am 31. Juli das Vertrauensvotum.

Nach seinen eigenen Erklärungen beabsichtigte Briand dieses Mandat der Kammer nur für den endgültigen Abschluß der Reparationsverhandlungen auszunutzen. Schon bei den Senatswahlen am 20. Oktober, durch die $\frac{1}{3}$ des Senats erneuert wurde, zeigte sich, daß die Rechte Verluste erlitt, und dadurch die Basis der Regierung, besonders "psychologisch", geschwächt wurde. Am 22. Oktober bereits wurde das Kabinett mit 297 gegen 288 Stimmen gestürzt. Dieser Sturz war zwar durch den eigentümlichen Widerspruch erklärlich, der darin lag, daß Briand seine Außenpolitik gegen einen Teil seiner Mehrheit, also mit Unterstützung der Opposition, machen mußte. Dennoch kam die Abstimmung im Augenblick völlig überraschend. Ihr Ergebnis entstand dadurch, daß Briands Mitteilungen über die bevorstehenden Reparationsverhandlungen und die Räumung der Rechten einschließlich der Gruppe Marin zu weit, der Linken einschließlich der Sozialradikalen nicht weit genug gingen. Der Präsident der Republik erteilte den Auftrag die Regierung zu bilden dem Führer der Radikalen Daladier. Da der Kongreß seiner Partei gerade in Reims tagte, konnte er sich die Unterstützung seiner Fraktion für den Versuch sichern. Er setzte sich sogleich mit den Sozialisten in Verbindung, denen er außer dem Arbeitsministerium 2 der 4 "großen" Portefeuilles (Finanzen, Inneres, Justiz und Krieg) anbot. Die Fraktion der Sozialistischen Partei beschloß die Verhandlungen mit dem Ziel der Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung fortzusetzen. Der Landesrat der Sozialistischen Partei verwarf jedoch mit 1590 gegen 1451 Stimmen diesen Beschluß. So bedenklich und bedauerlich dieses Ergebnis der Verhandlungen innerhalb der Sozialistischen Partei ist, so darf man doch annehmen, daß diese Verhandlungen den Gedanken der Regierungsbeteiligung weiter geklärt und die Bereitwilligkeit in eine bürgerliche Koalition einzutreten auch in den Reihen der Parteifunktionäre gestärkt haben. Allmählich wird sich auch der Einfluß der Kammerfraktion, von der $\frac{3}{4}$ für die Beteiligung gestimmt haben, in der Partei bemerkbar machen. Bei besserer Vorbereitung kann schon der nächste Parteitag zu einem andern Ergebnis führen. Jedenfalls scheinen die Voraussagen über eine Spaltung der Partei wenig begründet. In dieser Absage der Sozialistischen Partei liegt die eigentliche Ursache für den Mißerfolg Daladiers;

die Mißverständnisse, die außerdem noch zwischen ihm und Briand entstanden, und die möglicherweise absichtlich gesteigert wurden, kamen lediglich ergänzend hinzu. Nach einem Zwischenversuch Clementels wurde am 1. November André Tardieu mit der Regierungsbildung beauftragt. Er brachte unter mancherlei Schwierigkeiten ein Kabinett zusammen, in dem er 16 Minister und 12 Unterstaatssekretärposten besetzte, weil er sich die Unterstützung auch der kleinsten Gruppen der Mitte Kabinettsitze kosten ließ. Dabei muß die Zahl offenbar im ganzen den Wert ersetzen helfen. Denn außer Loucheur, der das Arbeitsministerium übernommen hat, Chéron, der Finanzminister geblieben ist, und selbstverständlich Briand, der das Außenministerium behalten hat, verfügt das Kabinett nicht über starke Persönlichkeiten, wohl aber namentlich in den technischen Ministerien über gute Sachkenner und fleißige Arbeiter. Im ganzen ist eine weitere Verschiebung nach rechts eingetreten: Die Rechte, einschließlich der Katholischen Gruppe, verfügt über 2 Minister und 4 Unterstaatssekretäre, das Rechte Zentrum über 4 Minister und 4 Unterstaatssekretäre, das Linke Zentrum über 3 Minister und 3 Unterstaatssekretäre; der Rest vertritt kleinere Gruppen. Die Kammer sprach am 9. November diesem Kabinett mit 332 gegen 253 Stimmen ihr Vertrauen aus. Schon die Debatten, die dazu führten, zeigen deutlich, daß die Schwierigkeit der neuen Gruppierung nicht geringer ist als die des letzten Kabinetts Briand. Sie wird infolgedessen, obwohl Aristide Briand ihr führender Kopf ist, gerade außenpolitisch sehr behutsam vorgehen müssen und ihre Stellung durch eine mehr rechtsgerichtete Innenpolitik zu stärken bestrebt sein.

Totenliste

Am 30. Juni starb in Brüssel der frühere sozialistische Minister *Joseph Wauters* (siehe die Rundschauen Sozialpolitik und Sozialistische Bewegung, in diesem Band Seite 618 und 741). Er war seit seiner Studentenzeit in der sozialistischen Bewegung tätig. Während des Kriegs leistete er bei der Organisation des Ernährungswerks große Dienste. Nach dem Waffenstillstand trat er in das erste Koalitionsministerium ein; die vorbehaltlose Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag ist sein Werk. Zuletzt war er Leiter des Zentralorgans der Sozialistischen Partei Belgiens, des *Peuple*.

Die selbständige und kraftvolle Persönlichkeit *Hans Delbrücks*, dessen Tod hier schon in der Rundschau Geschichte (in diesem Band Seite 850) mitgeteilt wurde, hat auch auf innenpolitische Probleme wiederholt eingewirkt. Delbrück war am 11. November 1848 in Bergen auf Rügen geboren. Er hat den Krieg 1870-1871 mitgemacht, 1881 habilitierte er sich für Geschichte an der Berliner Universität, an der er 1885 außerordentlicher, 1896 ordentlicher Professor wurde. 1882 bis 1885 gehörte er als freikonservativer Abgeordneter dem Preußischen Abgeordnetenhaus, 1884 bis 1890 als Mitglied der Deutschen Reichspartei dem Reichstag an. 38 Jahre hindurch, von 1883 bis 1920, leitete er die Preußischen Jahrbücher, in deren Politischer Korrespondenz er selbständig und geistreich Stellung auch zu innenpolitischen Fragen nahm.

Am 3. Oktober starb in Berlin *Gustav Stresemann*. Er war am 10. Mai 1878 in Berlin geboren. Nach Abschluß seiner volkswirtschaftlichen Studien trat er in die Geschäftsleitung bedeutender Industrieverbände ein. 1902 gründete er den Verband Sächsischer Industrieller, dessen Syndikus er wurde. 1906 wurde er Stadtverordneter in Dresden, 1907 nationalliberales Mitglied des Reichstags. Nach Bassermanns Tod wurde er 1. Vorsitzender der Partei. Nach dem Umsturz organisierte Stresemann, da er an die Demokratische Partei keinen Anschluß fand, aus der Nationalliberalen Partei die Deutsche Volkspartei, deren Vorsitzender und unbestrittener Führer er bis zu seinem Tod geblieben ist. 1923 wurde er der erste Kanzler einer Großen Koalition. Die innenpolitische Leistung, die er, verbunden mit der Einstellung des Ruhrwiderstands, als Kanzler dieser Koalition und eines bürgerlichen Kabinetts vollbrachte, ist in Einzelheiten anfechtbar, aber als Ganzes unbestritten. Nachdem er 1924 das Auswärtige Amt übernommen hatte, spielte er in der Innenpolitik eine geringere Rolle als sie seinem Temperament und seinen Gaben entsprach. Denn es gelang ihm nicht seine eigene Partei zu einem Instrument seiner Politik auszubilden; diese hat ihm, wo sie ihn nicht heimlich bekämpfte, offen wenig geholfen.

Am 21. Oktober starb in Berlin der frühere bulgarische Ministerpräsident *Wassilij Radoslawow*, 72 Jahre alt. Er hatte eine wesentlich deutsche Bildung genossen. In Heidelberg promovierte er zum Doktor der Rechte. Seit 1884 war er wiederholt Minister, von 1913 bis

Juni 1918 Ministerpräsident. Unter seiner Verantwortung trat Bulgarien an der Seite der Mittelmächte in den Weltkrieg ein. Als Bulgarien im Frieden von Bukarest vom 7. Mai 1918 nur die Süddobrutscha erhielt, mußte er zurücktreten. Bald nach dem Regierungswechsel verließ Radoslawow sein Heimatland. Unter dem Kabinett Stambolijskij wurde er in Abwesenheit zu lebenslänglichem Kerker verurteilt.

Am 6. November starb in Konstanz *Max Prinz von Baden*, der letzte Reichskanzler des Kaiserreichs. Er war am 10. Juli 1867 in Karlsruhe geboren. Zunächst schloß er das Studium der Rechts- und Staatswissenschaft mit der Doktorprüfung ab und trat dann in die preussische Armee ein, aus der er 1911 als Generalmajor wieder ausschied. Seit 1907 war er Präsident der Ersten Kammer Badens. Durch seine vorurteilslose Haltung, seine kritische Beurteilung der deutschen Kriegspolitik und seine Verdienste auf humanitärem Gebiet empfahl er sich, als die militärische Katastrophe unaufhaltsam geworden war, bei den Beratern des Kaisers als Reichskanzler. Seine Aufgabe war es innenpolitisch, unter dem zusammenwirkenden Druck von innen und außen, das parlamentarische System in die Verfassung einzubauen. Formell ist das auch geschehen, wirksam ist es nicht mehr geworden. Vielmehr mußte Max von Baden sich entschließen die Abdankung des Kaisers amtlich bekanntzugeben, noch ehe sie endgültig erfolgt war. Daß er zu diesem Entschluß die Kraft, allerdings der Verzweiflung, gefunden hat, obschon ihm besonders große Hemmungen entgegenstanden, bleibt sein hohes Verdienst. Denn dies und der rechtzeitige Verzicht auf seine Stellung trugen entscheidend dazu bei, daß sich der Wechsel der Gewalt in Deutschland ohne unnötige Opfer vollzog.

Am 24. November starb in Paris *Georges Clemenceau*, über 88 Jahre alt. Der politische Kämpfer großen Formats, der eine weltgeschichtliche Rolle spielen sollte, wäre vorwiegend als Außenpolitiker zu würdigen. In der innenpolitischen Rundschau sei nur festgestellt, daß Frankreich dem bis ins letzte lebensvollen, von den Gegnern gehaßten, von den Freunden gefürchteten Mann viel zu danken hat: Er hat die Republik mehr als einmal gerettet. Diese komplizierte Persönlichkeit mit vielseitigen Interessen geistiger Art (nach einem Wort Georg Brandes' Spartaner und Athener in einem) konzentrierte sich im Entscheidenden stets auf das Schicksal ihres Landes.

Kurze Chronik Am 27. Juni wurde die Verlängerung des *Republik-schutzgesetzes* mit 263 gegen 166 Stimmen angenommen; da aber eine verfassungsändernde Mehrheit erforderlich ist, war damit das Gesetz gefallen. Eine Neufassung wird dem Reichstag zugehen. ◊ Am 14. Juni wurde der Vertrag zwischen *Preußen und dem Vatikan* unterzeichnet. Am 28. Juni stimmte der Preussische Staatsrat mit 44 gegen 26 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung zu; am 10. Juli wurde das Gesetz über den Vertrag im Preussischen Landtag mit 243 Stimmen der Regierungsparteien und der Wirtschaftspartei gegen 172 Stimmen der übrigen Parteien angenommen. Am folgenden Tag gaben 17 Mitglieder der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei eine Erklärung ab, wonach sie gemäß den Grundsätzen des Parteiprogramms Gegner des Vertrags seien, ihre Auffassung jedoch, dem Fraktionsbeschluß auf Abstimmungszwang entsprechend, hinter die Geschlossenheit der Fraktion zurückgestellt hätten. ◊ Am 25. Juni wählte in *Sachsen* der Landtag nach wiederholten vergeblichen Wahlgängen den volksparteilichen Abgeordneten Büniger zum Ministerpräsidenten. Die Wahl kam dadurch zustande, daß die Fraktion der Kommunistischen Partei weiße Stimmzettel abgab, und der Landtag mit 49 gegen 47 Stimmen entschied, daß die Mehrheit der auf einen Namen abgegebenen Stimmen für die Gültigkeit der Wahl genüge. ◊ Am 23. Oktober trat die Landesregierung *Thüringens* zurück. Es werden Neuwahlen stattfinden. ◊ Eine wichtige Änderung hat sich in *Italien* vollzogen: Am 12. September gab Mussolini bekannt, daß er sich entschlossen hätte für seine Person nur mehr das Innenministerium zu behalten und die Unterstaatssekretäre der bisher von ihm verwalteten 7 Ministerien zu Ministern zu machen. Bei der Verselbständigung der bisher von Mussolini mitgeführten Ministerien: Auswärtiges, Kolonien, Krieg, Marine, Luftfahrt, Korporationen und Öffentliche Arbeit, wurden das Unterrichtsministerium in ein Ministerium für Nationale Erziehung, das Volkswirtschaftsministerium in ein Ministerium für Ackerbau umgewandelt und beide gleichfalls neu besetzt. Mussolini selbst deutete diesen Schritt in einer großen Rede am 14. September als eine Betonung des Fascismus und wies besonders darauf hin, daß die Verselbständigung der Militärministerien den Ausbau der nationalen Verteidigung noch mehr erleichtern solle. Als eine weitere Stärkung des

Fascismus ist die Reform des Fascistischen Großen Rats anzusehen, die am 2. Oktober verkündet wurde; sie wird vor allem die Herabsetzung der Mitgliederzahl von 56 auf etwa 20 Personen bringen. ◊ In der *Tschechoslowakei* wurden am 25. September Abgeordnetenhaus und Senat aufgelöst, da die Regierungskoalition ihre Grundlage verloren hatte. Die Slowaken hatten angekündigt, daß sie bei ungünstigem Ausgang des Prozesses gegen ihren Abgeordneten Tuka nicht in der Regierung bleiben könnten; die Ernennung eines Mitglieds der Tschechischen Arbeiterpartei zum Verteidigungsminister hatte die Tschechisch-Katholische Volkspartei in einen Gegensatz zur Regierung gebracht. Die Neuwahlen fanden am 27. Oktober statt. Sie hatten folgendes Ergebnis: Tschechische Agrarier 46 (bisher 45), Tschechische Sozialdemokratische Partei 39 (29), Tschechische Nationalsozialistische Partei 33 (28), Tschechische Volkspartei 25 (31), Tschechische Nationaldemokraten 15 (13), Tschechische Gewerbspartei 12 (13); Deutsche Sozialdemokratische Partei 21 (17), Deutsche Wahlgemeinschaft 16 (16), Deutsche Christlichsoziale Volkspartei 11 (16), Deutsche Nationalsozialistische Partei 8 (7), Deutsche Nationalpartei 8 (10); Slowaken 17 (23); Ungarn 10 (8); Polnisch-Jüdische Partei 4 (1); Kommunistische Partei 30 (41). Es scheint unter der Führung des bisherigen Ministerpräsidenten Udrzal eine alltschechische Koalition zustande zu kommen. ◊ In *Litauen* verlangte der Staatspräsident Smetona, von einem verfassungsmaßigen Recht Gebrauch machend, am 19. September die Umbildung des Kabinetts Woldemaras. Daraufhin trat das Kabinett zurück, und der bisherige Finanzminister Tubelis wurde beauftragt ein neues Kabinett zu bilden. Wenn auch in der neuen Regierung wieder nur die Partei der Tautinikai vertreten ist, so ist doch anzunehmen, daß mit diesem Wechsel der Abbau der Diktatur beginnt. ◊ In *Mexico* wurde am 19. November der Kandidat der Nationalrevolutionären Partei (Regierungspartei) Ortiz Rubio mit starker Mehrheit zum Präsidenten gewählt. ◊ Die Wahlen, die am 12. Oktober in *Australien* stattfanden (siehe auch die Rundschau Sozialistische Bewegung, in diesem Band Seite 937), brachten eine Entscheidung über einen Konflikt, der zwischen der Regierungskoalition (Nationalisten und Landpartei) einerseits und der Arbeiterpartei andererseits über eine Frage der Sozialgesetzgebung entstanden

war. Darum ist der Sieg der Arbeiterpartei besonders eindrucksvoll und entscheidend; sie gewann mit 44 Sitzen die absolute Mehrheit, die Nationalisten erhielten 16, die Landpartei 10, 2 andere Gruppen zusammen 5 Sitze. Der Führer der Arbeiterpartei James Henry Scullin bildete eine reine Arbeiterregierung.

Literatur

Nachunveröffentlichten Papieren aus dem Nachlaß Ernst Bassermanns schildert *Theodor Eschenburg* unter dem Titel *Das Kaiserreich am Scheideweg* /Berlin, Verlag für Kulturpolitik/ die Entstehung des sogenannten Bülowblocks und die Zusammenarbeit zwischen Bülow und Bassermann während der Zeit der Blockpolitik. Er trifft damit das sicherlich interessanteste Stück der parlamentarischen Entwicklung im kaiserlichen Deutschland. Stresemann schrieb zu diesem Buch eine Einleitung, in der die Feststellung am wichtigsten ist, daß Bassermann vor entscheidenden Schritten (ebenso wie Bülow) zurückgeschreckt ist. Das Buch selbst zeigt in vielen wichtigen und, was die Mitwirkung Bassermanns angeht, bisher unbekanntem Einzelheiten, daß dieser erste Versuch prinzipiell mit einer parlamentarischen Mehrheit zu regieren nicht nur an der konservativ-liberalen "Paarung" sondern auch an den beiden führend daran beteiligten Persönlichkeiten scheitern mußte, obschon sie sich beide nicht nur um der politischen Macht und politischen Praxis willen sondern allmählich bewußter auch wegen des Prinzips für die Blockpolitik erwärmt haben. Am meisten überrascht als Einzelheit die Darstellung der Daily-Telegraph-Affäre (schon aus einem Vorabdruck in den Preußischen Jahrbüchern bekannt) mit der Veröffentlichung des Entwurfs zu Bülows großer Reichstagsrede, der von dem tatsächlich gesprochenen Text wesentlich abweicht. Sie beweist, daß Bülow, entgegen der Tendenz, der er von Herkunft, Umgebung und Zeitumständen her zunächst nachgeben wollte, um seiner parlamentarischen Mehrheit willen schließlich den Kaiser bis zu einem gewissen Grad preisgab, als ihm das durch die Haltung der Konservativen ermöglicht wurde. Viele Einzelheiten, die sich auf die Technik der Zusammenarbeit zwischen dem Chef der Regierung und den Führern der Koalitionsparteien beziehen, sind noch heute wichtig und lehrreich, und auch Praktiker des modernen Parlamentarismus könnten sich daran ein Beispiel nehmen.

Sozialpolitik / Erwin Rawicz

Arbeitslosenversicherung Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung hat in Deutschland mehr als ein halbes Jahr gedauert. Die Sozialdemokratie hat in manchem nachgegeben, doch nirgends ihre Grundsätze aufgegeben. Am 3. Oktober beschloß der Reichstag in 3. Lesung das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, am 12. Oktober wurde es vollzogen und veröffentlicht, am 1. November 1929 traten die wesentlichsten Neubestimmungen in Kraft. Langwierige und schwere Beratungen waren notwendig, um den Fragenkomplex einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen, der das Schicksal von Millionen von Arbeitnehmern in entscheidender Weise beeinflußt. 2 große Probleme waren zu lösen: die Mißstände und Mißbräuche, die seit Entstehen der Arbeitslosenversicherung aufgetreten waren, abzustellen, die Finanzen der Arbeitslosenversicherung zu sanieren. Groß war die Verantwortung, mit der Wege zur Lösung der einzelnen Fragen gesucht werden mußten. Sachverständigenverhandlungen, parlamentarische Verhandlungen und Ressortbesprechungen in einem Ausmaß, wie dies in der Geschichte der modernen Gesetzgebung selten ist, gingen der Novelle voraus. Der Reichstag verabschiedete sie an dem Tag, an dem Gustav Stresemann starb; er hatte selbst noch in später Abendstunde des 2. Oktober die Erklärung mit formuliert, mit der die Deutsche Volkspartei ihre Stimmhaltung begründete und damit den Zusammenhalt der Großen Koalition und die Annahme des Arbeitslosenversicherungsgesetzes den übrigen Regierungsparteien ermöglichte. Die Etappen der langen Geschichte dieser Novelle (siehe auch diese Rundschau, 1929 I Seite 42, 320, und in diesem Band Seite 613 und folgende) sind noch in aller Gedächtnis: Die ersten Kabinettsbeschlüsse, die die Notwendigkeit der Reform anerkannten, im Mai und Juni 1929, die Sachverständigenkommissionen, die von der Reichsregierung eingesetzt worden waren, im Juli, die eingehenden Beratungen des 9. Ausschusses des Reichstags im August und September, die Reichsratsvorschläge, endlich die Kompromißverabschiedung im Reichsrat im September und die Schlußberatungen im Plenum des Reichstags am 30. September und 1. und 3. Oktober. Welches sind die Kernpunkte, die die Novelle zum Gesetz enthält?

Zunächst ist es die Abstellung aller der Mißstände und Mißbräuche, die durch die Begriffsbestimmung für geringfügige Arbeit, die künftig versicherungsfrei ist, die Paragraphen zum Kampf gegen die Schwarzarbeit, die Begriffsbestimmung der Arbeitslosigkeit, die Anpassung der Unterstützungshöhe an das Lohnniveau des Unterstützungsorts (Kaufkraftprinzip) und anderes erreicht wird. Zum andern sind es die wichtigen finanziellen Ersparnisse, die der Entwurf unter Vermeidung eines generellen Leistungsabbaus der Reichsanstalt gebracht hat. Zunächst sind die Unterstützungssätze für berufstätig Arbeitslose in der gleichen Höhe wie im Vorjahr geregelt worden: Die Saisonarbeitslosen erhalten während der Zeit der berufstätigen Arbeitslosigkeit nur die Unterstützungssätze der Krisenunterstützung, das heißt, daß in den oberen Lohnklassen eine gewisse Senkung der Unterstützungssätze eintritt. Die Reichsregierung schätzt die jährlichen Ersparnisse hieraus auf 21 Millionen Mark. Ferner werden in Zukunft auf die Unterstützung Wartegeld, Ruhegehalt, Sozialrente usw. angerechnet, Sozialrente, soweit sie den Betrag von 30 Mark monatlich übersteigt. Die Ersparnis, die aus dieser auch sozial zu rechtfertigenden Maßnahme resultiert, wird von der Reichsregierung auf jährlich 8 Millionen Mark angegeben. Die Wartezeit für jugendliche Arbeitslose unter 21 Jahren, die keine Familienzuschläge für zuschlagsberechtigte Familienangehörige erhalten und in Familiengemeinschaft leben, wird von 7 Tagen auf 14 Tage verlängert, das heißt, bei diesen Jugendlichen liegt zwischen der Arbeitslosmeldung und dem Beginn des Unterstützungsbezugs nicht wie bei dem Gros der Arbeitslosen eine Spanne von 7 Tagen sondern in Zukunft eine solche von 14 Tagen. Dieser Verlängerung der Wartezeit steht eine Verkürzung für die vielköpfigen Familien gegenüber: Hauptunterstützungsempfänger mit 4 und mehr Zuschlagsempfängern haben nur eine Wartezeit von 3 Tagen, nicht 7 wie früher. Damit ist einer weitgehend empfundenen Härte Abhilfe geschaffen. Die Gesamtersparnisse aus dieser Veränderung der Wartezeit belaufen sich trotz den Mehrkosten, die durch die Verkürzung für die Väter vielköpfiger Familien entstehen, nach Schätzungen der Reichsregierung auf 2 Millionen Mark. Schließlich ist die Frage der Anwartschaft für die Arbeitslosen neu geregelt, die seit Bestehen der Arbeitslosenversicherung, also seit dem 1. Ok-

tober 1927, die Versicherung zum erstenmal in Anspruch nehmen. Im Gegensatz zu den übrigen Arbeitslosen müssen sie nicht eine sogenannte Anwartschaft von $\frac{1}{2}$ Jahr, das heißt eine Beschäftigung während dieser Zeit von $\frac{1}{2}$ Jahr nachweisen sondern eine solche von einem ganzen Jahr. Die Ersparnisse, die sich daraus ergeben werden, werden auf 16 Millionen Mark geschätzt. Die Ersparnisse aus all den Mißständen und Mißbräuchen, die durch die Novelle abgestellt worden sind, wurden vom Präsidenten der Reichsanstalt auf 20 Millionen Mark geschätzt. Dabei sind in besonderer Weise die Einsparungen respektive Erhöhung der Einnahmen berücksichtigt, die sich aus der veränderten Beitragszahlung für Lehrlinge ergeben, ferner durch die Begriffsbestimmung der Arbeitslosigkeit, die bisher gefehlt hat, aus der Versicherungsfreiheit der geringfügig beschäftigten Arbeitnehmer, durch die Abänderungen über die Ersparnisse im Zusammenhang mit der Neuordnung der Gelegenheitsarbeit usw. Eine weitere starke Ersparnis ist durch die veränderten Beiträge der Reichsanstalt zur Krankenversicherung der Arbeitslosen erreicht, die sich nach den Schätzungen der Reichsanstalt auf 30 Millionen Mark belaufen wird. Die Summe dieser errechenbaren Ersparnis durch die Novelle vom 12. Oktober 1929, wie sie vorstehend zusammengestellt ist, ergibt also den Betrag von rund 100 Millionen Mark.

Dieser Betrag reicht jedoch nicht aus, um das voraussichtliche Defizit der Reichsanstalt zu decken. Nach Annahme der Reichsregierung ist in den künftigen Jahren bei dem sich leider erhöhenden Niveau der Arbeitslosigkeit mit einer durchschnittlichen Anzahl von 1,1 Millionen Arbeitslosen zu rechnen, durch die an Ausgaben etwa 1119 Millionen Mark im Jahr entstehen. Da durch die 3prozentigen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nur 840 Millionen Mark eingehen, bleibt ein Fehlbetrag von 279 Millionen, der nunmehr um rund 100 Millionen durch die oben genannten Ersparnisse im Verfolg der Novelle vermindert wird. Offen bleiben nun noch rund 180 Millionen Mark, die ursprünglich durch eine $\frac{1}{2}$ prozentige Beitragserhöhung gedeckt werden sollten. Diese hätte 140 Millionen gebracht. Da die Beitragserhöhung mit Rücksicht auf die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei nicht Gesetz geworden ist, so muß zunächst das Reich, dem Gesetz entsprechend, durch Darlehensgewährung der Reichsanstalt die

Bestreitung ihrer Ausgaben ermöglichen. Das ist ein auf die Dauer unerwünschter Zustand, der dadurch geändert werden kann, daß entweder die Beiträge doch noch bald erhöht werden, oder daß die Darlehen des Reichs an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in feste Reichsbeiträge respektive Reichszuschüsse umgewandelt werden. Kein vernünftiger Mensch verkennt die schwierige Lage der deutschen Wirtschaft. Aber ebenso wenig darf man Hunderttausende dem Hungertod entgegenführen, indem man die Leistungen der Arbeitslosenversicherung auf ein menschenunwürdiges Maß herabdrückt. Das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit gibt nicht seine Einwilligung dazu, daß eine wirkliche, im allgemeinen das Existenzminimum sichernde Unterstützung zu einer Scheinunterstützung gemacht wird. Das verhindert und Ruhe in die aufgewühlten Massen gebracht zu haben ist das Verdienst insbesondere Rudolf Wissells. Nur wer weiß, welche Kämpfe der Reichsarbeitsminister zu bestehen hatte, um in den entscheidenden Fragen der Sozialpolitik Kapital und Arbeit, Unternehmer und Arbeiter zusammenzuhalten, weiß zu würdigen, was es bedeutet das Arbeitslosenversicherungsgesetz in seiner Gestalt im wesentlichen unverändert erhalten und trotzdem den finanziellen und arbeitsmoralischen Notwendigkeiten Rechnung getragen zu haben. Die Einigung der widerstrebenden Kreise des Bürgertums und der Arbeiterklasse, unter Wahrung ihrer lebenswichtigsten Interessen in der kapitalistischen Wirtschaft, ist das bleibende Verdienst Rudolf Wissells.

Deutschland: Die Kurve der Arbeitsmarktentwicklung im Lauf des Sommers ist weit weniger günstig als in den Vorjahren. Das Niveau der Arbeitslosigkeit im Jahr 1929 liegt erheblich höher als im Jahr 1928; allein die Unterstützungen der Arbeitslosenversicherung liegen durchschnittlich um 150 000 bis 200 000 Personen über denen des Vorjahrs. In den letzten Jahren sind noch jährlich etwa 400 000 Erwerbstätige neu in das Wirtschaftsleben gekommen, die zum größten Teil Aufnahme im Wirtschaftsprozeß fanden. Nur diejenigen unter ihnen, die nicht unterkommen konnten, belasten den Arbeitsmarkt über die Zahl derer hinaus, die bereits in den Vorjahren nicht mehr untergebracht werden konnten. Als wesentliche Ursache für die Verschärfung der Arbeitslosigkeit kommt hinzu,

daß die Unternehmungen insbesondere infolge des Kapitalmangels nicht mehr wie früher auf Vorrat arbeiten, wenn der Auftragsbestand nachläßt, sondern rascher als früher zu Kurzarbeit oder zu Entlassungen übergehen und damit einen großen Teil ihres Betriebsrisikos auf die Arbeitslosenversicherung abwälzen. Weiter drückt die international absteigende Konjunktur auch auf die deutsche Wirtschaft. Im Mai 1929 waren 1,6 Millionen Arbeiter und Angestellte als verfügbare Arbeitsuchende registriert. Die Anzahl ging bis Juli auf 1,45 Millionen zurück und steigt seit August wieder an; sie dürfte Ende Oktober nahe bei 1,7 Millionen gelegen haben. Die Anzahl der Unterstützten hat ihren Tiefstand Ende Juli 1929 gehabt, und zwar mit 870 000 Personen, und dürfte Ende Oktober bereits bei 1,06 Millionen liegen, während im Vorjahr im gleichen Zeitpunkt in den beiden Unterstützungseinrichtungen rund 760 000 Personen unterstützt wurden, so daß also die Anzahl der Unterstützten bei Beginn des kommenden Winters um über $\frac{1}{4}$ Million höher liegt als im Vorjahr, obgleich in diesem Jahr der Personenkreis der Krisenunterstützung eingeengt wurde. Durch das erhöhte Niveau der Arbeitslosigkeit werden die Anforderungen an die Arbeitslosenversicherung im kommenden Winter nicht unerheblich sein. Daß diese mit einem 3prozentigen Beitrag nicht getragen werden können, ist in der Öffentlichkeit bis zum Überdruß erklärt worden. Daß die Darlehen des Reichs, die ja doch niedergeschlagen werden müssen, also praktisch Zuschüsse sind, im nächsten Winter mindestens 200 Millionen erreichen werden, wird man annehmen dürfen. Denn der Reichsanstalt stehen nur ungefähr 70 bis 75 Millionen an Beitragseinnahmen monatlich zur Verfügung, ferner der Überschuß aus den Monaten von Juni bis Oktober 1929 von 28 Millionen, endlich ein einmaliger Rest aus dem laufenden Reichshaushalt mit 68 Millionen Mark. Die erhöhte Arbeitslosigkeit in diesem Jahr muß die Kasse der Arbeitslosenversicherung frühzeitig leeren, und bei dem Ausmaß der beruflichen Arbeitslosigkeit kann ein eigenfinanziertes Institut ohne eine Reserve von 150 bis 200 Millionen sich nicht halten, wenn es nicht durch entsprechende Beitragseinnahmen vorsorgen darf.

England: Arbeitslosenproblem In dem Augenblick, da die Reform der deutschen Arbeitslosenversicherung insbesondere im Hinblick auf ihre finan-

zielle Entwicklung durchgeführt worden ist, ist ein Vergleich mit demjenigen Land interessant, das die Arbeitslosenversicherung noch vor Deutschland eingeführt hatte: England. In dem jüngst veröffentlichten Jahresbericht des britischen Arbeitsministeriums werden die ordentlichen Ausgaben der Arbeitslosenversicherung für das Jahr 1928 ausgewiesen. Die Ausgaben für die im Bericht nicht behandelte Krisenfürsorge, deren Kosten in England von den Gemeinden getragen werden, sind dort aber angesichts der großen Zahl der Ausgesteuerten unvergleichlich höher als in Deutschland. Auch die Ausgaben für wertschaffende Arbeitslosenfürsorge dürften in England erheblich höher sein als bei uns. Sie müssen, wenn die Labourregierung ihr Programm durchführt, noch gewaltig erhöht werden. Die gestürzte konservative Regierung hatte durch ein Gesetz, das teilweise im April, teilweise im Juli 1928 in Kraft trat, den Kreis der Unterstützungsberechtigten eingeschränkt und die über 65 Jahre alten Arbeitslosen, die eine Altersrente beziehen, aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen. Für die gewöhnliche Arbeitslosenunterstützung wurden trotzdem in England 1928 etwa 900 Millionen Mark ausgegeben, gegen 940 Millionen in Deutschland einschließlich der Verwaltungsausgaben usw. Die Zahl der Versicherten ist aber in Deutschland durchschnittlich um fast die Hälfte größer (England 12, Deutschland 17 bis 18 Millionen Versicherte). Die gewöhnliche Arbeitslosenunterstützung Englands im Jahr 1928 hat also gerade so viel gekostet wie in Deutschland. Auch in England konnten die Ausgaben von dem Fonds für Arbeitslosenunterstützung nicht bewältigt werden. Dieser Fonds durfte Darlehen bis zu 600 Millionen Mark aufnehmen, diese Ermächtigung wurde auf 800 Millionen erhöht. Ende Dezember 1928 betrug die Verschuldung des Unterstützungsfonds bereits 635 Millionen Mark, das heißt beinahe das 3½fache der Verschuldung der Reichsanstalt beim Reich. Allerdings sind die Darlehen des Reichs zinsfrei, während der englische Fonds für seine Darlehen 4 bis 5% Zinsen zahlt. Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit in England um ein wenig gesunken. Seit Dezember 1928 bis zum September 1929 hat sich die Unterstütztzahl um 150 000 Personen auf rund 940 000 Arbeitslose gesenkt. Die Labourregierung hat bekanntlich versprochen ihr Hauptaugenmerk auf die Senkung der Arbeitslosigkeit zu richten. Anfang November be-

gannen im englischen Unterhaus die Verhandlungen über das Arbeitslosenproblem. Da die Lösung der Arbeitslosenfrage einer der Hauptprogrammpunkte der Arbeiterpartei gewesen ist, gehen ihre Minister nunmehr an das Problem heran. Das Programm, das die Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entwickelt, sieht produktive Maßnahmen mit einer Investition von über 1,5 Milliarden Mark vor. Darunter sind Arbeiten zur Regelung der Wasserversorgung, die im letzten, heißen Sommer zu Beanstandungen Anlaß gegeben hat, ferner Ausbau des Elektrizitätsnetzes, Arbeiten zur grundlegenden Modernisierung der Eisenbahnen, insbesondere der Reform der Güterwagen, Pläne zur Ausdehnung des Londoner Untergrundbahnnetzes, im Lauf der nächsten 4 bis 5 Jahre Straßenbauten im Wert von ¼ Milliarden Mark, Arbeiten der Postverwaltung zur Ausdehnung des Fernsprechnetzes usw. Weitere Maßnahmen werden derzeit noch von den zuständigen Behörden beraten. Dieses Programm erstreckt sich in seiner Dauer auf mehrere Jahre. Von den insgesamt zu investierenden 1½ Milliarden Mark sind mehr als die Hälfte, 840 Millionen, bereits bewilligt. Einen weiteren Weg die Arbeitslosigkeit zu mildern sieht die Regierung in der Auswanderung, in der insoweit ein kleiner Fortschritt erzielt worden ist, als Canada sich zur Einwanderungsgenehmigung für 3000 englische Facharbeiter jährlich verpflichtet hat.

Fürsorgeleistungen

Seit 1927 gibt es endlich eine Reichsfürsorgestatistik, die die Leistungen der öffentlichen Fürsorge auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung in personeller und finanzieller Hinsicht widerspiegelt. Im Juli 1929 wurden durch das Statistische Reichsamt die Ergebnisse für das Rechnungsjahr 1927-1928 veröffentlicht. In offener Fürsorge wurden durch die Bezirksfürsorgeverbände in diesem Jahr 2,4 Millionen Personen unterstützt, daneben wurde in 20,7 Millionen Fällen eine einmalige Unterstützung gewährt. Über 1 Million Personen hatte man in geschlossener Fürsorge respektive in Familien untergebracht, davon über 300 000 in dauernder Fürsorge und über 800 000 in vorübergehender. Den Bezirksfürsorgeverbänden stehen die Landesfürsorgeverbände gegenüber, die fast ½ Million Personen unterstützten, davon über 100 000 dauernd in geschlossener Fürsorge und über 300 000 vorübergehend in geschlossener Fürsorge. Der Fürsorgeaufwand

für unmittelbare Fürsorgeleistungen einschließlich Sachleistungen in den Bezirksfürsorgeverbänden und den Landesfürsorgeverbänden beträgt im Rechnungsjahr 1927-1928 über 1 Milliarde Mark. Welche Not steht hinter diesen wenigen Zahlen, wenn man bedenkt, welche Voraussetzungen der Hilfsbedürftigkeit vorliegen müssen, damit ein Fürsorgeverband die Unterstützungszahlung respektive sonstige Leistungen aufnimmt.

Gefangenenfürsorge

Hilfe für die Strafgefangenen, die entlassen werden, ist ein Aufgabengebiet,

das man nicht aus den Augen verlieren darf, besonders dann, wenn man an die Inflationskriminalität denkt und an die notgeborenen Ursachen, die auch starke Naturen auf einen gesellschaftsfeindlichen Weg abdrängen können. Ein eindrucksvolles Bild der Berliner Gefangenenfürsorge gibt ein Tätigkeitsbericht der Zentralarbeitsgemeinschaft der Öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege und des Vereins zur Besserung der Strafgefangenen. In 1¼ Jahren, vom 1. Januar 1928 bis zum 31. März 1929, hat die Berliner Gefangenenfürsorge über 25 000 Ratsuchende zu verzeichnen. 25 000 Menschen im Zeitraum von 15 Monaten in der Reichshauptstadt allein, die wieder in geordnete Verhältnisse kommen wollen. Es gehört viel Menschenkenntnis dazu, um die einzelne Persönlichkeit beurteilen zu können, viel sozialpädagogisches Können, viel soziales Empfinden, um den Straftlassenen wirklich wieder in die rechte Bahn zu bringen. Was in dieser schweren fürsorgerischen Arbeit geleistet worden ist, zeigen ein paar Zahlen: Von den 25 000 vorgenannten Ratsuchenden wurden über 10 000 Fälle von der Berliner Gefangenenfürsorge in Verbindung mit der Öffentlichen Wohlfahrtspflege behandelt, etwa 4000 Fälle mußten unter Mitarbeit der Freien Wohlfahrtspflege den Arbeitsämtern oder sonstigen Stellen zugeführt werden. In fast 4000 Fällen wurden die Straftlassenen in Heimen der freien Wohlfahrtspflege untergebracht. In Tausenden von anderen Fällen wurden Übergangsgelder in irgendeiner Form gezahlt. Eine nicht engherzige Förderung der Gefangenenfürsorge ist eine sozialpolitische Notwendigkeit; das Vertrauen derer, die aus irgendwelchen Gründen straffällig geworden sind, zu sich selbst und damit das Vertrauen der anderen zu ihnen muß wiederhergestellt, die vollkommene Wiedereingliederung der Straftlassenen in die Gesellschaft ermöglicht werden.

Tagungen

Am 10. Oktober wurde in Genf die 13. *Internationale Arbeitskonferenz* abgehalten.

Sie war dem Arbeitsschutz der Schiffsbesatzungen gewidmet; insbesondere behandelte man die Arbeitszeit an Bord, den Schutz der Seeleute in Krankheitsfällen, die Frage der Aufenthaltsbedingungen in den Häfen und schließlich das Mindestmaß der Berufsschulung des qualifizierten Personals der Schiffe.

Vom 18. bis zum 20. August hielt die größte Zentralorganisation der deutschen Krankenkassen, der *Hauptverband Deutscher Krankenkassen*, den 33. Krankenkassentag ab. 3000 Delegierte und Ehrengäste waren in Nürnberg zusammengekommen, die Augen von 11 Millionen Versicherten, die dem Hauptverband angeschlossen sind, waren auf diese Tagung gerichtet. Wie im Vorjahr bildete das Zentrum der Verhandlungen die Reform der Reichsversicherungsordnung, zu der Helmut Lehmann über Rationalisierung und Selbstverwaltung sprach. Die Tagung wird für die gesetzgeberischen Arbeiten, die die Vereinheitlichung der Krankenversicherung vorzubereiten haben, von großer Bedeutung sein.

Auf der Generalversammlung der *Gesellschaft für Soziale Reform*, die am 24. und 25. Oktober in Mannheim stattfand, sprach Hugo Sinzheimer über die Reform des Schlichtungswesens. Ein Referat Götz Briefs' über Wert der Sozialpolitik ließ leider die Eigenmeinung dieses Wissenschaftlers zu dem von ihm behandelten Problem vermissen.

Informationsmittel

Das *Internationale Arbeitsamt* in Genf legt in deutscher Sprache den Bericht

vor, den sein Direktor Albert Thomas auf der Internationalen Arbeitskonferenz im Sommer 1929 erstattete. Dieser Bericht ist ein umfassendes Werk, das zeigt, auf wie vielen sozialpolitischen Gebieten die Internationale Arbeitsorganisation wertvolle Vorarbeit geleistet hat. Er läßt aber auch erkennen, wie viel noch geschehen muß, um dem sozialpolitischen Weltgewissen zu genügen.

Eine nicht nur repressive sondern präventive Sozialpolitik ist die *Fürsorge für die Jugend*, um die sich heute die verschiedensten öffentlichen und privaten Stellen bemühen. Wir haben eine große Anzahl von Jugendwohlfahrtsgesetzen in Deutschland, an der Spitze das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt von 1922, das Jugendgerichtsgesetz von 1923, ein Gesetz über religiöse Kindererziehung von 1921 und schließlich eine große Anzahl

allgemeiner Gesetze, wie die Verordnung über die Fürsorgepflicht von 1924 und die dazugehörigen Reichsgrundsätze, das Gesetz über Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben in der Fassung von 1925, das Arbeitsgerichtsgesetz usw. Sie alle behandelt das von P. M. Liebrandt herausgegebene Hilfsbuch für Jugendleiter und Jugendpfleger Jugendfürsorge und Jugendpflege /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/. Es gibt einen recht guten Einblick in die Materie der Arbeit an der Jugend, auch in die einzelnen Zweige der Jugendfürsorge, beginnend von sozialpolitischen Grundsätzen und Pflichten der Familie und des Staats, über den Säuglings- und Kinderschutz, die Erholungs- und Gesundheitsfürsorge, die Fürsorgeerziehung usw., also einen sehr guten Überblick über die gesamte Jugendpflege. Das Buch ist für die Praxis besonders geeignet, da es neben seiner systematischen Darstellung die wichtigsten Gesetze im Originaltext enthält. Die proletarische Jugendbewegung wird sicherlich in besonderer Weise Nutzen aus der Schrift ziehen können.

Von dem umfassenden Werk über die *deutsche Sozialversicherung* nach dem neuesten Stand der Gesetzgebung, das Ludwig Brucker unter Mitwirkung von Georg Hartrodt, Hans Muthesius, Lutz Richter und Hans Süß herausgibt /Berlin, Reimar Hobbing/, liegt jetzt der 3. Band vor. Die Unfallversicherung, die Invalidenversicherung, die Angestelltenversicherung, das Reichsknappschaftsgesetz und die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung werden eingehend behandelt. Es muß anerkannt werden, daß durch Klarheit der Darstellung, durch die Übersichtlichkeit, in der allgemein wichtige Fragen der Sozialversicherung herausgehoben sind, das Werk als ein Gewinn der sozialpolitischen Literatur anzusprechen ist. Den Bearbeitern scheint gerade in dem vorliegenden 3. Band die Aufgabe, die sie sich gestellt haben: ein Lehrbuch zu schaffen, besonders gelungen zu sein. Wenn der 2. und der 4. Band, die noch fehlen, erscheinen, ist tatsächlich eine systematische Darstellung des Sozialversicherungsrechts in seiner gegenwärtigen Gestalt geschaffen, die der Verwaltungspraxis in gleicher Weise wie den Studenten gute Dienste leisten wird.

Ein wirkungsvolles Bild der Selbstverwaltung in einem der wichtigsten Zweige unserer Sozialversicherung, der *Krankenversicherung*, gibt die vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-

bundes im Verlag des Bundes herausgegebene Schrift *Die Vertretung der Versicherten in den reichsgesetzlichen Krankenkassen*. Unter anderm zeigt die geschickt zusammengestellte Schrift die Notwendigkeit einer Vereinheitlichung der Krankenversicherung, um die wir bei einer allgemeinen Verwaltungsreform auch keineswegs herumkommen werden. Wer sich mit den Gesamtfragen der Sozialpolitik befaßt, der wird sich über die Einzelfragen der Krankenversicherung, der Volksgesundheitspflege usw. stets auf dem laufenden halten müssen, zumal die Krankenversicherung in einem ständigen Zusammenhang mit den übrigen Zweigen insbesondere der Sozialversicherung, aber auch mit denen der Wohlfahrtspflege steht. Wie in jedem Jahr, so gibt der Hauptverband Deutscher Krankenkassen wiederum das Jahrbuch der Krankenversicherung heraus, jetzt für das Jahr 1928 /Berlin, Verlagsgesellschaft Deutscher Krankenkassen/. Es faßt in ausgezeichneter Weise das Material zusammen, das auf den vielseitigen Gebieten des Krankenversicherungswesens unmittelbar und seiner Grenzgebiete vorliegt. Die einzelnen Spezialfragen werden von Fachleuten, die größtenteils bereits einen Namen in der sozialpolitischen Literatur haben, behandelt. Das Jahrbuch gehört als Nachschlagewerk in den Handbuchstand jedes Sozialpolitikers.

3 führende Köpfe der deutschen *Arbeitslosenversicherung*: Fritz Berndt, Bernhard Lehfeldt und Oskar Weigert, legen den 2. Band 1928 ihres Halbjahresbuchs der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung /Berlin, Reimar Hobbing/ vor, den sie nach den gleichen Grundsätzen bearbeitet haben wie den 1. Band (siehe diese Rundschau, 1929 I Seite 324). Wer eine der Spezialfragen des Arbeitsmarkts bearbeiten will, dem ist es in Zukunft erspart das vielseitige amtliche Material und die Flut von Zeitschriften durchzuarbeiten: er findet in dem Halbjahresbuch alles, was er braucht, in kurzen knappen Auszügen. Es ist zu wünschen, daß der 1. Band 1929 bald herauskommt, damit die Arbeit auch dem Praktiker dient, der an der Ausgestaltung der aktuellen Probleme mitarbeiten will. Von der vom Nürnberger Stadtrat Karl Fischer besorgten Taschenausgabe des Gesetzes vom 16. Juli 1927 über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung /Stuttgart, W. Kohlhammer/ liegt die 3. und 4. Auflage vor. Es werden da neben dem Gesetzestext die Entscheidungen und Erlasse zu dem Gesetz wiedergegeben. Die Praxis wird das handliche Buch zum

Nachschlagen gern benutzen, zumal vereinzelt auch Entscheide von Spruchausschüssen respektive Spruchkammern verarbeitet sind, die in Zweifelsfällen gewisse Hinweise geben, wenngleich die höhere Instanz unter Umständen auch einen andern Standpunkt einnehmen kann. Die schwierige Materie der berufsüblichen Arbeitslosigkeit ist durch die Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz vom 12. Oktober 1929 neu geregelt worden. Der Bearbeiter dieser Rundschau hat zusammen mit dem Oberregierungsrat Hans Kühne einen sozialpolitischen und rechtlichen Kommentar unter dem Titel *Die Sonderregelung bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit* /Berlin, Gustav Schenk Nachfolger/ herausgegeben, der den neuen komplizierten Rechtszustand für die Praxis erläutert.

Im Zusammenhang mit den Vorarbeiten für die Reform der Arbeitslosenversicherung veranstaltete die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung im März 1929 eine große Erhebung, die in das *Arbeitsschicksal* von über 2 Millionen arbeitslosen Arbeitnehmern hineinleuchtet. Die Ergebnisse der Erhebung dienten in besonderem Umfang bereits bei den Beratungen zur Reform der Arbeitslosenversicherung, haben aber weit darüber hinaus deswegen grundlegende Bedeutung, weil ein derartig umfangreiches Material über die Zusammenhänge der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Berufsschichten, über die persönlichen Verhältnisse der Arbeitslosen, ihre Einkommenshöhe, ihre Altersgruppierung usw. bisher der Öffentlichkeit noch nicht vorgelegt worden ist. Die Form der Veröffentlichungen, die laufend als Beilage zum Reichsarbeitsmarktanzeiger erfolgen, ist so übersichtlich, klar und einfach, daß jeder sozialpolitisch Interessierte sich leicht in die Zusammenhänge hineinendenken und seine Folgerungen aus dem wichtigen Material ziehen kann. Auf die Veröffentlichung der Ergebnisse dieser amtlichen Erhebung sei nachdrücklich hingewiesen; sie kann, sowohl was Raschheit der Aufbereitung wie was Vollständigkeit und Übersichtlichkeit der Publikation anlangt, als Vorbild aller bisherigen amtlichen deutschen Statistik angesprochen werden.

Totenliste Am 28. Juli starb in Berlin, wie hier schon in der Rundschau Frauenbewegung berichtet wurde, *Margarete Behm*, fast 70 Jahre alt. Sie hatte ihre Lebensarbeit einem besonders traurigen Gebiet gewidmet: der Not der Heimarbeiter. Mit

Energie setzte sich "Muttel Behm" insbesondere für die Heimarbeiterinnen ein. Sie organisierte diese Schicht der Geringstentlohten und war noch an ihrem Lebensende Vorsitzende des von ihr begründeten Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen. Was ihr stets in besonderer Weise angerechnet werden muß, war der Mut, mit dem sie auch in der wilhelminischen Zeit die Not der Heimarbeiterinnen den damals ausschlaggebenden Größen vor Augen führte; nicht nur an den Reichskanzler, auch an die Kaiserin "wagte" sie sich mit ihren Forderungen heran. Nicht nur die Christlichen Gewerkschaften haben jetzt eine bewährte Führerin weniger, die deutsche Sozialreform hat auf einem ihrer schwierigsten Gebiete eine überzeugungstreue unermüdliche Vorkämpferin verloren.

Kurze Chronik Im Jahr werden etwa 7 bis 8 Milliarden Mark durch *öffentliche Aufträge* verausgabt. Der Gedanke einer zweckmäßigen Verteilung dieser Arbeiten auf die verschiedenen Jahreszeiten liegt nahe. Auf die Initiative des Reichsarbeitsministers hin wollen nun die auftragerteilenden Stellen, Reichsstellen und die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zusammenwirken, um den erwünschten Ausgleich allmählich in die Wege zu leiten. Die Landesarbeitsämter insbesondere und die bezirklich zuständigen öffentlichen Beschaffungsstellen werden zusammenarbeiten müssen, um im Lauf des Jahres respektive der nächsten Jahre Erfolgreiches zu erzielen, namentlich um Aufträge in besonders arbeitsmarktbelastete Gegenden zu verlegen und dazu auch die Saisonarbeitslosigkeit im Winter herabzudämmen. Dabei werden vor allem die Reichsressorts, die Bauten zu vergeben haben, mitwirken können, also sowohl die Reichsbahndirektionen und Oberpostdirektionen wie die Finanz- und Landesfinanzämter, die Wasserbauämter, die Provinzen, die Kreise und die Großstädte usw. Diese Stellen müssen, auch wenn das Winterbauen etwas teurer ist, im Interesse eines Ausgleichs der Winterarbeitslosigkeit ihre Bauaufträge zumindest bis in den Winter hinein erstrecken. Die Frage des Vorgriffsrechts der einzelnen Ressorts auf den Etat des folgenden Rechnungsjahrs muß in diesem Zusammenhang grundsätzlich im Reichstag behandelt werden. ◊ In wie geringem Umfang die *Arbeitslosenversicherung* außerhalb Deutschlands besteht, ergibt sich daraus, daß nur 8 Länder sie eingeführt

haben. Es bleibt der Initiative des Internationalen Arbeitsamts überlassen die Arbeitslosenversicherung in den Ländern zu fördern, die sie bisher noch nicht zum mindesten vorbereitet haben. Die internationale Behandlung würde zweckmäßigerweise dadurch am besten gefördert werden, daß sie auf die Tagesordnung einer der nächsten Internationalen Arbeitskonferenzen gesetzt wird. \diamond Sidney Webb ist bekanntlich als Kolonialminister der Labourregierung Lord Passfield geworden. Aber *Beatrice Webb* hat den Titel einer Lady Passfield abgelehnt, da sich diese "Rangerhöhung" mit ihren Grundsätzen nicht vereinigen lasse. Sie wollte mit 70 Jahren ein 40jähriges Leben, das den Arbeitern und der Armut gewidmet war, nicht damit abschließen, daß sie äußerlich Mitglied einer "höheren" Gesellschaftsschicht wurde (der sie nach Geburt ohnehin angehört).

Literatur

Das Problem der Lohnsteuer wird im Jahr 1930, in dem nach Annahme des Youngplans den Fragen einer Steuersenkung nähergetreten werden kann, erörtert werden müssen. Wesen und Wert dieser Lohnsteuer steuertheoretisch und steuertechnisch allgemeinverständlich zu untersuchen ist daher heute ein produktives Beginnen, dem sich in sehr geschickter Weise *Erich Rinner* in seiner Schrift *Die Lohnsteuer* /Berlin, Julius Springer/ unterzogen hat. Rinner, der zurzeit im Reichsfinanzministerium zu den Beratern Hilferdings gehört, wird hoffentlich seine in dem genannten Buch dargelegten Kenntnisse des Steuerwesens zu praktischer Nutzenwendung führen können. Aufbau, Logik und Klarheit des Buchs lassen auf dem Gebiet der Steuer in Zukunft noch mehr von dem Verfasser erwarten. Auch in der Steuersystematik, nicht nur in dem Aufbau einer einzelnen Steuer, müssen die Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung noch viel weitergehend als bisher berücksichtigt werden. Steuerpolitik und Sozialpolitik dürfen sich nicht teilweise aufheben. \diamond Ein Selbstbekenntnis eines Bergarbeiters, mit frischer Ehrlichkeit geschrieben, legt *Georg Werner* vor (Ein Kumpel /Berlin, Verlag Die Knappschaft/). Er stellt ein Stück seines Lebens dar, wie es für den Waldenburger Bergarbeiter wohl als typisch anzusehen ist. Er zeigt die Jahre, in denen sich die Bergarbeiter organisiert haben; gehört er doch selbst zu den Organisatoren. Ein Stück Ringen des Arbeiters um den sozialen Aufstieg enthält *Georg Werners* schlichtes Buch.

Staatssozialismus / Walther Pahl

Die Entwicklung zu einer immer straffern monopolistischen Bindung der Gesamtwirtschaft durch private Kapitalgruppen führt naturgemäß auch zu einer Ausdehnung des Bezirks der öffentlichen Wirtschaft. Die öffentlichen Körperschaften haben die Aufgabe das Gesamtinteresse wahrzunehmen. Die zunehmende Gefahr der Schädigung dieses öffentlichen Interesses durch Monopolüberspannungen drängt sie zu schärferen Verteidigungsmaßnahmen als denen der Überwachung der privaten Wirtschaft, zwingt sie zur unmittelbaren Übernahme wirtschaftlicher Funktionen. Ob über den Ausbau der öffentlichen Wirtschaft ein Weg zur sozialistischen Wirtschaftsform führt, hängt ganz und gar davon ab, wie weit die sozialistische Arbeiterbewegung in der Lage sein wird das Maß von Sozialismus, das ihr hier zuwächst, geistig und organisatorisch zu verarbeiten. Vorerst ist die Wirtschaftsführung der öffentlichen Hand nicht immer auch von neuem gemeinwirtschaftlichen Geist getragen. Durch die "Verselbständigung" auf dem Weg der Annahme einer privatrechtlichen Organisationsform wird der gemeinnützige Charakter der öffentlichen Betriebe oft genug verwischt, weil sie den Kontakt mit den körperschaftlichen Kontrollorganen verlieren. Vermöge ihrer rechtlichen Konstruktion besitzen die vergesellschafteten Betriebe ein körperschaftliches Eigenleben. Dem Einfluß auf die Geschäftsführung sind feste Grenzen gesetzt. Hans Boelsen hat in seiner Arbeit über Kapitalgesellschaften in Öffentlicher Hand unter besonderer Berücksichtigung der Beeinflussung und Überwachung ihrer Geschäftsführung durch die öffentlichen Körperschaften /Berlin, Deutscher Kommunalverlag/ deutlich gezeigt, wie aus der Tatsache, daß mit dem in der Gesellschaft privaten Rechts geschaffenen Instrument zur Erfüllung eines Willens der öffentlichen Körperschaft gleichzeitig auch ein Instrument eigenen Willens geschaffen worden ist, notwendig Konflikte zwischen dem gesellschaftlichen Eigeninteresse und dem Interesse der öffentlichen Körperschaft erwachsen müssen. Die Beschränkung der Möglichkeiten öffentlicher Kontrolle erleichtert auch die Veräußerung der Anteile an Dritte. Schon oft genug war die Gründung einer Aktiengesellschaft nur die letzte Etappe auf dem Weg zur partiellen Entkommunalisierung des Werks in Form der gemischtwirtschaftlichen Unterneh-

mung. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Gemeinden unter dem gegenwärtigen Druck ihrer finanziellen Not bereits in absehbarer Zeit gezwungen sein werden große Betriebe teilweise der Privatwirtschaft auszuliefern. Die Deutsche Bergwerkszeitung ließ sich von »amerikanischer Bankseite« versichern, daß »das amerikanische Finanzkapital einer Interessennahme an öffentlichen deutschen Werken der Kraft- und Stromwirtschaft nicht abgeneigt« wäre. Auf der Tagung des Reichsverbands der Deutschen Industrie in Düsseldorf schlug Kehl den Gemeinden vor ihrer finanziellen Not durch partielle Veräußerung der Substanz, das heißt der wirtschaftlichen Betriebe, zu begegnen. Karl Jarres teilte auf einer Pressekonferenz des Deutschen Städtetags am 31. Oktober in Berlin mit, daß amerikanische Kapitalisten auch der Stadt Duisburg vorgeschlagen hätten ihr gegen eine Beteiligung an dem Duisburger Hafen, der bekanntlich je zur Hälfte im Besitz der Stadt Duisburg und des Landes Preußen ist, Geld herzugeben. Im Zusammenhang damit wies Jarres darauf hin, daß solche Vorgänge nur dort denkbar seien, wo die öffentlichen Betriebe in Form von Kapitalgesellschaften betrieben würden. Die Gesellschaftsform sei nur bei ganz großem Besitz eine geeignete Organisationsform. Im übrigen aber komme die kommunale Wirtschaft durchaus mit den veredelten Regiebetrieben aus. In einem Artikel der Deutschen Allgemeinen Zeitung wurde kürzlich von »Finanzseite« deutlich ausgesprochen, daß die deutschen Banken nur dann bereit seien die Befriedigung des Kapitalbedarfs der öffentlichen Werke zu fördern, wenn diese sich in gemischtwirtschaftliche Gesellschaften unter Beteiligung des Privatkapitals überführen ließen; die Umwandlung der Regie- in öffentliche Aktienunternehmungen könne nicht genügen. In den von den bürgerlichen Parteien geführten öffentlichen Körperschaften ist man heute noch oft dem Kompromiß mit dem Privatkapital in Form der gemischtwirtschaftlichen Unternehmung geneigt, wenn nur der Öffentlichen Hand die Kapitalmajorität zugestanden wird. Die Erfahrungen mit den gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen, insbesondere mit dem größten gemischtwirtschaftlichen Unternehmen, dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk, an dem die öffentlichen Körperschaften sogar mit rund 70 % des Aktienkapitals beteiligt sind, haben die Illusion, daß eine kapitalmäßige Majorität der öffentlichen Kör-

perschaft auch einen entsprechenden Einfluß sichert, nicht zerstören können. Um so höher ist der aufklärende Wert einer Untersuchung A. Bergmanns Die Einflußnahme öffentlicher Körperschaften auf den Aufsichtsrat /Marburg, Elwert'sche Verlagshandlung/ zu veranschlagen. Bergmann beantwortet die für die Entscheidung über die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit der gemischtwirtschaftlichen Unternehmung grundlegende Rechtsfrage, ob überhaupt und ob durch statutarische oder vertragliche Bestimmungen die Stellung der öffentlichen Körperschaft gegenüber den privaten Gruppen gesichert werden könne, mit einem eindeutigen Nein. Nach geltendem Recht kann jedenfalls die Einflußnahme der öffentlichen Körperschaft auf die Verwaltung der gemischtwirtschaftlichen Unternehmung nicht oder nicht in dem Maß gesichert werden, das für die Investierung der dabei benötigten Kapitalien gefordert werden muß. Was hier für die gemischtwirtschaftliche Unternehmung gilt, gilt grundsätzlich, wenn auch praktisch in abgeschwächter Form, für die rein öffentlichen Betriebe in privater Rechtsform. Bergmann sieht keine Möglichkeit diesem Notstand im engen Rahmen einer Aktienrechtsreform zu begegnen. Er fordert deshalb öffentlichrechtliche Bestimmungen zur Wahrung des öffentlichen Interesses und zur Sicherung der öffentlichen Kontrolle. Für den besondern Fall der gemischtwirtschaftlichen Unternehmung sieht er die Lösung der Schwierigkeiten in einer öffentlichrechtlichen Einflußnahme auf die Erwerbsunternehmungen, an Stelle des Einflusses in den Organen, der immer bloß eine negative Kontrolle gestatte. Auch bei der rein öffentlichen Kapitalgesellschaft verbürgen die privaten Rechtsformen keine unmittelbare Kontrolle. Das Wirtschaftsprinzip der öffentlichen Wirtschaft ist dem der Privatwirtschaft entgegengesetzt. Auch die Formen des privaten Handelsrechts reichen für die Organisation der öffentlichen Wirtschaft nicht mehr aus. Als Sozialisten haben wir deshalb allen Grund die Möglichkeiten zu prüfen, die für die Lösung des Organisationsproblems in der öffentlichen Wirtschaft durch die Schaffung einer neuen Rechtsform, einer öffentlichrechtlichen Gesellschaft gegeben sind. Erst durch eine solche Reform wären die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die öffentlichen Betriebe ganz und gar in den Dienst der Demokratisierung der Wirtschaft gestellt werden und diese auch herbeiführen helfen können.

Zwischenstaatlicher Energieaustausch Die Elektrizitätswirtschaft steht schon heute im Zeichen der ersten Anfänge

einer internationalen Gemeinschaftsarbeit. Diese Anfänge zwischenstaatlicher Wirtschaft seien kurz skizziert.

Heute werden insgesamt in Europa und Amerika rund 2 bis 2½ Milliarden Kilowattstunden jährlich über Landesgrenzen geleitet, das heißt etwa 1 % der gesamten Stromproduktion der Erde, die man auf 200 Milliarden Kilowattstunden schätzt. Wie groß Deutschlands Außenhandel mit Elektrizität ist, ersieht man aus folgender Aufstellung:

Jahr	Außenhandel mit elektrischem Strom (in Millionen Kilowattstunden)	
	Ausfuhr	Einfuhr
1925	79,00	307,00
1926	120,00	206,00
1927	175,50	264,89
1928	180,95	293,01

Über die Richtung des deutschen Außenhandels und seine Entwicklung von 1927 zu 1928 gibt die folgende Übersicht Auskunft (in Millionen Kilowattstunden).

Land	1927		1928	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
Schweiz	59,40	156,80	55,85	110,51
Österreich	—	43,68	0,91	99,67
Frankreich	27,69	37,74	61,50	46,00
Saargebiet	7,38	14,90	8,98	33,39
Polen	63,16	11,10	53,40	3,32
Tschechoslowakei	17,50	—	17,77	0,04

Besonders intensiv ist also der Stromaustausch zwischen Deutschland und der Schweiz. An der Einfuhr nach Deutschland ist die Schweiz weitaus am stärksten beteiligt. An 2. Stelle steht dann Österreich. In der Ausfuhr Deutschlands an elektrischem Strom spielen neben der Schweiz noch Frankreich und Polen eine wichtige Rolle.

Die Schweiz exportierte im Jahr 1927-1928 nach der Statistik des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke 1085,4 Millionen Kilowattstunden, gegen 984 respektive 854 und 625 Millionen in den vorhergehenden Jahren. Gegen 1924-1925 bis 1927-1928 ist der Export um 460 Millionen Kilowattstunden oder um 73 % gestiegen. Im Verhältnis zur Gesamtenergieerzeugung der stromverkaufenden Gesellschaften beträgt der Export im Jahr 1927-1928 26 %, gegenüber 25 % im Vorjahr. Von dem Export im Jahr 1925 in Höhe von 650 Millionen Kilowattstunden gingen 300 Millionen nach Frankreich. Im Durchschnitt der letzten Jahre entfiel auf Frankreich, Deutschland und

Italien etwa je ein Drittel des Exports. Der Stromabsatz vollzieht sich meist durch Vermittlung von 2 Kraftübertragungsgesellschaften, der Schweizerischen Kraftübertragungsgesellschaft für den Osten und der Energie de L'Ouest Suisse für den Westen. Dem Export der Schweiz nach Frankreich entspricht ein Import Frankreichs nach der Schweiz besonders im Winter. In den letzten Jahren stellte Frankreich in manchen Monaten bereits 20 000 Kilowattstunden zur Verfügung. Wenn der Export Österreichs an elektrischer Energie vorläufig noch gering ist, so hängt doch die Fortsetzung des Ausbaus der österreichischen Wasserkraft fast ausschließlich von der Möglichkeit des Stromexports ab. Österreich liefert Strom vornehmlich nach Deutschland. 1927 betrug der deutsche Stromimport aus Österreich bereits 43,7; 1928 sogar 99,67 Millionen Kilowattstunden.

Im Jahr 1927 importierte Frankreich 470,8 Millionen Kilowattstunden oder etwas weniger als 4 % seiner Eigenerzeugung in Höhe von 11 375 Millionen. Die Einfuhr ist seit 1923 stärker gestiegen als die Gesamterzeugung; sie betrug 1923 253 Millionen, das heißt 3,4 % der Eigenerzeugung von 7490 Millionen Kilowattstunden. An der Einfuhr des Jahres 1927 war zunächst die Schweiz mit allein 463 Millionen Kilowattstunden beteiligt, Belgien mit 6,16 Millionen, Spanien mit 1 Million Kilowattstunden. Der Stromimport aus Deutschland betrug im Jahr 1927 27,69, 1926 dagegen erst 12 Millionen Kilowattstunden. Frankreich exportierte im Jahr 1926 nur 60,8 Millionen Kilowattstunden. Davon gingen 37 Millionen nach Deutschland, 11,8 nach dem Saargebiet und je 5 nach Monaco und der Schweiz.

In Skandinavien findet vor allem ein Stromexport von Schweden nach Dänemark statt. Bis 1926, da nur ein einziges Kabel durch den Oeresund in Betrieb war, wurden jährlich etwa 17 Millionen Kilowattstunden nach Dänemark geliefert. Nachdem jetzt ein weiteres Kabel in Betrieb genommen worden ist, beträgt der jährliche Export etwa 50 Millionen Kilowattstunden. Bei Wassermangel in Schweden helfen die dänischen Werke aus. Durch die beiden unterseeischen Kabel sind 25 schwedische und dänische Kraftwerke von 150 000 Kilowatt verbunden. Die Möglichkeit eines Energieexports aus Norwegen über Schweden nach Dänemark ist in den letzten Jahren eingehend geprüft worden.

Außerhalb Europas finden wir einen Stromaustausch nur noch in Nordame-

rika, und zwar zwischen Canada und den Vereinigten Staaten. Schon im Jahr 1911 exportierte Canada 538 Millionen Kilowattstunden oder 67,8% seiner Gesamtproduktion von 793 Millionen Kilowattstunden. Im Jahr 1928 betrug der Export 1359 Millionen Kilowattstunden. Im Verhältnis zur Gesamtproduktion von mehr als 10 Milliarden Kilowattstunden sind das nur etwa 15%. Vom Standpunkt der Energiewirtschaft der Vereinigten Staaten ist der Stromimport aus Canada von geringer Bedeutung: nur 2 bis 3% der eigenen Erzeugung. Unser Überblick über den Umfang des internationalen Stromaustauschs hat gezeigt, daß wir erst am Anfang der Entwicklung stehen. Es ist bedauerlich, daß einer stärkern Entwicklung des internationalen Stromaustauschs zurzeit noch in vielen Ländern gesetzgeberische Schwierigkeiten entgegenstehen. Aus angeblich nationalwirtschaftlichen Gesichtspunkten wird insbesondere der Export, den man bei anderen Energiestoffen, wie der Kohle, nicht genug fördern kann, durch gesetzliche Maßnahmen seitens der exportierenden Staaten stark gedrosselt. Am heftigsten wendet sich Canada gegen den Export, weil es durch seinen selbsterzeugten Strom lieber seine Industrie entwickeln möchte. Nachdem im Jahr 1925 der Gouverneur auf Grund eines Gesetzes vom Jahr 1907 eine Exportabgabe in Höhe von 0,03 Cents für jede ausgeführte Kilowattstunde angeordnet hatte, die im Jahr 1926 einen Ertrag von 400 000 Dollars hatte, verbot die mit Wasserkraften besonders reich ausgestattete Provinz Quebec jeden Stromexport. Mit diesem Verbot steht Quebec allein da. Die Vereinigten Staaten kennen keine rechtlichen Vorschriften. In der Schweiz besteht ein Gesetz vom 22. Dezember 1916 mit Ausführungsbestimmungen vom 4. Dezember 1924, nach dem jeder Stromexport von der Zustimmung des Bundesrats abhängig ist. Der Bewerber kann die Genehmigung nur erhalten, wenn der Export dem öffentlichen Interesse nicht zuwiderläuft, das heißt, er muß nachweisen, daß die auszuführende Energie im Inland nicht gebraucht wird. Die Konzession ist auf 20 Jahre begrenzt und kann im öffentlichen Interesse jederzeit widerrufen werden. Pro Kilowattstunde und Jahr wird eine Gebühr von 30 Centimes erhoben. Österreich hat im Jahr 1928 ein Elektrizitätsgesetz erlassen. Nach diesem Gesetz unterliegt die Stromein- und -ausfuhr einer Bewilligung des Bundes, die nur für eine bestimmte Höchstmenge,

eine bestimmte Höchstleistung, eine bestimmte Dauer und unter jeweils festzulegenden Einzelbedingungen erteilt wird. Die Konzession darf aber niemals verweigert werden, wenn die Maschinen und sonstigen Anlagen im Inland hergestellt werden, die Aktienmehrheit inländisch ist, die leitenden Organe und Beamten österreichische Staatsbürger sind, und die Dauer des Vertrags 25 Jahre nicht übersteigt. Ursprünglich war vorgesehen, daß neue Kraftwerke eine Steuervergünstigung nur genießen sollten, wenn höchstens 50% des erzeugten Stroms exportiert würden. Auf diese Einschränkung hat man in dem neuen Elektrizitätsgesetz verzichtet. In Italien ist die Ein- und Ausfuhr von Energie durch Dekret vom 12. März 1927 geregelt. Eine Königliche Bewilligung ist für eine Konzession notwendig. Die Dauer der Konzession ist auf 10 Jahre begrenzt und kann jederzeit gegen Entschädigung widerrufen werden. Außerdem erhebt Italien pro Kilowattstunde einen Einfuhrzoll in Höhe von 2,5 Centesimi. In Dänemark ist die Kraftübertragung für 40 Jahre konzessioniert, mit der Einschränkung, daß dadurch kein Monopol geschaffen wird. Dänemark erhebt eine Importabgabe von 7,5% des Werts der eingeführten Energie. In Frankreich ist die Einfuhr frei, ebenso die Ausfuhr thermischer Energie; die Ausfuhr hydraulischer Energie bedarf einer staatlichen Genehmigung. In Deutschland existiert ebenso wie in Frankreich kein Gesetz, das den Außenhandel von elektrischer Energie beschränkt. Die rechtliche Regelung liegt bei den betreffenden Ländern. Nur in Einzelfällen bedarf der Exporteur einer staatlichen Genehmigung, während der Import weder einem Zoll noch einer Umsatzsteuer unterliegt, wie sie in Frankreich erhoben wird.

Die vorstehende Skizze über die den Stromaustausch regelnden Gesetzgebungen in den verschiedenen Ländern bietet kein erfreuliches Bild. Der Ausbau des europäischen Energieaustauschs ist Voraussetzung für eine europäische Stromgemeinschaft. Er muß, um der Vorbereitung einer Planwirtschaft willen, die einmal in Europa erreicht werden muß, unbedingt gefördert werden. Diese Förderung ist nur möglich durch Beseitigung der gesetzlichen Schranken, die heute noch bestehen. Vorstöße in dieser Richtung sind bisher schon mehrfach unternommen worden. Zunächst wurden auf der Allgemeinen Verkehrs- und Transitkonferenz des Völkerbunds, die vom 15. November bis zum 9. Dezember 1923

in Genf stattfand, 2 Konventionen aufgestellt, nach denen auf den Stromaus-tausch keine besonderen Auflagen und Steuern usw. gelegt werden sollen, und gegenseitige Hilfeleistung und Verständigung empfohlen wird, wenn mehrere Staaten am Ausbau von Wasserkraften interessiert sind. Leider sind diese Konventionen bisher nur von wenigen Staaten ratifiziert worden. Besonders bedauerlich ist, daß unter ihnen die Schweiz fehlt. Außerdem nahm die Weltkraftteilkonferenz von Basel im Jahr 1924 eine Resolution an, in der unter anderem die Regierungen aller Länder ersucht werden »die Ausführung aller notwendigen Arbeiten auf nationalem Boden zu erleichtern, damit überall die Gesetze auf diesem Gebiete in freiem Sinne angewendet werden, unter Vermeidung unnötiger Formalitäten, die die Kosten der elektrischen Energie verteuern und die Entwicklung der nationalen und internationalen Netze hemmen«. Man wird endlich erkennen müssen, daß der Ausbau des internationalen Energieaustauschs gleichzeitig auch die nationalen Elektrizitätswirtschaften fördert. Das nationale Interesse an der höchsten Wirtschaftlichkeit der Energieerzeugung und Energieverwertung, an höchstmöglicher Billigkeit der elektrischen Arbeit verlangt eine Zusammenarbeit aller Länder, verlangt insbesondere eine einheitliche Elektrizitätswirtschaft für den gesamten kontinentaleuropäischen Raum. Um einen idealen Kraftausgleich zwischen den nach Art und Größe verschiedenartigen Kraftwerkgruppen im Norden, in der Mitte und im Süden Europas zu ermöglichen, ist eine gesamt-europäische Planung in der Energie-wirtschaft notwendiger denn irgendwo.

Deutsche Elek- Wie bekannt, wurde im Mai
trizitätswirt- 1928 als organisatorischer
schaft Rahmen für die Vereinheit-

lichung der gesamten deutschen Elektrizitätswirtschaft die Aktiengesellschaft für Deutsche Elektrizitätswirtschaft gegründet. Sie nahm sofort die Verhandlungen mit allen anderen Großunternehmungen auf, um eine Gemeinschaftsarbeit für das gesamte deutsche Wirtschaftsgebiet vorzubereiten. Die Hoffnung, daß das von jeher widerspenstige und expansions-lüsterne Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk der neuen Gesellschaft beitreten würde, hatte sich vorläufig durch die Gründung der Westdeutschen Elektrizitätswirtschaftsgesellschaft, die am 13. Februar 1929 unter der Führung des genannten Werks erfolgt war, zerschla-

gen. Damit drohten sich die Gegensätze zwischen den beiden großen Interessengemeinschaften in der deutschen Großkraftwirtschaft wieder zu stabilisieren. Die Westdeutsche Elektrizitätswirtschaftsgesellschaft mußte als eine Gegen-gründung gegen die Aktiengesellschaft für Deutsche Elektrizitätswirtschaft angesehen werden. Offenbar unter dem Druck der Drohung, man werde die Reichselektropolitik durch Gesetz regeln, wenn das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk weiterhin in seiner splendid isolation verharre, trat dieses im Mai doch noch der Aktiengesellschaft für Deutsche Elektrizitätswirtschaft bei. Dennoch bleibt abzuwarten, ob damit endgültig der Elektrizitätsfriede in Deutschland hergestellt ist. Das Gerücht, daß der Gedanke eines Reichselektrizitätsgesetzes aufgegeben werden soll, nachdem sich alle Elektrizitätsgroßherzeuger geeinigt haben, dürfte verfrüht sein. Zum Zweck der Kapitalbeschaffung für die Unternehmungen des preußischen Staats sind die Aktien der Preußischen Elektrizitätsgesellschaft, die sich zu 100% im Staatsbesitz befinden, der Preußischen Bergwerks- und Hüttengesellschaft, der Bergwerksgesellschaft Recklinghausen und der Bergwerksgesellschaft Hibernia in einer neugegründeten Dachgesellschaft, der Preußischen Elektrizitäts- und Bergwerksaktiengesellschaft, zusammengefaßt worden. Damit soll die Kapitalbeschaffung für die preußischen Unternehmungen erleichtert werden. Der Kapitalbedarf dürfte den Betrag von 150 Millionen Mark übersteigen. Die Gesellschaft selbst erhält keinen neuen Verwaltungsapparat; ihre Funktionen sollen die Beamten erfüllen, die schon bisher die Anleiheinteressen der preußischen Unternehmungen bei der Staatsbank vertreten haben. Durch die Übertragung der Aktien des Staats an die neue Holdinggesellschaft wird an der Selbständigkeit der einzelnen Unternehmungen nichts geändert. Die eigentliche Betriebsführung erfolgt, wie bisher, so auch weiterhin, von den einzelnen Direktionen aus. Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags beschloß am 9. Juni eine Kapitalerhöhung der Preußischen Elektrizitätsaktiengesellschaft um 10 Millionen Mark, auf 110 Millionen. Außerdem wurde ihr die Ermächtigung erteilt bis zu 26% des Kapitals Kommunen respektive kommunalen Verbänden zu überlassen. In diesem Beschluß kommt eine grundlegende Änderung der bisherigen Politik der Gesellschaft zum Ausdruck. Die Folge wird eine stärkere Verflech-

tung zwischen der staatlichen Elektrizitätspolitik und den kommunalen Interessen sein. Durch den 26prozentigen Aktienbesitz bekommen die Kommunen eine qualifizierte Minorität des Preagkapitals in die Hand. Darüber hinaus sollen die Gemeindevertreter in den auszubauenden Regionalverbänden die Mehrheit der Aufsichtsratsposten erhalten. Das gesamte Stromgebiet wird in 3 Stromverteilungsgesellschaften aufgeteilt werden, die sich um Hamburg, Kassel und Hannover gruppieren. In Hannover ist die Gründung unter dem Namen Hannover-Braunschweigische Stromversorgungsgesellschaft bereits durchgeführt.

Auf der Jahresversammlung des Verbandes Deutscher Elektrotechniker in Aachen berichtete der Generaldirektor der Preußischen Elektrizitätsaktiengesellschaft Robert Frank am 9. Juli über den Zusammenschluß großer Netze im Licht der Elektrizitätswirtschaft. Da die Versorgungsgebiete der großen Elektrizitätswerke in kurzem durch Hochspannungsleitungen zu einem gemeinsamen Netz zusammengeschlossen sein werden, hält Frank es für unerlässlich, daß die verantwortlichen Leiter der Konzerne zusammentreten, um über den weiteren Ausbau sowohl der Erzeugung wie auch der Großverteilung gemeinsam zu beraten. Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk hat heute seine bis nach der Schweiz führende Leitung in Bau genommen, zum Teil fertiggestellt. Ebenso befinden sich die Leitungen der Preußischen Elektrizitätsaktiengesellschaft zwischen dem Umspannwerk Ahlen nach dem Westen, zum Zusammenschluß mit dem Leitungsnetz der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen und des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks, sowie nach Osten nach dem Kraftwerk Helmstedt und dem südlich liegenden Kraftwerk Borken im Bau respektive in der Trassierung. Die Leitung Ahlen-Borken wird voraussichtlich später bis nach Frankfurt geführt, um dort mit der Leitung des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks zusammengeschlossen zu werden. Eine weitere Linie soll wahrscheinlich von Ahlen nach Hamburg geführt werden, um von dort weiter nach Kiel ausgebaut zu werden.

Totenliste

Am 5. Mai starb in Berlin der frühere Staatssekretär des Reichsschatzamts *Max Freiherr von Thielmann*, in seinem 84. Lebensjahr. Er hatte sich zuerst dem diplomatischen Dienst gewidmet, war Attaché an den Botschaften von Paris,

Brüssel, Konstantinopel, Washington, wurde 1886 Generalkonsul in Sofia, dann preußischer Gesandter am hessischen Hof; 1895 ging er als Botschafter nach Washington. Im August 1897 wurde er dann an die Spitze des Reichsschatzamts gestellt, wo er 6 Jahre verblieb. In dieser Eigenschaft vertrat er die erste große Flottenvorlage, die die Tirpitzsche Flottenpolitik einleitete, und auch verschiedene Handelsverträge vor dem Reichstag. Im Jahr 1903 wurde er von diesem Posten durch Freiherr von Stengel abgelöst, der die erste größere Reichsfinanzreform durchführte. Seitdem ist Thielmann politisch nicht mehr hervorgetreten.

Am 30. Juli starb in München der Senatspräsident am Reichsfinanzhof *Georg Strutz*, im Alter von fast 68 Jahren. Er war aus der Miquelschen Schule hervorgegangen und galt als einer der hervorragendsten Beherrscher des deutschen Steuerrechts. Er hat eine umfangreiche kommentatorische Tätigkeit ausgeübt, war sich dabei immer bewußt, daß die kommentatorische Arbeit gerade auf dem Gebiet des Steuerrechts eine besonders verantwortungsvolle Aufgabe sei, da das Steuerrecht der umstrittene Boden ist, auf dem Staats- und Privatwirtschaft einander begegnen.

Kurze Chronik Die britische Regierung will im Zusammenhang ihres Programms zur planwirtschaftlichen *Organisierung der Bergbauindustrie* auch die Grundabgaben für den Kohlenbergbau, die sogenannten royalties, durch den Staat ablösen. Die Gruben sollen danach die bisher an den Grundeigentümer geleisteten Abgaben in Zukunft an den Fiskus abliefern. Diese Abgaben würden zur Verzinsung und Tilgung der staatlichen Schuldverschreibungen dienen, die den Grundbesitzern als Entschädigung für den Verzicht auf ihre Rechte gegeben werden sollen. Der jetzige jährliche Ertrag aus den Berggerechtsamen wird auf rund 6 Millionen Pfund berechnet, der Kaufpreis der Regalien auf etwa 92 Millionen Pfund. Man nimmt an, daß die Gesamtzinssumme, die an die Obligationsbesitzer ausgeschüttet werden wird, etwas unter 6 Millionen Pfund liegen wird. \diamond Das Thüringer Obergericht erklärte die von der Stadt Gotha beschlossene Einführung einer *Ledigensteuer*, einer städtischen Sondersteuer für alle über 30 Jahre alten ledigen Personen beider Geschlechter, für unzulässig, da sie einer Einkommensteuer gleichzuachten sei.

Literatur

Mit Recht darf *Jürgen Brandt* beanspruchen mit seiner Arbeit *Die wirtschaftliche Betätigung der Öffentlichen Hand* /Jena, Gustav Fischer/ eine erste wissenschaftliche Bearbeitung dieser wichtigen Frage vorzulegen. Brandts Arbeit ist durch ein Preisausschreiben veranlaßt worden, das der Wirtschaftsdienst vor etwa 2 Jahren veranstaltete. Obwohl damals von einer Preisverteilung abgesehen werden mußte, wurde doch die Arbeit Brandts als einzige lobend erwähnt. Brandt hat die Probleme der öffentlichen Wirtschaft einer strengen wissenschaftlichen Betrachtung zu unterziehen versucht. Einzelne Partien des Buchs, so vor allem die über die soziologische Seite der Frage, sind ausgezeichnet, andere wieder, zum Beispiel das Kapitel über die Besteuerung der öffentlichen Betriebe, ungenügend. Bedauerlich bleibt die Materialarmut des Buchs. Im ganzen aber darf man sich der Arbeit freuen, zumal sie mit lebendiger Frische geschrieben ist. \diamond Eine sorgfältige Sammlung des Materials über das Recht der gemeinnützigen Betriebe in den Vereinigten Staaten von Amerika (Public Utilities Law) veröffentlicht *Heinz Umrath* /Chemnitz, C. W. Baum/. Wir erkennen immer mehr, daß die Sicherung der gemeinwirtschaftlichen Zielsetzung der öffentlichen Betriebe in Deutschland in entscheidendem Maß von ihrer rechtlichen Konstruktion abhängt. Die öffentliche Kontrolle der gemeinwirtschaftlichen Betriebe wird engültig nur gesichert werden können, wenn öffentlichrechtliche Grundsätze für die Organisation dieser Betriebe angewandt werden. Wir werden deshalb mehr denn je zu prüfen haben, inwieweit wir aus der rechtlichen Behandlung gemeinnütziger Betriebe in anderen Ländern lernen können. Mit besonderem Dank darf man deswegen die Untersuchung Umraths begrüßen, auf die man im einzelnen noch zurückkommen wird. \diamond Charakteristisch für Form und Methode der Auseinandersetzung der deutschen Privatindustrie mit dem wirtschaftsdemokratischen Programm der Freien Gewerkschaften dürfte der Vortrag *Karl Langes* über Wirtschaftsdemokratie oder organisierte Wirtschaftsfreiheit sein, den er auf der ordentlichen Mitgliederversammlung des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten am 6. Juni 1929 in Berlin hielt. Dieser Vortrag liegt jetzt im Sitzungsbericht des genannten Vereins, den er im Eigenverlag herausgab, gedruckt vor.

Kommunalsozialismus / Hanns Müller

Selbstverwaltung und Parteien

Schon seit ihrer neuern Begründung ist die Selbstverwaltung im Gedanken ihrer Begründer mehr gewesen als eine Form die Geschäfte des lokalen öffentlichen Verbands zweckvoll zu regeln. Daß die Gemeinden wesentliche Aufgaben im eigenen Namen zu erfüllen haben, und die Bürger beim Durchführen dieser Aufgaben selbst oder durch ihre Vertreter mitwirken, ist nicht nur als sinnvoller Selbstzweck gedacht. Das Wachrufen des Interesses für den Problemkreis öffentlicher Aufgaben, zunächst im Bereich des überschaubaren Verbands der Gemeinde, und das verantwortliche Mitgestalten in diesem Bereich sollten in hohem Maß die Schule sein für die politische Erziehung des deutschen Volks. Die Steinsche Gemeindereform war seinerzeit als erster wichtiger Akt einer "Revolution von oben" gedacht, in einem Land, in dem das Talent zur Revolutionierung in umgekehrter Richtung völlig fehlte. Den Reformern war es klar, daß ein lebensvoller Aufbau des ganzen Staats nur durch Interesse und Mitarbeit an ihm durch die Gesamtheit der Bürger möglich sei, und weiter, daß Selbstverwaltung in den Gemeinden dann eine halbe Maßregel bleiben mußte, wenn dem erwachenden demokratischen Bewußtsein und Selbstgefühl der bisher ganz und gar subalternen Bürger nicht der Aufgabenbereich des gesamten Staats offen stand. Wie wir wissen, blieb die Ergänzung der Selbstverwaltung, die Demokratisierung des Staats, aus. Dagegen erlebte die Selbstverwaltung Rückbildungen, die ihre politische Funktion noch mehr unterbanden. Neben formaler Einschränkung des Betätigungskreises war eine faktische Rückbildung, daß sie die im Verlauf der sozialen Entwicklung immer bedeutender werdende Schicht der hausbesitzlosen Arbeiter aus ihrem Bereich auszuschließen suchte. Das Bürgertum, das die Herrschaft in den Rathäusern führte, wurde nicht demokratisch und staatspolitisch selbstbewußt, es wurde zur Spießbürgersippe, die mit kleinlicher Gesinnung die "rote" Arbeiterklasse ausschließen wollte, wie sie sich selbst von wirksamer Mitgestaltung an den Staatsgeschäften ausgeschlossen sah. Bis 1918 hat die Selbstverwaltung ihre politisierende Wirkung für den deutschen Menschen, die von den Begründern der Selbstverwaltung erhofft wurde, nicht beweisen können. Sind die Voraussetzungen nun anders geworden?

Im November 1918 fielen ruckartig alle formalen Schranken, die die Arbeiterklasse von wirksamer und verantwortlicher Mitarbeit in den Gemeinden, und die alle Schichten an solcher Arbeit bei Reich und Ländern behinderten. Damit ist der äußere Spielraum gegeben, in dem sich die im besten Sinn politisierende Kraft gerade der kommunalen Selbstverwaltung beweisen kann. Politisierung in dem gedachten Sinn muß doch wohl bestehen 1. in dem Wachrufen des Interesses für die Angelegenheiten des politischen Körpers, des "Gemeinwesens", 2. in einer, bei aller grundsätzlichen Scheidung der Geister vorhandenen Bemühung sachlicher Beurteilung der möglichen Lösung öffentlicher Aufgaben. Im Grunde sind diese beiden äußerlich scheidbaren Haltungen eng mit einander verbunden. Weil der mit vielem Recht gerügte Mangel an politischem Geist in Deutschland eben ein Fehlen solchen Interesses ist, das sich wenigstens zum Nachdenken über die möglichen Lösungen öffentlicher Angelegenheiten verleiten läßt, wird auch heute noch die Erziehung zur Selbstverantwortung vor allem von der kommunalen Selbstverwaltung erhofft.

Es kann auch kaum ein Zweifel bestehen, daß die örtliche Nähe der Aufgaben gewissermaßen die natürliche Voraussetzung für solche Erziehung enthält. Die Größe der Städte verringert wohl auch hier schon die Möglichkeit der Anteilnahme, schließt sie aber keinesfalls aus, da auch die großen Städte so viele gemeinsame, von jedem benutzte Einrichtungen schaffen müssen, an denen das Wachrufen und Wacherhalten sachlichen Interesses viel leichter möglich ist als etwa an Vorgängen der Außenpolitik. Aber auch hierzu ist notwendig, daß, bei aller Parteizugehörigkeit, der einzelne sich einen offenen Blick für die öffentlichen Vorgänge selbst bewahrt, daß er sich nicht so viel durch autoritäre und allgemein gerichtete Beeinflussung in der eigenen Urteilsbildung helfen läßt. Tatsächlich geht auch die Willensbildung in lokalen Angelegenheiten über die Instanz der Parteien. Der Gemeindebürger gewinnt ein Urteil nicht in Anschauung der Vorgänge sondern ganz erheblich über die Instruktion der Organe seiner Partei. Die parteihafte Willensbildung ist unvermeidlich und ergibt sich daraus, daß die Stadtbürgerschaft eben keine oder nur in entfernterer Linie eine soziale Gesamtheit ist, sie wird in Kreise mit viel engerer sozialer Bindung zerschnitten.

Das läßt sich nicht ändern und soll nicht geändert werden. Aber die wechselseitige Beziehung zwischen Partei und Parteiangehörigen sollte für das Gebiet der Gemeindeangelegenheiten und von hier aus einen besonders sachlichen und lebendigen Inhalt gewinnen. Das ist dann möglich, wenn entweder bei den Parteiangehörigen ein Verlangen nach Beteiligung an der Willensbildung bei den Einzelvorgängen kommunalen Lebens vorhanden ist, oder wenn es bewußt geweckt wird. Vorhanden ist solches Bedürfnis bei uns anscheinend weniger als das Bedürfnis in der Hauptsache geleitet zu werden. Die Entscheidung des Einzelbürgers über kommunale Dinge ist in erster Linie die Entscheidung für eine Partei, und diese wird nicht in Betrachtung konkreter, aber lebensvoller Einzelvorgänge gefällt, sondern erfolgt nach sehr allgemeinen "grundsätzlichen" Erwägungen. Beim Bürger etwa restlos nach dem Gesichtspunkt "Wer mindert mir meine Realsteuern?". Die Folge dieses Tatbestands ist, daß, wenn nicht von den Parteien selbst aus die in der Selbstverwaltung liegende Möglichkeit einer Politisierung ausgenutzt wird, gerade durch die Tatsache des generellen Entscheids für eine Partei der mögliche nutzvolle Einfluß demokratischer Verwaltung der Gemeinde ausgeschaltet wird. Die Selbstverwaltung allein sichert in Deutschland eine politische Erziehung nicht, die Parteien spielen auch hier eine hervorragende Rolle, und sie spielen sie gerade im Bürgertum, besonders im Mittelbürgertum. Man wird vornehmlich der Sozialdemokratie ohne oberflächliche Apologetik nachsagen können, daß sie in den Jahren nach 1918 eifrig bemüht war in ihren Reihen auch das sachliche Verständnis für die Einzelarbeit in den Gemeinden zu fördern. Man wird das kaum für alle Parteien behaupten können, und es ist auch darauf zu achten, daß es in Zukunft im Zwang der Anpassung nicht zur gleichen Haltung führt. Vor allem die gegenwärtige Form der Wahlkämpfe veranlaßt leicht zu allgemeinen inhaltsarmen Programmformulierungen, die dann dahin führen die Beziehung des einzelnen zu den konkreten Arbeitsaufgaben zu verwässern, inhaltsleer zu machen.

Fall Sklarek Es ist in besonderem Umfang verhängnisvoll, daß die bedauerliche Affäre Sklarek unmittelbar vor den Wahlen zu den Gemeindeparlamenten die Öffentlichkeit

erregen mußte. Ist doch so den vielen Wählern, die sich mit innerstem Verlangen nach einem Ressentimentsentscheid sehnten, die scheinbare Berechtigung hierzu gegeben. Es wurde auch die moralische Wirkung des Falls durch den Zwang den Wahlkampf mit dem Nachweis und mit dem Ableugnen von Korruptionen zu führen unheilvoll gesteigert, und die wahre Bedeutung der Wahlen wurde dadurch verwischt.

Zu dem Vorgang selbst müßte auch ohne die Potenzierung seiner Bedeutung durch den Wahlkampf offen und rücksichtslos Stellung genommen werden (wie es hier durch den Artikel Pahls Die ökonomischen und politisch-moralischen Lehren der Sklarekaffäre, in diesem Band Seite 907 und folgende, geschehen ist). Eine dauernde Vertrauenskrise der Partei gegenüber kann nur vermieden werden, wenn keinerlei Vertuschung versucht wird. Aber auch dann können nur zur Not die Wunden dieses einen Falls geheilt werden. Für die kommunale Verwaltung überhaupt ist es sehr wichtig, daß man sich darüber klar wird, ob der Fall Sklarek "zufälliger" Einzelfall war, oder ob typische Mängel im Aufbau der Selbstverwaltung die Ursachen sind.

Solche Mängel können im Aufbau der örtlichen Organisation bestehen, im Vorgang der Personenauswahl und in dem Maß von Sachlichkeit, das allgemein an den zuständigen Stellen der Verwaltung herrscht. In welcher Weise die Verfehlungen erleichtert sind durch vermeidbare Mängel der Organisation in Berlin, läßt sich vom Fernstehenden schwer beurteilen. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß durch organisatorische Maßnahmen die Gefahren nur zum Teil reduziert werden können. In Riesenorganisationen wie der Verwaltung Berlins wird es immer schwer überschaubare Vorgänge geben. Für den Restteil der Gefahren bleiben als einziges Gegenmittel sorgfältige Auswahl der Personen und die Luft strengster Sachlichkeit an den verantwortlichen Stellen. Die Auswahl der Personen für die politischen Ämter erfolgt im Rahmen der Parteien, und ihnen bleibt auch ein starker Einfluß auf die Besetzung beamteter Stellen. Die Struktur der einzelnen Parteien wird für das Wohl der Gesamtheit durch diesen Vorgang der Heranbildung von Funktionären in öffentlichen Ämtern von größter Bedeutung. Auf die Dauer kann nur innere Demokratisierung, die von vornherein einem breiten Kreis aktiver Kräfte Spielraum gibt, zweckvolle Auswahl verbürgen. Je mehr Parteien,

in denen diese innere Demokratisierung unmöglich ist, an die Führung kommen, um so größer wird die Gefahr "falscher" Personenauswahl sein. Freilich kommt das andere: das Ausmaß von Sachlichkeit im politischen Kampf und vornehmlich an den Spitzen der Verwaltung, hinzu. Die gleichen Personen können in ganz verschiedenem Maß Einflüsterungen gegenüber gefestigt sein. Stadtverordnetenversammlungen, in denen "um der Werbung willen" argumentiert wird, müssen dahin führen, daß eine im Zentrum dieser Veranstaltung vorhandene Aufgabe gar nicht mehr gefühlt wird, Verantwortung für eine Sache nicht mehr vorhanden ist. In dem mit der Macht eines Amtes betrauten Funktionär wächst die Neigung der Versuchung persönliche Vorteile aus dieser Machtlage zu ziehen keinen ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen. So ist der geringe Grad der allgemeinen Sachlichkeit nicht unschuldig an den Verfehlungen des einzelnen. Er hat aber noch eine unheilvolle vorausgreifende Wirkung. Wenn wachsend die Gefahr besteht, daß ein Mensch in einem politischen Amt auch und vielleicht gerade in der Gemeinde nur durch einen der Form nach ganz und gar häßlichen Selbstbehauptungskampf existieren kann, dann übt die Aussicht solche Posten zu erlangen durchaus nicht immer auf die geeigneten Menschen einen Anreiz sie zu erkämpfen aus.

Tagungen Von der großen Reihe kommunalpolitischer Tagungen des letzten Vierteljahrs sei nur kurz auf einige hingewiesen. Man wird sagen müssen, daß mit ihrer Zahl nicht notwendig ihre Qualität zunimmt. Sie dienen kaum der wirklichen Klärung fachlicher Probleme. Ihre Funktion ist vielmehr in wachsendem Maß die Öffentlichkeit mit dem Standpunkt der betreffenden Gruppe bekanntzumachen oder, wenn es sich um Tagungen der Parteien handelt, das Kampfbewußtsein in den eigenen Reihen durch Zusammensein und gesprochenes Wort zu stärken. Insofern sind diese Tagungen gewissermaßen Erweiterungen und Spezialisierungen unseres parlamentarischen Lebens, und wenn der für sie notwendige Aufwand nicht ins Unberechtigte wächst, haben sie auch ihren Sinn. In der Hauptsache wird auch auf ihnen zum Fenster hinaus gesprochen, und Anregungen aus individuell gefärbter Stellungnahme sind im allgemeinen nicht zu erwarten. Der Reichsstädtebund hielt seine diesjährige Tagung am 28. August in Kiel

ab. Das Gewicht dieser Tagung war hier darauf gelegt die besondere Bedeutung der kleinen und der Mittelstädte hervorzuheben. Das ist gewiß sinnvoll in einer Zeit, die zunächst noch weiter zur großstädtischen Siedlungsform drängt, oder besser, in der in besonderem Maß die organisatorischen Konsequenzen der vorangegangenen Agglomeration durchgeführt werden müssen. Wenig fruchtbar wird es nur, wenn die "Vorzüge" klein- und mittelstädtischer Lebensbedingungen in Form einer Konkurrenz zu den Großstädten gepriesen werden. Auch das Problem der Eingemeindungen läßt sich nicht unter dem Gesichtspunkt genereller Entscheidung für "große" oder "kleine" Städte bearbeiten; liegt infolge wirtschaftlicher Entwicklung eine Situation vor, die nach weiträumiger Organisation des örtlichen Gebiets drängt, dann muß die Lösung unter Beachtung aller Umstände im Einzelfall gefällt werden. Ob es möglich und zweckvoll ist den Bevölkerungsstrom in bestimmte Bahnen zu leiten, ist eine andere Frage. Eine Demonstration gegen das Gesetz über die Neugliederung des Industriegebiets, die bei der Eröffnung der Tagung versucht wurde, hatte deshalb wohl wenig Sinn. Beachtenswert war auf dieser Tagung vornehmlich das Referat Peters' über die Bedeutung der Klein- und Mittelstädte in Volk und Staat. Der Vortragende behandelte sein Thema »unter dem Gesichtspunkt der Verwaltungslehre«. Nach ihm hat die Verwaltungslehre einen Winterschlaf gehalten, weil man die Bedeutung des Rechts in der Verwaltung überschätzt habe. Man habe geglaubt, daß Verwaltung vor allem Rechtsanwendung sei; diesen Irrtum müsse man aber bekämpfen. Die Prüfung wirtschaftlicher und technischer Fragen spiele in der Verwaltung eine ebenso große Rolle. Das Recht sei nur eines der Mittel der Verwaltung. Die Bedeutung nichtrechtlicher Erscheinungen in der Verwaltung sei in den letzten Jahrzehnten wissenschaftlich nicht gewürdigt worden. Man wird in diesem Punkt sehr zustimmen müssen und kann wohl diese Äußerung als ein Symptom für eine Entwicklung ansehen, die allmählich das Juristische in der Verwaltung auf das eigentliche Gebiet der formalen Lösung von Aufgaben zurückdrängt, die ihre sachliche Anregung von außerjuristischer Stelle erhalten. Die Jahresversammlung des *Deutschen und Preußischen Städtetags* wurde am 27. und 28. September in Frankfurt abgehalten. Unter dem Thema Sinn und Form der Selbstverwaltung trug der Prä-

sident Oskar Mulert die Forderungen des Städtetags zur Ausgestaltung der Städteverfassung und des Finanzausgleichs vor. Das Ziel jeder Reform müsse sein die örtliche Verwaltung in unterer Instanz in einer Hand zu vereinigen; zu ihrer Handhabung müsse den Städten aber gleichzeitig die notwendige Bewegungsfreiheit gegeben werden. Die Ausgestaltung der Städteverfassung müsse, dem entspricht der Entwurf des Städtetags, zum Einkammersystem führen. Schon heute liege das Schwergewicht der Willensbildung bei den Stadtvertretungen, die auch weitgehend in der Verwaltung mitwirken. Zur Frage des Finanzausgleichs ist beachtenswert, daß Mulert, im Gegensatz zu dem vieldiskutierten Reformplan Gustav Stolpers, an der Verteilung der Einkommensteuer auf Reich, Länder und Gemeinden und auch an der Weitererhebung der Realsteuern festhält. Eine ganz besondere Beachtung fand und verdiente das Referat Karl Jarres' über die Bedeutung der gemeindlichen Unternehmungen im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft auf dem Preußischen Städtetag. Da gerade aus dem politischen Lager, dem Jarres nahe steht, in letzter Zeit die schärfsten Angriffe auf die Gemeindeunternehmungen stammen, war die Offenherzigkeit, mit der sich der unmittelbar beteiligte Kommunalpolitiker dieses Lagers für die Arbeit der Gemeindeunternehmungen aussprach, eine anerkennenswerte Leistung. Frisch, wenn vielleicht auch in der Begründung ungenügend, heißt es im Vortrag: »Für den kommunalpolitischen Praktiker ist die kommunale Unternehmung Tatsache, kein Problem und keine Theorie. Das Bewußtsein, daß diese kommunalen Betriebe, in denen sie mit Erfolg arbeiten, unentbehrlich sind, ist den Praktikern der beste Beweis für die Daseinsberechtigung kommunaler Betriebe.« Und zur Tatsache der konzentrischen Angriffe gegen die Gemeinden, die insbesondere durch den Reichsverband der deutschen Industrie eingeleitet wurden, sagte der Redner: Man suche »Prügelknaben, an denen man selbstverständliche Verstimung über die beklagenswerte deutsche Wirtschaftslage auslassen kann, und findet diese in den Gemeinden, und hier wiederum vornehmlich in den Städten«. Über die volkswirtschaftliche Bedeutung der gemeindlichen Unternehmungen stehe zweierlei fest: »daß der Umfang der kommunalen Eigenwirtschaft von den Gegnern überschätzt, und andererseits, daß die Qualität, der wirtschaftliche Nutzeffekt dieser Arbeit, unterschätzt wird«. Frei-

willig würde ein großer Teil der von den Gemeinden geführten Wirtschaftsunternehmen gar nicht übernommen werden, das gelte auch für die Bekämpfung der Wohnungsnot. Wie stark der vereinigende Zwang tatsächlicher Arbeit sein kann, kam dann zum Ausdruck in den Worten des Redners der Sozialdemokraten Ernst Reuter: »Es zeigt sich hier das selbe Bild wie auch bei den Beratungen in den Rathäusern. Während draußen die Demagogie der einzelnen Gruppen sich in Angriffen gegen die Arbeit in den Gemeinden überschlägt, arbeiten in engem Kreis Vertreter der selben Gruppen mit anderen eng zusammen.«

Die 4. *Kommunalpolitische Reichskonferenz der Sozialdemokratie* am 11. Oktober in Halle stand stark unter dem Eindruck des bevorstehenden Großwahltags. Die Referate Sozialdemokratie und Großwahltag, Der kommunale Wahlkampf in Bayern, Die Gemeindewahlen in Sachsen, Jungwähler und Kommunalwahlen und Die Frau in der Kommunalpolitik waren an die Wähler gerichtet. Das erstgenannte Referat erstattete der Altonaer Oberbürgermeister Theodor Brauer. Er legte die Arbeitsziele der Partei klar. Für den brennenden Streit um die Frage der Großstadt ist die Behauptung beachtlich: »Trotz allen Angriffen und gegenteiligen Auffassungen in unseren eigenen Reihen sind Eingemeindungen, die sich schädlich erwiesen haben, mir nicht bekannt. Meistens kann über die Eingemeindungen das Wort geschrieben werden: Zu spät!«

Eigenpublikationen

Der 2. Verwaltungsbericht der Stadt *Berlin*, der die 4 Jahre vom 1. April 1924 bis zum 31. März 1928 umfaßt, beginnt in Einzelheften zu erscheinen. Das 1. Heft behandelt die allgemeine Verwaltung. Die Bearbeitung erfolgt durch die Verwaltungsberichtsstelle des Statistischen Amtes der Stadt, die Hefte erscheinen im Eigenverlag und können durch die Geschäftsstelle des Amtsblatts, im Rathaus Berlin, bezogen werden. Der Abschnitt A des vorliegenden Hefts behandelt die weitere Abwicklung des Gesetzes vom 27. April 1920; wesentlich sind vornehmlich die Abänderungsvorschläge, die auf eine Vereinfachung in der Beziehung zwischen der zentralen und der Bezirksverwaltung hinzielen. Mit besonderem Nachdruck wird eine Verminderung der Bezirke gefordert. In weiteren Abschnitten werden Stadtgebiet und Bevölkerung, Verwaltungskörperschaften und Allgemeines und ein-

zelne Angelegenheiten der allgemeinen Verwaltung besprochen. (Nur sollte die Verwaltungsberichtsstelle nicht auf ihrer irrtümlichen Angabe beharren, daß Berlin der Bevölkerung nach die drittgrößte Stadt der Erde sei, sondern diesen Platz, dem wahren Sachverhalt entsprechend, Paris lassen, das, mit seinen Vororten, Groß Berlin um fast 1 Million übertrifft; siehe die Rundschau Verkehr, in diesem Band Seite 767 und folgende.)

Kurze Chronik Der *hessische* Landtag bildete auf Antrag der Sozialdemokratie nach dem Vorbild des Reichstags einen Kommunalpolitischen Ausschuß. Neben Abgeordneten sollen ihm auch Vertreter der Städte und Gemeinden sowie der Organisationen angehören. Dem Ausschuß steht die Beratung in kommunalpolitischen Angelegenheiten zu; Entscheidungen hat er nicht zu fällen. ◊ Durch die kommunale Neugliederung im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet ist die Anzahl der *deutschen Großstädte* auf 50 angestiegen; während sie 1925 erst 46 betrug. Essen und Dortmund weisen jetzt eine Einwohnerzahl von über ½ Million auf, während 1925 im Industrieviertel noch keine Stadt dieser Größe bestand. Diese 50 deutschen Großstädte hatten nach der Volkszählung von 1925 bereits zusammen 18,6 Millionen Einwohner, das sind 29,5 % der gesamten deutschen Bevölkerung. ◊ Der Magistrat *Berlin* bewilligte neben den bereits eingestellten 1 600 000 Mark weitere 600 000 Mark für die Schulkinderspeisung. Das Jugendwohlfahrtsamt der Stadt zeigte einen großen Film, der seine Arbeit veranschaulichen soll. Besonders werden in dem Film die zahlreichen Erholungsheime außerhalb und innerhalb Berlins vorgeführt, die jedes Jahr viele Tausende von Berliner Kindern zu längerem Ferienaufenthalt aufnehmen und in allen Teilen Deutschlands, im Gebirge und an der See eingerichtet sind. Im August wurde im Bezirk Neuwesend, in der Westendchule an der Preußenallee, eine neue Zweigstelle der Charlottenburger Stadtbücherei eröffnet, die in ihrer frischen Ausstattung und den schönen Räumen viele Leselustige anziehen wird. Schon bei der Eröffnung war ein Bestand von 5000 Büchern vorhanden, die bald auf das Doppelte vermehrt werden sollen. Eine eigene Freihandbücherei für Jugendliche ist zusammengestellt. Das heißt, die Kinder sollen sich dort die Bücher, die sie reizen, selber auswählen. Anfang Oktober wurde das neuerbaute Städ-

tische Jugendhaus Steglitz eröffnet. Es faßt Einrichtungen für die Pflege von Kleinkindern, Schulkindern und Jugendlichen, eine große Bezirksküche, Speiseräume, Kindergarten, Kinderhort, Lesehalle. »Der Jugend haben wir dies Haus gebaut«, sagte der Bürgermeister Martin Sembritzki in seiner schönen Eröffnungsrede. ◊ Zu den Städten, die unter der Ländergliederung in ihrer Entfaltung stark gehemmt sind, gehört *Mannheim*. Anlässlich einer badischen Reise des Reichsrats, die besonders auch der Untersuchung der Situation Mannheims galt, trug der Oberbürgermeister Johannes Heimerich die Nöte der Stadt vor. Er schlug unter anderem vor eine zwischengemeindliche Arbeitsgemeinschaft zwischen den Städten Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg zu bilden; sonst wäre ernstlich daran zu denken, daß das Reich die Bildung von Reichswirtschaftsverbänden zuläßt, die trotz ihrer Verteilung über mehrere Länder zur Erfüllung bestimmter wirtschaftlicher Zwecke entstehen.

Literatur

Unter dem Titel *Gegenwartsfragen der Kommunalverwaltung* /Berlin, Reimar Hobbing/ werden von der Verwaltungsakademie Berlin Referate des Innenministers Albert Grzesinski, des Berliner Oberbürgermeisters Gustav Böß, des Berliner Bürgermeisters Karl Augustin, des Ministerialdirektors Viktor von Leyden, des Vizepräsidenten des Deutschen Städtetags Fritz Elsas, des Präsidenten des Reichsstädtebunds Gotthold Haekel und des Professors Rudolf Peters über wichtige kommunalpolitische Fragen veröffentlicht. ◊ Kurz vor den Wahlen erschien eine von *Emma Woytinsky* gegebene Darstellung der kommunalpolitischen Arbeit der Sozialdemokratie in Berlin, betitelt Sozialdemokratie und Kommunalpolitik: Gemeindeforschung in Berlin /Berlin, E. Laub/. Die Schrift zeigt die sehr realen wirtschaftlichen Entstehungsgründe der Einheitsgemeinde Berlin und gibt einen kurzen Überblick über die wichtigen Verwaltungsgebiete und ihre Förderung, ohne selbstzufriedenes Eigenlob. Sie stellt einen Teil der Aufklärungsarbeit dar, die hoffentlich auf die Dauer in Verbindung mit weiterer tatsächlicher Leistung unserer Arbeit zur Anerkennung verhilt. ◊ Zwangswirtschaft und Wohnungswesen nennt sich eine Schrift *Max J. Wolffs* /Berlin, Widderverlag/, die zwar immerhin zugeht, es wäre »verkehrt den Zustand des deutschen Wohnungswesens in der Vorkriegszeit unbedingt befriedigend hinzu-

stellen und allzu rosig zu schildern«, die im wesentlichen aber eine primitive Apologie der freien Wirtschaft und Interessenvertretung des Hausbesitzerstands darstellt. Die entscheidenden Schwierigkeiten bei freier Wohnungswirtschaft werden mit den Behauptungen gelöst, daß die Erhöhung der Mieten »nicht so hoch zu sein braucht, wie sie als Schreckgespenst an die Wand gemalt wird«, und die unvermeidliche Steigerung der Löhne und Gehälter wäre nicht zu fürchten, »wie überhaupt keine Lohnaufbesserung, die sich als wirtschaftliche Notwendigkeit darstellt«. Eine Verkenning der Gefahren, die für die zwangswirtschaftliche Regelung eines so komplizierten Wirtschaftszweigs wie der Wohnungsbeschaffung im Rahmen kapitalistischer Wirtschaft bestehen, ist gewiß nicht gut, und deshalb ist auch eine dauernde Auseinandersetzung mit Gegnern fruchtbar; sie ist dann unnütz, wenn an den entscheidenden Punkten mit platten Behauptungen argumentiert wird. ◊ In dem neu entbrannten Kampf um das Steuerprivileg der öffentlichen Betriebe ist die Schrift *J. Hosioskys* Die Leistungen der kommunalen Elektrizitätswerke und ihre steuerrechtliche Stellung /Berlin, Reimar Hobbing/ zu begrüßen. Sie enthält kurz die Steuerbefreiungsbestimmungen der entsprechenden Gesetze; sie gibt die wesentlichen Seiten der wirtschaftlichen Bedeutung der Steuerbefreiung öffentlicher Betriebe wieder und widerlegt die von dem Diplomingenieur Hans Ludewig angestellten Vergleiche zwischen den Preisen bei kommunalen und bei privaten Elektrizitätswerken.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Juda Leman

Relativitätstheorie Gerade jetzt, da man mit Spannung die genauen Ausmessungen der Aufnahmen der totalen Sonnenfinsternis vom 9. Mai 1929 erwartet, die zur Prüfung der Relativitätstheorie gemacht wurden, liegt die endgültige Bearbeitung des Materials vor, das die Licksternwarte von ihrer erfolgreichen Expedition bei der Finsternis vom 21. September 1922 mitgebracht hat. Es handelt sich um die bekannte, von der Relativitätstheorie geforderte Ablenkung eines Lichtstrahls durch Gravitationsfelder, die am Sonnenrand 1,75" ausmacht, und die sich bekanntlich so bemerkbar machen muß, daß die Sterne, die neben der Sonne stehen, um den genannten Betrag von der

Sonne weg verschoben erscheinen müssen. Die Prüfung wird so vorgenommen, daß 2 Vergleichsaufnahmen gemacht werden, einmal mit verfinsteter Sonne, ein andermal zu späterer Jahreszeit der selbe Himmelsabschnitt ohne Sonne.

Die ersten Ergebnisse der Licksternwarteaufnahmen waren schon 1923 veröffentlicht. Obwohl die Ausmessungen sehr zugunsten der Relativitätstheorie ausgefallen waren, konnte man sie doch nicht als endgültig betrachten, da neben der von der Relativitätstheorie geforderten Verschiebung auch noch andere Veränderungen der Sternörter, besonders die von Courvoisier entdeckte jährliche Refraktion, für die Ablenkung verantwortlich gemacht werden konnten. Jetzt wurden die Sternörter vermessen, die sich auf der Aufnahme in größerem Abstand vom Sonnenrand befinden, und man hat so rückwärts die Verschiebung am Sonnenrand berechnet. Nach der Relativitätstheorie nimmt die Verschiebung d nach außen hin ab, nach der Formel $d = \frac{175''}{r}$,

wo r den Abstand des betreffenden Sterns vom Sonnenmittelpunkt bedeutet. Die jetzt veröffentlichte Ausmessung der Licksternwarte für die sonnenferneren Sterne ergab ein ganz eindeutiges Resultat zugunsten der Relativitätstheorie. Für die Verschiebung am Sonnenrand ergibt sich der Wert $1,82'' \pm 0,15''$, welcher Wert mit dem theoretisch geforderten $1,75''$ in schönstem Einklang steht.

Gaseverfestigung Die Überführung von Gasen in festen kristallinen Zustand weit über der kritischen Temperatur der Gase ist jetzt *Franz Simon* vom Physikalisch-Chemischen Institut der Universität Berlin gelungen. Nach den Untersuchungen *Gustav Tammans* und *T. W. Bridgeman*, die Kohlensäure durch den Druck von 12 000 Atmosphären bei einer Temperatur, die einige Grad über der kritischen Temperatur der Kohlensäure lag, verfestigen konnten, war es grundsätzlich klar, daß man über die kritische Temperatur hinaus zwar keinesfalls Gase mehr verflüssigen kann, daß aber bei entsprechendem hohen Drucken dennoch die Möglichkeit bestand sie in festen Zustand zu überführen. Simon, über dessen elegante Methode zur Erzeugung tiefster Temperaturen in dieser Rundschau (1927 I Seite 60 und folgende) berichtet wurde, hat nun Heliumgas, dessen kritische Temperatur bei 5° absolut (-268° Celsius) liegt, mit Hilfe von Drucken von 6000 Atmosphären, bei 42° absolut

(-231° Celsius) verfestigt. Der feste Aggregatzustand des Heliums ist also noch bei einer Temperatur existenzfähig, die um das 8fache die kritische überragt. Nach den Versuchen *Simons* kann man kaum daran zweifeln, daß es gelingen kann, wenn die technischen Schwierigkeiten überwunden sind, Gase auch bei beliebig hohen Temperaturen zu verfestigen. Schon diese mehr noch qualitativen Versuche weisen auf sehr interessante Schlüsse hin. Denn nun wird man jedenfalls annehmen müssen, daß die Erde, trotz den hohen Temperaturen im Innern, nicht glutflüssig sondern eben wegen der hohen Drücke kristallinisch fest ist. Eine ähnliche Schlußfolgerung würde man dann auch für das Innere aller anderen Sterne ziehen müssen.

Wasserstoffzerlegung Der Wasserstoff, bekanntlich das leichteste chemische Element, soll nach der bisherigen Auffassung aus 2atomigen Molekülen bestehen. Jedes Atom soll weiter einen Wasserstoffkern und ein Elektron besitzen. In der Tagespresse wurde nun kürzlich berichtet, daß eine Zerlegung des in seiner Konstitution einfachsten Elements gelungen sei. In dieser Fassung ist die Nachricht jedoch falsch, wenn damit die Entdeckung neuer, noch einfacherer Elemente als Wasserstoff angedeutet werden sollte. Was wirklich gefunden wurde, ist nur die Feststellung einer bereits früher vermuteten Tatsache: daß nämlich der Wasserstoff in seinem gewöhnlichen Vorkommen das Gemisch von 2 Wasserstoffmodifikationen sei, die sich lediglich durch die Atomlagerung im Molekül von einander unterscheiden. Die beiden Komponenten des Wasserstoffs; Ortho- und Parawasserstoff, unterscheiden sich dagegen in chemischer Beziehung nicht von einander, wohl aber in physikalischer Hinsicht. Es sind Unterschiede im Schmelz- und Siedepunkt, in den Bandenspektren und in den spezifischen Wärmen vorhanden. Der bei gewöhnlicher und höherer Temperatur vorhandene Wasserstoff besteht nach den neueren Untersuchungen *Arnold Euckens* sowie *Karl Friedrich Bonhoeffers* und seines Mitarbeiters *Paul Harteck* aus 3 Teilen Ortho- und 1 Teil Parawasserstoff, die sich im Gleichgewicht halten. Der Orthowasserstoff enthält Rotationsenergie nur in ungeraden, der Parawasserstoff nur in geraden Quantenbeträgen. Bei tiefen Temperaturen verschiebt sich das Gleichgewicht nach der Richtung des Parawasserstoffs. Vom Siedepunkt des flüssigen Wasser-

stoffs abwärts ist im wesentlichen nur reiner Parawasserstoff vorhanden. Bonhoeffer und seinem Mitarbeiter ist es gelungen durch Adsorption des Wasserstoffs an Kohle bei der Temperatur des flüssigen Wasserstoffs fast reinen Parawasserstoff zu erhalten, der in Glasgefäßen bei Zimmertemperatur und atmosphärischem Druck mehrere Wochen unverändert aufbewahrt werden kann. In Stahlflaschen, bei einem Druck von 100 Atmosphären, geht er allmählich, bei Anwesenheit eines Katalysators oder unter der Einwirkung elektrischer Entladungen sehr plötzlich in gewöhnlichen Wasserstoff über.

Auf Grund wellenmechanischer Betrachtungen wurde der gewöhnliche Wasserstoff schon lange als ein Gemisch von physikalisch verschiedenartigen Wasserstoffarten angesehen. Die experimentelle Feststellung des Para- und des Orthowasserstoffs bedeutet deshalb eine sehr wesentliche Stütze für die wellenmechanische Betrachtungsweise.

Daß auch in der angesehenen Tagespresse so grobe Fehler über diese Entdeckung Bonhoeffers möglich waren, ist eigentlich schwer verständlich. Auch den "guten" Berichterstattern scheint es nicht klar geworden zu sein, daß, während es sich bei Para- und Orthohelium um verschiedene Modifikationen des Heliumatoms handelt, und sich die Verschiedenartigkeit im Linienspektrum bemerkbar macht, es hier um verschiedene Modifikationen des Wasserstoffmoleküls geht, und sich die Unterschiede spektral nur im Bandenspektrum bemerkbar machen können, daß es aber keine verschiedenen Modifikationen des Wasserstoffatoms gibt.

Planetoidenspektren

Vor kurzem gelang es *N. T. Bobrownikow* von der Licksternwarte eine systematische

Untersuchung von Planetoidenspektren durchzuführen, die unsere Kenntnisse von diesen Körpern unseres Sonnensystems wesentlich erweitern. Die Bahnen der kleinen Planeten verlaufen bekanntlich hauptsächlich zwischen der Bahn des Mars und der des Jupiters; nur einige gelangen im Perihel in den Bereich der Marsbahn respektive bis zum Saturn hinaus. Sie sind relativ sehr lichtschwach. So erklärt es sich, daß, obwohl schon Kepler ihre Existenz vermutete, es erst *Piazzi* am 1. Tag des 19. Jahrhunderts gelang den ersten kleinen Planeten zu finden. Rasch folgte die Entdeckung der weiteren Planetoiden: *Pallas*, *Juno* und *Vesta*. Die visuelle Jagd nach solchen neuen Planeten hat

bis zum Jahr 1898 zur Auffindung von 320 Planetoiden geführt. Die große Ausbeute brachte aber erst die berühmte photographische Methode *Max Wolffs* /Heidelberg/, die darin bestand, daß man den betreffenden Teil des Himmels bei genügend langer Exposition photographiert. Die Fixsterne bilden sich dann als Punkte ab, dagegen die bewegten Planetoiden als Striche. Seit der Einführung dieser Methode hat man bis jetzt über 1000 Planetoiden mit gesicherten Bahnen feststellen können.

Außer den Bahnen der Planetoiden untersuchte man nur noch Phasenkoeffizient und Albedo. Dagegen hielt man allgemein bis jetzt ihre Lichtstärke für nicht ausreichend, um bei ihnen spektroskopische Versuche anzustellen, obwohl, wie *Bobrownikow* hervorhebt, *H. C. Vogel* schon vor 55 Jahren das Spektrum der *Vesta* visuell beobachtete, und sie in ihren Oppositionen heute auch mittleren Spektrographen zugänglich ist. *Bobrownikow* untersuchte das Spektrum von 12 Planetoiden, deren Helligkeit die 10. Größenklasse überschreitet. Seine Apparatur bestand aus einem leistungsfähigen Einprismenspektographen in Verbindung mit dem 36zölligen Lickrefraktor. Er bekam so in verschiedenen Wellenbereichen genügend Dispersion und Intensität und konnte seine Aufnahmen mit einem Hartmannschen Mikrophotometer ausmessen. Die Resultate sind zum Teil sehr interessant. Man konnte feststellen, daß es sich bei dem Planetoidenlicht ausschließlich um reflektierte Sonnenstrahlung handelt, da sich keinerlei sonstige Linien oder Banden zeigten. Weiter hebt *Bobrownikow* besonders hervor, daß der Verlauf einzelner Intensitätskurven sehr denen von Kometenspektren ähnelt, und er glaubt daher, daß die Planetoiden wohl Teile eines riesenhaften Kometen darstellen. Man darf von der weitem spektralen Untersuchung der Planetoiden wohl noch viel Aufschlußreiches erwarten.

Kurze Chronik Den *Nobelpreis* 1929 für Physik erhielt *Louis Victor de Broglie* in Paris, und zwar für seine Entdeckung der Wellennatur der Elektronen. Die geniale Hypothese, die der 32jährige französische Physiker 1924 aufstellte, bildet die gedankliche Grundlage der undulatorischen Mechanik, die dann von *Erwin Schrödinger* ausgebaut, und über die in dieser Rundschau mehrfach berichtet wurde. Den Physikpreis für 1928 erhielt *Owen Willans Richardson* in London für

seine Arbeiten über die Elektronenemission glühender Metalle. Der diesjährige Preis für Chemie wurde zu gleichen Teilen zwischen Hans von Euler-Chelpin in Stockholm und Arthur Harden in London geteilt; beide sind Biochemiker, ihr Hauptarbeitsgebiet ist die Enzymchemie. \diamond Die *Preisauflage* der Universität Berlin für das Jahr 1929-1930 lautet: »Die Symmetrie der Kristalle von Kaliumchlorid. Es soll besonders mittels der Ätzmethoden die Symmetrie von Kaliumchloridkristallen festgestellt werden und zwar von solchen, die aus wässriger Lösung, als auch von solchen, die aus Schmelzfluß kristallisiert sind.« \diamond Vom 15. bis zum 21. September tagten in Prag unter großer Beteiligung der Behörden die deutschen *Mathematiker und Physiker*. Außer den rein fachlichen Vorträgen, über die noch zu berichten sein wird, wurden in der Eröffnungssitzung einige von allgemeiner Bedeutung gehalten. So sprach Richard von Mises /Berlin/ über kausale und statistische Gesetzmäßigkeit in der Physik, Philipp Franck über die Bedeutung der gegenwärtigen physikalischen Theorie für die allgemeine Erkenntnislehre. Zum erstenmal war mit der Physikertagung eine Tagung für Erkenntnislehre der exakten Naturwissenschaften verbunden. \diamond Sowohl die Frage nach der Rotation unseres Milchstraßensystems wie die nach dessen Zentrum wird in der letzten Zeit durch Astronomen und Astrophysiker oft aufgeworfen und durch verschiedene Methoden zu beantworten versucht. Dem Holländer J. H. Oort und dem Schweden Bertil Lindblad ist es durch 2 von einander unabhängige Methoden gelungen das *Rotationszentrum der Milchstraße* zu finden. In guter Übereinstimmung mit den Untersuchungen des Systems der Kugelhaufen durch Harlow Shapley wird von ihnen festgestellt, daß sich der Schwerpunkt des Milchstraßensystems im Sternbild des Schützen befindet. Lindblad und Oort fanden das Zentrum der Milchstraße durch eine Symmetriebetrachtung, konnten dann aber durch Untersuchung des Dopplereffekts direkt die Rotation einzelner Sterne um dieses Zentrum feststellen. Nach ihrem Befund dreht sich die Milchstraße um das oben genannte Zentrum mit einer Periode von zirka 200 Millionen Jahren, was gut mit den bisherigen Annahmen übereinstimmt. \diamond Mit Hilfe eines von Wilhelm Marten durchkonstruierten Michelsonaktinometers ist es P. A. Galbas vom Nordseeinstitut auf Norderney gelungen zum erstenmal eine *Messung der Sonnenstrah-*

len im Flugzeug durchzuführen. \diamond Die zufällig aufgefundene *Bibliothek Newtons* steht in London zum Verkauf. Der Eigentümer möchte sie nur als Ganzes, und zwar für nicht unter 400 000 Mark, abgeben. Des relativ hohen Preises wegen rechnet man damit, daß die Bibliothek Newtons nach Amerika wandern wird. \diamond Der außerordentliche Professor an der Universität Kiel *Hermann Zahn* wurde dort mit der Vertretung der Professur für Physik beauftragt, die durch den Fortgang Hans Geigers frei geworden war. Zahn ist seit langen Jahren Assistent am Kieler Physikalischen Institut und hat eine Reihe von Arbeiten, besonders über Radiotechnik, verfaßt. \diamond Der außerordentliche Professor an der Universität Berlin *Alfred Klose* erhielt einen Lehrauftrag zur Vertretung der Theoretischen Astronomie. Klose hat sich besonders mit dem System der Planetoiden und den periodischen Lösungen des Dreikörperproblems beschäftigt. \diamond Der Direktor der Straßburger Sternwarte *Ernest Esclanong* wurde, als Nachfolger Destandres', Direktor der Pariser Sternwarte. Esclanong ist mit einer Reihe astronomischer und mathematischer Schriften, insbesondere auch solcher zur Relativitätstheorie, hervorgetreten. \diamond Als Nachfolger Ludwig Milchs übernahm *Kurt Spangenberg* aus Kiel den Lehrstuhl der Mineralogie in Breslau. \diamond Als Nachfolger Otto Mügges erhielt *Victor Moritz Goldschmidt* /Oslo/ den Lehrstuhl der Mineralogie an der Universität Göttingen. \diamond An der Universität Berlin *habilitierte* sich Eberhard Hopf für Astronomie und Mathematik; an der Universität Frankfurt Egon Lorenz /Breslau/ für Physik, Georg Hahn /Frankfurt/ für Organische Chemie, Boris Rajewskij für Physik und physikalische Grundlagen der Medizin. \diamond Am 3. Oktober wurde der Ordinarius der Theoretischen Physik an der Universität Berlin *Max von Laue* 50 Jahre alt. Durch seine Entdeckung der Röntgenstrahleninterferenzen, die sowohl den eindeutigen Nachweis für ihre Wellennatur lieferten wie die Gitterstruktur der Kristalle erkennen ließen, hat er die neue Physik ganz entscheidend beeinflusst. Im Jahr 1914 wurde ihm für diese Entdeckung der Nobelpreis zugeteilt. Seine Arbeiten erstrecken sich auf die verschiedensten Gebiete der Theoretischen Physik. Besonders wichtig sind aber auch seine meisterhaften Darstellungen einzelner Gebiete der Theoretischen Physik; hier ist in erster Linie sein bekanntes Werk über die Relativitätstheorie zu nennen.

Anthropogeographie / Adolf Reichwein

Wanderungen Menschengographie entwickelt sich mehr und mehr aus ihren einzelnen Disziplinen zu einer angewandten politischen Wissenschaft. Nachdem die ethnographischen, klimatischen, geomorphologischen Bestandsaufnahmen im großen und ganzen abgeschlossen sind, schicken wir uns heute an diese Ergebnisse in unsern politischen Willen aufzunehmen und in die Dynamik der politischen Gestaltung einfließen zu lassen. Für den Anthropogeographen gilt die Auffassung des Menschen als einer Funktion in dem ihm jeweils von der Natur zugeordneten Raum. Für das Verständnis der gewaltigen Völkerwanderung, die seit dem Beginn des industriellen Zeitalters innerhalb aller Kontinente und zwischen allen Kontinenten des Planeten begonnen hat, und die alle historischen Wanderungen ganz unvergleichbar an Intensität und Zahl übertrifft, erschien jetzt ein dokumentarisches Werk, das auf Grund detaillierter Vorarbeiten ein Bild von der faktischen Wanderungsbewegung auf der Erde im Verlauf der industriellen Epoche gibt; der 1. Band *Statistics im Rahmen des Werks International Migrations*, das im Auftrag des Internationalen Arbeitsamts in Genf herausgegeben und beim National Bureau of Economic Research in New York verlegt wird. Zum Verständnis dessen, was diese bewundernswerte Arbeit bietet, ist es nützlich sich einige Gesichtspunkte ins Gedächtnis zu rufen.

Internationale Wanderungen werden seit den Napoléonischen Kriegen durch offizielle Statistiken erfaßt. 10 Jahre nach Waterloo hatten die wichtigsten Auswanderungsländer Europas und die wichtigsten Einwanderungsländer Amerikas und Australiens solche Statistiken begründet. Wenn man die Besiedlung Nordamerikas in ihrer gesamten Geschichte überfliegt, so stellt sie sich in 2 großen Etappen dar. Die 1. Etappe umfaßte das 17. und 18. Jahrhundert, bestimmt durch die Wanderung getrennter Gruppen, die jeweils für einen bestimmten Zweck besonders organisiert wurden. Die 2. Etappe kann als die Zeit der proletarischen Massenwanderung bezeichnet werden; nicht die auf bestimmte Zwecke angesetzten Gruppen sind das Bestimmende, sondern von einander unabhängige Einzelne, oder Familien, die in der Masse ohne organische Verbindung von Kontinent zu Kontinent hinüberschwimmen. Die europäische Wanderung nach

Amerika in der Zeit von 1820 bis 1924 betrug nach den Statistiken der überseeischen Länder etwa 55½ Millionen. Die Massenwanderung im engeren Sinn begann erst in den vierziger Jahren, nachdem die gesetzlichen Hemmungen, die der Auswanderung gesetzt waren, nach und nach beseitigt worden waren. Überall war die Leibeigenschaft aufgehoben, die Forderungen der Französischen Revolution nach der Freiheit des Individuums weitgehend erfüllt; die Entfaltung der kapitalistischen Produktion, das Wachstum des Maschinenapparats und der Bevölkerung schufen eine industrielle Reservearmee, die bereit war auszuwandern. Die Zusammenhänge zwischen dem Rhythmus der industriellen Konjunktur und dem Rhythmus der Auswanderungsbewegung in Europa sind bekannt. In den Jahren zwischen 1840 und 1860 kam dazu eine Verarmung der Bauernschaften, besonders in Irland und Deutschland, außerdem in Deutschland die bekannten Erscheinungen der politischen Reaktion nach der Napoléonischen Epoche, die besonders in der Mittelklasse eine Auswanderungsbewegung nach der Neuen Welt verursachten. Mit der Verstärkung der Motive, die zur Auswanderung führten, mit der Erweiterung der persönlichen Freizügigkeit ging Hand in Hand eine Ausdehnung der Schutzmaßnahmen an Bord der Wandererschiffe (beginnend mit den Statuten von 1819). In den britischen Kolonien, vor allem in Australien, begann zur selben Zeit eine Bewegung zur Planmäßigkeit der kolonialen weißen Besiedlung, die in der Geschichte eng mit dem Namen Edward Gibbon Wakefield verknüpft ist. Wakefields Ideen, die die Siedlung und Selbstverwaltung in den Kolonien betrafen, standen im Gegensatz zu der bis dahin gepflogenen freien Verteilung von Kronland an Siedler, die ohne Kapital kamen. Nach der neuen Auffassung sollten die Siedler Kenntnis der überseeischen Landwirtschaft mitbringen und Kenntnis der lokalen Notwendigkeiten erworben haben, bevor sie unabhängige Landeigentümer würden. Wakefield hatte deshalb schon den Gedanken, daß man Massen von Arbeitern auswandern lasse, die in den Kolonien eine Beschäftigung annehmen, um einiges Geld zu ersparen. In Canada hielt sich die alte Gepflogenheit der freien Landverteilung bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. In den australischen Kolonien jedoch wurden Wakefields Ideen zu seiner Zeit bereits aufgenommen.

Für das ganze 19. Jahrhundert ist das nordische Element unter den Massen der Auswanderer vorherrschend geblieben. Calvo machte in seiner Etude sur l'émigration et la colonisation /1875/ die folgende Bemerkung dazu: »Der Süden Europas als Ganzes scheint zur Auswanderung weniger geeignet als das Zentrum und der Norden, das heißt mit der einzigen Ausnahme Österreichs sind die Völker germanischer Abkunft, wenn ein geeignetes Klima geboten wird, mehr auswanderungslustig als die lateinischer.« Aber es wäre ganz verfehlt, wenn man die europäische Wanderungsbewegung allein in einer rassengebundenen Wanderlust der nordic blonds begründen wollte. Das Anschwellen der südeuropäischen und osteuropäischen Auswanderung im letzten Menschenalter vor dem großen Krieg beweist, daß die ökonomische Bedrängnis eine außerordentlich starke Komponente für die Auswanderungsbewegung darstellt. Je weiter sich die westeuropäischen Industrievölker um die Wende des 19. und im 1. Dezennium des 20. Jahrhunderts entwickelten, das heißt, je größer die Spanne zwischen dem Standard Westeuropas und dem des östlichen und südlichen Europas wurde, mit anderen Worten also, je stärker der soziale Druck in den Ost- und Südländern in das Bewußtsein der Massen kam, um so mehr verschärfte sich auch bei ihnen der Reiz zur Auswanderung. Das Gravitationszentrum der europäischen Auswanderer verlagerte sich während der 3 letzten Jahrzehnte von den industriellen Weststaaten zu den ackerbauenden Süd- und Ostvölkern Europas, vor allem Italien, Österreich, Ungarn und Rußland. Es ist interessant in diesem Zusammenhang festzustellen, daß die großen Reedereien, als die deutsche Massenwanderung nachließ, neue Aktionszentren der Propaganda unter dem landwirtschaftlichen Proletariat jenes östlichen und südlichen Europas ins Leben riefen, denen die hohen Löhne der Vereinigten Staaten als Hauptwerbemittel dienen mußten.

In der öffentlichen Meinung hat sich die irrtümliche Ansicht festgesetzt, als ob die Wanderungsbewegung des letzten Jahrhunderts durchaus eine europäisch-amerikanische Angelegenheit gewesen sei. In Wirklichkeit haben die nicht-weißen Rassen sowohl an der intrakontinentalen wie an der zwischenkontinentalen einen bedeutenden Anteil gehabt. Die spanischen Kolonien in Amerika sowohl wie auch die englischen und

französischen mußten nach der Negerbefreiung aus allen Teilen der Welt freiwillige Arbeitskräfte zusammenrufen, die für die tropischen Klimate zur Arbeit geeignet und gleichzeitig bereit waren ihre Arbeitskraft billig zu verkaufen. Es bildete sich ein eigenartiges Kontraktsystem als Übergang zu der Auswanderung im eigentlichen Sinn, nämlich mit dem Ziel eines endgültigen Wohnwechsels, heraus, dessen Zweck die Verpflichtung größerer und kleinerer Arbeitergruppen für bestimmte Arbeitsperioden ist. Die Rekruten für diese billigen tropischen Arbeitsheere lieferten vor allem die spanischen und portugiesischen Inseln im Atlantischen Ozean, Afrika, Indien und China. Die Sklaverei war abgeschafft, die Halbsklaverei der Kontraktarbeit war an ihre Stelle getreten. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts schlossen sich sowohl das Britische Imperium wie die Vereinigten Staaten gegen diese Zuwanderung fremdrassiger Kontraktarbeiter ab (man denke an die grauenhaften Verfolgungen chinesischer und japanischer Arbeiter in den Bergwerksbezirken der Rocky Mountains in den neunziger Jahren), und gleichzeitig entwickelte sich in den asiatischen Ländern selbst eine Bewegung, die jener Ausfuhr von halbversklavten Kontraktarbeitern entgegenwirkte. So zog sich diese Bewegung der Kontraktarbeiterheere mehr und mehr auf den asiatischen Kontinent zurück. Im einzelnen lassen sich dazu die folgenden wichtigsten Linien ziehen.

Im Jahr 1842 stellte eine britische Parlamentskommission, ausgehend von der wirtschaftlichen Depression nach Aufhebung der Sklaverei, fest, daß »die Hauptursache für die verminderte Produktion die große Schwierigkeit sei, die die Pflanzler bei der Gewinnung stetiger Arbeitskräfte erfahren hätten«. Das gab der indischen Auswanderung den ersten Aufschwung. Seit 1842 nahm die indische Auswanderung mit Rückschlägen im einzelnen ständig zu. 1842 wanderten nur 459 Personen aus, 1858 wurde mit 45 838 Personen ein Höhepunkt erreicht. Im ganzen wanderten mehr Inder nach Afrika aus als nach Amerika. Die Zuckerinsel Mauritius zählt 1924 rund 255 000 Inder. Die asiatische Bevölkerung der Südafrikanischen Union, praktisch mit Indern identisch, betrug 1904 122 734, 1921 bereits 165 731 Personen. (Sehr beachtlich, daß hier wie bei allen asiatischen Wanderbewegungen in der Frühzeit die Anzahl der männlichen Auswanderer bei weitem die der

weiblichen überwog, und erst allmählich, mit der Konsolidierung der Verhältnisse, die Anzahl der auswandernden Frauen sich der der Männer annäherte: in der Südafrikanischen Union 1904 82 809 Männer, 39 925 Frauen, 1921 97 336 Männer, 68 395 Frauen; nach dem Official Yearbook of the Union of South Africa 1924. Im Fall der Südafrikanischen Union wird dieser Ausgleich künstlich forciert durch die Union Immigrants Act von 1913, nach der aus asiatischen Ländern nur noch Frauen und Kinder ihren schon eingewanderten Angehörigen nachwandern dürfen.) In Ostafrika leben heute rund 25 000 Inder. Von ganz besonderer Bedeutung wurde die indische Einwanderung nach der Malaischen Halbinsel, die schon früh im 19. Jahrhundert begann. 1924 zählt man dort eine indische Bevölkerung von rund 470 000 Köpfen, von denen 360 000 auf den Plantagen arbeiteten. In den Straits Settlements lebten in diesem Jahr 109 000 Inder, 39 000 davon auf Plantagen. Die indische Wanderung nach Ceylon schwankt in der Epoche 1878 bis 1916 zwischen 39 055 und 200 146 pro Jahr. Trotz erheblicher Rückwanderung überstieg die Zuwanderung die Rückwanderung doch um ein Beträchtliches. 1911 bis 1923 standen in Ceylon 2 052 731 Einwanderern 1 828 573 Rückwanderer gegenüber, das heißt, es blieb ein Einwandererüberschuß von 224 158. Die Gesamtzahl der Ceylonesen indischer Abstammung betrug 1921 etwa 1 407 000. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Ceylonplantagen erhöhte je länger je mehr die Anziehungskraft der Insel. Die Gesamtzahl der Inder außerhalb ihrer Heimat wird für 1924 mit 2 130 766 angegeben; 2 030 240 leben in den Grenzen des Britischen Reichs. Die *chinesische* Auswanderung bekam ihre Impulse, ähnlich wie die indische, aus der Überbevölkerung gewisser Provinzen, vor allem im Süden des Reichs, und wurde durch die Beliebtheit des anspruchlosen, zähen chinesischen Auswanderers gefördert. Die Provinzen Fukien und Kwantung waren immer die wichtigsten Reservoirs; erst im letzten Jahrzehnt haben sich diese Verhältnisse durch den Einstrom nordchinesischer Bauern nach der Mandschurei entschieden geändert. 1922 lebten 8 179 582 Chinesen in der Fremde; davon 2 258 650 auf der ethnisch vorwiegend chinesischen Insel Formosa, 1 825 700 auf Java, rund 1 500 000 in Siam, 1 023 500 in Ostindien, 432 764 in den

Straits Settlements, 314 390 im britischen Hoheitsgebiet von Hongkong, 197 300 in Annam, 134 600 in Burma, um nur die wichtigsten Auswanderungszentren zu nennen. In dem Menschenalter von 1900 bis 1924 floß der Hauptstrom den Straits Settlements zu; 1913 zogen 142 759 Chinesen nach den Straits, und 1921 sogar 156 011. Die Mandschurei ist in der chinesischen Wandergeschichte der jüngsten Zeit ein Kapitel für sich. 1897 lebten in der Mandschurei 2 Millionen Menschen; 1927 war die Einwohnerzahl auf 28 Millionen angewachsen. Tanaka hat in einem Memorandum die Anzahl der Japaner in diesem Jahr mit rund 1 Million angegeben. Rund 24 Millionen Chinesen. 1927 wanderten aus den von Hunger gepeitschten Nordprovinzen 2 Millionen Chinesen nach der Mandschurei aus. Fürwahr, die gewaltigste Völkerwanderung, von der wir wissen.

Während die indische und die chinesische Auswanderung im wesentlichen proletarische Massenwanderungen sind, stellen das Hauptkontingent *japanischer* Auswanderer geschlossene Siedlungsverbände verarmter Bauerngemeinden (Südamerika) oder selbständiger, nicht proletarisierter Bauern vom Farmertypus (Nordamerika, China). Seit 1866 können die Japaner wandern. Im Jahr 1920 lebten, nach dem Bericht Hatojamas vom Jahr 1922, 648 915 Japaner außerhalb ihres Landes; und zwar waren in Asien 342 751 (davon in China 200 740), in Nordamerika 135 325, in Ozeanien 120 894, in Südamerika 46 947, in Europa 2925, in Afrika 73.

Auf die anthropologischen Schlüsse, die sich aus solcher anthropogeographischen Grundlage entwickeln ließen, wird man noch besonders einzugehen haben.

Ausgrabungen Amerikanische Archäologen fanden in *China* Reste von Wohnungen, Öfen, Schmuckstücken usw., die man auf ein Alter von etwa 20 000 Jahren schätzt, und die von hoher Kultur zeugen. Andere Funde scheinen einer noch ältern Periode anzugehören. Nach den Ergebnissen der Expedition muß ganz China bis zur sibirischen Grenze hin in der Übergangszeit von der frühern zur spätern Steinzeit dicht bevölkert gewesen sein. Die Expedition fand auch Reste von Mammuten ungeheurer Größe. Die hochinteressanten Königsgräberfunde der alten Stadt Ur in *Chaldäa*, die das Britische Museum beherbergt, stammen aus einer Expedition des Britischen Museums und der Universität Pennsylva-

nien, unter der Leitung Leonhard Wooleys. Es wurden 2 Königsgräber aufgedeckt, deren Alter auf 5000 bis 6000 Jahre geschätzt wird. Das Grab des Königs war aber vollständig ausgeplündert, das Grab der Königin mit ihrer kostbar bekleideten Mumie dagegen unversehrt. Der Name der Königin ist nach den Inschriften Sdub Adi. 2 Kronen aus Gold, Edelsteinen und Lapislazuli, 10 goldene Ringe und sonstige Schmuckstücke, unter denen eine mit Intarsien eingelegte Halskette hervorsticht, goldene und silberne Toilettengegenstände wurden gefunden. Im Grabraum standen 2 schwere, mit Ochsen bespannte Holzwagen und ein silbernes Ruderboot mit voller Ruderausrüstung. Auf dem Weg zum Grab und im Grab selbst lagen mehr als 50 Leichen von Männern und ebenfalls kostbar gekleideten Frauen; wie man annimmt, Dienern und Haremsfrauen des Königspaares, sowie die Leichen von 6 Soldaten der königlichen Garde mit zertrümmerten Schädeln. Die Bedeutung dieses Fundes bleibt ebenso ungeklärt wie die Tatsache, daß das Grab des Königs ausgeraubt war.

Anfang 1928 wurden von den Professoren Alexander Scharff /Berlin/, Hermann Junkers /Wien/ und Hermann Ranke /Heidelberg/ im Nildelta Grabungen veranstaltet, über die Scharff in der Berliner Anthropologischen Gesellschaft berichtete. Es sind 2 prähistorische Fundstellen entdeckt worden, von denen besonders die eine weitere Ergebnisse verspricht. Es wurden sogenannte libyische Pfeilspitzen entdeckt. Scharff verlegt die Funde in das Neolithikum und hofft dort auch die gesamte neolithische Siedlung ergraben zu können.

In dem großen, in vieler Beziehung aufschlußreichen Reisewerk Graf Khun de Prorok, des Leiters französischer und amerikanischer Forschungsexpeditionen bei Karthago (Göttersuche in Afrikas Erde; 5 Jahre Ausgrabung in Karthago, Utica und der Sahara /Leipzig, F. A. Brockhaus/), werden die Resultate seiner Grabungen dargelegt. In dem Grabungsgebiet, in dem über einander Kultstätten verschiedener historischer Perioden lagern, wurde ein ungeheurer Zirkus mit Durchmesser von 660 und 315 Meter freigelegt, der gegen 300 000 Zuschauer gefaßt haben muß. Er enthält Vorrichtungen, um das Innere mit Wasser zu füllen. Ferner wurde ein Palast des Wagenlenkers Scorpionus, offenbar eines berühmten Boxers, ausgegraben, der nach einer Inschrift 3 Beutel Gold für eine Tagesleistung erhielt.

Der Afrikaforscher Leslie Armstrong entdeckte in einer Höhle bei Bambata in Südafrika eine Reihe prähistorischer Zeichnungen von Tieren und Menschen. Bei den Menschenzeichnungen fällt die Größe der dargestellten Menschen auf; sie steht im Widerspruch zu der Kleinheit der Buschmänner, die man bisher als die einstigen Bewohner Rhodesiens ansah. In 19 Fuß Tiefe fanden sich dort auch paläolithische Werkzeuge, wie man sie bisher in Südafrika nicht sah.

Bei Ausgrabungen in der Nähe Athens wurde ein außerordentlich schönes Basrelief aus altklassischer Zeit gefunden, das ein sitzendes Paar darstellt, eine Frau, die von ihrem Mann Abschied nimmt. Das Relief wurde im Nationalmuseum in Athen aufgestellt. Am Fundort scheint ein ausgedehnter Begräbnisplatz zu liegen; demnächst werden dort größere Ausgrabungen stattfinden.

Der Petersburger Professor Borowka hielt in der Berliner Archäologischen Gesellschaft einen Vortrag über die antike Topographie der Halbinsel Taman, die, am Nordufer des Schwarzen Meers gelegen, seit dem Altertum offenbar starke geographische Veränderungen erfahren hat. Hier lag eine Anzahl Städte, die zum Reich der bosporanischen Könige gehörten, und von denen man bisher nur Phanagoreia wiederentdeckt hat. 1930 will man im Verein mit deutschen Gelehrten die Forschungen an dieser historischen Stelle fortsetzen, die hochinteressante geschichtliche und archäologische Resultate versprechen.

Im Ukrainischen Wissenschaftlichen Institut der Universität Berlin sprach vor einiger Zeit P. N. Sawitzkij über die Steppenulturen der jetzigen Ukraine. Seine "geoarchäologische" Auffassung der ukrainischen Vergangenheit läßt ihn zu einer Unterscheidung von Fluß- und Wasserscheidenkulturen kommen, unter denen er folgende Perioden annimmt: die älteste Kultur eines Hirtenvolks (Hockergräber), die Kultur der von Westen kommenden Kimmerier im Donetz- und Dnjeprgebiet (Metallurgie und Keramik), die der von Osten eindringenden Skythen und die der Sarmaten. Nordwestlich des polnischen Kurorts Hallerowo wurde ein Gräberfeld entdeckt, das gegen 100 Gräber enthält, von denen bisher 14 bloßgelegt wurden. Es sind slawische Gräber der sogenannten Lausitzer Kultur aus der Zeit von 800 bis 500 vor Christus. Sie enthalten Urnen und Bronzegegenstände, die in der prähistorischen Abteilung des Poseners Museums aufgestellt wurden.

**Forschungs-
reisen**

Auf dem Polarschiff *Morrissey*, das schon die *Putnamexpedition* trug, ging eine vom American Museum of Natural History ausgerüstete Expedition von dem Hafen von Seattle aus zur Erforschung des arktischen *Sibiriens*. Sie wollte zunächst Alaska anlaufen, um dort das *Zar-Nicolaus-II-Land* zu durchforschen. Dann sollte sie in Kamtschatka die Eingeborenen studieren und die Mineral-schätze der Halbinsel feststellen. Im nördlichen Sibirien sollten die jahrhundertalten Mumien aufgefunden werden, von denen Reisende wiederholt berichtet haben. Durch Radio teilte der Leiter der Expedition *Harold MacCracken* mit, daß auf einer der Aleuteninseln eine Grabstätte aus der Steinzeit aufgefunden worden sei, die in einem hölzernen Sarkophag 4 durch die Kälte wohlerhaltene Mumien berge. Eine, offenbar die Mumie eines Königs, ist mit Seottergewändern bekleidet. Die anderen sind die Mumien eines Mannes, einer Frau und eines Kindes. Die Mumien gehören der mongolischen Rasse an. Grasgewebte Matten, Häute, Waffen, Kunstgeräte waren in der Grabstätte. Die Funde wurden auf den *Morrissey* geschafft.

Eine Expedition nach *Mesopotamien*, zur Erforschung und Ausgrabung der Ruinen von *Ktesiphon* und *Seleukia* am *Tigris*, wurde von der Deutschen Orientgesellschaft, zusammen mit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, ausgerüstet. Der Kustos der Islamischen Abteilung am Berliner Kaiser-Friedrich-Museum *Ernst Kühnel* geht als archäologischer Mitarbeiter mit.

Eine Expedition nach *Afrika* ging Ende Juli 1928 unter der Leitung *Leo Frobenius*' von Toledo aus, um zunächst nach Kapstadt und Pretoria zu reisen. Sie wurde vom Frankfurter Institut für Kulturmorphologie ausgerüstet. Ein Teil der Expedition will nach dem afrikanischen Süden in das Gebiet der Buschmänner vordringen, der andere, dem *Frobenius* selbst angehört, nach Norden zur Durchforschung des Ruinengebiets von *Siembabwe* im Maschonaland. In Südafrika, in der Nähe des *Limpopoflusses*, entdeckte *Leo Frobenius* die Ruinen eines alten Tempels mit Opferaltären und Tongefäßen. Es soll sich nach *Frobenius* um eine alte Bergarbeiterstadt handeln, da man auch eine Schmelzhütte dort fand. Bronze lag aufgestapelt in der Hütte. Bisher in ihrem Stil unbekannt Zeichnungen schmückten die Wände, wie sie ähnlich von *Frobenius* später in *Siembabwe* aufgefunden wurden.

Anfang November 1928 kehrte *Max Schmidt* von einer mehr als 2jährigen Forschungsreise in *Brasilien* zurück, die er im Auftrag des Berliner Museums für Völkerkunde, mit Unterstützung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, unternommen hatte. Als Ausbeute brachte er nicht nur bedeutendes ethnographisches und archäologisches Material nach Berlin mit sondern auch sprachliche Aufnahmen, vor allem Sagen- und Liedertexte in der *Parassisprache*.

Im Frühjahr 1929 kehrte die deutsche *Indienexpedition*, die das Staatliche Forschungsinstitut für Völkerkunde in Leipzig unter Führung *Egon von Eickstedts* ausgerüstet hatte, nach 3jähriger Arbeit zurück. Ihr Ziel war die Völkerkunde und Anthropologie der indischen Stämme zu klären. Als Ergebnis brachte sie an Material 100 000 Proportionsmessungen, 12 000 wissenschaftliche Photographie, 2000 Sammlungsstücke.

Tagungen

Nach 16jähriger Pause tagte in Oxford wieder ein *Internationaler Orientalistentag*, der 17., der 700 Teilnehmer, unter ihnen eine große Anzahl Inder, vereinigte. Aus Deutschland waren gegen 100 Gelehrte, Universitätslehrer und Mitglieder der Deutsch-Morgenländischen Gesellschaft erschienen. Aus den fast 200 Referaten lassen sich nur einige wichtige Themen nennen: so *Lord Chalmers*' des Kongreßpräsidenten, Vortrag über *Buddha* und *Augustin*, die Berichte *Langdons* und *Wolleys* über die Ausgrabungen von *Jemdet Nasr* aus der vorelamitischen mesopotamischen Kultur im 5. bis 4. Jahrtausend vor Christus und Ur; ferner die Vorträge der Jerusalemer Gelehrten *Albright* und *Mallon* über palästinensische Vorgeschichte. Interessante Hypothesen über die Beziehung des Hebräischen zum Ägyptischen stellte *Jahuda* auf.

Ende Oktober tagte in Barcelona der 4. *Internationale Archäologische Kongreß*. Er brachte eine reiche Fülle interessanter Vorträge und Besichtigungen. Epochenmachend waren die Mitteilungen des Professors an der Universität Upsala *Axel Persson*, der mit dem Kronprinzen von Schweden zusammen die mykenische Niederlassung *Asine* in der *Argolis* untersucht hat, die auf die in *Kreta* und *Griechenland*, wohl in der 1. Hälfte des 2. Jahrtausends blühende mykenische Kultur zurückgeht. Nach einem Versuch der Entzifferung mykenischer Inschriften soll es sich in der mykenischen Sprache um eine vorindogermanische,

dem Albanesischen verwandte Sprache handeln. Soweit die Untersuchungen bis jetzt Schlüsse zulassen, zeigt die mykenische Kultur einen ganz eigenen, nicht griechischen und auch nicht orientalischen, Charakter. Im übrigen beschäftigte sich der Kongreß mit den sehr reichen archäologischen Denkmälern Spaniens, die von der paläolithischen Epoche bis zur iberischen Kultur reichen. Die archäologischen Schätze der spanischen Museen waren für den Kongreß im Nationalpalast der Weltausstellung zusammengetragen worden.

Die Maisitzung der *Berliner Anthropologischen Gesellschaft* war den Völkernschaften des Nordpolarkreises gewidmet. Findeisen berichtete über seine Forschungsreise zu den Ostjaken des Jenissej, die er 1927 unternommen hatte.

Totenliste Am 17. Januar starb in Berlin *Georg Minden*, im Alter von 77 Jahren. Er war Jurist. Aber sein Hauptinteresse galt der Ethnologie, die er durch eigene und besonders auch durch organisatorische Arbeiten förderte. So war er Mitbegründer des ehemaligen Volkstrachtenmuseums, der heutigen Staatlichen Sammlung für Deutsche Volkskunde.

Am 24. Februar starb in Berlin *Eduard Hahn*, im Alter von 71 Jahren. Er hatte Medizin und Naturwissenschaften studiert, später aber an Reisen mit Schweinfurth nach Ägypten und Nubien teilgenommen, wobei ihn ein besonderes Interesse für die Entwicklung der Landwirtschaft und die Geschichte und Geographie der Formen der Bodenbearbeitung leitete. Für dieses Gebiet war er auch seit 1910 in Berlin habilitiert.

Ende Februar starb in Berlin *Oskar Bolle*, im Alter von 72 Jahren. Er hat sich namentlich auf dem Gebiet der brandenburgischen Landeskunde große Verdienste erworben. Die Schönheiten der märkischen Landschaft hat er durch Bilder veranschaulicht, die er auf seinen Wanderungen meisterlich aufnahm.

Ende März starb in Marburg der Professor der Archäologie *Ludwig von Sybel*, ein Sohn Heinrich von Sybels, 82 Jahre alt. Er war Mitglied des Deutschen Archäologischen Instituts und der Griechischen Archäologischen Gesellschaft. Er richtete schon als Privatdozent in Marburg den archäologischen Lehrapparat ein.

Der Sexualanthropologe *Ferdinand von Reitzenstein* starb, 53 Jahre alt, Anfang September in Dresden. Bis kurz vor seinem Tod war er Vorsteher der Ethno-

logischen Abteilung des Deutschen Hygienemuseums in Dresden; seit 1928 Leiter des Hirschfeldschen Instituts für Sexualwissenschaft in Berlin.

Im Alter von 73 Jahren starb Anfang Oktober der Geologe und Paläontologe *Gustav Steinmann* in Bonn. Sein Forschungsgebiet war vor allem Südamerika. Er veröffentlichte 1928 ein Werk *Die Geologie von Peru*. Kurz vor seinem Tod hatte er noch eine Forschungsfahrt nach den indisch-ostasiatischen Gegenden unternommen. Steinmann hat unter vielen anderen Arbeiten auch ein Buch *Die Eiszeit und der vorgeschichtliche Mensch* /1910/ geschrieben.

Am 6. November starb in Cronberg im Taunus der berühmte Erforscher Zentralbrasilien und Lehrer für Ethnologie an der Universität Berlin *Karl von den Steinen*, 74 Jahre alt. Schon früh begann von den Steinen seine Forscherfähigkeit auf eigenen Expeditionen. Als junger Arzt nahm er zunächst an der deutschen Südpolarexpedition nach Südgeorgien in den Jahren 1882 und 1883 teil. Seine bedeutendste Tat ist aber die große Expedition in das damals noch völlig unbekannt innere Brasilien, auf der er den Lauf des Amazonas kartographisch festlegte. Seine Expedition von 1887, ebenfalls nach Innerbrasilien, war vor allem der Erforschung des Lebens und der Kultur der indianischen Volksstämme gewidmet. 1897-1898 führte ihn eine Forschungsreise nach den Marquesasinseln im Stillen Ozean. Er hat die Resultate seiner Untersuchungen in vielbändigen Werken niedergelegt.

Kurze Chronik Das Internationale Institut für Afrikanische Sprachen und Kulturen (siehe darüber den Artikel Thorwirths Erforschung und Gestaltung afrikanischer Kulturen, in diesem Band Seite 1014 und folgende) hat 5 *Jahrespreise* zu je 20 Pfund für die besten Arbeiten von Eingeborenen über Geschichte und Sage, Sitten und Psychologie afrikanischer Stämme ausgeschrieben. ◊ Um den großen Geographen Albrecht Penck zu ehren, der am 25. September 70 Jahre alt wurde, wurde von seinen Verehrern mit Hilfe der Reichsregierung, der preußischen Unterrichtsverwaltung und der Stadt Berlin eine *Albrecht-Penck-Stiftung* gegründet, um alljährlich junge Geographen mit abgeschlossener Hochschulbildung zu Studien ins Ausland senden zu können. Die Stiftung verfügt zurzeit über 50 000 Mark. ◊ Eine starke Bevölkerungszunahme weist *Italien* auf.

Die Zählung des Statistischen Zentralinstituts ergab Ende 1928 eine Bevölkerung von 41 173 000. Das Wachstum ist in der strengen Auswanderungsbeschränkung der fascistischen Regierung begründet. ◊ Unter der Leitung Hugo Obermaiers, der an der Madrider Universität lehrt, wird in einem Museum in Chicago die berühmte *Höhle von Altamira* in der Provinz Santander in natürlichen Ausmaßen reproduziert. Die Höhle ist berühmt wegen ihrer Felsmalereien, die aus der Steinzeit stammen. ◊ Der Ozeanflieger Charles Lindbergh betreibt Archäologie als wissenschaftliche Lieblingsbeschäftigung. Er will mit Wissenschaftlern des Washingtoner Carnegieinstituts Mexico und Zentralamerika überfliegen, um die Ruinen der *Maya* photographisch aufzunehmen. ◊ In München habilitierte sich Hans Diepolder für klassische Archäologie. ◊ Einer der bedeutendsten amerikanischen Archäologen, der Professor an der Columbiauniversität *Franz Boas*, wurde am 9. Juli 1928 70 Jahre alt. Boas wurde in Deutschland geboren. Er promovierte 1881 in Kiel. Seine erste Forschungsreise führte ihn in die Arktis. 1883 und 1884 leitete er die deutsche meteorologische Station auf Baffinsland. Er bestimmte dort die frühere Verbreitung der Eskimos im arktisch-amerikanischen Archipel. Nachdem Boas eine Zeitlang Hilfsarbeiter am Museum für Völkerkunde in Berlin gewesen war, machte er weitere Forschungsreisen nach Nordwestamerika, die sich bis 1897 ausdehnten und reiche archäologische und ethnographische Resultate einbrachten. Er blieb dann in Amerika. Sehr interessant ist Boas' Entdeckung, die er an in New York geborenen Kindern eingewandeter russischer Juden machte, daß die Schädelform nicht rassisch unveränderlich ist sondern sich entsprechend den Lebens- und Wohnbedingungen gestaltet.

Literatur

Das hier bereits in der Rundschau Nationale Bewegung (in diesem Band Seite 836 und folgende) besprochene Buch *Katherine Mayos Mother India* (deutsch Mutter Indien /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/) hat viel Staub aufgewirbelt. Zu unrecht. Es ist das Ergebnis eines tourist trip der amerikanischen Verfasserin, der ihr nicht gerade tiefe Einblicke vermitteln konnte. Reichlich dünnelhaft vom beschränkten Standpunkt einer auf Hygiene und technisches Können stolzen, einseitig stolzen, Zivilisation. ◊ Die Antwort: *C. S. Ranga Iyers*

Buch *Father India* /New York, Louis Carrier & Co./, ist scharf, sehr scharf in der Abwehr, die Notwehr des tödlich verletzten Volkes selbst. Die Parade geschickt: viele blitzende Einzelhiebe. Das Werk ist anregend in der Fülle, wenn auch ohne systematische Verarbeitung, wichtig als Dokument. Es enthält zerstreut zahlreiches wichtiges Material, Dokumente, deren Text genau zu kennen angenehm ist. Ausgezeichnet das historisch-synoptische Kapitel *If Britons withdrew?* ◊ Die englische Ausgabe des Buchs *Das moderne Indien* von *R. Palme Dutt* /Hamburg, Carl Hoym Nachfolger/ erschien 1926 in Indien. Der Verfasser sieht die Dinge vom "kommunistischen" Standpunkt aus. In der Tatsachenvermittlung ist die Arbeit sehr instruktiv, im Urteil greift der Verfasser häufig fehl, da er sich einseitig auf die historische und gegenwärtig-soziale Struktur Europas einstellt. Er übersieht, daß die soziale Indikation von Raum zu Raum wechselt. Für den kritischen Beobachter bleibt das Buch sehr lesenswert. ◊ Eine besonders willkommene Publikation ist *Harold Underwood Faulkners Amerikanische Wirtschaftsgeschichte* /Dresden, Carl Reißner/. In einem Strom schnell verrinnender Amerikaliteratur ein Fels, an dem man sich orientieren kann; gut begründet, solide gebaut. Das Werk umfaßt 2 umfangreiche Bände, für jeden wertvoll, der auf das Studium der Vereinigten Staaten von Amerika Zeit verwenden kann. ◊ Eine Untersuchung des *Institute of Pacific Relations* in Melbourne, betitelt *The Peopling of Australia* /Melbourne, P. D. Phillips & G. L. Wood/, in dem 11 Autoren das Besiedlungsproblem von verschiedenen Gesichtspunkten behandeln, war als Unterlage für die diesjährige Panpazifische Konferenz in Kijoto gedacht. Einige Beiträge seien herausgegriffen: *The Urbanization of Australian Population*, *Some Eugenic Aspects of Australian Population Problems*, *The White Settlement of Tropical Australia*. Um beim letzten einzuhaken: In Queensland ist bewiesen worden, daß selbst Nordeuropäer sich gut in einem tropischen Raum, in dem sie alle Arbeit tun müssen, eingewöhnen können. Allerdings gehören dazu, wie in Queensland, sorgfältige medizinische Behandlung und sanitäre Vorsicht. Für ganz Australien erfährt man aus dem sehr reichhaltigen Werk unter anderm, daß seit 1860 durch natürliche Vermehrung 76 % der Bevölkerungszunahme gedeckt wurden und nur 24 % durch Einwanderung.

Rechtswissenschaft / Karl Steinhoff

Beamtenrecht und Volksbegehren Über die Frage, ob das geltende Beamtenrecht den Beamten die Teilnahme am Volksbegehren über das sogenannte Freiheitsgesetz gestattet oder nicht, sind in der Öffentlichkeit vielfache Erörterungen gepflogen worden. Bei der Bedeutung, die die Frage für das Beamtenrecht und die Rechtsstellung der Beamten überhaupt hat, ist es angebracht sie vom Rechtsstandpunkt näher zu untersuchen. Vorweg entscheidend ist, ob das Volksbegehren die Ausübung eines Wahlrechts oder eines Petitionsrechts darstellt. Die rechtliche Konstruktion des Volksbegehrens nach der Reichsverfassung läßt keinerlei Zweifel darüber, daß es sich um den Ausfluß des Petitionsrechts handelt. Das folgt schon daraus, daß das Wahlrecht geheim ist, während das Volksbegehren öffentlich, sogar, durch die vorgeschriebene Eintragung unter Angabe des Vor- und Zunamens, des Standes oder Berufs und unter Bezeichnung der Wohnung, qualifiziert öffentlich ausgeübt wird. Das Wesen des Volksbegehrens ist somit begrifflich dem Wahlrecht entgegengesetzt, ist insoweit geradezu dessen Kehrseite. Hieraus schon leuchtet ein, daß das Volksbegehren keine Ausübung des Wahlrechts ist sondern eine Art öffentlicher Kollektivpetition an die Reichsregierung enthält. Alle Schlußfolgerungen in der Richtung sind daher irrig, daß der Beamte mit der Eintragung in die Listen des Volksbegehrens lediglich das verfassungsmäßig jedem Staatsbürger zustehende Wahlrecht ausübe, wobei ihm aus den sonstigen Beamtenpflichten eine Beschränkung irgendwelcher Art, da verfassungswidrig, nicht auferlegt werden dürfe. Aus der Petitionseigenschaft des Volksbegehrens ergibt sich vielmehr ohne weiteres, daß jeder Teilnehmer, wie den Inhalt der Petition, so auch den Inhalt des Volksbegehrens zu vertreten hat. Es ist anerkanntes Recht, daß das Petitionsrecht keinen Schutz gegen strafrechtliche oder dienststrafrechtliche Ahndung wegen einer durch Inhalt oder Form des Schreibens begründeten Verfehlung gewährt. Der Reichsdisziplinarhof hat für die Beamten ausdrücklich festgestellt, daß sich kein irgendwie geartetes Gewohnheitsrecht gebildet habe, wonach es unzulässig wäre, daß eine Petition zum Gegenstand einer Disziplinaruntersuchung gemacht würde. Diese Verantwortung kann selbstverständlich dem Beamten nicht dadurch abgenommen sein, daß der

Reichsminister des Innern das Volksbegehren zugelassen hat. Die Zulassung spricht lediglich aus, daß verfassungsrechtliche Bedenken nicht bestehen. Zu weiterer Prüfung ist der Reichsminister des Innern verfassungsmäßig gar nicht berechtigt. Er kann ein Volksbegehren mit beleidigendem Inhalt aus diesem Grund allein nicht zurückweisen. Der Beamte ist also selbst zu der Prüfung verpflichtet, ob der Inhalt oder die Form des Volksbegehrens über das Freiheitsgesetz ihm die Beteiligung gestattet, ohne daß er dadurch gegen seine Beamtenpflichten verstößt und sich disziplinarisch strafbar macht. § 4 des Entwurfs des begehrten Gesetzes bedroht den Reichskanzler, die Reichsminister und deren Bevollmächtigte, die nach dem Gesetzentwurf verbotene Verträge abschließen, mit der Strafe, die auf Landesverrat steht. Es trifft zu, daß diese Bestimmung erst in Kraft tritt, wenn der Entwurf Gesetz geworden ist, daß also die gegenwärtigen Inhaber der bezeichneten Ämter wegen Landesverrats nicht verfolgt werden können. Aber da der Entwurf ausdrücklich den Youngplan und die Beschlüsse der Haager Konferenz als Gegenstand verbotener Verträge im Auge hat, andererseits diese Beschlüsse unter bestimmender Mitwirkung des amtierenden Reichskabinetts gefaßt worden sind, trifft nach dem Entwurf auch jetzt schon der moralische Vorwurf des Landesverrats die amtierenden Reichsminister. Daß dieses auch die Auffassung der Urheber des Gesetzentwurfs ist, geht eindeutig aus dessen Entstehungsgeschichte in Verbindung mit dem gegen den verstorbenen Reichsminister des Auswärtigen Stremmann ganz offen von dieser Seite bereits erhobenen Vorwurf des Landesverrats hervor. Es ist in der gesamten beamtenrechtlichen Literatur und Praxis unbestritten, daß die dem Beamten wie jedem andern Staatsbürger zustehenden verfassungsmäßigen Grundrechte durch die sich aus der besondern Stellung des Beamten zum Staat ergebenden Pflichten, wie sie in den verschiedenen Beamten- und Disziplinalgesetzen festgelegt sind, beschränkt sind. Die Grenzen dieser Beschränkung werden verschieden zu ziehen sein, je nach der Stelle, die der Beamte im Staatsbetrieb einnimmt. Sie werden im allgemeinen bei leitenden Beamten enger zu ziehen sein als bei sonstigen, bei Polizeibeamten wiederum anders als bei denen der allgemeinen Verwaltung usw. Grundsatz der besondern Beamtenpflicht ist, daß der Beamte neben der ordentlichen Verrichtung sei-

nes Dienstes inner- und außerhalb seines Amtes ein würdiges Verhalten zeigt. Hieraus wurde überall und stets gefolgert, daß der Beamte sich insbesondere bei allen öffentlichen Kundgebungen seiner besondern Stellung im Staat und gegenüber dem Staat bewußt bleiben und demnach sein Verhalten der Rücksicht auf das Staatsamt, das er verwaltet, unterordnen müsse. Das Preußische Staatsministerium hat diesen rechtlich feststehenden Gedankengängen in einem Beschluß aus dem Jahr 1925 dahin Ausdruck gegeben, daß das Recht der freien Meinungsäußerung und der politischen Betätigung für den Beamten besonders in den Pflichten seine Grenzen findet, die das Amt ihm auferlegt, in der Treue und Gehorsampflicht, die es ihm verbietet von diesen Rechten einen gleich weiten Gebrauch zu machen wie es jedem andern Staatsbürger gestattet ist, der nicht unter dem Zwang der im öffentlichen Interesse unerläßlichen Disziplin steht. Es kann einem Zweifel nicht unterliegen, daß einer der größten Verstöße gegen die Beamtenpflicht darin beruht seinem vorgesetzten Minister oder überhaupt Ministern den Vorwurf zu machen, daß sie Handlungen begangen haben oder zu begehen im Begriff sind, die nach seiner Meinung mit dem infamierenden Stigma des Landesverrats zu kennzeichnen sind. Jeder Beamte, der sich öffentlich zu einer solchen Auffassung bekennt, und er tut es schon durch Einzeichnung in die Liste zum Volksbegehren, hat damit einen schweren Verstoß gegen seine Beamtenpflichten begangen. Wenn von rechter Seite gegen diese Rechtsauffassung Sturm gelaufen und auf die Grundrechte der Verfassung verwiesen wird, die uneingeschränkt auch für den Beamten gelten, soweit es sich um die Ausübung eines verfassungsmäßigen Rechts handle, so braucht man zur Kennzeichnung solcher Auffassungen gar nicht auf die frühere Verwaltungspraxis des Staatsministeriums im Königreich Preußen hinzuweisen sondern nur darauf, daß diese Auffassung notwendig zur Auflösung des Berufsbeamtentums führen muß. Denn das Berufsbeamtentum hat zum alleinigen Fundament das besondere Treueverhältnis des Beamten zum Staat und die sich hieraus ergebenden, die Grundrechte des Staatsbürgers einschränkenden, besonderen Beamtenpflichten. Wird dieses Fundament angetastet, so folgt daraus die Aufhebung des Berufsbeamtentums. Es müßte zur völligen Destruktion der Staatsverwaltung führen, wenn man dem Berufsbeamten gestatten wollte sei-

ner Regierung, mit der er politisch nicht übereinstimmt, derartige Beleidigungen, wie den Vorwurf des Landesverrats, ins Gesicht zu schleudern. Ob die Befürworter unbeschränkter Beamtenrechte diese Folgerung wünschen, muß bezweifelt werden. Daß sie sich aber einer solchen Folgerung aussetzen, sei hiermit deutlich hervorgehoben. Jedenfalls dürfen die künftigen gesetzgeberischen Arbeiten über Neugestaltung des Beamtenrechts die durch das Volksbegehren aufgeworfenen Fragen nicht ungeprüft lassen.

Internationale Arbeit Vom 31. Juli bis zum 2. August hielt die Internationale Akademie für *Vergleichende Rechtswissenschaft* ihre 5. Jahresversammlung im Haag ab. Sie beschloß dem Internationalen Kongreß für Vergleichende Rechtswissenschaft die Gründung einer Internationalen Rechtsfakultät und einer Internationalen Zeitschrift für Vergleichendes und Internationales Privatrecht vorzuschlagen.

In Warschau wurde am 12. Oktober eine *Konvention über den internationalen Luftbeförderungsvertrag* unterzeichnet. An der Konvention sind 32 Staaten beteiligt; sie ist mit Recht als Anfang und Grundlage eines einheitlichen Luftrechts für die Welt zu bezeichnen.

Vom 10. bis zum 22. Oktober tagte in New York der Kongreß des *Institut de Droit International*. Auf seiner Tagesordnung standen Schiedsgerichtsbarkeit und Vermittlung, Kodifikation des Völkerrechts und des Minderheitenrechts, Schaffung eines Internationalen Gerichtshofs und anderes mehr.

Am 5. November trat in Paris eine vom Völkerbund einberufene Internationale Konferenz zur Ausarbeitung einer *Konvention über das Fremdenrecht* zusammen. Der französische Delegierte Seruis legte in seinem Vortrag die großen Vorzüge einer allgemeinen Konvention gegenüber bloß zweiseitigen Verträgen dar. Der deutsche Vertreter, Georg Martius vom Auswärtigen Amt, erklärte den vorliegenden Entwurf einer Konvention für sehr verbesserungsfähig; es fehle eine weitere Konvention über die Zulassung von Ausländern, ebenso müßten die Rechte der ausländischen Journalisten einbezogen, und die Konventionsbestimmungen auf Mandatsgebiete und Kolonien ausgedehnt werden. Es wurden zur weiteren Verhandlung 4 besondere Kommissionen eingesetzt.

Vom 6. bis zum 8. November fand in Berlin eine Internationale Tagung der *Patentanwälte* statt. Man verlangte: Der

Verfall des Patentrechts durch Nichtausübung soll beseitigt, die Vollmachten der Patentanwälte sollen erweitert werden. Ebenso will man die Anmeldefristen international geregelt sehen. Endlich tagte im November in Paris die Internationale der *Kriminalpolizei*. Der Kampf gegen den Kokain- und Opiumhandel stand auf der Tagesordnung: hier kann in der Tat international notwendige und fruchtbare Arbeit geleistet werden.

Informationsmittel

Im Verlag J. C. B. Mohr in Tübingen erschienen die ersten Lieferungen des von Gerhard Anschütz und Richard Thoma herausgegebenen *Handbuchs des deutschen Staatsrechts*. Dieses Handbuch will einen systematischen Überblick über das gesamte deutsche Reichs- und Landesstaatsrecht nebst der darüber erwachsenen Literatur und Rechtsprechung geben. Nach dem Inhalt der vorliegenden Lieferungen und nach der Auswahl der Mitarbeiter ist zu erwarten, daß das Werk eine Standardleistung darstellen wird. Hans Carl Nipperdey hat einen ausgezeichneten Kommentar in Form von Monographien über die Grundrechte und Grundpflichten der *Reichsverfassung* in Gemeinschaft mit führenden Sachkennern herausgegeben /Berlin, Reimar Hobbing/. Jeder einschlägige Artikel der Reichsverfassung wird eingehend wissenschaftlich analysiert sowie in seiner praktischen Bedeutung behandelt. Die Wissenschaft und mit ihr die Praxis des Rechts werden aus dem neuartigen Werk viel Nutzen ziehen können. Albert Dalckes berühmter Kommentar für *Strafrecht und Strafprozeß* erschien in 22., neubearbeiteter Auflage, besorgt von Paul Dalcke und E. Fuhrmann /Berlin, H. W. Müller/. Literatur und vor allem höchstrichterliche Entscheidungen sind in ihm bis in die letzte Zeit verwertet. Er wird der treue Begleiter aller Strafrechtspraktiker bleiben. Der Kommentar Georg Flatows und Richard Joachims zum *Arbeitsgerichtsgesetz* /Berlin, Julius Springer/ ist der wertvollste und umfassendste dieses Gebiets. Er kann nach Form und Inhalt geradezu als ein Meisterstück der Kommentierkunst bezeichnet werden. Die Bücherei des Arbeitsrechts /Berlin, Reimar Hobbing/ bringt in ihrem 9. Band unter dem Titel *Regelung des Arbeitsschutzes*, insbesondere der Arbeitszeit, von Friedrich Syrup eine allen Praktikern willkommene zusammenfassende und übersichtliche Darstellung der gesamten geltenden Gesetzgebung.

Aufklärungsschriften

Mit der *Todesstrafe* beschäftigen sich wiederum einige Schriften. Der Mörder und der Staat betitelt sich eine von E. M. Mungenast veranstaltete Sammlung von Originalbeiträgen, die die Todesstrafe im Urteil hervorragender Zeitgenossen zeigen sollen /Stuttgart, Walter Hädecke/. Eine sehr eindringliche Mahnung vom religiös-ethischen Standpunkt enthält die Schrift *Todesstrafe und Gottesgericht* von K. F. Engelhardt /Kassel, Neuwerkverlag/. Unter dem Titel *Ab-schaffung der Todesstrafe?* sammelte Helmuth Sohnrey »Stimmen aus dem deutschen Volke« für die Todesstrafe /Berlin, Deutsche Landbuchhandlung/. Die Argumente der Stimmen werden den Gegner der Todesstrafe nicht überzeugen. Die Aufklärungsliteratur zum *Sexualstrafrecht* schwillt immer mehr an, je weiter die Vorbereitungen zum neuen Strafgesetz fortschreiten. § 175 muß abgeschafft werden! Das verlangt eine vom Bund für Menschenrecht in Berlin unter diesem Titel herausgegebene Denkschrift an den Deutschen Reichstag. Zum selben Problem äußert sich ein Beitrag zur Strafgesetzreform § 297 (Unzucht zwischen Männern), unter Mitwirkung von Magnus Hirschfeld, Max Hodann usw. herausgegeben von Richard Linsert /Berlin, Neuer Deutscher Verlag/. Die Broschüre *Max Hodanns Unzucht! Unzucht! Herr Staatsanwalt!* /Rudolstadt, Greifenverlag/ vereinigt, unterstützt von Satiren in Wort und Bild, das reiche Material, das über die bekannten Beschlagnahmen seiner beiden Werke *Geschlecht und Liebe* und *Bringt uns wirklich der Klapperstorch?* gesammelt wurde.

Gemeinverständliche Schriften

Über die Zwangsvollstreckung aus *arbeitsgerichtlichen* Urteilen und anderen vollstreckbaren Urteilen handelt ein gleichnamiges Büchlein von Erich Sommer /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/. Es zeigt die Wege, die sich der Zwangsvollstreckung bieten. Justiz betitelt Walther Rode ein Buch »Fragmente« /Berlin, Ernst Rowohlt/, das eine Anzahl interessanter Dokumente der *Strafjustiz* verschiedener Länder, vor allem Österreichs, enthält. Der auf die Ständeswürde eingeschworene Berufsrichter wird geneigt sein das Buch in Bausch und Bogen zu verdammen. Aber vielleicht darf man hoffen, daß er nach der Lektüre doch über das eine oder andere nachdenken wird. Die Diktion ist beispiellos glänzend.

Das weitverbreitete Interesse gerade für *Kriminalliteratur* sichert den Kriminalromanen stets einen großen Leserkreis. Aus der Überzahl der Erscheinungen, die natürlich von sehr verschiedenem Wert sind, heben sich Arthur Conan Doyles scharfsinnige weltberühmte Sherlock-Holmes-Bücher von selbst heraus. Der Verlag Robert Lutz in Stuttgart gibt die besten von ihnen von Zeit zu Zeit in neuer Auflage heraus; sie sind in ihrer Art auch heute noch unübertroffen. Einige Bände, die in Willes Illustrierter Kriminalbücherei in Berlin erschienen, machen freilich den Eindruck einer Nachlese. Der bloßen Unterhaltung dienen die Bücher Sven Elvestads, zum Beispiel *Der Erpresser* /Stuttgart, Robert Lutz/. Einer bestimmten Tendenz will Frank Arnau's Roman *Der geschlossene Ring* /Baden-Baden, Merlinverlag/ dienen; durch Konstruktion eines absichtlich herbeigeführten Mordverdachts die Hinfälligkeit des Indizienbeweises und die Notwendigkeit der Abschaffung der Todesstrafe zu demonstrieren. Zur selben Gattung von Kriminalromanen gehört Ludwig Kapellers Staatsanwalt Niendorf /Berlin, Ullstein/. Er will bei aller spannenden Unterhaltung auch dem Leser etwas beweisen. Nach Aufzeichnungen eines ehemaligen Zuchthäuslers schrieb Artur Landsberger das Buch *Die Unterwelt* von Berlin /Berlin, Paul Steegemann/; Max Alsberg steuerte eine Schlußbetrachtung über das jetzt so aktuelle Thema bei.

Kurze Chronik Die Juristische Fakultät der Universität Berlin wiederholt für das Jahr 1929-1930 die *Preisaufgabe* des letzten Jahres: »Wie stellt sich das Römische Recht und das Gemeine Recht zu den sogenannten positiven Vertragsverletzungen?« Sie stellt ferner die folgenden neuen Aufgaben: 1. »Kann Nothilfe zugunsten des Staates strafbares Verhalten des einzelnen rechtfertigen oder entschuldigen? Die Frage ist nach geltendem deutschen und mindestens einem der führenden Auslandsrechte zu behandeln.« 2. »Die vertraglich beschränkte Haftung in der Zwangsvollstreckung.« Das Institut für Finanzwesen an der Handelshochschule Berlin veranstaltet ein Preisausschreiben über »Vereinbarungen im Steuerrecht, ihre Arten, Voraussetzungen und Wirkungen«; das Thema ist rechtsvergleichend zu bearbeiten, auch ist Stellung dazu zu nehmen, ob Gesetzänderungen für zweckmäßig erachtet, und gegebenenfalls, welche Änderungen empfohlen werden. ◊ Am 1. Oktober beging die Justiz

das 50jährige Jubiläum des Inkrafttretens der Reichsjustizgesetze und des Beginns der Tätigkeit des Reichsgerichts. Die öffentliche Beurteilung der Tätigkeit des *Reichsgerichts* hat eine Entwicklung durchgemacht, die der politischen Wandlung Deutschlands entspricht. Vor der Staatsumwälzung waren es besonders einige Urteile in Zivilsachen, die in der Wirtschaft vom Standpunkt der Entwicklung des Rechts Kritik fanden. Seit 1918 hat das Reichsgericht oft im Mittelpunkt des politischen Kampfs gestanden, und es blieb von der "Vertrauenskrise" nicht verschont. Allerdings darf nicht verkannt werden, daß bei allem Bemühen um eine zeitgemäß objektive Rechtsprechung auch das Reichsgericht vielfach in Anschauungen befangen blieb, die einer vergangenen Epoche angehören. Man darf den Wunsch aussprechen, daß das Reichsgericht als oberster deutscher Gerichtshof besonders bemüht bleibt sich in den Dienst der modernen Rechtsentwicklung zu stellen und unter Beiseitlassung aller veralteten Anschauungen zu einer wirklich volkstümlichen Rechtsprechung gelangt. ◊ Zum erstmalig wird in diesem Semester an der Berliner Universität ein Kolleg über *Presserecht* gelesen, und zwar vom Ministerialdirigenten Kurt Häntzschel, der einer der besten Kenner des internationalen Presserechts ist; er hat den neuen Pressegesetzentwurf im Reichsinnenministerium bearbeitet. ◊ Das Ordinariat für Öffentliches Recht an der Universität Tübingen wurde *Hans Gerber* aus Marburg übertragen. ◊ Als Nachfolger Eugen Borels wurde der Völkerrechtslehrer *Georges Scelle* in Dijon an die Universität Genf berufen. Scelle, der dem Ruf folgt, wird auch am Genfer Institut für Internationale Hochschulstudien den Lehrauftrag Borels übernehmen.

Literatur Das Werk *Eugen Ehrlichs* Grundlegung der Soziologie des Rechts /Berlin, Duncker & Humblot/ erschien in unverändertem Neudruck der 1. Auflage von 1913. Es hat in seinen geistigen Grundlagen auch heute noch durchaus aktuellen Wert. ◊ In der Sammlung *Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart* /Tübingen, J. C. B. Mohr/ erschien unter dem Titel *Rechtseinheit und Rechtsprechung* die Jenaer akademische Antrittsrede *Hellmuth von Webers*. Sie wendet sich vor allem gegen das Präjudizien-system. ◊ In der von Bernhard Harms herausgegebenen ausgezeichneten Reihe der Kieler Vorträge, gehalten im

Wissenschaftlichen Club des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel /Jena, Gustav Fischer/ erschien der Vortrag *Karl Diehls* Die rechtlichen Grundlagen des Kapitalismus. Er gibt einen guten historischen Überblick und zeigt, daß die Rechtsgrundlagen der kapitalistischen Wirtschaftsform auch heute noch festgefügt sind. ◊ Einen umfangreichen Beitrag zur allgemeinen Staats- und Verfassungslehre liefert ein Buch *Gerhard Leibholz* Das Wesen der Repräsentation unter besonderer Berücksichtigung des Repräsentativsystems /Berlin, Walter de Gruyter & Co./. ◊ Unter dem Titel *Recht und Staat im Neuen Deutschland* gab Bernhard Harms dankenswerterweise Vorlesungen, gehalten in der Deutschen Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung, namens des Vorstands der Vereinigung heraus /Berlin, Reimar Hobbing/. Das Sammelwerk, an dem 29 Autoren beteiligt sind, veranschaulicht von den verschiedensten Standpunkten die Veränderungen, die Verfassungs-, Wirtschafts- und Sozialrecht sowie die völkerrechtlichen Beziehungen Deutschlands seit Kriegsende erfahren haben. Das Werk kann infolge seiner anregenden Tendenz besonders auch den Studierenden empfohlen werden. ◊ Die Heidelberger Rechtswissenschaftlichen Abhandlungen /Heidelberg, Carl Winter/ enthalten im 3. Heft eine sehr instruktive Studie *Sigmund Jeselsohns* über die Begriffe, Arten und Grenzen der Verfassungsänderung nach Reichsrecht. Ein wertvoller Beitrag zu einem aktuellen Problem. ◊ Im 8. Heft der von dem Institut für Internationales Recht an der Universität Kiel herausgegebenen Reihe von Vorträgen und Einzelschriften /Berlin, Georg Stilke/ stellt, unter dem Titel *Rußland und Westeuropa*, *Michael von Taube* Rußlands historische Sonderentwicklung in der europäischen Völkergemeinschaft dar. Das komplizierte Problem wird in interessanter Weise an der Hand eingehender geschichtlicher Wertung behandelt, und das Heft ist, auch wenn man im einzelnen widersprechen wird, eine sehr interessante kritische Studie, die erhebliche neue Gesichtswinkel aufzeigt. ◊ Das Arbeitszeitproblem behandelt *Max Ernst* in einer juristisch-volkswirtschaftlichen Studie unter Berücksichtigung des Völkerrechts /Zürich, Rascher & Co./. Das Buch gibt eine vorzügliche Übersicht über den Stand der heutigen Forschung. ◊ Die Schrift *Ernst Brandis* Der Gesetzentwurf über das Unehelichenrecht und seine Probleme

/Berlin, Alfred Metzner/ verschafft einen zuverlässigen Einblick in den Gesamtkomplex der Fragen, der allen Interessierten gute Dienste leisten wird. ◊ Unter dem Titel *Blutprobe und Vaterschaftsbeweise* bespricht *Max Henke* in einer in München im Verlag der Ärztlichen Rundschau Otto Gmelin veröffentlichten Schrift die Blutgruppenforschung, ihre Anwendung im Vaterschaftsverfahren und deren praktische Ergebnisse in gemeinverständlicher Art. ◊ Einen geistreichen »psychoanalytischen Einblick in die Welt der Paragraphen« gewährt ein Buch *Der Verbrecher und seine Richter* von *Franz Alexander* und *Hugo Staub* /Wien, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/. Es ist ein erheblicher Beitrag zur Wissenschaft der Kriminalpsychologie. ◊ Unter dem Titel *Unschuldig verurteilt* gibt der langjährige Strafanstaltsgeistliche *Paul Kohlstock* Beiträge zur Kriminalpsychologie und zum Strafvollzug /Karlsruhe, Verlag der Religiösen Sozialisten/. Das Buch enthält beachtliches Material und rührt an die Tiefe der Probleme. ◊ In den *Tübinger Abhandlungen zum Öffentlichen Recht* /Berlin, Ferdinand Enke/ behandelt *Erich Kordt* in erschöpfender und übersichtlicher Weise die Stellung der britischen Dominien zum Mutterland nach Rechts- und Verfassungskonvention, *Georg Schwarzenberger* das Völkerbundsmandat für Palästina. ◊ Die von *Franz Exner* herausgegebenen *Kriminalistischen Abhandlungen* /Leipzig, Ernst Wiegandt/ brachten neuerdings eine Studie *Rudolf Wassermanns* über die Entwicklungsphasen der kriminalistischen Forschung, eine Untersuchung *Werner Pitschels* Die Praxis in der Wahl der Geldstrafe, die interessantes Material zutage fördert, eine kriminologische Untersuchung *Harry Trommers* Urkundenfälschung und Betrug im Weltkriege, eine Untersuchung *Alfred Johns* über Erscheinungsformen des Verbrechens, betitelt *Die Rückfall-diebe*. Alle Hefte sind, wie stets, aufschlußreich und klärend. ◊ Einige wichtige *Tagungsprotokolle* seien angezeigt: Vorträge, gehalten auf der Tagung der Vereinigung der Preußischen Staatsanwälte zu Essen am 13. und 14. Oktober 1928, wurden vom Vorstand der Vereinigung herausgegeben /Berlin, Otto Liebmann/. Straffälligenfürsorge als sozialpädagogisches Problem behandelt der Bericht über die Tagung der Berliner Gefangenenfürsorge am 19. und 20. Oktober 1928 (siehe dazu auch die Rundschau Sozialpolitik, in diesem Band Seite 1039).

KUNST**Dichtkunst / Max Hochdorf****Holz †**

Es war ein Sterben im Kampf, das Arno Holz wegnahm. Er starb am 26. Oktober in Berlin, in seinem 67. Lebensjahr. Der Ostpreuße, der 40 Jahre lang die versteinerte Form der deutschen Dichtung sprengte, um seine eigene künstlerische Gestaltung vollenden zu können, wollte nicht nachgeben. Er verzichtete darauf sich vom Epigonentum emporzatreiben und erniedrigen zu lassen. Die Revolution der Lyrik besorgte er ganz allein. Die Kleineren, die seine Gefährten waren, gingen ihren schwärmerischen Gedankenweg für sich und trotzdem als seine Vasallen. Arno Holz wollte nur die Wirklichkeit bändigen. Dem Naturalismus, an dessen Sinn nicht zu deuteln ist, blieb er treu. So wurde er in eine Einsamkeit hineingetrieben, die er eigenwillig kultivierte. Es bleibt historisches Faktum, daß seine Familie Selicke das naturalistische Drama Deutschlands begründete. Was war dieses Drama ganz nach der Natur? Nicht nur die Milieuschilderung, sondern die seelische Vertiefung. Die Menschen, die da auf der Bühne erschienen, hingen von sehr spürbaren und doch wieder geheimnisvollen Dingen ab. Der Dichter wagte es nicht nur das vermeintlich göttliche Feuer in den dramatischen Personen anzubrennen, er holte die Schicksalsverbindungen aus dem Alltäglichen. Dabei muß man nicht glauben, daß Holz sich im Banalen gefiel. Das Spielen mit heiligen Dingen und Motiven erschien ihm gerade deswegen ein Kinderspiel, weil sich da eine hausbackene Gewohnheit der Verklärung des Individuums entwickelt hatte. Die Dichter, die für die Bühne schrieben, aber auch die Lyriker, waren gar nicht mehr mutig genug, um die antiquierten Bilder, den abgeklapperten Reim, den ewigen Leierkasten überwinden zu wollen. Aus der Formmüdigkeit wurde auch eine Müdigkeit im psychologischen Gewissen. Es erlahmte der Griff des Dichters, der an das Leben herantrat. Die Blechschmiede, die aus all dem Geklirr und Geklimper der Dichtung ratterte, war abgebraucht und zerschlagen, und Holz war ein unerbittlicher Phantaser. Hätte er nicht selbst über all dieses Formgeschick verfügt, hätte er es sich erst mühsam aneignen müssen, so hätte er das Grauen über seine allzu fixen Talente bald überwunden. So aber wurde er eines Tages der Leichtigkeit, mit der er die süßen und schwelgerisch ordinären Lyriker nachahmen konnte,

überdrüssig. Er wandte sich von all dem ab, um seine eigene Formreligion zu gründen. Seine Revolution der Lyrik war zunächst eine rein technische Revolution. Nachdem er dieses Werk der Zerstörung geleistet hatte, ging er auch an die Revision des Gedanklichen. Von Natur war er veranlagt mit allen Stilgattungen des Dichterischen zu tändeln, und diese Fähigkeit war bei ihm bis zum Genialischen gesteigert; siehe seine Daphnislieder. Arno Holz hat das wundervoll gemacht. Überhaupt darf nicht übersehen werden, daß er ein prächtiger Parodist war. Sein Riesendrama von den Sozialaristokraten und auch sein Gedankendrama Ignorabimus sind eigentlich nichts als ungeheuer angeschwollene Verhöhnungen der Konvention. Welche Kraft zum Ausnutzen banaler Massenwirkungen Arno Holz besaß, zeigen besonders die Theaterstücke, die er zusammen mit dem (jetzt auch schon toten) Oskar Jerschke verfaßte. Arno Holz übertrumpfte mit seinem Genossen all die erfahrenen Kulissenkenner und brachte außerdem noch einen großen Schwung des Rhetorischen mit, der eine Zeitlang den Theaterbesuchern außerordentlich gefiel. Beinahe wäre Holz ein berühmter und viel gespielter Dramatiker geworden. Doch das rein Dichterische bewahrte ihn immer davor solche Erfolge rein ökonomisch auszunutzen. Arno Holz blieb ein armer Poet, und es gelang ihm nicht seine Individualität so gewaltsam zu unterdrücken, wie die Literaturkaufleute es lieben. Darum befreudete man sich nur eine Zeitlang mit ihm, ließ ihn jedoch dann wieder fallen. Das Schicksal entschied stets gegen Arno Holz. Die Geschichte der deutschen Dichtung wird aber stets für ihn entscheiden.

Mann (Thomas) Von den Deutschen waren 2 Dichter für den Nobelpreis vorgeschlagen: Arno Holz und Thomas Mann. Für Arno Holz setzten sich die Problematiker ein, die verlangten, daß der rastlose Pfadsucher vor der Menschenwelt als das entscheidende Ingenium belohnt werde. Die Akademiker von Stockholm entschieden sich aber für den Vollender und außerordentlich emsigen Konstruktor alles dessen, was von einem deutschen Dichtergeist unserer Tage eingesammelt werden konnte. Mit 60 Jahren war Arno Holz immer noch ein Unvollendeter, immer noch ein Kettensprenger, immer noch ein Genie, das durch die Ungewißheit tappte, durch die Ungewißheit seines Denkens, durch die Ungewißheit seines

Formens. Der Friedlose wünschte sich selber den Frieden, und er hoffte den Frieden noch für seine alten Jahre finden zu können, wenn er sich durch die beträchtliche Geldsumme eine ökonomische Basis für sein Arbeiten geschaffen hätte. Dieser Wunsch wurde nicht erfüllt. Arno Holz wurde begraben. Thomas Mann erhielt den Nobelpreis. Es ist zu sagen, daß er dieses Preises durchaus würdig ist. Er erledigte nicht nur den schon veralteten engbürgerlichen Geist der Vergangenheit in seinem monumentalen Roman von den Buddenbrooks (den jetzt der Verlag S. Fischer in einer neuen guten und billigen Ausgabe herausbrachte). Er raffte auch in seinen Novellen und besonders in seinem Roman vom Zauberberg alle die Energien an sich, die in der streitbaren Jugend unserer Tage erwachten. Er hat, obgleich sein großer Roman mit den ersten Tagen des Kriegswahnsinns endet, schon die Ursachen des Unbehagens erforscht, durch das die deutsche Jugend zur Empörung gegen die Überlieferung gehetzt wurde. Es ist wahr: Ein Kranker, den der Tod schon für sich beansprucht, durchwandert die Erschütterungen des Gehirns und des Gefühls, die zur Überwindung solcher Tradition notwendig sind. Aber vielleicht ist der Romanschriftsteller gerade durch die Wahl eines so kränklichen Helden zu besonderer Straffung des Kunstmittels veranlaßt worden. Er mußte einen Querschnitt durch alle Zeitfragen liefern. Das Hochstaplerium des Sozialen und des Religiösen und des Gesellschaftlichen kontrastierte er mit dem Ringen nach Wahrhaftigkeit. Thomas Mann war allzeit ein außerordentlicher Realist. Ihm fehlte niemals das pittoreske Detail, wenn er einen Menschen von Kopf bis zu den Füßen ankleiden oder von den Füßen bis zum Kopf entkleiden wollte. In ihm waltete stets ein vollkommenes Europäertum, wenn er sich überhaupt an einen Gesellschaftskreis heranmachte. So ertrug man die Schilderung, die er vom höfischen Leben entwarf (Königliche Hoheit) ohne Klage. Er war ein Statistiker des Möglichen und des Unmöglichen, aus dem sich die deutsche Gesellschaft vor dem Krieg zusammensetzte. Er hat die ungewöhnlichsten Auskünfte über das Gefühls- und Ideenleben der Deutschen geliefert. Das begriffen die Ausländer, die ihn lasen, viel besser als die Deutschen. Darum wurden sie auch bewogen ihm den repräsentativsten internationalen Dichterpreis zuzuerkennen. Vergessen wir aber nicht: Thomas Mann, der in der nervösen Kriegszeit zu

mancherlei falscher Schwärmerei neigte, erlebte seinen glücklichen Tag. Er bekehrte sich zu großer Vernunft. Davon legt sein Buch Bemühungen Zeugnis ab (siehe die Rundschau Geistige Bewegung, 1927 I Seite 136). Er lebte sich nicht nur, um Konjunkturen auszunutzen, in den demokratischen Geist hinein, den das moderne Deutschland braucht, um innerhalb der werdenden europäischen Völkergemeinschaft nicht isoliert zu sein. In ihm mischte sich das Visionäre und sogar das Sentimentale stets sehr glücklich mit dem Verstandesmäßigen. Es geschah nicht umsonst, daß dieses Mitglied der Preussischen Dichterkademie in einer seiner schönsten Gedenkrede auf Lessing exemplifizierte, der es gelernt hatte oder aus Natur verstand Intuition und Intellekt mit einander zu verknüpfen. Im vollkommensten Sinn ist Thomas Mann der deutsche Schriftsteller, der für das Volk und für die Internationale des Geistes reden durfte.

Döblin

Vor 70 Jahren gaben Edmond und Jules de Goncourt ihren Roman Charles Demailly heraus, in dem sie die Psychologie des modernen Schriftstellers zu formulieren versuchten. Sie entdeckten die Wichtigkeit des Sozialen, und ihre Entdeckung griff so weit um sich, daß keine Dichterschule es künftig wagen konnte sich aus ihrem Gedankenkreis loszureißen. In diesem helllichtigen Buch wird nicht nur Zeitgeist gegeben sondern auch Zukunftsgeist. Die Brüder Goncourt fragten sich um 1850: Was wird einstmals die Kunstform des Romans werden? Und sie antworteten: Der Romanschriftsteller wird die Summanden der Schicksalsfügungen aneinanderreihen, das $a + b + c$ der Fakta, und es wird sich zeigen, daß ein künftiges Genie auch dieser mathematischen Formulierung des Dichterischen Herr werden kann. An diese Prophezeiung ist zu denken, wenn man Alfred Döblins Roman Berlin Alexanderplatz / Berlin, S. Fischer/ liest. Diese »Geschichte vom Franz Biberkopf« ist dem Äußern nach wirklich diese lexikalische Aneinanderreihung von Tatbeständen, die um den Alexanderplatz, um die Gegend Berlin C, N, O und NO spielen. Es wird eine mächtig aufeinandergepackte Photomontage des Tatsächlichen geboten. Die Zeitung in all ihrer Kraßheit, mit Kinoereignissen, mit Verbrechen, mit Prostitution, Skandalen, mit Morden, Erpressungen, Diebstählen, Einbrüchen, Gerichtssensationen, wird wörtlich abge-

schrieben, nach Tag und Datum, nach Stunde und Witterung, nach Barometer- und Thermometerstand. Und mitten in diesen Wirrwarr wird nun die Geschichte vom Franz Biberkopf eingefügt. Es ist die Geschichte eines Transportarbeiters, der einmal im Geschlechtstaumel seine Geliebte umbrachte, einige Jahre Zucht-haus abbüßte und dann eines Tages wieder draußen steht, mit der Aufgabe das Leben an irgendeinem Zipfel zu fassen. Natürlich kann der Transportarbeiter Biberkopf keinen geraden Weg gehen. Er kommt von unten her, wo die Kinder von alkoholischen Eltern abstammen und auch sonst Schlimmes mit sich herum-schleppen müssen. Dieses tragische Kol-portagedasein ist schnell abzuhaspeln, es ist abzudrehen wie die Walze irgendeines Schinderhanneslieds, das auf Jahrmärkten gesungen wird. Franz Biberkopf, draußen auf der Straße ge-stoßen zu allerhand Gewerbe, als Zeitungshändler, als Zuhälter, als Schmie-rensteher beim Einbruch, als Konknei-pant in Kaschemmen und Asylen, als Paßfälscher usw. usw. Dieses bunte Durch-einander dessen, was aus einem Men-schen werden kann, ist aber gar nicht das Entscheidende des Döblinschen Ro-mans. Das Entscheidende ist auch nicht das Gesellschaftsbild, das von den so-geannten Unterirdischen entworfen wird. Entscheidend ist allein der horrende Reichtum der Ausdrucksmittel, die dem Schriftsteller Döblin zur Verfügung ste-hen, um diese grausige Welt zu schil-dern. Es ist, wie gesagt, das $a + b + c$ der banalsten und alltäglichsten Kolpor-tage. Doch es ist auch der absolute Phototon dessen, was in diesen Kreisen geredet, gedacht, gebetet, gehandelt, ge-logen, behauptet und gelitten wird. Keine Nuance fehlt. Der kleinste Lichtstrahl wird aufgefangen, der geringste Schatten wird aufgefangen. Nichts ist vergessen. Im Gehirn des Sittenschilderers arbeitet eine Maschinerie von märchenhafter Zu-verlässigkeit. Döblin ist stets ein Stück von dem, was er anblickt, was er stu-diert, was ihm ans Herz wächst. Er ge-hört zu all diesen Proleten und Proletariern, zu diesen Prostituierten, zu die-sen Verbrechern, zu diesen Zeitungshän-dlern, zu diesen Inflationsschiebern. Er weiß über alles so vorzüglich Bescheid, weil er eine ganze Lebensgeschichte des-sen gibt, was sein Interesse brennend verfolgte. Er ist ein leiblicher Bruder aller gesunden Menschen und auch alles Gesindels in seinem Roman. Dazu diese stilistische Unmittelbarkeit, diese Genia-lität im Aufziehen der Photomontage.

Erzähler Döblins Buch vom Franz Biberkopf ist von einer ge-wissen Absolutheit. Es er-füllt das, was in der Absicht des Schrift-stellers lag. Die Absicht ist in das Ge-konnte aufgelöst, und man versucht nicht gegen die Problemstellung und ihre Lösung etwas einzuwenden. Döblin zielt auch nicht in irgendwelche Exotik hin-ein. Er weiß, daß in seiner Berliner Hei-mat genügend Tropisches zu finden ist. Er ist eben reif geworden. Die anderen wollen noch reifen. *Alfred Ernst Johann* schrieb einen Roman *Die innere Kühle* (Berlin, Universitas). Der Schriftsteller hat mehr menschliche Vorzüge als lite-rarische. Man spürt: Er ist ein junger Mann, dem der Wind um die Nase blies. Er weiß mit der Landschaft, etwa mit canadischer Prärie und Eiswelt, fertig zu werden. Auch mit den Frauen, die ihm über den Weg laufen. Doch er wurzelt noch sehr stark in dem primitiven Er-lebnis. Gewiß ist interessant, was er von der Hauptperson seines Romans, dem kleinen Weltwanderer, erzählt, der mu-tig ins Zwischendeck hinabsteigt, um sich die Welt anzusehen, auf Farmen schuftet, mit Glücksjägern und Pelzjägern Kameradschaft schließt, in Pennen und Asylen unterkriecht und trotzdem immer noch genügend bei sich bleibt, um zu dichten und zu philosophieren. Das Buch ist durchaus interessant. Aber man fragt sich, wo dieser unterhaltende Schilderer hinauswill. Es ist ein Bild von vielen Welten und trotzdem kein Weltbild. Ein heller und auch gebildeter Erzähler ist *Ernst Freißler*. Sein kleiner Roman *Die Fahrt in den Abend* (München, Al-bert Langen/ erzählt von Abruzzenbauern, italienischer Schönheit und Einsamkeit. Es ist die Alpenlandschaft, die nicht tropisch um den deutschen Besucher wuchert, sondern in unzugänglicher Höhe bezwungen werden muß. Und es sind auch ziemlich unbezwingbare Menschen, für die Freißler wirbt. Er ist aber mehr als ein gewöhnlicher Reiseerzähler. Er hat ein verliebtes Auge und eine sehr gewinnende Darstellungsgabe. Es ist nicht die Großartigkeit der Schicksale sondern die Großartigkeit des Land-schaftlichen, die ihn anzieht.

Rebellenbücher Die Romane des jungen *Hermann Kesten* Josef sucht die Freiheit und Ein ausschweifender Mensch, die in Berlin bei Gustav Kiepenheuer erschienen, quellen über von rebellischer Eigentümlichkeit. Der ausschweifende Mensch ist eigentlich ein Tölpel. Er ist nicht ein zügelloser son-

dern nur ein wurzelloser Mensch. Es ist ihm nicht gegeben die kleinen Unglücksklötze, die ihm das Schicksal entgegen-schleudert, zu überspringen. Es begegnen ihm lauter mißliche Dinge. Die Frauen, die er liebt, entgleiten ihm, sie enden in Prostitution oder Selbstmord. Er selber wird zu einem Strolch, den die ordentlichen Menschen als Zigeuner oder Halbnarren ansehen. Kesten muß sich erst den modernen Stil gewaltsam aneignen, den er kultivieren möchte. Immerhin ist die Energie zu loben, mit der er seinen Kunstweg beginnt.

Weicher, verwöhnt, gefühlvoll erzählt *Ella Kobold-Weygandt*. Ihr Roman *Die ihrer Mutter Namen tragen* /Hamburg, Hans Christians/ ist sehr empfindsam entworfen. Was kann es Rührenderes geben als das Leben des unehelichen Mädchens, das sich zur Selbständigkeit in Liebe und Beruf emporarbeiten will? Aber das Problem wächst der Schriftstellerin über den Kopf. Sie ist gar nicht so kühn wie ihr Problem. Sie ist sehr bald zufrieden, wenn sie sich in allerhand Phantastik hineinspinnen kann. Sie dachte sich ihren Roman als eine schreiende Polemik im Kampf um das Recht des unehelichen Kindes. Aber das Buch, das daraus entstand, wurde doch nur eine Familiengeschichte.

Die russischen Schriftsteller unserer Tage verspüren noch immer das Blut der großen Erzähler ihres Landes in den Adern. Ihnen wird es nicht schwer die Wirklichkeit, die sie erblicken, ohne Verschleierung zu beschreiben. Sie sind Artisten, ohne daß sie es sein wollen. Sie bilden, soweit man über die Herkunft dieser Schriftsteller orientiert ist, schon eine besondere Berufsklasse in ihrem Land. Sie werden gut behandelt und müssen nur dann in der Misere untergehen, wenn ihnen ihr Gewissen nicht gestattet dem bestehenden Regime mit ihrer Feder als getreue Vasallen zu dienen. Aber das kommt nur ganz selten vor, den meisten fällt die vorgeschriebene Gesinnung gar nicht schwer. Der deutsche Proletariendichter *Kurt Kläber*, der einen Roman *Passagiere der 3. Klasse* /Berlin, Internationaler Arbeiterverlag/ verfaßte, kämpft dagegen mit sich, mit seiner Welt, mit seiner Klasse und gegen die Mächte, die ihn und sein Talent einkreisen. Er fühlt sich als Klassenkämpfer, er fühlt sich nicht als gesicherten Exponenten des Landes, in dem er geboren wurde. Der deutsche Schriftsteller, der auf seinen proletarischen Ursprung pocht, ist ein viel stärkerer Revolutionär als der Schilderer des Landes, das vor-

gibt das revolutionärste auf der Erde zu sein. Und darum wird es Kläber sehr schwer gedanklich und auch stilistisch mit den Dingen und Menschen fertig zu werden, die zu beschreiben er sich bemüht. Es ist eine weiche, empfindsame Sprache, deren er sich befließigt. Er ist, wenn man von dem Stofflichen seines Romans absieht, den Schriftstellern der Vergangenheit verwandt, die in der Literaturgeschichte aufbewahrt werden, sonst aber heute vergessen sind.

Historisch-aktuelle Epik Solch Vergessener war *Albert Emil Brachvogel*. Er war ein tüchtiger Liberaler.

Den Kampf um die Gewissensfreiheit begriff er, den Klassenkampf begriff er noch nicht. Wie sollte er es auch, um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, da die Notwendigkeit des Klassenkampfes erst in wenigen Gehirnen aufzudämmern begann? Trotzdem entschloß sich Brachvogel einen Rebellenroman zu schreiben, die Geschichte jenes Dichters Schubart, der gegen seinen württembergischen Tyrannen rebellierte und all seine Courage mit ewiger Kerkerhaft büßen mußte. Der Roman Schubart und seine Zeitgenossen verdiente es vom Burgverlag in Stuttgart wieder ans Licht gezogen zu werden. Die Schubartzeit, das heißt die Zeit des jungen Schiller, ist eine bei freiheitsliebenden Schriftstellern beliebte Epoche. Der Schriftsteller kann sich in der revolutionären Gesinnung jener Epoche selber unbehindert austoben.

Der Roman *Werner von der Schulenburgs Jesuiten des Königs* /Stuttgart, Union/ will auch eine Weltanschauung aufbauen. Doch der Schriftsteller kann sich nicht von der Vergangenheit lösen. Er will das Alte mit dem Neuen derart verquicken, daß die beseitigte deutsche Monarchie unsichtbar auch über der Republik weiter schwebt. Die Jünglinge und Männer, die einst dieser Vergangenheit dienten, fühlten sich als die großen Propagandisten des deutschen Wesens, nach dem verführerischen Euphemismus des Schriftstellers als die »Jesuiten des Königs«. Nach dieser Formel wird dann alles gemünzt. Es entsteht eine Aristokratie der geistigen Beweglichkeit, die sich durchaus nicht ins Alltägliche eingespannt wissen will. Die einstigen Jesuiten des Königs, das heißt die Paladine der großartigen Fürstentümelei, wollen dem Land, wie es heute wurde, durchaus dienen. Sie wollen aber als eine aristokratische Sekte geachtet sein, die tausenderlei Rücksicht und Glorie beanspruchen darf.

Ein ungeheuer phantasiereicher Erzähler ist *Joseph Delmont*. Sein Roman *Juden in Ketten* /Leipzig, F. W. Grunow/ erzählt von den russisch-polnischen Juden, die bedrängt und ausgeraubt wurden. Attentate, Pogrome, Schändungen, scheußliche Mißhandlungen, aber auch der Fanatismus der getreuen Juden, alles das wird berichtet. Dann Verurteilung der jüdischen Rebellen zur sibirischen Katorga und Flucht der Sträflinge durch die sibirische Winterwüste. Es sind großartige Einfälle, die durch das Gehirn Delmonts spuken. Er erspart sich selber nichts, keine Greuel, keine Scheußlichkeit, keine abstoßende Realität, keine romantische Unglaublichkeit, keine rührende Weichheit. Er erzählt unbewußt, gar nicht gezikelt, er ist an aller Kolportage geschult. Doch er ist ein ganzer Kerl, der außerordentlich lesselt und selbst den skeptischen Leser während der Lektüre geradezu verzaubert. Der Schriftsteller kann mit seinem gedanklichen und irdischen Dasein durchaus abenteuerlich in Länder und Lüfte hineinpringen. Soll aber aus diesen Erlebnissen ein Kunstwerk werden, dann enthüllt sich die wahre Natur des Literaten, der im geheimsten zufrieden ist, daß er sich in der Behaglichkeit sonnt. Dieser Hang zur Behaglichkeit ist eher literarischen als sozialen Ursprungs. Und doch deckt sich bei den stärksten Schriftstellern stets die soziale Überzeugung auch mit dem Kunstwillen. *Upton Close* ist ein prächtiger Journalist, auch ein scharfer Beobachter. Sein Buch *The Revolt of Asia*, das vor ungefähr 2 Jahren erschien, zeigte zum erstenmal gründlich, was eigentlich die sogenannte gelbe Gefahr ist. Es zeigte die gesamte innere Kraft des Fernen Ostens, sowohl die immer weiter gehende kapitalistische Entwicklung Chinas wie die Reaktion dagegen, das Aufwachen des chinesischen Proletariats. Nun wollte sich dieser scharfe und sehr kritische politische Schriftsteller in einen Dichter verwandeln. Er schrieb den Roman *Moonlady* /London, G. P. Putnam's Sons/. Dieser Chinesenroman ist jedoch ein ganz kindisches Buch, obwohl von einem Kenner der Verhältnisse. Es wird eine banale Liebesgeschichte zwischen einem Europäerpaar abgehaspelt, das in der ehrwürdigen Kaiserzitadelle von Peking herumspaziert und sich honigsüße Dinge sagt. Natürlich kommen auch allerhand Verschwörer zu ihrem Recht, gelbe und weiße, europäische Gewaltmenschen und chinesische Schwärmer, Konfuziusjünger und Anbeter Henry Fords und Pierpont

Morgans. Doch das Ganze ist nicht mehr als eine Maskerade. Der Journalist *Upton Close* konnte reden, und man hörte ihn gern. Da er nun in seinem Roman auch nur redet und nicht bildet, ver-zweifelt man beinahe.

Sammelbände Der Internationale Arbeiterverlag in Berlin veröffentlicht ein *Volksbuch vom Großen Krieg*. Es ist nicht, wie der Verlag behauptet, das erste Volksbuch vom Krieg. Es ist trotzdem nützlich. Denn Dichter und Denker, Pathetiker und Satiriker, Bürger und Proletarier, Bohemiens und ruhige Friedensfreunde sind vereinigt, um uns die Freude an jedem Blutvergießen zu verekeln. Was der Nachkriegsgeneration besonders nottut. Denn sie schickt sich an, aufgestachelt durch einen vom Angelsachsentum großgezogenen Franzosenhaß, eine Vorkriegsgeneration zu werden.

Ganz fest in ihrer Anschauung, eingesperrt in den festgeschmiedeten Kreis ihrer Gedanken, sind die *jungen russischen Erzähler*, die Erwin Honig in einem, Transvaal genannten, Sammelband vorstellt /Berlin, Neuer Deutscher Verlag/. Diese »Novellen aus dem neuen Rußland« versagen niemals in jener nun schon traditionellen Gesinnung, die die unter dem Protektorat des Bolschewismus stehenden Schriftsteller kultivieren. Sie haben sich mit jeder Erschütterung abgefunden, sie wollen wie Klassiker aufgefaßt werden. Dubios zurechtgebogen ist, was sie verteidigen. Doch man spürt, daß stets ein Stück ihres eigenen Erlebens in ihre Novellen hineingewachsen ist. Auch sie sind das, was sie erzählen, nicht nur im Noblen und Sentimentalen sondern auch im Viehischen. Es ist eine zerstörte Gesellschaft, die sich wieder zusammenfinden will, eine Gesellschaft von Bauern und Räubern, von Kleinbürgern und Intellektuellen.

Hans Christoph Kaergel gab ein *Hermann Stehr-Buch* heraus /Berlin, Horenverlag/, eine Auswahl aus Stehrs weltanschaulichen Dichtungen und Gesprächen mit 15 Bildbeigaben. Stehr ist ein singulärer Dichter, weil er ein mystisch vergrabener, einzigartiger Mensch ist. Wohl gelang es Tausende in den Kreis seiner hohen Poesie hineinzuziehen. Doch das Stehrsche Werk hat noch lange nicht die durchdringende Volkstümlichkeit erreicht. Die Sorgfalt, die der Horenverlag diesem Träumer und religiösen Gestalter angedeihen ließ, ist zu loben. Wenigen Büchern nur möchte man so viele Leser wünschen wie diesem.

Kurze Chronik Den Kleistpreis dieses Jahres erhielten Alfred Brust, für seinen Roman Die verlorene Erde (siehe über ihn diese Rundschau, 1927 II Seite 861), und Eduard Reinacher, für seine dramatische Ballade Bauernzorn; außerdem wurden Walter Cisek, Peter Flamm und Erich Kästner von dem Vertrauensmann der Kleiststiftung, Wilhelm von Scholz, ehrend erwähnt. ◊ Nunmehr hat sich Henri Barbusse auch auf das Gebiet des dramatischen Schaffens begeben. Er hat ein Drama Jésus contre Dieu vollendet, das noch in diesem Winter aufgeführt werden soll. ◊ Der Schwedische Esperantobund gibt sämtliche Werke Selma Lagerlöfs in einer Esperantobausgabe heraus. ◊ Im September erschien der 7000. Band der Reclamschen Universalbibliothek. Zum Ruhm dieses Unternehmens, das jetzt 63 Jahre besteht, kann Neues nicht mehr gesagt werden; es gibt keine Büchersammlung, die sich an Verbreitung und Popularität mit dieser vergleichen ließe. Anzumerken ist aber noch, daß der Verlag nie auf seinen Lorbeeren ausruht sondern seine wirklich universale Bibliothek ständig modernisiert. Unter den letzten Autoren finden wir auch Heinrich Mann (mit seiner Standardnovelle Die Branzilla) und Leonhard Frank. ◊ Für deutsche Literaturgeschichte habilitierte sich Benno von Wiese, der Sohn Leopold von Wieses, an der Universität Bonn.

Musik / Max Bulling

Neues Schaffen Seit langer Zeit hörte man einmal wieder ein neues Werk Eduard Erdmanns, ein Klavierkonzert, dessen 1. Satz am intensivsten wirkte. Das Werk ist im Detail interessanter als im ganzen. Erdmann ist eher eine dionysische als eine apollinische Natur, aber er ist ein so kluger Mensch, daß er seine ungehemmten Emotionen zu organisieren weiß. Daher kommt es, daß er ein, zwar nicht aus der Form, aber aus der Sprache heraus fesselndes Kunstwerk schafft.

Ein interessantes Werk ist Joseph Hauer's Violinkonzert; allerdings in erster Linie interessant im Mißlungenen. Dem Hörer wird deutlich, wie Hauer den Versuch macht ein Violinkonzert im Stil seiner letzten Arbeiten zu schreiben, und wie er beweisen muß, daß in diesem Stil ein Violinkonzert unmöglich ist. Er beginnt ausgezeichnet mit der Gegenüberstellung von Violine und ganzem Orchester. Da es aber nicht möglich ist diese en-bloc-Gegenüberstellung der beiden ungleichen

Kräfte aufrechtzuerhalten, beginnt er nach kurzer Zeit den Stil seines Orchestersatzes zu ändern. Dabei wird er sich, so wie wir ihn kennen, und wie er hier anfang, untreu. Und daraus entsteht, zumal er eine Dreiteiligkeit im alten Sinn: schnell, langsam, sehr schnell, wahr, ein Stilchaos. Diese Stillosigkeit interessiert aber, denn sie zeigt einen Kampf um Form und Inhalt von höchster Eigenart, und im Detail bleiben ganz große Wirkungen nicht aus.

Das 3. Streichquartett Artur Schnabels ist ein groß angelegtes, weitverzweigtes Werk, dessen Werte nach einmaligem Anhören schwer zu würdigen sind. Die Musik ist in ihrer satztechnischen Kompliziertheit, in ihrer unerhört ehrlichen Eigenart und in ihrer konzessionslosen Eigenwilligkeit darum zu einer gewissen äußerlichen Erfolglosigkeit verurteilt, weil sie nur dem Hörer etwas geben kann, der sich mit Aufwendung aller seiner Kräfte von ihr führen lassen will. Ob es heute solche Hörer gibt, ist fraglich. Es gibt wohl auch nur wenige Interpreten, die dazu fähig sind.

Das neue (4.) Streichquartett Bela Bartoks ist ein sehr schönes Stück; gegenüber dem 3. Streichquartett ein großer Schritt zu spielerisch virtuoser Geste. Das Folklore tritt in dieser Arbeit erheblich weniger hervor als in den meisten letzten Arbeiten Bartoks, wenn auch die Ecksätze in seinem rhythmisch-metrischen Stil bleiben. Die Formen der Mittelsätze dieses Quartetts sind außerordentlich streng und geschlossen. Die Einheit von besonderer Technik und Formung wirkte völlig neuartig.

Harmlos, in der Hauptsache nur folkloristisch interessierend war dagegen eine Arbeit Bela Kadosas, eines Landsmanns Bartoks: ein Stück für Violine solo.

Unterhaltungsmusik Von Walter Goehr wurde in Berlin eine Unterhaltungsmusik für kleines Orchester aufgeführt. Der

letzte Satz rettet das Stück. So lustig und einfallsreich Goehr sein kann, so amüsant seine feuilletonistische Begabung ist, die ersten 3 Sätze dieses Stücks bleiben ohne stärkere Wirkung.

Ein wirkungsvolleres, wenn auch etwas harmloseres Erlebnis war die Aufführung der neuen Ouvertüre Ernst Toch's. Unnötig zu betonen, daß auch diese Arbeit Toch's, im Technischen meisterhaft, in der Haltung graziös und unterhaltend ist. Wenn die Ouvertüre nicht mehr sein will, wird sie, an rechter Stelle aufgeführt, gern gehört werden.

Filmmusik

Filme werden von einer Industrie hergestellt, die verdienen will. Darum brauchen Filme nicht unbedingt schlecht zu sein. Meistens sind sie es. Diese Filme werden in Kinoteatern aufgeführt, und der Direktor des Theaters sorgt für eine Begleitmusik. Niemand zwingt ihn zum Film Musik aufzuführen zu lassen. Aber er will dem Publikum etwas bieten, fürchtet, daß das Publikum sein Theater nicht besucht, wenn er keine Musik spielen läßt, und darum beauftragt er einen Kapellmeister mit einer Kapelle, die je nach den finanziellen Umständen größer oder kleiner ist, zum Film Musik zu spielen. Der Kinokapellmeister illustriert den Film, da er nicht irgendeine Musik ohne jeden Zusammenhang mit den Bildern spielen lassen will. Er hat eine große Bibliothek, sucht aus ihr die passenden respektive die ihm passend erscheinenden Stücke heraus und achtet darauf, daß diese Stücke beim Publikum auch möglichst beliebt sind. So entsteht eine Filmmusik, die den Ansprüchen des Filmherstellers genügt, denn der hat nämlich eigentlich gar keine Musikanprüche, und die auch den Ansprüchen des Kinoinhabers genügt, denn der will ja doch nur dem Publikum etwas bieten. Auf den Filmautor braucht man im allgemeinen keine Rücksicht zu nehmen, denn seine Meinungen werden schon vom Regisseur des Films nicht besonders beachtet. Es wäre also eigentlich alles in Ordnung, wenn nicht bei einem kleinen kritischen Teil des Publikums andere Bedürfnisse vorlägen, und wenn nicht der eine oder andere Filmautor oder Musiker Wünsche hätte, die etwas höher hinausstreben. Dieser kleine Teil des Publikums ist aber ziemlich machtlos, denn Fürsprecher in der Presse hat er nur sehr wenig, auf die geldmächtigen Hersteller kann er nicht einwirken, und die lauten Beifallsbezeugungen des größeren Teils beim Anhören der beliebten Schlager übertönen seine eventuellen Meinungsäußerungen auf alle Fälle. Immerhin stammen aus diesem kleinen Kreis die Versuche andere Filmmusik zu machen als bisher geschildert wurde. Es muß zugegeben werden, daß gelegentlich auch die Industrie versucht hat zu einem Film eine Originalmusik schaffen zu lassen. Die Versuche sind vereinzelt, weil der praktische Nutzen nicht sehr hoch ist. Die Gründe für diese seltenen Fälle mögen etwa so sein: Der Film ist so schlecht geraten, daß man ihn durch eine besonders komponierte Musik verbessern, durch die mit einer eigens kom-

ponierten Musik verbundene Propaganda in seiner Wirkung heben will, oder der Film hat so viel gekostet, daß es auf ein paar tausend Mark für Musik nicht mehr ankommt, usw. In weiteren Kreisen ist nicht bekannt geworden, daß jemals ein Film geschaffen wurde, bei dessen Herstellung von Anbeginn ein Zusammengehen mit Musik festgelegt, weil sachlich notwendig war.

Die Anregungen des kleinern Publikumskreises oder der Nachdenklichen oder einiger Autoren gehen auf zweierlei aus: Einige wollen den Film als Kunstwerk, können ihn sich nicht ohne akustische Begleitung vorstellen und verlangen eine wertvolle Musik. Anderen liegt weniger am Film als am guten Niveau der Musik. Diese zweitgenannte Gruppe will die gesamte Filmmusik reformieren, hält es für möglich, daß man zu jedem Film, der wert genug ist aufgeführt zu werden, auch eine Musik schreiben kann, die wert genug ist gehört zu werden. Sie verlangt dabei gar nicht, daß es sich immer um Kunst und Kunstwerk handelt, sie glaubt an eine gute Unterhaltung. In diesem Sinn ist, zumal in Deutschland, bisher sehr wenig gearbeitet worden. Es mag damit zusammenhängen, daß ein Musiker, der sich entschließt eine größere Originalmusik zu schreiben, seine Ambitionen meist so hinaufschraubt, daß es ihm nicht lohnend erscheint Zeit und Mühe für nichts als eine gute Unterhaltung zu opfern. Komponisten wollen meistens mit ihren Werken entweder sehr viel Geld oder sehr viel Ruhm verdienen; beides ist auf diesem Weg kaum zu ernten. Ob und in welcher Form dieses Problem lösbar ist, könnte nur durch viele vorliegende praktische Versuche erwiesen werden. Eine kulturell berechtigte Forderung liegt ohne jede Frage vor, und daß sich ihrer Erfüllung besondere Schwierigkeiten in den Weg stellen, ist eigentlich nicht einzusehen.

Dagegen ist ohne weiteres einzusehen, daß sich der Verwirklichung eines einheitlichen Kunstwerks: Musik plus Film, viel größere Widerstände entgegenstellen. Von vornherein liegen die Verhältnisse so, daß der Komponist gezwungen ist Musik zu einem fertigen Film zu machen. Er ist also in ähnlicher Lage wie ein Tänzer, der zu einem fertigen Musikstück seine Form finden muß, und es ergibt sich praktisch für den Kinokomponisten, daß er entweder mit den bescheidensten Interpretationsverhältnissen aller der Theater rechnen muß, die den Film aufführen wollen, oder daß er sich damit abfinden muß seine Musik nur in weni-

gen Theatern aufgeführt zu hören. Aber selbst für diese wenigen Theater muß er seine Ansprüche sehr zurückschrauben, denn die technischen Aufführungsmöglichkeiten der Filmorchester sind nach jeder Hinsicht beschränkt. Aus diesen Gründen sind die wertvollen Filmmusiken, die uns bisher bekannt geworden sind, dazu verurteilt nur ganz selten und unter besonderen Umständen aufgeführt zu werden. Wie auf vielen anderen Gebieten sind auch hier die Anregungen von den Baden-Badener Musikfesten ausgegangen. Auf einige Versuche sei hingewiesen: Die entzückende Illustration Ernst Tochs zu dem Film Die Kinderfabrik ist leider technisch so schwer und verlangt ein Ensemble, über das im Durchschnitt kein Kinotheater verfügt, so daß mit ihrer häufigen Auführung nicht zu rechnen ist. Die Musik Hanns Eislers, die vor 2 Jahren zu einem Ruttmanfilm in Baden-Baden aufgeführt wurde, steht in ihrer musikalischen Problematik dem Kinopublikum allzu fern. Eine Filmmusik, die auf hohem künstlerischen Niveau steht und wohl auch original nicht zu schwer aufzuführen wäre, war Darius Milhauds Musik zu einem Film von A. Cavalcanti; aber diese Musik ist bereits als Tonfilm aufgenommen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch die technische Entwicklung das ganze Problem der Filmmusik in neue Bahnen gelenkt wird; durch den Tonfilm. Sollte durch dessen technische Vervollkommnung und Verbilligung der Apparatur es wirklich möglich werden, daß in absehbarer Zeit die Mehrzahl aller Filmtheater Tonfilme aufführen kann, dann hätten wir mit Originalmusik selbstverständlich zu rechnen. Dann wäre die praktische Folge, daß alle Theater, die keine Tonfilmapparatur besitzen, auf dem Standpunkt der üblichen Kapellmeisterillustrationen stehen bleiben, und für Tonfilme ergäbe sich die Konsequenz, daß die Lösung der Tonfilmmusikfrage von der Industrie übernommen würde. Daß dabei für die Zukunft ein anderes Geschmacksniveau zu erwarten ist als das Niveau der Filme, wird leider niemand zu erhoffen wagen.

Nicht um vollständig zu sein, sondern um auf stilistische Möglichkeiten hinzuweisen, sei hier noch von einigen Filmkomponisten gesprochen, die in den letzten Jahren beachtet wurden. Die Versuche zu einem Meistersingerfilm oder zu einem Rosenkavalierfilm Zusammenstellungen Wagnerscher respektive Straußscher Musik zu machen waren von vornherein sinnlos. Fast ebenso unver-

stänglich ist die Einstellung Edmund Meisels, der zu Filmen ein ganz großes Orchester spielen läßt. Es ist nicht zu leugnen, daß die rhythmischen oder besser motorischen Empfindungen der Illustration Meisels oft sehr wirkungsvoll waren. Aber die sich übermäßig vordrängende Wirkung greller und lauter Klänge schädigt das Verhältnis des Bilds zur Musik in unerträglichem Maß. Für den Kinobesucher bedeutet es eine Qual auf brutale Weise vom Bild abgelenkt und zum Hören gezwungen zu werden. In diesem Sinn ist die Art der musikalischen Illustrationen Paul Dessaus und Erich Dransmanns sehr glücklich. Dessaus Verzauberter Wald ist witzig, charmant, dabei durchaus illustrativ und unterhaltend. Ein großer Vorzug ist ferner, daß er auf die technischen Möglichkeiten des Kinooorchesters eingestellt ist.

2 interessante Versuche seien noch erwähnt: Vor 2 Jahren komponierte, wie damals hier berichtet wurde, Paul Hindemith für Baden-Baden eine Musik für einen Film Felix der Kater. Er schrieb diese Musik für mechanisches Klavier. Er ging von dem Standpunkt aus, daß mit künstlerischen Leistungen in kleinen und kleinsten Kinotheatern bei den Musikern kaum zu rechnen sei, und wollte die Frage der Musik unabhängig von der Unzulänglichkeit der Interpreten lösen. Sein anderes Argument war, daß er es als Widerspruch empfand eine illustrative Ausdrucksmusik zu den Bildvorgängen spielen zu lassen. Seine Musik war stilistisch völlig auf Bewegung und Beweglichkeit eingestellt. Praktisch dürfte auch dieser interessante Standpunkt erledigt sein; denn kein Kinobesitzer wird bei den Möglichkeiten des Tonfilms jetzt an mechanische Instrumente denken. Einen andern Weg ging der Kapellmeister Kurt Herweg. Er improvisierte am Flügel während der Filmvorführung. Diese Versuche machte er in der Kamera in Berlin, und es muß zugestanden werden, daß sein Spiel eines der interessantesten Musikerlebnisse war, die man bisher in Filmtheatern haben konnte.

Das Interesse für Filmmusik ruht in einem gewissen Sinn. Es steht zurück hinter dem Interesse für die Entwicklung der Technik des Tonfilms. Bleiben die Musiker aber in diesen Dingen so lange untätig, bis die Tonfilmindustrie über gute, verwendbare Apparaturen verfügt und gleichzeitig die Diktatur fest in Händen hält, dann wird jener kleinere Teil des Publikums, von dem eingangs gesprochen wurde, auch in diesem Fall wieder der Geschädigte sein.

Kurze Chronik Den 1. Preis in dem Franz-Schubert-Preisausschreiben des Musikverlags Gebrüder

Hug gewann Hermann Wunsch mit einer Komposition Chor der thebanischen Alten, den 2. Preis Hugo Hermann für ein Chorpastoral, den 3. Preis Albert Moeschinger für einen Chor nach Lenaus Posthorn. Der Sozialistische Kulturbund erteilte 3 Kompositionen von Hermann Wunsch, Berthold Goldschmidt und Hermann Pillney Preise und ließ ihre Uraufführung von Frankfurt am Main durch Rundfunk übertragen. ◊ Am 3. November wurde in Berlin in der Wohnung des Architekten Hans von Schlippenbach eine Aufführung der kleinen Oper *Jean Jacques Rousseaus Le Devin du village* veranstaltet. Damit sollte eine neue Einrichtung der Öffentlichkeit übergeben werden, die, durch Beiträge von Gönnern und Freunden der Kunst ermöglicht, der Einführung junger künstlerischer Talente zunächst vor einem kleinen Publikum dienen will. Die Rousseausche Oper, die bekanntlich die Entwicklung des nationalen französischen Singspiels eingeleitet hat, erwies sich als immer noch wirkungsvoll und ergötzlich. ◊ In seinem einstigen Wohnhaus in der Dauphiné fand bei einer Durchsicht seiner Schränke Valentine Berlioz, eine Verwandte *Hector Berlioz'*, ein bisher unbekanntes Manuskript, das anscheinend einen der Versuche zu dem Duo aus den Trojanern darstellt. ◊ Vom 30. September bis zum 5. Oktober tagte in Hannover die *Reichsschulmusikwoche* dieses Jahres, die in zahlreichen Vorträgen die hohe Bedeutung der Musikerziehung für das Kulturleben des ganzen Volks darzulegen suchte. Beziehung zwischen Deutschunterricht und Musik an höheren Schulen, Die Schulgattungen im Spiegel der Musik, Individuum und Gemeinschaft, Probleme der Musikorganisation waren einige der Themen, die dort behandelt wurden. Besonders wurde auch auf die zentrale erzieherische Bedeutung des Chorgesangwesens hingewiesen und eine Zusammenarbeit der Schulmusiker mit der Interessengemeinschaft für das deutsche Chorgesangwesen angebahnt. Leo Kestenbergs laßte das Ergebnis der Tagungsarbeit in den Worten zusammen: »Vivere non necesse est, cantare necesse est«. ◊ Vom 5. bis zum 8. Oktober fand im Anschluß an die Reichsschulmusikwoche in Mainz eine *Musikpädagogische Tagung* statt. ◊ Mitte Oktober wurde in Frankfurt an der Oder ein Musikheim eröffnet, das vor allem der musikalischen *Ausbildung der Volksschullehrer* dienen soll.

KULTUR

Außenkolonisation / Herman Kranold

Britisch Honduras Britisch Honduras ist eine kleine, auf dem Festland Mittelamerikas gelegene Kolonie,

die im Norden von dem mexicanischen Distrikt Yucatan, im Westen und Süden von der Republik Guatemala und im Osten vom Karaischen Meer begrenzt wird, das sich an der Südost-ecke als Bucht von Honduras und an der Nordost-ecke als Bucht von Chetumal tief in das Festland hineingräbt. Der Sitz der zentralen Verwaltungsbehörde ist die kleine Stadt Belize an der Mündung des gleichnamigen Flusses, der, von Südwesten her aus Guatemala kommend, die ganze Kolonie durchquert. Zur Kolonie gehören noch die in einer weitverstreuten Gruppe der Hauptstadt vorgelagerten Turneffeinseln. Die Kolonie reicht ungefähr von 16° bis 18° nördlicher Breite. Sie ist an der Küste flach, sumpfig, lagunenreich. Hinter diesem schmalen Streifen aber stellt sie, wenn man von den Flußtälern absieht, die sich oft zu Seen erweitern, die jedenfalls zum Teil schlechten Abfluß haben, ein recht wildes, in einzelnen Gipfeln ziemlich hoch ansteigendes Bergland dar; dieses enthält in seinem Süden erhebliche, noch wenig erforschte Flächen, da es infolge der Gebirgsgestaltung schwer zugänglich und für moderne intensive Wirtschaft kaum brauchbar, also für manche Forscher wenig interessant ist. Die Bevölkerung liegt infolgedessen unter 1 auf den Quadratkilometer; dichter bevölkert sind eigentlich nur die Küste und zum Teil die Fluß- und Seetäler. Der Vegetation nach gehört das Gebiet als ein nördlich vorgestreckter Ausläufer in der Hauptsache zu dem riesigen tropischen Waldkomplex, der Mittelamerika vom südlichen Isthmus von Panama bis zum nördlich gelegenen Isthmus von Tehuantepec erfüllt.

Soweit landwirtschaftliche Siedlung begonnen wurde, hat man sie in den tropischen Forst hineingerodet; das bedeutet, daß der Urwald das Land, wenn es einige Zeit unbestellt bleibt, sehr bald zurückerobert. Nun sind die Indianer und Neger, Mulatten und Mestizen, die den Hauptteil der Bevölkerung bilden, zwar fleißige und geschickte Landwirte, und das selbe kann man auch von den Indern sagen, die, zunächst als Kulis für die Zuckerplantagen von Ostindien hinübergeschafft, sich nach und nach in nicht unbeträchtlicher Zahl als Bauern selbständig gemacht haben. Sie alle ver-

fügen aber kaum über brauchbares Arbeitsvieh, da der Futterbau besonders schwierig ist und sich nur ausnahmsweise lohnt; ihre Geräte sind außerordentlich primitiv, und sie selbst sind wie die Landbevölkerung in den meisten Tropengebieten durch chronische Krankheiten (Malaria, Hakenwurm, Trematoden) in ihrer Körperkraft stark geschädigt, so daß sie weder den Boden tief ritzen noch größere Baumstümpfe aus ihm entfernen können. Der Feldbestellung steht deshalb nur die oberste, vielleicht 20 bis 25 Zentimeter dicke Bodenschicht zur Verfügung, und die Saatreihen müssen die größeren Baumstümpfe umgehen. Dadurch wird auch der Gebrauch des Pflugs nahezu unmöglich; infolgedessen werden die Nährstoffe im Boden, die ohnehin in den Tropen wegen der intensiven Klimawirkung einem schnelleren Abbau unterliegen als in gemäßigteren Breiten, bei der Kultur von Getreide, Mais oder Knollengewächsen (Maniok, Yams, Bataten) schnell erschöpft. Düngung ist, abgesehen von den Stellen, die durch Überschwemmungen von Zeit zu Zeit mit nahrhaften Sinkstoffen der Flüsse überzogen werden, unbekannt. Nur einzelne unternehmende und besonders fortgeschrittene Gärtner verwenden Naturdünger; Kunstdünger kommt in der Eingeborenenlandwirtschaft kaum vor. Bei 1jährigen Kulturen muß also das Land zur Wiederherstellung seiner Nährstoffe nach höchstens 2maliger Benutzung der Brache überlassen werden. Während dieser Zeit regeneriert sich, von den überlebenden Baumstümpfen ausgehend, der tropische Forst sehr schnell, wenn auch leider gerade die wertvollen Bäume dabei meistens nicht wieder zum Vorschein kommen.

Der Ackerbau spielt aber als Bauernbetrieb nur eine untergeordnete Rolle im Land. Erst neuerdings bemüht man sich überhaupt ihm eine größere Ausdehnung zu geben. Ein Ergebnis dieser Bemühungen ist H. C. Sampsons Report on Development of Agriculture in British Honduras / London, H. M. Stationery Office/. Aus dieser und anderen Quellen ergibt sich, daß landwirtschaftlich wichtiger als der die Nahrung der Bevölkerung erzeugende Ackerbau bisher der teils in bäuerlichen Wirtschaften, teils und vorwiegend in Plantagen betriebene Anbau von Exportprodukten war. Zu den auf diese Weise angebauten ausdauernden Kulturen gehören die Banane und ihre größere, für den Export noch wenig in Frage kommende Abart, der Pisang, der einen erheblichen Beitrag zur Eingeborenen-

ernährung liefert, und von dem im Land Kulturen beobachtet sind, die 20 Jahre nach der Anlage immerhin noch leidliche Erträge brachten. Neuerdings sind aber diese beiden Kulturen und die bisher allein wichtige Plantagenkultur, das Zuckerrohr, durch bakterielle Krankheiten (Panama- respektive Mosaikkrankheit) zum großen Teil vernichtet worden, außerdem ist die Zuckerrohrkultur in Mittelamerika heute nur noch rentabel, wenn sie in geschlossenen Komplexen um große Zuckerfabriken herum erfolgt; das war aber in Britisch Honduras nie der Fall, und so ist der Zuckerrohranbau auch da, wo die Mosaikkrankheit sich nicht eingestellt hat, ziemlich unrentabel geworden.

Daß aber Honduras einer schweren langfristigen Wirtschaftskrise entgegengieht, ja zum Teil schon so deutlich erkennbar in ihren Anfängen steckt, daß die britische Verwaltung endlich alarmiert wurde und nach neuen Wirtschaftsgrundlagen sucht, hat seinen Grund nicht in der Dürftigkeit des Ackerbaus und nicht im Zusammenbruch der Bananen-, Pisang- und Zuckerrohrkultur, weil all dies ebenfalls bisher immer nur eine ganz untergeordnete Rolle in der Wirtschaft des Landes spielte. Der Grund der Krise liegt vielmehr auf anderm Gebiet. Britisch Honduras ist, seit es überhaupt in den Bereich der Weltwirtschaft einbezogen wurde, ähnlich wie das nördlich angrenzende Yucatan und sehr im Gegensatz zu Guatemala, ganz vorwiegend ein Gebiet gewesen, das im Raubbau den Bestand der tropischen Forsten an wertvollen Bäumen ausbeutete.

Zu diesen gehört vor allen der Chiclebaum, eine Palme, deren Saft ein kautschukähnliches Produkt liefert, das in neuerer Zeit von Nordamerika in immer größeren Mengen und zu scharf steigenden Preisen aus dem Markt genommen wird, weil es den Hauptbestandteil des mit der amerikanischen "Kultur" überall vordringenden Kaugummis bildet. Chicle wird, ähnlich wie Kautschuk, durch Anzapfen des Baumstamms und Sammeln des dann ausströmenden Milchsafts gewonnen. Anders aber als bei den Kautschukbäumen wächst die Zapfwunde nur sehr langsam zu; die Bäume können nur alle 3 Jahre einmal angezapft werden, der Saft fließt jedesmal überhaupt nur kurze Zeit, und die Bäume werden durch das Anzapfen so geschwächt, daß sie nach dem 3. Mal in der Regel absterben. Der Baum wächst sehr langsam. Künstlich wurde er bisher nie angepflanzt. Aber auch dem natürlichen Nachwuchs

günstige Bedingungen zu schaffen hat man bisher versäumt. Außerdem zapfen die meist nach der Menge des gesammelten Produkts bezahlten Arbeiter vorwiegend die besten Bäume an, so daß also als Reserve für spätere Zeiten eigentlich nur die schwachen Bäume übrigbleiben. Nach dem Urteil Sampsons ist es nur eine Frage der Zeit, wann diese Produktion heftig abstürzen muß. Bisher hat der steigende Preis die Chiclesammler immer noch veranlaßt tiefer in die Wildnis vorzustoßen und so an unerschlossene Bestände heranzukommen. Es ist ganz klar, daß dieses Verfahren einmal zu Ende kommen muß. Ein noch nicht angezapfter Baum ist heute in großen Gebieten schon eine Seltenheit, und meist handelt es sich dann um einen ganz minderwertigen Baum.

Ein anderes wertvolles Holz ist der Blauholzbaum, der einen früher sehr stark verwendeten, in saurer Lösung roten, in alkalischer Lösung blauen Farbstoff, das Hämatoxylin, liefert; dieser Farbstoff ist aber heute, außer für Zwecke der wissenschaftlichen Mikroskopie, ähnlich wie andere natürliche Farben, zum Beispiel Indigo und Cochenille, vollkommen durch Kunstprodukte verdrängt. Hier sind die Bestände nicht erschöpft, aber die Nachfrage nach dem Farbstoff ist so gering, daß von dem Holz des Baums im Jahr 1927 im ganzen nur noch für 34 000 Mark exportiert werden konnte.

Der wertvollste bisher ausgenutzte Baum der Waldungen des Landes ist der Mahagonibaum. Bis 1923 war die Ausfuhr seit langen Jahren von ziemlich unveränderter Größe, seitdem hat sie sich aber so außerordentlich schnell erhöht, daß sie 1927 2½mal so groß war wie 1923. Diese Erscheinung, die in allen Ländern zu beobachten ist, in denen wilde Mahagonibestände ausgebeutet werden, ist auf die unbegrenzte Aufnahmefähigkeit des schnell reich gewordenen amerikanischen Markts für dieses schöne Holz (zur Möbelherstellung und Innenarchitektur) zurückzuführen. Daß aber der Nachfrage das Angebot auch nachkommen konnte, liegt überall und auch in Honduras an der neuzeitlichen Veränderung der Transportverhältnisse. Aus dem Innern des Landes kann das Holz in die Häfen, in denen es nach Übersee verfrachtet wird, beim Fehlen von Eisenbahnen nur auf den Wasserwegen gefloßt werden. Es muß also vom Ort der Gewinnung an die Flüsse geschafft werden, in deren Schwemmtälern der Baum nicht wächst. Das geschah bisher durch Ochsenspanne (woraus es sich auch erklärt,

daß die meisten Ochsen in Britisch Honduras in den Urwaldsregionen vorkommen), und diese hatten nur eine sehr begrenzte Reichweite; ungefähr 12 Kilometer vom Fluß entfernt lohnte es sich noch Bäume zu fällen, darüber hinaus wurden die Transportkosten zu groß. Jetzt hat aber der mit Rohöl und neuerdings sogar oft mit Holzabfällen geheizte Schlepper seinen Einzugs gehalten. Dadurch ist der Aktionsradius des Transportmittels auf ungefähr 20 Kilometer erweitert worden. Außerdem haben die besseren Preise es ermöglicht Feldbahnen anzulegen, so daß erst von deren Endstation an die neue 20-Kilometer-Zone zu rechnen ist. Man darf sich nun nicht etwa vorstellen, daß in tropischen Urwäldern von so wertvollen Bäumen wie Blauholz, Chicle oder Mahagoni geschlossene Bestände vorkommen, wie wir sie in unseren deutschen, fast ganz gepflanzten Wäldern zu sehen gewohnt sind; sondern bald hier bald da steht, untermischt mit zahlreichen, sehr verschiedenen, wirtschaftlich durchweg uninteressanten Bäumen, einmal ein solcher Baum. Ein Mahagoni führender Wald zählt schon als guter Durchschnitt, wenn auf dem englischen Morgen (rund 40 000 Quadratmeter) 1 Baum steht. Natürlich hat die Steigerung der Ausfuhr auch dazu geführt, daß es wirtschaftlich wurde schwächere Bäume zu schlagen, während früher nur die dicksten Stämme genommen wurden. Früher blieb also noch eine Menge Bäume stehen, die Samen streuten, so daß, während diese Bäume bis zur Schlagreife heranwuchsen, neue junge Bäume aufkamen. Jetzt aber schlägt man alle Bäume, wenn sie kaum Samen tragen, so daß der natürliche Nachwuchs auch hier abgeschnitten ist. Als Samenstreuer kommen nur einzelne Bäume in Frage, die so alt sind, und deren Holz so schlecht ist, daß es sich auch heute nicht lohnt sie zu schlagen. Da es sich aber dabei um Bäume handelt, die in früheren Jahren trotz vielmaligem Suchen übersehen wurden, so sind sie sehr selten. Immer weiter um die Flüsse herum erstreckt sich daher die Zone der fertig ausgebeuteten Mahagonivorkommen, und bei dem heutigen Tempo der Ausbeutung wird auch bei dieser Holzart der Erschöpfungspunkt bald erreicht sein. Eine Nachpflanzung von Bäumen hat man bisher nicht vorgenommen.

Britisch Honduras ist ein Beispiel für ein Kolonialgebiet, dessen wirtschaftliche Verhältnisse sich in völliger Umwandlung befinden. Nach den Feststel-

lungen Sampsons ist der Übergang zur eigentlichen Landwirtschaft dringend geboten. Bisher kann man von einer solchen, das heißt von einer Bepflanzung des Bodens, die mit einer wirklichen Bearbeitung verbunden ist, kaum reden. Sampson schreibt darüber drastisch, aber einleuchtend und anschaulich: »Gelegentlich sieht man eine Hacke, und während meiner Reisen sah ich im ganzen 6 Pflüge, von denen keiner voll benutzt wurde. 3 von ihnen waren Doppelfurchen ziehende Diskusflüge mit Trekker; einer von ihnen war bis zu meinem Besuch nicht benutzt worden, einer gehörte der Gewerbeschule im Tal des Stannbachs, und mit dem 3. waren 4 Hektar Land für die Anpflanzung von Grapefrucht bearbeitet worden. Von den übrigen 3 Pflügen war einer kürzlich auf einer Zuckerrohrplantage im Norden entdeckt und für den Gebrauch geflickt worden; er hatte 30 oder 40 Jahre lang dagelegen. Der 2. war ein kleiner amerikanischer Einfurchenpflug, kürzlich importiert, aber noch nicht benutzt, und der 3. ein schmaler Schaufelpflug, der auf einem sandigen Grundstück zur Vorbereitung für den Gemüseanbau ein bißchen benutzt worden war. Das hauptsächlich landwirtschaftliche Werkzeug, wenn man es so nennen kann, ist der Hirschfänger (Machete); er dient für die meisten Zwecke, zum Beispiel Graben von Pflanzlöchern, Abschneiden des Buschholzes, Ausjäten, Mähen usw. Zur Reisernte wird ein Taschenmesser benutzt, jede Ähre wird einzeln abgeschnitten. Man kann sich denken, daß bei dieser Methode das Abernten eines Reisfelds langwierig und teuer ist.«

Die Feststellungen haben ergeben, daß erhebliche Teile des Landes für den Anbau von Mais, Kuherbse, schwarzen Bohnen, Tabak, Reis, ferner von ausdauernden Pflanzen wie Bananen und Pisangs, sofern man seuchenfeste Arten findet, Grapefrucht und lockerhäutigen Orangen (Tangerinen), Kakao, liberischem Kaffee, Kokospalmen geeignet sind. Faserpflanzen scheinen in der Hauptsache zu versagen, und beim Zuckerrohr müßte erst eine gegen die Mosaikkrankheit immune Sorte gezüchtet werden, was zwar auf Java glänzend gelungen ist, in Honduras aber noch nicht; die javanische Spielart dürfte auch für Mittelamerika kaum taugen, und außerdem verhindern die niederländischindischen Kolonialbehörden die Ausfuhr von Saat und Stecklingen. Möglichkeiten einer neuen Entwicklung bestehen also sicherlich. Vorläufig hindert aber die

Bodensperre jeden Fortschritt; denn das Land ist, soweit es sich zum Ackerbau eignet, größtenteils Eigentum einiger Aktiengesellschaften. Es müßte also der bäuerlichen Bewirtschaftung erst durch tiefeingreifende agrarpolitische Maßnahmen zugänglich gemacht werden.

Informationsmittel

Über *Palästina* liegen 3 zionistische Quellenveröffentlichungen vor: zunächst der in London gedruckte und durch die zionistischen Organisationen zu beziehende Bericht der gemeinsamen Palästina-Kommission (Mitglieder: Alfred Lord Melchett, Lee K. Frankel, Felix Warburg, Oskar Wassermann), ferner der Bericht der Exekutive der zionistischen Organisation an den 16. Zionistenkongreß, herausgegeben vom Hauptbureau der zionistischen Organisation in London, schließlich der 1. Fünfjahresbericht des zionistischen Instituts für Landwirtschaft und Naturwissenschaft (Report Covering a Period of 5 Years 1921 to 1926, der im Verlag des Instituts in Tel Aviv erschien). Die Berichte enthalten sehr viel Material, das freilich zum großen Teil mit scharfer Kritik gelesen werden muß. Die bisherigen Arbeiten des Landwirtschaftsinstituts haben schon hübsche Ergebnisse gebracht; bedeutender sind allerdings die guten Vorsätze. Über die Wälder der *Sahara*, soweit man von solchen sprechen kann, äußert sich, von hübschen Bildern unterstützt, sehr interessant eine kleine Schrift L. Lavaudens (Les forêts du Sahara /Paris, Berger-Levrault/).

Der Jahrgang 1929 des Yearbook of The Bermudas, The Bahamas, British Guiana, British Honduras and the British West Indies /London, Canadian Gazette/, ein sehr reichlich mit Bildern ausgestatteter Band, bringt, wie die früheren Bände, das auf den neuesten Stand gebrachte Zahlenmaterial über die *mittelamerikanischen* Besitzungen Englands und außerdem wertvolle einmalige Abhandlungen, so über die Beziehungen zwischen Canada und Westindien, über die Westindische Konferenz in Barbados im Januar 1929 und anderes mehr. In einem Anhang ist auch wieder das wichtigste Zahlenmaterial über die nichtbritischen Gebiete Mittelamerikas wiedergegeben.

Propaganda

Der Propaganda für den Kauf von Waren aus den *britischen Kolonien* dienen eine sehr geschickt verfaßte Flugschrift des Empire Marketing Board, betitelt Why Should We Buy from the Empire?

und ein von der selben Stelle in London herausgegebener Kalender, der *Fruits and Vegetables of the Empire* genannt, unter Beifügung von Kochrezepten, nach Monaten geordnet, der englischen Hausfrau sagt, wie sie das ganze Jahr über ihren Haushaltsbedarf mit Produkten des Britischen Reichs bestreiten kann.

Sehr ansprechend und sehr gemeinverständlich, dabei aber doch sachlich gut unterbaut und von scharfem Urteil getragen ist das Buch Louis Cros' über *Französisch Afrika* (*L'Afrique Française pour tous* /Paris, Albin Michel/). Es handelt sich im ganzen um ein Propagandawerk. Um so bemerkenswerter ist die rückhaltlose und sehr ins einzelne gehende Kritik an der Zwangsarbeit, soweit sie in Französisch Afrika noch besteht. Madagascar und Nordafrika behandelt das Buch nicht. Über gelegentliche, wenig motivierte deutschfeindliche Ausfälle kann man hinwegsehen. Sehr merkwürdig ist, daß der Verfasser trotz seiner ausgesprochenen Eingeborenenfreundlichkeit in den sentimental Fehler verfällt den Eingeborenen die Kenntnis des Französischen vorzuenthalten zu wollen, während gerade in diesem Punkt die französische Kolonialverwaltung verständiger ist als zum Beispiel die englische. Wenn Cros der Meinung ist, daß der Arbeitermangel im tropischen Afrika durch Erntemaschinen beseitigt werden könnte, so übersieht er, daß ein großer Teil der Bestellungs- und Pflanzarbeit voraussichtlich noch lange Handarbeit bleiben muß, und daß die Erntemaschinen Entscheidendes zur Bekämpfung des Arbeitermangels nur würden beitragen können, wenn dadurch für das ganze Jahr der Arbeitsmarkt zu einem geringern Menschenbedarf käme; das ist aber nicht der Fall. So ließen sich an einzelne Punkte noch manche kritische Bemerkungen anknüpfen. Im ganzen ist aber das Werk doch sehr schön und reichhaltig. Besonders zu begrüßen ist die ausführliche Darstellung des Grundbesitzes und des Boden- und Bergrechts in Französisch Afrika.

Kurze Chronik Die Labourregierung Großbritanniens kündigte eine Reihe von grundlegenden Organisationsänderungen im *Britischen Reich* an. Danach soll demnächst für Indien eine Verfassungsreform mit dem Ziel durchgeführt werden diesem Land die Rechte eines Dominions zu geben; Irak soll aufhören Mandatsgebiet zu sein; es soll 1932 selbständig und Mitglied im Völkerbund werden. Schließlich wurde in Ägypten bereits die von der vorigen

britischen Regierung angeordnete Diktatur aufgehoben; Wahlen sind ausgeschrieben, die eine Wiederherstellung des parlamentarischen Regimes einleiten sollen. ◊ Zum Landesrat des Mandatsgebiets *Südwestafrika* wurden 3 deutsche Vertreter ernannt, wodurch die Gesamtzahl der deutschen Mitglieder auf 7 bei einer Gesamtzahl von 17 Abgeordneten steigt. ◊ Für *Palästina* hat die Orangensaison von 1928-1929 eine Enttäuschung gebracht. Die gesamte Ausfuhr an Orangen betrug nur 1,6 Millionen Kisten gegen 2,1 Millionen im Vorjahr und 2,9 Millionen 2 Jahre vorher. Das Ergebnis ist um so ungünstiger, als inzwischen eine beträchtliche Anzahl neuer Bäume zu tragen begonnen hat. Der Rückgang der Ausfuhr betraf hauptsächlich den englischen Markt, während das europäische Festland im ganzen mehr abnahm als vorher. Der Grund des Ausfuhrückgangs ist hauptsächlich vermehrtes Angebot von Orangen aus anderen Produktionsgebieten.

Literatur Eine sehr angenehme Bereicherung der Kolonialgeschichte ist A. J. Harrops ausführliche Biographie *Edward Gibbon Wakefields*, des Begründers der Kolonien Westaustralien und Neuseeland und des Reformators der englischen Kolonialpolitik in der frühvictorianischen Zeit (*The Amazing Career of Edward Gibbon Wakefield* /London, George Allen & Unwin/). Besonders wertvoll wird das Werk dadurch, daß es die wichtigsten Abschnitte aus *Wakefields* 1829 gedruckter, berühmtester und oft zitierter, seitdem aber merkwürdigerweise niemals wieder in neuer Ausgabe veröffentlichter Kolonialschrift *A Letter from Sydney, the Principal Town of Australasia*, mitteilt.

EINZELNES

Neuerscheinungen

Jugendbücher Wieder ein Weihnachtsbuch von *Marie Hamsun*: *Ola Langerud* in der Stadt /München, Albert Langen/, nach dem vorigen (siehe diese Rundschau, 1928 II Seite 1148) schon erwartet und in der schlichten Schreibweise und den vorkommenden Menschen lieb und vertraut. Ein wirkliches Jugendbuch. Wenig von den früheren Jugendschriften ist mehr zu brauchen. Die Erlebnisse verwöhnter junger Mädchen bis zur obligaten glücklichen Verlobung klingen heute wie aus einer andern Welt, die mit Kriegs- und

Heldengeschichten überladenen Knabenbücher, die mit Moralität und Erziehungstendenz angefüllten Kinderbücher sind so veraltet, stehen unserer ganzen Lebensauffassung so fern, daß sie als Lesebücher für Kinder und Jungmensen nicht mehr in Betracht kommen. Die Bücher Marie Hamsuns füllen diese Lücke. Ihr Thema ist das Thema der Zeit: die Arbeit, der Alltag. Zwar in anderm Land, unter anderen Bedingungen. Aber wie diese Kinder in dürrigen Verhältnissen aufwachsen und doch so reich sind, das ist lebenbejahend und beglückend. Und davon werden unsere Kinder bei diesen Büchern etwas abbekommen.

Bei Albert Langen in München erschien auch, in fröhlichem Einband, *Ludwig Thoma*, für die Jugend ausgewählt und eingeleitet von Josef Hofmiller, einem Lehrer, der die Erzählungen nach seinen Erfahrungen beim Vorlesen in der Schule zusammengestellt hat. Einiges aus den unverwüstlichen Lausbubengeschichten und der Tante Frieda, mehrere erste Erzählungen von Jagd und Wilderern, eindringlich und schön die letzte kurze Geschichte: Das Sterben.

Die *Thienemannbücher*, die 2-Mark-Bände des Verlags K. Thienemann in Stuttgart, bringen wieder eine große Auswahl für die verschiedenen Altersstufen. Besonders willkommen der Band *Wunderfitzchen*, ein Waldmärchen von Clara Niethammer, eine Zwergengeschichte für die 6jährigen zum Selbstlesen. Das Buch ist in Fraktur gedruckt. Die Lernanfängerchen, die vor einigen Jahren mit Antiquaschrift ihre Leseübungen begannen, müssen heute vielfach wieder mit Frakturschrift beginnen. Da die Jugendverlage sich fast alle auf Antiqua umgestellt haben, findet man gute und brauchbare Bücher in Antiqua für das 1. Schuljahr in großer Zahl, aber nur schwer etwas Geeignetes in Fraktur. Dieser Systemwechsel ist also eine höchst überflüssige Erschwerung für Eltern, Lehrer und Kinder. Man sollte von der vermeintlichen deutschen Schrift für die Kleinen wieder absteigen und sich endgültig für die klare und schöne Antiqua entscheiden. Im übrigen wird *Wunderfitzchen* viele Freunde finden. Etwa 30 farbige Holzschnitte im Text sorgen dafür, daß die Kinder nicht ermüden. Das Lagerkind von Charlotte Niese ist die gut und spannend geschriebene Erzählung eines kleinen Mädchens, das in den wüsten Zeiten des Dreißigjährigen Kriegs von der väterlichen Burg verschleppt wird, im Troß des Heeres aufwächst und nach langen Irrfahrten zur Mutter zurückfin-

det. Damit scheint mir die eigentliche Erzählung abgeschlossen. Was wir nachher noch von Heirat, Kindern und weiterm Leben der Heldin bis zu ihrem Begräbnis erfahren, fällt etwas ab, ist wohl als Abrundung des Zeitbilds gedacht. Ein anderer Band, betitelt *Strandläufer*, bringt Nordseegeschichten, gesammelt und erzählt von Wilhelm Lobsien. Meer und Heide beleben sich mit geisterhaften Bewohnern; viel Melancholie steckt in den Geschichten, aber auch Freude an derbem Spaß. Sie sind für die 10- bis 15jährigen bestimmt und werden ihnen besonders vor oder nach einer Nordsee-reise Freude machen.

Außerhalb der 2-Mark-Reihe erschien im Verlag K. Thienemann eine flott und fröhlich geschriebene Erzählung *3 Mädels* in einem Auto von *Estrid Ott*, einer Dänin, und vorzüglich ins Deutsche übersetzt von Else von Hollander-Lossow. Eine Hamburger Primanerin fährt mit ihren amerikanischen Cousinen im Auto quer durch ganz Nordamerika bis nach San Francisco. Die Mädchen erleben das Land mit seinen endlosen Landstraßen, Riesenausdehnungen, Regengüssen, Hitzewellen und verschiedenen Bevölkerungen. Tüchtig sind sie, unbekümmert und vergnügt.

Der Verlag Williams & Co. in Berlin, allen Kinderfreunden bekannt durch seine *Doktor-Dolittle-Bände* (siehe diese Rundschau, 1928 II Seite 1147), bringt in dieser Reihe einen neuen Band: *Doktor Dolittles Postamt*. Daneben ist jetzt eine neue Buchreihe für erstes Selbstlesen begonnen worden: *Die Kinderwelt*. Diesmal glücklicherweise preiswerte Bändchen. 2,20 Mark kann man schon ausgeben, um das neue Bändchen *Hugh Loftings*, des Verfassers der *Dolittlebände*, zu erstehen, besonders wenn es Lotte Reiniger mit Scherenschnitten illustriert. Es heißt *Der böse Gutsherr und die guten Tiere*, ist in großer Antiquaschrift gedruckt und fest gebunden. (Es soll nicht vergessen werden noch einmal an *Pu der Bär*, das vorjährige Weihnachtsbuch des Verlags, zu erinnern. »*Pu der Bär* ist das schönste Buch der Welt, das möcht' ich in die Illustrierte setzen«, explodierte die Begeisterung meiner 6jährigen, als ich die Geschichte I-a hat Geburtstag daraus vorlas. Es ist ein Buch, das sofort ins Kinderspiel übergeht.)

Als ich *Bibi*, *Leben eines kleinen Mädchens*, von *Karin Michaelis* /Berlin, *Herbert Stuffer*/ in die Hand bekam, hatte ich eigentlich gar keine Zeit es bis zu Ende zu lesen, aber aufhören konnte ich auch nicht. Es ist auf keiner Seite lang-

atmig, von vorn bis hinten voller Abenteuer, belebt durch viele viele Zeichnungen, meist von Bibi, manchmal von Hedwig Collin. Bibi ist eine kleine Dänin, Tochter eines Stationsvorstehers. Da sie Freifahrt auf der Eisenbahn hat, fährt sie überall umher, und wir fahren mit und erleben Wunderdinge. Begräbnis, Hochzeit und Kindstaufe, 4 verschiedene Arten von Windmühlen, und daß eine Kuh mehr Milch gibt als alle anderen, wenn man ihr auf der Weide Harmonika vorspielt. Alles gezeichnet von Bibi und sehr oft von ihr selbst in Briefen an "Paps" geschildert. Sind mehrere Kinder über 8 Jahre im Haus, so kauft man am besten auch gleich den 2. Band: Bibis große Reise. Hier geschieht das Seltene, daß die Fortsetzung genau so schön ist wie der Anfang, besonders auch, weil Bibi diesmal durch Deutschland abenteuernd und zeichnet. So ganz nebenbei lernen ihre Freunde mit ihr, wie man Glas bläst, wie das Spielzeug im Erzgebirge entsteht, wie Nürnberg, das Goethehaus und das Heidelberger Schloß aussehen, und warum Gerhart Hauptmann im Winter in Italien lebt. Hoffentlich gibt es im nächsten Jahr ein neues Bibibuch. Otilie Kollwitz

Kind und Erzieher

Ein ergreifendes, ein anergreifendes Buch ist der Heini Jermann von *Anni Geiger-Gog* /Stuttgart, D. Gundert/: das Leben eines Kriegsjungen. Der Vater ist gefallen, die Mutter muß arbeiten. Dann stirbt die Mutter, die Kinder sind ganz allein auf der Welt, angewiesen auf Fürsorgestellten, Schule und Erziehungsheime. Wie sehr Glück und Unglück dieser Kinder, denen die Ergänzung durch das Elternhaus fehlt, vom Wesen ihrer Erzieher abhängen, kommt gut heraus, und das macht das Buch so wichtig und notwendig für alle Erziehenden, mit Kindern Lebenden. Für diese scheint es mir in erster Linie bestimmt, nicht für die Jugend selbst, die ein so lebensschweres Buch in einem Alter, das ihr noch nicht die Möglichkeit gibt den Druck in Aktivität umzusetzen, stark belasten kann. Der von Adele Schreiber herausgegebene Abreißkalender *Mutter und Kind* liegt jetzt im 3. Jahrgang vor /Berlin, Verlag Safari/. Wieder ist eine Fülle von Bild- und Schriftmaterial zusammengetragen: aus den Gebieten der Pädagogik, der Hygiene, des Seelenlebens, der Körperkultur und der Eheprobleme. Gut und nachahmenswert, daß den behandelten Fragen stets ein Bücherverzeichnis angefügt ist, um die Quellen anzugeben

und zu eingehender Beschäftigung mit den Problemen anzuregen. Schöne exotische Kinderbilder in der eingefügten Serie Mütter und Kinder aus aller Welt. Der auf jedem Blatt freigelassene Raum, für das Tagebuch der Mutter bestimmt, macht den Abreißkalender zu einem wirklichen Jahresbegleiter.

Sehr erfreulich, daß eine Zeitschrift unter dem Titel *Mutter- und Kinderland*, im gleichen Verlag herausgegeben, den Leser- und Freundeskreis des Kalenders das Jahr hindurch enger zusammenschließt. Beim Durchblättern fallen die guten Namen der Mitarbeiterinnen sogleich auf, die das Niveau der Zeitschrift halten. Die eingefügte Rubrik Sprechstunde, in der nicht nur hygienische und erzieherische sondern auch Rechtsfragen der Mütter sachkundig beantwortet werden, ist eine gute und notwendige Einrichtung. Otilie Kollwitz

Tierbücher

Als *Bengt Berg* im Herbst dieses Jahres seine Ausstellung *Meine Jagd mit der Kamera* eröffnete, da sagte er, daß er sich freue seinen vielen Berliner Freunden einen Teil seiner Kamerabeute in schönen Vergrößerungen zeigen zu können und so manches noch Unveröffentlichte dazu. Diesen vielen Freunden schenkt er jetzt ein neues Buch *Die seltsame Insel* /Berlin, Dietrich Reimer/: *Vogelstudien von den beiden Karlsruh Inseln bei Gotland*. »Es ist, als machte der Blick aus diesen unzähligen Vogelaugen die seltsame Insel zu einem lebenden Wesen«, schließt er seine Einleitung. Er belauscht in einem Felskamin eine Falkenfamilie im Horst, beschleicht die Brutplätze der Lummern, führt die verliebte Eidererpel mit einer ausgestopften Eiderente auf den Leim und vor seine Kamera und darf Zeuge sein, wie 2 zutrauliche Tordalken sich über das Ereignis einer Laus so entzweien, daß sie beide ins Meer purzeln. Führt Berg nicht ein herrliches Leben, trotz allen Schwierigkeiten, und ist es nicht Trost wenigstens seine Bücher zu haben?

Ein zärtliches weiches Buch sind *Paul Eippers* Tierkinder, mit den meisterhaften Bildern Hedda Walthers /Berlin, Dietrich Reimer/: *Erlebnisse mit Tierkindern in Zoologischen Gärten*, Einblicke in junge Tierseelen, eingehende Aufzeichnungen über Kalifa, unser Elefantkind, über Dromedare, Menschenäffchen, Tigerkinder und noch vieles andere. Es klingt wie ein Märchen, daß das durchreisende Gorillakind sich an die Brust des Tierfreunds klammert, bei ihm

Wärme und Liebe suchend. »So, nun ist alles gut; jetzt brauchen wir uns nur noch hinzusetzen und still zu sein.«

4 Jahre, vom Juni 1923 bis zum Februar 1927, schrieb *Henry Williamson* an seinem Tierroman *Tarka der Otter* (Berlin, Dietrich Reimer/. In diesem Buch ist alles der Natur abgeschrieben, mit unendlicher Geduld und Genauigkeit. 2 Jahre nur darf Tarka leben, weil die Menschen an der Otternjagd Vergnügen finden. »Denen, die nicht wissen, was sie tun«, ist das Buch gewidmet, und als der Verfasser zur letzten Jagd kommt, da zeichnet er eine genaue Karte des Terrains und Flußlaufs, damit wir Flucht und T. d seines Lieblings nur ja genau verfolgen können. Jeder Graben, jede Brücke ist eingezeichnet. An einer Stelle steht: »Sägemühle, wo sich Tarka während der Mittagsstunde versteckt hielt.« Könnte man einer Neuaufgabe des Buchs einige Bilder im Sinn Bengt Bergs einfügen, so würde es manchem noch die Einfühlung erleichtern.

Immer von neuem überrascht *Svend Fleuron*, dieser Kenner der Tiere, der bald einen Buntspecht, bald einen Hecht, bald, wie diesmal, einen Wolfshund zum Helden seines Buchs, vorher aber zum Objekt seiner unermüdlichen Forschung macht, den Geheimnissen der Tierseele und des Tierlebens nachspürend und dies Material dann verarbeitend zu einem Werk voller Temperament und Geschlossenheit (*Flax Adilius* /Jena, Eugen Diederichs/). Die Welt wird so reich, wenn unser Erkenntnisvermögen ausgedehnt und für die mit und neben uns lebenden Geschöpfe geschärft wird. Tierbücher bieten uns eine der besten Möglichkeiten uns von unserer Tagestätigkeit zu entspannen.

Ottilie Kollwitz

Märchenbücher Das wunderbare Geißleinbuch *Ina Seidels* /Stuttgart, Friedrich Andreas Perthes/ ist eins der schönsten neueren Märchenbücher. Das Märchen ist zu Ende erzählt, das Kind fragt: »Ja, und dann, was machen sie nun?« »Und wenn sie nicht gestorben sind, so leben sie noch heute!« Wie und wo sie leben, weiß das Märchen nicht, es ist wirklich ein Glück, daß Ina Seidel es weiß. Es ist so tröstlich mit den 7 Geißlein bei Kaffee und Kuchen die Errettung aus Wolfsbauch zu feiern, zu wissen, daß vom süßen Brei jetzt alle Tage viele alte Leute satt werden, statt daß das Töpfchen sinnlos immer weiter überkocht. Katherlieschen macht noch immer neue Dummheiten, wenn der Frieder über Land ist, und die

7 Zwerge finden es allein auch wieder gemütlich. »Schneewittchen war gut, aber sie brachte Unruhe ins Haus.« Statt eure Kinder mit immer Neuem zu überfüttern, schenkt ihnen dies Buch, das die schönen alten Märchen weiterspinnt und zusammenschließt. Die vielen Illustrationen von Wilhelm Schulz fügen sich wunderschön dem Text ein, und so ergibt das Ganze eine Verbindung von Bilder- und Geschichtenbuch, wie sie dem Alter von 5 bis 10 Jahren besonders lieb ist. Ein »Märchenbuch von den Berufen des Menschen« schrieb *Rotraut von der Wehl* (Der wunderbare Fischzug /Stuttgart, Verlag der Christengemeinschaft/). Von diesem Buch lese man zuerst das Nachwort, um zu verstehen, was angestrebt wurde. Es ist eine überaus schwierige Aufgabe, die sich die Verfasserin hier gestellt hat, von den »naturegebenen« Berufen der Menschheit: Bauer, Knecht, Soldat, Fischer usw., in märchenhafter Einkleidung zu sprechen, diese Berufe als Symbole geistiger Geschehnisse aufgefaßt. Das Goethesche Märchen mag ihr vorgeschwebt haben. Ottilie Kollwitz

Spiele

Der Verlag Otto Maier in Ravensburg hat es sich zur Aufgabe gemacht das weite Gebiet der *Jugendbeschäftigungsspiele* zu beleben und geschmackvoll und anregend zu gestalten. Ein Blick in seinen Katalog überrascht durch die vielen Möglichkeiten, die den Kindern zu produktiver eigener Arbeit hier geboten werden: Legespiele, Buntpapier- und Silhouettenarbeit, Baubogen, Ausnähen, Was mache ich aus Zündholzschachteln? usw. Einige ganz alte Arbeitsweisen tauchen wieder auf: das Papierfalten, das man besonders den Müttern raten möchte. Wie manche Eisenbahnfahrt ist dadurch vergnügt geworden, wie viele Papierschiffchen sind auf Ausflügen in den Wannsee geschwommen. Dann die Spritzmalerei, diese zarte vergessene Technik der Großmütter. Gibt es wirklich noch Langeweile in mancher Kinderstube? Bei allen Spielen erfreuen die geschmackvollen modernen Packungen. Noch kurz wären die Gesellschaftsspiele des Verlags zu erwähnen. Sie sind nicht alle gleich gut, da auch noch Alteres dabei ist. Aber sehr amüsant zum Beispiel ist das Brettspiel Fang den Huf! Und besonders schön ist ein Kinderliederquartett mit ganz einfachen flächigen Zeichnungen; auf dem Deckel marschiert ein schwarzes Kindchen mit rotem Lampion. Das habe ich schon 4- oder 5mal verschenkt.

Ottilie Kollwitz